Heft 10 Oktober 2001 8,– DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

A 65 68 · CH sfr. 8,– · L lfr 193 · I lit 10.000 · E ptas 900 ·
NL hfl 10,– · GR 1.600 Dr

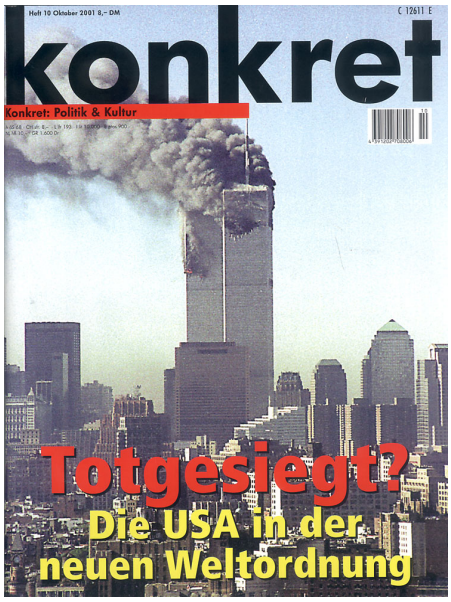
10

4 391202 708006

Totgesiegt?

Die USA in der neuen Weltordnung

in konkret Oktober 2001



Bedeutende Ernte von Hermann L. Gremliza
Redaktionsschluß dieser Ausgabe war Montag, der 10. September. Am Tag drauf flogen zwei entführte Passagierflugzeuge in die Türme des World Trude Center, ein drittes stürzte auf das Pentagon. Die Druckerei gab der Redaktion ein paar Stunden Zeit für eine erste Stellungnahme

von konkret

an konkret

Shalom am Wannsee? von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Die große Einigkeit von Tjark Kunstreich
Auf eine Formulierung mehr oder weniger kam es nicht an: Auf der Weltkonferenz gegen Rassismus wurde die »Judenfrage« wiederentdeckt

Henlein in Tetovo von Jürgen Elsässer
Die Zerschlagung Mazedoniens durch UCK und Nato folgt dem Muster der Zerschlagung der Tschechoslowakei durch die Nazis und ihrer Duldung durch die Westmächte 1938/39

Zur Kasse von Conrad Schuhler

Mit Klauen und Zähnen von Nikolaus Förster, Sead Husic
Serbiens Premier Zoran Djindjic unter Druck: Der gewaltsame Tod eines ehemaligen Geheimdienstoffiziers hat den Verdacht genährt, seine Regierung decke das organisierte Verbrechen

Der Hufeisenplan(sch) von Michael Schilling

Die Firma 2 von Klaus Thörner
Carla del Ponte und die albanische Mafia: Zweiter Teil einer Szenenfolge über die Karriere der heutigen Chefanklägerin des UN-Kriegsverbrechertribunals in Den Haag

Hashim Thaci? Gesundheit! von Michael Schilling

Königsberger Klopse von Samuel Salzborn
Auswärtiges Amt und Europäische Kommission wollen Kaliningrad zur Freihandelszone mit EU-Anbindung machen – ein entscheidender Schritt zur Herauslösung des Gebiets aus dem russischen Staatsverband

Sprachkampf an der FU von Andrei S. Markovits, Martin Jander
Die antiamerikanische Kulturrevolution einiger 68er – Besichtigung einer gefährlichen Baustelle

Sprachenkrieg von Gilbert Molinier
Wie der Europarat durch die Förderung regionaler Dialekte die Ethnisierung der Nationalstaaten vorantreibt

Nüchtern kalkuliert von Karl Pawek
Rauchen schadet der Gesundheit, füllt aber die Kassen der öffentlichen Haushalte

Innere Globalisierung von Ralf Schröder

Wisconsin für Wiesbaden – Roland Koch denkt die Neue Mitte zu Ende

»Tue, was du willst!« von Peter Kratz
Von der rassisch-völkischen zur utilitaristischen Auslese: Über Herkunft und Zweck der neueren »Biopolitik«. Erster Teil eines zweiteiligen Beitrags

Von Gramsci bis Frascati von Georg Fülberth
Italien ohne Opposition oder: Was ist aus den italienischen Kommunisten geworden?

»Hussein produziert Hunger« von Ala Fakhradeen Talabany, Thomas von der Osten-Sacken
Seit 1997 wird im Irak das sogenannte »Öl für Nahrungsmittel«-Abkommen zwischen UN und irakischer Regierung umgesetzt, das nach der UN-Sicherheitsratsresolution 986 dem Irak kontrollierte Ölverkäufe gestattet, deren Erlös für Nahrungsmittel, Medikamente und Infrastrukturmaßnahmen verwendet werden soll. Auch die selbstverwalteten kurdischen Gebiete im Norden des Iraks profitieren von diesem Abkommen. KONKRET sprach über die UN-Sanktionspolitik mit Frau Ala Fakhradeen Talabany, Mitglied des Büros für »Foreign Affairs« der Patriotischen Union Kurdistans (PUK)

Kunst & Gewerbe von Günther Jacob

Krieg als kommunikatives Handeln von Gerhard Scheit
Kulturkolumne

Otto? Find' ich gut! von Tina Heinz
Die Europaratsausstellung »Europas Mitte um 1000« versucht sich an der historischen Grundlegung künftiger deutscher Hegemonialansprüche in einem osterweiterten Europa

Teissier total von Jürgen Roth

Klassiker der komischen Konfusion von Peter Köhler
Aus Anlaß seines 60. Geburtstags ist eine CD-Rom mit Materialien zum Werk des Vielfachkünstlers Eckhard Henscheid erschienen

Haltbarkeit, Lebenszeit von Ludwig Seyfarth
Bemerkungen zur zeitgenössischen Kunst anläßlich der 49. Biennale in Venedig

»Ihr kleinen Nazis« von Hartwig Vens
Wie verträgt sich das antirassistische Engagement migrantischer Rapper mit dem deutschen HipHop-Boom?

Links & Rights von Holm Friebe

Melodie & Rhythmus von Jens Hoffmann
Björk: Vespertine. One Little Indian Records/Polydor

Melodie & Rhythmus von René Martens
Die Goldenen Zitronen: Schafott zum Fahrstuhl. Buback/Efa

Melodie & Rhythmus von Klaus Smit
Pole: R. Scape/Efa

Platte des Monats von Günter Amendt
Bob Dylan: Love and Theft. Columbia/Sonymusic

»Sehr schön hier!« von Carsten Otte
Zehn Jahre lang war Gerard Mortier künstlerischer Direktor der Salzburger Festspiele. Das Salzburger Publikum konnte mit seinen Versuchen, die Veranstaltung

zu modernisieren, wenig anfangen und wünschte sich je länger je mehr den guten, alten Festspielglanz zurück

Am Blut- und Bodensee von Ewgeniy Kasakow
Der Deutsch-Leistungskurs einer Bremer Schule zu Besuch bei Martin Walser. Ein Schüler berichtet

Also sprach Heiner von Marit Hofmann

Buch & Deckel von Gerd Fittkau
Volker Ullrich: Der ruhelose Rebell. Karl Plättner 1893-1945. Eine Biographie. C.H. Beck, München 2000, 265 Seiten, 42 Mark

Buch & Deckel von Gunnar Schubert
Norbert Robers: Joachim Gauck. Biographie einer Institution. Henschel, Berlin 2000, 239 Seiten, 38 Mark

Buch & Deckel von Connie Uschtrin
Gaby Weber: Die Verschwundenen von Mercedes-Benz. Assoziation A, Berlin 2001, 122 Seiten, 19,80 Mark

Buch des Monats von Marc Fabian Erdl
P. G. Wodehouse: Onkel Dynamit. Edition Epoca, Zürich 2001, 303 Seiten, 39 Mark

Durchs wilde Kommunistan 3 von André Thiele
Von einer unbedachten Handbewegung aus seiner gewohnten Welt gerissen, durchleidet der Autor auf der Suche nach einer politischen Heimstatt eine Reise der Mühsal und der Qualen durch Länder und Reiche, in denen Vernunft und Kommunismus sich hart im Raume stoßen. Teil III seines Berichts

Tomayers ehrliches tagebuch von Horst Tomayer

FilmTheater von Marit Hofmann
America’s SweetheartsBread and Roses

FilmTheater von Connie Uschtrin
Die Klavierspielerin

Film des Monats von Gert Ockert
A. I. – Künstliche Intelligenz

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 10/01, S. 3

Hermann L. Gremliza

Bedeutende Ernte

Redaktionsschluß dieser Ausgabe war Montag, der 10. September. Am Tag drauf flogen zwei entführte Passagierflugzeuge in die Türme des World Trude Center, ein drittes stürzte auf das Pentagon. Die Druckerei gab der Redaktion ein paar Stunden Zeit für eine erste Stellungnahme

»Terror ist die Waffe der Schwachen und Bösen.« Ronald Reagan

George W Bush, gestern früh, vertrat die Zustände, die er zu vertreten hat, angemessen. Verdattert, verängstigt, verschwitzt, stotternd aus immer noch großer Klappe: Wir werden das nicht hinnehmen, wir werden die Schuldigen jagen, wir werden alles tun, was ... Ja, was denn? Eine Atombombe über Afghanistan abwerfen oder auf Bagdad? Und dann? Oder, weil die Täter vielleicht doch amerikanische Arischlöcher waren, auf Detroit, Michigan? Ach, hätte man des Präsidenten weltraumgestützte Raketenabwehr schon gehabt! Nur um zu erleben, daß sie zum Schutz des Landes so nütze ist wie ein Loch im Kopf oder zwei im World Trade Center.

Auch *Essential Harvest,* die lyrische Kommißkopfgeburt zur Bezeichnung des Deals mit ihren Jungs von der UCK, ist kein schlechter Titel für das, was den USA geschah. Sie haben geerntet, was sie gesät haben, mehr als ein halbes Jahrhundert lang. Wer wäre verantwortlich für den Zustand der Welt und was auf ihr möglich ist, wenn nicht die Macht, die sie zugerichtet hat? Die seit 1945 die mächtigste war und seit zehn Jahren sich für allmächtig halten durfte?

Daß die Allmacht eine Phantasie war und ihre Macht nur so lange sicher, wie die Sowjetunion sie als ihr einziger, zuverlässig schwächerer Widerpart verbürgte, bekommen die Vereinigten Staaten von Amerika seit Breshnews Ende mit immer fürchterlicheren Schlägen eingebleut. Ami allein zu I laus: Die USA sind der am meisten gefürchtete, noch mehr gehaßte Staat der Erde; seine wenigen sogenannten Freunde sind seine innigsten Feinde. Heute morgen waren im Radio die Kondolenzen des Kanzlers, des Außenministers, der Fraktionsvorsitzenden zu hören. Krokodile, sagt die Legende, weinen, um ihre Mahlzeiten anzulocken, wie kleine Kinder.

Schmeichler sind schlechter Umgang, sie führen zu Selbstzufriedenheit und Verblödung, im persönlichen Leben wie im Leben von Staaten. In Washington werden viele wichtige deutsche Zeitungen ausgewertet, gewiß auch die »Zeit«, von deren gräflicher Herausgeberin man die Welt kennenlernen kann: »Kein Grund zum Schwarzsehen/ Seit 1989 dominieren friedliche Entwicklungen die Weltpolitik«. Das war 1996. Ob sich der Schnipsel in den Ruinen des Pentagon wiederfindet? Diesen hier, aus KONKRET vom Mai 1986, findet man dort nicht:

Dies zu den Ursachen des Terrorismus, nach denen so umständlich an den falschen Orten gesucht wird: Völker, die nur eines satt haben, nämlich ihr Leben und ihre Würde an den Märkten der Aktien und Aktionen abbröckeln, glattstellen oder mitnehmen zu lassen; die sich wehren, ohne den anerkannten Regeln zivilisierten Totschießens, verstümmelns und Verbrennens zu folgen, welche den libyschen Botschafter zwängen, im State Department eine Kriegserklärung zu überreichen und zehn Minuten später Tripolis als Sandwolke auf Kairo zutreiben zu sehen. .

Wie Hochverrat eine Frage des Datums, ist Terror eine der Geographie. Weder Heimtücke noch die Unschuld der Opfer unterscheiden die »Hydra des Terrorismus« (Kohl) von den ordentlichen Kriegen, deren Orden noch getragen werden: vom sechshunderttausendfachen Hungertod in Leningrad, von Hiroshima und Nagasaki, von My Lai.

Nein, es geht ihnen (den USA) gar nicht gut. Die Völker die einst den amerikanischen Traum zu finanzieren hatten, wollen oder können nicht mehr; die eigene Ökonomie bietet selbst im Aufschwung Millionen nur noch die Chance, Tellerwäscher zu werden; Mittel für Investitionen in neue Technik müssen bei den verbündeten gepumpt werden, die aber immer mürrischer reagieren, weil es nach Enteignung zu riechen beginnt.

Und so fandet sich die Weltmacht Nr. 1 plötzlich umgeben von einer Welt hassender Feinde und zögerlicher Freunde; nur Gott ist noch mit ihr, weil er so schnell aus seinem Vertrag mit Warner Bros. nicht rauskommt.

Der Krieg der Schwachen, den die Hersteller von Atomraketen und binären Giftgasen ... »Terrorismus« nennen, hat erst begonnen. Er ist so schrecklich wie jeder Krieg. Warum aber die Geschäftsleute und Touristen in einer TWA-Maschine den Status des Kombattanten weniger verdienen sollen als ein Bauer in Nicaragua oder ein Kind in Haiphong, brennend im Napalm-Regen, will ich nicht einsehen.

Und nicht diesen Schnipsel, vom Februar 1991, anläßlich des Golfkriegs:

Den Völkern der Dritten Welt und ihren Führern ist die Fähigkeit, Politik zu machen, enteignet worden: zu optieren zwischen zwei Weltmächten, zu wählen zwischen zwei Übeln, einem großen und einem größeren vielleicht nur, einen Preis für die eigene schwache Stimme auszuhandeln. Größer waren ihre Chancen nie, und wenn sie größere suchten, ausbrachen aus der politischen Kleinhandelszone, endeten sie als Idi Amins und Pol Pots. Erst Gorbatschows Politik hat sie alle miteinander dem Diktat des einen kapitalistischen Imperiums ausgeliefert, das .sie nur noch anbetteln können oder mit selbstmörderischem Terror herausfordern.

Erst recht nicht diesen, vom Juni 1995, als die Terroristen weiße Amerikaner waren:

Die Nachricht aus Oklahoma City fand alle Hörer überzeugt, daß ein Kommando aus einem Staat der Dritten Welt den Anschlag verübt habe. Der Reflex war Resultat nicht nur langjähriger Propaganda betr. > internationaler Terrorismus«, sondern des unbestimmten und doch nicht unberechtigten Gefühls, daß der Einrichtung der One World viele Anschläge auf' World Trade Center folgen werden.

Es waren Amerikaner ... Auch die Erste Welt, die Siegerin aller bisherigen Geschichte, ist ihre Verliererin. Mit der globalen Konkurrenz kam ihr zugleich die Nötigung abhanden, die eigene Gesellschaft sozial einigermaßen erträglich zu gestalten, und so ging mit der realsozialistischen Epoche auch die sozialdemokratische dahin.

Täglich nun erzählt zu kriegen, daß man Sieger der Weltgeschichte sei, und täglich zu erleben, daß der Sieger ein armer Arsch ist, dem die Regierung wieder eine Hilfe streicht und wieder eine Vorschrift macht, kann einen kleinen Mann aus dem großen weißen Herrenvolk schon sehr verletzen. So sehr, daß er zu den Milizionären von Michigan geht, die - laß dich überraschen! - »gegen die neue Weltordnung« kämpfen.

Im März 1998 schließlich hätten die Amerikaner dies lernen können:

Der Erste Kalte Krieg hat vierzig Jahre gedauert. Er endete mit der Kapitulation der Sowjetunion. Der Zweite Kalte Krieg dauert erst sieben Jahre, und bevor die Welt so recht weiß, daß er geführt wird und von wem, ist er schon entschieden: gegen die USA.

Wie konnte den USA dieser tiefe Fall geschehen? Sie waren zu lange unbestrittene vormacht der ~ einen, guten Hälfte der Welt im Kampf gegen das Reich des Bösen gewesen, als daß sie sich hätten bewußt bleiben können, wie sehr ihre Rolle an die Existenz dieses Feindes geknüpft war, und daß die Macht, die aus den atomaren Abschußrampen kam, mit dem Feind dahinschwinden würde. In der »neuen Weltordnung« zählen Beziehungen, Waren und Währungen. Als Führungsmacht hatten die Amerikaner sich weltweit unbeliebt gemacht, aus respektablen Gründen mitunter: durch ihren Einsatz für Israel bei den Arabern, aus weniger ansehnlichen Gründen zumeist: in Nicaragua, Chile, Kuba, Vietnam usw.

Als in New York und in Washington die Trümmer des World Trade Centers und des Pentagon Tausende erschlugen, ließ in London Tony Blair den Luftraum sperren und in Berlin sein Genosse Schröder die Panzerglasscheiben des Kanzleramts hochfahren. Aus Feigheit? Aus Dummheit? Beides möglich. Wahrscheinlicher aber die Absicht, die armen Amis glauben zu machen, daß die vermuteten islamischen Terroristen auch die Deutschen bedrohen, daß der Amerikaner Feinde auch die Feinde ihrer Freunde sind. Und nicht ihre klammheimlichen Helfer.

Konkret 10/01, S. 4

von konkret

Als der Terrorangriff gegen die USA stattfand, war dieses Heft bereits in der Druckerei - mit einem Titel zur »Wehrmachtsausstellung im „Kanzleramt« (s Abb. und S. 38) und einem Interview mit der SPD-Vorständlerin Sigrid Skarpelis-Sperk über die voraussichtliche Zwangsversteigerung des Goethe-Instituts in Athen zugunsten der Opfer des SS-Massakers von Pistomo auf Seite 3. Titel, Interview, Inhaltsverzeichnis und Editorial hat die Redaktion in letzter Minute ausgetauscht.

Von Hermann L. Gremliza

An Moritz van Dülmen:

Ihr Schreiben vom 12.8.2001

Sehr geehrter Herr van Dülmen,

nach Rückkehr aus dem Urlaub finde ich Ihr Schreiben betr. Nutzungsrecht »Rhein 1230,5« vor. Ihrer Bitte, ich möge dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung das Nutzungsrecht bezgl. meiner Mitwirkung bei der Performance von Peter Kees auf der Expo 2000 einräumen, kann ich nicht entsprechen. Wie dem Vertragstext zu entnehmen ist, will die Bundesregierung die geplante CD-Rom »im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit« einsetzen.

Es ist nicht der schlechteste Teil meiner Tätigkeit, die »Öffentlichkeitsarbeit« der Bundesregierung, nämlich die nationale Propaganda, nach Kräften zu stören. Mit bestem Dank für die Gelegenheit, die Sie mir mit Ihrer Anfrage geboten haben, grüßt freundlich

Hermann L. Gremliza

Im letzten Heft (S. 71) hat Jürgen Roth die Verleihung des Lessing-Preises der Stadt Hamburg an den rechten Essayisten und »Epodramatiker« Botho Strauß kommentiert. Da auch das Widerwärtige immer konkret ist, seien hier die Namen der Mitglieder jener Jury nachgetragen, die diese Entscheidung getroffen hat: Prof. Dr. Volker Gerhardt (Professor für Philosophie, Humboldt-Uni Berlin), Ulrich Greiner (Feuilletonredakteur, »Zeit«), Wend Kässens (Kulturredakteur, NDR), Dr. Ursula Keller (Leiterin des Literaturhauses Hamburg), Eberhardt Rathgeb (Feuilletonredakteur, »FAZ«), Prof. Dr. Birgit Recki (Professorin für Philosophie, Uni Hamburg) und Dr. Elsbeth Wolffheim (Publizistin, Hamburg).

Auch das Auswärtige Amt betreibt Feindaufklärung, und so bekommen seine Informellen Mitarbeiter immer wieder Aufträge zum Studium subversiver Literatur. Zuletzt traf es Günter Joetze, seit 32 Jahren bundesdeutscher Diplomat und von 1995 bis 1999 Präsident der Bundesakademie für Sicherheitsfragen: Er mußte Jürgen Elsässers Buch *Kriegsverbrechen. Die tödichen Lügen der Bundesregierung und ihre Opfer im Kosovo-Konflikt* (konkret texte 27) durchlesen. Sein Befund: Der Band ist das »am wenigsten langweilige Beispiel jener in Deutschland florierenden Sondergattung der Verschwörungsliteratur«. Gerne gibt man das Kompliment für Joetzes eigenes Werk *Der letzte Krieg in Europa? Das Kosovo und die neue deutsche Politik* zurück, allerdings mit der Einschränkung, daß bei Joetze die Serben nicht Objekt, sondern Subjekt der Verschwörung sind. Wer weiter mit kurzweiligen Verschwörungstheorien unterhalten werden möchte, kann Jürgen Elsässer am 2. Oktober in Dortmund (20 Uhr, Fachhochschule Sonnenstr. 96), zur Frankfurter Buchmesse am 10. Oktober in Bad Nauheim (20 Uhr, Brasserie Überflieger, Ernst-Ludwig-Ring 1) und am 22. Oktober in Detmold (20 Uhr, Alte Pauline, Bielefelderstr. 3) hören.

»In einer Art Überkompensation für die Sünden von gestern fällt die Identifikation um so vorbehaltloser zugunsten der israelischen Seite aus«, schreibt die »Berliner Zeitung« über das von Hermann L. Gremliza herausgegebene Buch *Hat Israel noch eine Chance? Palästina in der neuen Weltordnung* (konkret texte 29). Immerhin, so der Rezensent, enthalte der Band »durchaus lesenswerte Stücke«. Wer sich von Gremlizas Überkompensation selbst ein Bild machen will, kann dies bei Lesungen und Diskussionen mit ihm am 12. Oktober in Frankfurt a. M. (20 Uhr, GegenBuchMasse, Asta der FH) und am 13. Oktober in Wuppertal (Konferenz: Israel, die Palästinenser und die deutsche Linke, Marx-Engels-Zentrum, 11-18 Uhr) tun.

Das Gemischte Doppel Gremliza/

Tomayer tritt auf: am 10. Oktober in Frankfurt a. M. (20 Uhr, Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5), am 11. Oktober in Bad Nauheim (20 Uhr, Brasserie Überflieger, Ernst-Ludwig-Ring 1).

Korrekturen: Zwei Beförderungen, die die Redaktion im letzten Heft vorgenommen hat, müssen rückgängig gemacht werden: Thomas Gehrig, Koautor des Beitrags »Modell fitte Mitte«, ist promovierender, nicht »promovierter«

Nachtportier; Klaus Zwickel ist IG-Metall-, nicht, wie es im gleichen Beitrag heißt, »DGB«-Vorsitzender. Der 20. Juli 2001 ist der 57., nicht der »52.«, wie auf Seite 31 behauptet, Jahrestag des Attentats auf Hitler gewesen.

Ab 1. Oktober hat KONKRET eine neue Website: www.konkret-verlage.de.

Da die Frankfurter Messeleitung für KONKRET einen, gelinde gesagt, unattraktiven Standplatz vorgesehen hat, verzichtet der Verlag in diesem Jahr auf eine Teilnahme an der Buchmesse. Das Buchmessen-Sonderheft »Literatur Konkret« erscheint am 28. September (Thema: »Deutsche Popliteratur«, siehe Anzeige S. 48).

Konkret 10/01, S. 6

an konkret

Wunder

KONKRET 9/01: Express

Als Dank für die schöne Passage über die Berliner Mauer teile ich die Neuigkeit mit, daß in New York im Gedenken an diese Mauer eine Straße benannt wurde. Die Wall Street.

Michael Scharang

Wien

Wortgetreu

KONKRET 8/01: von KONKRET

Über das Nahost-Sonderheft der »Marxistischen Blätter« schreibt KONKRET: »Im Vorwort der ›MB‹-Ausgabe heißt es, der Antisemitismus gehe ›im vereinigten Deutschland Hand in Hand mit anderen (auch antiarabischen, antiislamischen!) Formen des Rassismus‹, sei also, in Deutschland, nix Besonderes.« KONKRET erweckt so den Eindruck, das Satzfragment, das dem wörtlichen Zitat folgt, paraphrasiere eine Behauptung der »MB«-Redaktion. Tatsache ist: Es ist eine böswillige Unterstellung, die selbst dann, wenn man sie als Schlußfolgerung der KONKRET-Redaktion liest, nur deshalb nicht als solche auffällt, weil das Zitat aus dem Zusammenhang gerissen wurde. Wer den Kontext liest, wird unschwer feststellen, daß dort das genaue Gegenteil geschrieben steht. Die gesamte Passage lautet:

Mit Israel hat sich jenes Volk – genauer gesagt: hat sich jener Teil der Judenheit, der sich selbst als »Volk« verstand – einen Staat geschaffen, das der deutsche Faschismus »mit Stumpf und Stiel« ausrotten wollte. Sechs Millionen Juden wurden von deutschen Völkermördern als Juden umgebracht. Und es war diese Erfahrung, was den Zionismus, den jüdischen Nationalismus, auch für zahllose Juden plausibel und attraktiv machte, denen dieser zuvor als eine abseitige Ideologie erschienen und ihr Jüdischsein recht gleichgültig gewesen war. Deutschen, die sich ihrer Geschichte bewußt sind, werden diese Tatsachen bei jedem Blick auf Israel vor Augen treten. Hinzu kommt, daß sich der Antisemitismus – der Begriff im landläufigen Sinne verstanden, bekanntlich sind auch die Araber »Semiten« – mit der militärischen Zerschlagung des Nazifaschismus ja nicht erledigt hat. Er lebt im vereinigten Deutschland, Hand in Hand mit anderen (auch antiarabischen, antiislamischen!) Formen des Rassismus, heftig wieder auf und liebt es neuerdings sogar, Palästinafahnen und Arafat-Poster zu schwenken und sich mit Palästinensertüchern zu drapieren.

Da jedoch nicht einmal die sinnentstellend verkürzten Zitate genug hergeben, um die »Marxistischen Blätter« in die antisemitische Ecke zu stellen, muß eine Kommentierung mit verbalen Denunziatiönchen für die gewünschten Assoziationen sorgen: die erhöhte Auflage des »MB«-Sonderhefts, weiß KONKRET, zielt »auf Zuspruch ... aus ... allzeit bereiten Kreisen der Bevölkerung«, »Volksgenossen«. Bereits im Juli-Heft von KONKRET nahm Hermann Gremliza einen grammatikalisch falschen Plural im »UZ«-Vorabdruck des KONKRET-kritischen »MB«-Artikels von Klaus Wagener zum Anlaß, um den Autor als »Arischgesicht« zu enttarnen. Selbst Spurenelemente einer argumentativen Auseinandersetzung mit den im »MB«-Heft dargelegten Tatsachen und Standpunkten sucht man vergebens.

Hermann Kopp

Redakteur der »Marxistischen Blätter«, Essen

Wie lange

KONKRET 9/01: »Genua und Skopje« von Jürgen Elsässer

Elsässers Polemik zur Generallinie umfaßt eine der für diesen Autor charakteristischen Mischungen von Richtigem und Falschem. Ihm zufolge soll die Losung des Antirassistischen Grenzcamps »No border, no nation« gelautet haben, was er als Programm des als »Globalisierung« auftretenden Imperialismus interpretiert. Erstaunlich ist nicht bloß, wie Elsässer nach all seinen Analysen damit auf einmal behaupten will, das Projekt des Imperialismus beispielsweise in Jugoslawien sei die

Abschaffung von Grenzen und Nationen, wovon es doch jetzt eindeutig mehr gibt als vor zehn Jahren. Vor allem aber: Die Losung des Grenzcamps hieß: »No border, no nation, stop deportation«. Das ist offensichtlich ein Unterschied, der in Elsässers Generallinie (bei Albanern »lieber einen zuviel als einen zuwenig zurückschicken«) nicht paßt.

Zur Erinnerung: In KONKRET 7/94 sagte Elsässer im Streitgespräch über den deutschnationalen PDS-Kurs zu seinem Kontrahenten Joachim Bischoff: »Ihre ganze Diskussionsführung ... ist ein brillantes Beispiel für Kathedersozialismus ... Immer die großen Worte: Ökonomie, Weltkapital, Globalisierung, Regionalisierung, Nationbildung ... Und immer, wenn es konkret wird, ... Verharmlosung des Nationalismus.« Irritierend mutet die Beliebigkeit an, mit der Elsässer im Interesse seiner »Generallinie« Argumente auszutauschen vermag, um wieder beim ökonomischen »Hauptwiderspruch« anzukommen und uns ein Bündnis mit (vorsichtshalber in »Souveränisten« umbenannten) Nationalisten »bedrohter Staaten« unter die Nase zu reiben. Hegel läßt grüßen: der Staat als Wirklichkeit des Sittlichen. Wenn das nicht ein echt deutscher Gedanke ist!

Henning Böke

Frankfurt a. M.

Wie lange noch will KONKRET eigentlich jeden Blödsinn von Jürgen Elsässer drucken? Im Gegensatz zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Grenzcamps, die sich gegen Rassismus und die Abschottung der Industriestaaten wandten, fordert Elsässer die Hochrüstung der Grenzen auf dem Balkan und die massive Abschiebung albanischer Flüchtlinge aus Griechenland. Schließlich spricht er sich für die Bündnisarbeit mit »Nationalisten« aus. Es ist unerträglich, daß sich eine der wenigen verbliebenen linken und antinationalen Zeitschriften Monat für Monat zum Sprachrohr eines solchen Unsinns macht.

Marco Tullney

Marburg

Wer wen

KONKRET 9/01: »Kann keine Mauer sein« von Rayk Wieland

»Für gewöhnlich sind Kommunisten Leute, die unter dem Vorwand, den Staat stürzen zu wollen, hinter Mauern eingekerkert werden.« Wer läßt bei KONKRET diesen Satz durchgehen? Befaßt sich doch der »Express« desselben Heftes just mit den Tücken des Wer und Wen. Also wer ist hier das staatsstürzende Subjekt? Laßt tausend Mauern blühen oder Stilblümchen fallen, oder wie auch immer.

Peter Guse

Berlin

Wieso

KONKRET 9/01: von KONKRET

Freunde, »ansonsten«: Nein, nicht Ihr auch noch! Wo von wissenschaftlichen Abhandlungen über die Tagesschau bis hinunter ins Tittitainment das neckische Weltgefühl der Frauke Ludowig inzwischen ubiquitär wirkt und webt? Geht's einfach nicht mehr ohne den idiotischen jambischen Hopser zum Satzanfang? »Ansonsten, Herr Luther,/ ist alles in Butter«? Oder habe ich einen Geheimbefehl verpaßt, der den Gebrauch von »sonst« verbietet? Und warum dann nicht gleich: »Ansonsten, nichtsdestotrotz, bezugnehmendermaßen ...«? Wäre doch auch irgendwie nicht uncool, oder?

Gnade! Ihr alten Häuser.

Hermann Peter Piwitt

Hamburg

Wer

KONKRET 9/01: Herrschaftszeiten

Nicht alles in der US-Politik, was auf »bright« endet, hat davor ein »al«. Hier ist es ein »ful«, mit dem Vornamen James William. Fulbright war seit 1959 Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses im Senat des US-Kongresses.

Hans W. Krause

Hamm

Weshalb

KONKRET 9/01: »Trautes Heim« von Alexej Pavlov

In dem Artikel findet sich ein syntaktisches Gebilde, welches einem nochmaligen Korrekturlesen hätte nicht entgehen sollen: »Ab vier Uhr früh bildeten sich lange Schlangen, manche fielen in Ohnmacht.«

Geronemo

per E-Mail

Was fehlt

KONKRET 9/01

KONKRET ohne Tomayers Tagebuch ist wie Revolution ohne Faust!

Erika-Anna Kolaczinski

Fanclub Nord, Kiel

Konkret 10/01, S. 9

Hermann L. Gremliza

Shalom am Wannsee?

Lieber Micha Brumlik – Sie haben in der »Frankfurter Rundschau« räsoniert, was »ein jüdischer Diasporaintellektueller kann oder darf«, und ihre Antwort war, »den vom unermüdlichen Uri Avnery und der Bürgerbewegung Gush Shalom vorgelegten Entwurf eines Friedensvertrages« zwischen Israel und den Palästinensern »kritisch zu diskutieren« mit dem Ergebnis, ihn »gegebenenfalls« – Sie halten den Fall für gegeben – »mit unseren publizistischen und politischen Mitteln (zu) unterstützen«. Ihr Artikel, an dessen Anfang die Erinnerung an Ihre Forderung nach »Solidarität mit der PLO« aus dem Jahr 1982 steht, endet mit den Worten: »Was aber den jüdischen Intellektuellen in der nicht nur ökonomisch, sondern auch juristisch globalisierten Weltgesellschaft betrifft, so gilt in meinem Fall: Nach relativ sorgfältiger Lektüre der mir zugänglichen historischen Untersuchungen bin ich zu dem Schluß gekommen, daß die in Belgien gegen den israelischen Ministerpräsidenten Ariel Sharon eingereichte Klage zu Recht erhoben wurde.« Zwischendurch apostrophieren Sie, als Adressaten unter anderen, »meine linksradikalen, neuerdings für Sharon schwärmenden Kontrahenten etwa aus der Zeitschrift KONKRET«.

Sie wissen, was ich von der »juristisch globalisierten Weltgesellschaft« halte. Und was das Interesse unserer Landsleute an dem Betrieb internationaler Gerichtshöfe betrifft, so geht es zuvörderst dahin, Rache für Nürnberg zu nehmen. Weil wir nämlich aus unserer schrecklichen Vergangenheit gelernt haben, daß wir alles tun müssen, um denen, die mangels einer solchen Vergangenheit bedauerlicherweise nichts lernen konnten, robuste Nachhilfe zu geben, ohne Rücksicht auf Kollateralschäden.

Ich wiederhole mich, aber kürzer und präziser läßt es sich nicht sagen: Hätten die Deutschen Auschwitz nicht erfunden, sie hätten Auschwitz erfinden müssen. Die Bewältigung des Verbrechens, die freilich voraussetzt, daß es begangen wurde, ist der stärkste Trumpf deutscher Weltpolitik, ihr Außenminister, der darum ihr beliebtester Politiker ist nach ihrem beliebtesten Politiker aller Zeiten, versticht ihn aufs Perfideste – zuletzt in Durban, wo er sich im Namen der Deutschen für den Kolonialismus entschuldigt hat. So nimmt Deutschland Rache an jenen, die ihm zu kolonialen Zeiten den Platz an der Sonne verwehrt haben, macht sich mit seiner gebührenfreien Entschuldigung bei den Armen lieb Kind, auf Kosten seiner Konkurrenten in Westeuropa und Übersee.

Milosevic ist nach Den Haag geschafft, Sharon soll nach Brüssel. Er stünde dort vor einem europäischen, das heißt: vor einem auch deutschen Gericht, unter einer Anklage, die von der Koalition gegen Hitler zur Beschreibung der unvergleichlichen Untaten der Deutschen erfunden worden ist: *crimes against humanity*, Verbrechen gegen die Menschheit, die sich die Deutschen, damit auch nicht vergleichbare Taten anderer darunterpassen, in »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« übersetzt haben. In Brüssel hätten sie endlich einen Juden quasi auf der verlängerten Anklagebank, auf der Hermann Göring saß.

Fürchterlicher hat keine Prophezeiung sich je erfüllt als die, daß die Deutschen den Juden Auschwitz nie verzeihen würden. Wie ertappt ist Joseph Fischer zusammengefahren, als Arafat vorschlug, den Konflikt mit Israel in Berlin zu lösen, und damit das heimlich-unheimliche Motiv der deutschen Einmischung offenbarte. Ob in der Villa am Wannsee noch ein Konferenzzimmer frei gewesen wäre? Wegen Know-how und *undone business*. Wer, wenn nicht die Deutschen, sollte die Judenfrage lösen? (Auf die Idee, in dieser Sache für die nächsten tausend Jahre das Maul zu halten, sind ihre Vernünftigsten nicht gekommen.)

Ist das zu böse? Polemik gegen Deutschland hat das Problem, daß ihre Bösartigkeit an die ihres Objekts nie heranreicht. Vor fünf Jahren hat Fischer jeden verrückt genannt, der die Stationierung deutscher Soldaten in Jugoslawien für möglich hielt. Wer heute an den deutschen Überfall auf Belgrad erinnert, erntet Gähnen. Mittlerweile wird, in Kooperation deutscher Menschenrechtler mit albanischen Menschenhändlern, Mazedonien zerlegt, und wenn Athen seine Justiz nicht zur Räson bringt, dürften auch die Griechen uns noch einmal kennenlernen. Aber vielleicht sind deutsche Soldaten dann schon damit beschäftigt, »Netanjahus Siedlerpack« (»UZ«) in Schutzhaft zu nehmen.

Was zu lösen wäre, und mit dem Bau der Mauer leider nicht zu lösen war, ist die Deutschenfrage. (Nicht für Sie, aber für ein Milieu, das vom gewollten Mißverständnis lebt, füge ich immer noch einmal hinzu, daß es sich dabei nicht um eine Deformation der Gene handelt, sondern um eine historisch erworbene Immunschwäche gegen völkischen Koller.) Sie, lieber Herr Brumlik, wollen sich als jüdischer Intellektueller in der Diaspora nicht Israel zur Solidarität verpflichtet fühlen. Der Absender auf ihrem Manuskript ist unvollständig. Sie sind nicht ein jüdischer Intellektueller in irgendeiner Diaspora, sagen wir: in Chicago oder Stockholm, Sie sind es in Deutschland – in einem Land, dessen Führungsschicht das antisemitische Gerede Martin Walsers mit *standing ovations* bedenkt und dessen Polizeistatistik eine seit 1990 kontinuierlich steigende Flut rassistischer und antisemitischer Übergriffe ausweist.

Zwar hat die Rücksicht auf den Beifall von der falschen Seite manchen Kritiker auf den Hund gebracht. Was aber, wenn die Damen und Herren, die dem Walser ihre Ovationen gebracht haben, zum Beifall für Ihre Vorschläge gleich stehen bleiben können? »Solidarität mit der PLO« *ist* die deutsche Politik, und Uri Avnery nicht zufällig der unermüdliche Alibijude jenes »gepflegten Salon-Antisemiten« (H. Broder über R. Augstein), der mit seinem Wehrmachtskameraden Walser in Erinnerungen an die Ostfront schwelgt. Die Einmischung, die Sie sich wünschen, findet tagtäglich statt, die »Internationalisierung« des Konflikts ist das gemeinsame Ziel Arafats und der Deutschen, sie heißt nichts anderes als die Mobilisierung der christlich-antisemitischen und islamischen Staatenmehrheit gegen Israel. Der Vertragsentwurf der israelischen Friedensbewegung könnte Wort für Wort in Fischers oder Kinkels Auswärtigem Amt verfaßt sein.

Sie sagen, KONKRET (und also auch ich) schwärmte neuerdings für Sharon. Vielleicht sollten wir. Es gäbe dafür so gute Gründe, wie es sie 1982 für die Solidarität mit der PLO gab. Damals war (oder schien) die Existenz Israels durch die Weltordnung gesichert, waren (oder schienen) die Palästinenser die Schwachen, auf deren Seite die schwächere der Weltmächte stand. Heute täuscht nur eine fragwürdige militärische Überlegenheit darüber hinweg, wieviel schwächer Israel ist. »Stärker – wer wagte Widerrede? – das sind die Araber; stärker an Zahl, stärker an Öl, stärker an Dollars, stärker, ganz gewiß, an Zukunftspotential«: Was Jean Améry vor dreißig Jahren für wahr hielt, ist es heute gewiß. 1969 konnte sich Israel auf die USA verlassen und brauchte die Deutschen nicht zu fürchten. Heute konkurrieren Washington und Berlin, also die USA und Europa, um die Gunst und das Öl des Islam. Welche Fehler die israelische Regierung macht, welche Untaten sie begeht – die Auslöschung des Feindes, die auf dem Programm ihrer Feinde steht, steht auf dem ihren nicht. Die Palästinenser, lieber Herr Brumlik, werden, so oder so, früher oder später, mit Ihrer Solidarität oder ohne, ihren Staat bekommen. Ob es den Staat Israel dann noch geben wird, ist sehr viel weniger gewiß.

Ich war stets der Ansicht, daß einen Kritiker zuerst die Taten des Kollektivs zu scheren haben, dem der Zufall der Geburt ihn zugeschlagen hat. In Ihrem Fall sind es zwei Kollektive, die Deutschen und der »ethnisch-religiöse Konnex«, den Sie »das jüdische Volk« nennen, in meinem Fall ist es allein die Deutschenfrage. Ich sehe, wie die Deutschen die Wünsche, die ihnen zwei Weltkriege versagt haben, im dritten Anlauf sich erfüllen, und was ihnen dabei im Weg ist: die Amis, vor allem, der Staat der Juden auch. Er behindert die volle Entfaltung der »traditionellen deutsch-arabischen Freundschaft« (Möllemann), die im Kalten Krieg zwischen den USA und Euro-Deutschland ein mittleres »Waterloo« (Dr. Sommer) bedeuten könnte. Sie werden alles tun, ihn aus ihrem Weg zu schaffen.

Daß ich Unrecht hätte und Sie Recht, wünscht Ihnen und wünschte sich

Ihr Gremliza

Konkret 10/01, S. 10

Herrschaftszeiten

Albanische Autonomie

4. Mai, »Frankfurter Allgemeine«:

Über Jahre hin waren die Vorkämpfer der kosovarischen UCK in Deutschland, wo sie nach 1996 den Sitz ihrer Exilregierung hatten, gerngesehene Gäste. Der Bundesnachrichtendienst (BND) hatte Anfang der neunziger Jahre eine Residentur in Albanien eröffnet. Über diese hielt man seit 1992 Kontakt auch zu den radikaleren der kosovarischen Oppositionellen ... Spätestens von 1993 an sank der Einfluß Pullachs auf die kosovarischen Haudegen parallel mit dem Erstarken des amerikanischen Einflusses ... Auch Waffen wurden von den Amerikanern geliefert. Dabei wußten diese (wie schon früher im Fall der afghanischen Mudschafteddin), daß die UCK sie auch mit aus dem Rauschgifthandel stammenden Dollars bezahlt hatte. Zudem erhielt die UCK mehrfach von CIA und DIA Unterricht in einem Fach, das schon die afghanischen Mudschafteddin mit großem Interesse belegt haben sollen: Sabotage. Das Kappen von Telefonleitungen, die Zerstörung von Energiereserven und die Sprengung von Häusern gehörten zur Grundausbildung.

Die Nase nach Euronorm geschnitten, den Busen mit Silikon prall gespritzt und zur Maske geschminkt

---

Alice Schwarzer, Feministin und Mitarbeiterin der »Bild«-Zeitung, über Verona Feldbusch

Eiliger Stuhl

21. Mai, »Westfälische Nachrichten«:

»Es hätte für uns gar nicht besser kommen können«, kommentierte Camillo Ruini, Sekretär der italienischen Bischofskonferenz, erfreut den Ausgang der italienischen Parlamentswahlen. Kardinalstaatssekretär Angelo Sodano, zweitmächtigster Mann nach Johannes Paul II., habe, wissen Eingeweihte, den geschiedenen und wiederverheirateten Berlusconi persönlich angerufen, um ihm zu gratulieren.

Nahkampf 1

15. Juni, »Berliner Zeitung«:

Rechtsextremisten versuchen nach Angaben des bayerischen Innenministeriums in letzter Zeit verstärkt, an den Hochschulen Fuß zu fassen. Minister Günther Beckstein (CSU): »Bayern sieht nicht weg, wenn Rechtsextremisten Kontakte mit Burschenschaften pflegen und sogar versuchen, akademische Verbindungen zu unterwandern.« So habe die Münchner Burschenschaft Danubia wiederholt Rechtsextremisten wie dem NPD-Funktionär Horst Mahler ein Forum für verfassungsfeindliche Auftritte geboten. In der Burschenschaft Frankonia Erlangen fänden Richtungskämpfe zwischen einem demokratischen und einem extremistischen Flügel statt.

Bilanz in Rotgrün 1

16. Juni, dpa:

Deutschland gibt nach den USA, Japan und Frankreich weltweit das meiste Geld für sein Militär aus.

KFZfor

25. Juni, dpa:

Ein 20 Jahre alter deutscher Soldat der Friedenstruppe Kfor ist nach einem Verkehrsunfall im Kosovo gestorben. Drei weitere Soldaten seien verletzt. Ihr Fahrzeug sei bei einer Routinefahrt verunglückt.

Daher fordern wir: Rückkehr zum Leistungsprinzip im Sinne der Auslese, weniger Scheu im Umgang mit der deutschen Geschichte, einheitliche Schulkleidung (und) daß die Schüler aufstehen, wenn der Lehrer den Klassenraum betritt

---

Junge Union, Berlin Spandau

Bilanz in Rotgrün 2

27. Juni, AP:

Die Kinderarmut in Deutschland ist seit 1994 um mehr als 50 Prozent gestiegen. Während 1994 rund 700.000 Kinder mit ihren Eltern sozialhilfebedürftig waren, wuchs diese Zahl 2001 auf 1,1 Millionen an.

... und morgen die ganze Welt

28. Juni, Theo Sommer in »Die Zeit«:

Auf dem Balkan muß sich erweisen, ob Europas weltpolitischer Anspruch mehr ist als hohle PR-Prosa. Und ob die Deutschen Außenpolitik nur in humanitärem Überschwang betreiben können (wie bei ihrer Teilnahme am Krieg gegen Milosevic) oder ob ihnen auch ein europäischer Gestaltungswille eigen ist, der sich nicht durch kleinliche Haushaltsbedenken oder strategisches Zaudern beirren läßt. Ganz schlicht: Die Europäer müssen eingreifen, wenn sich Albaner und Slawen in Mazedonien verständigen – aber sie werden erst recht eingreifen müssen, wenn die Verständigung mißlingt ... Das europäische Projekt würde enormen Schaden nehmen, wenn die EU darauf verzichtete, in ihrem Vorhof Frieden zu schaffen.

Mosernde Mitläufer

6. Juli, »Bild«-Zeitung:

GAL schluckt Brechmittel. Das neue Handlungskonzept des Innensenators brachte die Grünen an den Rand des Zerreißens. Fraktionschefin Antje Möller hatte sogar ihren Rücktritt angeboten. Jetzt aber schluckte die GAL die Brechmittel. Möller machte jedoch klar: »Ich lehne das als Eingriff in die Menschenwürde ab.« Sie versprach harte Kontrollen in den Ausschüssen. Senator Willfried Maier sieht's pragmatischer: »Niemand bei uns liebt die Brechmittel. Aber die Tatsache Sucht darf in der Mehrheit der Bevölkerung nicht zur Provokation werden.«

Nahkampf 2

19. Juli, »Berliner Zeitung«:

Die Buhrufe und Pfiffe gegen Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) auf dem jüngsten Schlesiertreffen in Nürnberg haben auch in den Reihen der Vertriebenen Kritik hervorgerufen. Er verurteile die Behandlung des Gastredners, sagte der frühere Vorsitzende der Schlesischen Landsmannschaft, Herbert Hupka ... Schily hatte die Vertriebenen aufgefordert, die »historischen Tatsachen« nicht zu vergessen und den »von den Deutschen angezettelten, massenmörderischen Zweiten Weltkrieg« zur Kenntnis zu nehmen. Dabei war er, ebenso wie bei der Erwähnung von Willy Brandt, von wütenden Zwischenrufern verbal angegriffen worden. Die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen rügte die Entgleisungen im Publikum. Erika Steinbach betonte, der Bund der Vertriebenen werde eine Unterwanderung durch Rechtsradikale nicht zulassen.

Ich sage euch, am Wochenende ist der Holocaust passiert

Carolin Beckers, Moderatorin von RTL-2, über eine »Big Brother«-Folge

Frau Springers Gewerbe 1

16. August, »Bild«-Zeitung Seite 7:

Das mutigste Mädchen des Tages, das einen Vergewaltiger niederschlug. Was die Hauptkommissarin Frauen in Not rät.

Frau Springers Gewerbe 2

16. August, »Bild«-Zeitung Seite 7:

Deutschland flirtet, was das Zeug hält. Hier die besten Flirt-Sprüche: »Sag mal, hast du Wasser in den Beinen? Meine Wünschelrute schlägt aus.«

Ami go home

18. August, »FAZ«:

Der Neue Antiamerikanismus bekommt schärfere Umrisse. Die Ergebnisse einer Umfrage in vier europäischen Ländern spricht auf den ersten Blick nur Präsident Bush ein deutliches Mißtrauensvotum aus. 65 Prozent der Deutschen und 59 Prozent der Franzosen mißbilligen Washingtons neue Außenpolitik. Doch es ist offensichtlich, daß hinter der Sorge vor

einem neuen amerikanischen Isolationismus ein grundsätzlicheres Befremden steckt über das, was Amerika eigentlich ist. Daniel Cohn-Bendit hat mit seinem genauen Sensorium für öffentliche Stimmungen das Vereinte Europa jetzt als Gegengewicht zur Globalisierung und zu Amerika gleichermaßen empfohlen. Das ist insofern überraschend, als bisher nicht zu erkennen war, daß europäische Konzerne und Länder jener universellen Ökonomisierung, die die Globalisierungsgegner beklagen, einen nachhaltigeren Widerstand entgegengesetzt hätten als Amerika. Aber dahinter kommt zum Vorschein, daß Amerika wieder in seine alte Rolle als Bösewicht eingetreten ist.

Ein Nachruf

20. August, »FAZ«:

Die Landtagswahlergebnisse seit 1998 sprechen eine eindeutige Sprache. Wer soll, bitte schön, eine alternative Partei wählen, die Auslandseinsätzen der Bundeswehr zustimmt, Atomkraftwerke noch dreißig Jahre laufen und sich die Verantwortung für die Gentechnik von der SPD abnehmen läßt? Stell dir vor, es gibt Grüne, und keiner wählt sie ...

Bomben los!

23. August, »Berliner Zeitung«:

»Die Nato muß da rein wie im Kosovo«, sagte (Klaus) Kinkel. »Ganz oder gar nicht.«

Volksgenossen 1

22. August, dpa:

Nach Auffassung des Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland, Spiegel, wird gewalttätiger Rechtsradikalismus die Bürger in Deutschland »als grausames Menetekel« auch in Zukunft begleiten. Es gehöre zur Realität, daß sich Menschen anderer Hautfarbe, anderen Glaubens oder anderer Nationalität »nirgends in diesem Land mehr sicher fühlen«. Die derzeitige Situation für Minderheiten in der Bundesrepublik sei »so kritisch wie vielleicht noch nie in ihrer jungen Geschichte«. Zu lange habe die Politik quer durch alle Parteien »geschwiegen, weggeschaut, verharmlost«.

Hau sie um, die Türkensau

(Frank Steffel, Spitzenkandidat der Berliner CDU)

Angela (abhängig)

27. August, »Hamburger Abendblatt«:

»Politiker sollten wissen, wie Zeitungen entstehen«, meinte Angela Merkel, vor allem weil sie von ihnen »doch sehr abhängen«. Deswegen besuchte die CDU-Vorsitzende zum Abschluß ihrer Sommerreise das Druckhaus des Axel-Springer-Verlags.

Fischers Freunde 1

27. August, Reinhardt Mutz, Vizedirektor des Hamburger Instituts für Friedensforschung, in der »Tageszeitung«:

Mit der UCK steht es schwieriger. Niemand kennt ihre nächsten Ziele. Denn sie existiert nicht nur aus ethnischem Dünkel, der leicht zu Haß und Fanatismus entflammen kann – sie kämpft auch, weil Gewalt sich für sie rechnet. Ihre Versorgungsbasen und Rückzugsräume liegen im Kosovo, ihre Ausbildungscamps in Albanien. Im Kosovo ist die KFOR als Protektoratsmacht nicht nur berechtigt, sondern geradezu verpflichtet, die Unterstützung des Bürgerkriegs im Nachbarland zu verhindern. Das hat sie gestern versäumt und holt es heute nicht nach. Welchen Sinn macht es, Nato-Soldaten auszuschicken, um Waffen einzusammeln, die sich von dort nachliefern lassen, wo Nato-Soldaten schon sind? Das westliche Bündnis, so scheint es, ist weniger ein Teil der Lösung, als ein Teil des Problems.

Fischers Freunde 2

27. August, »Hamburger Abendblatt«:

Die Nato-Aktion »Essential Harvest« (»Bedeutende Ernte«), das Einsammeln von Waffen von der UCK, (steht) unter keinem guten Stern. »Eine Farce« sei der ganze Einsatz, wettert ein britischer Offizier. Er habe festgestellt, daß bereits neue Transporte aus dem Kosovo kommen: »Das ist wie Sommerschlußverkauf: Die Lager müssen freigemacht werden,

damit die neue Ware eingelagert werden kann.«

Safer Sex

3. September, »Bild«-Zeitung:

Darf Gräfin Pilati Geheimakten lesen? »Bild« fragte den Verteidigungsexperten Kurt Rossmanith (CSU). Rossmanith: Die Gräfin unterliegt nicht den regelmäßigen Sicherheitsüberprüfungen des Verteidigungsministeriums. Daher muß Scharping auf folgendes achten: Er darf sich mit der Gräfin nur sehr begrenzt über Themen unterhalten, die mit seinem Amt zu tun haben. Er darf nur offene Akten mit zur Gräfin nehmen. Verschlußsachen muß er in einem Panzerschrank aufbewahren. Die Gräfin darf keinen Zugang haben. Bei vertraulichen Telefongesprächen muß die Gräfin das Zimmer verlassen!

Volksgenossen 2

5. September, »Hamburger Abendblatt«:

*Bundeskanzler Gerhard Schröder geht juristisch gegen Wahlwerbung der DVU in Hamburg vor. Der Hamburger Rechtsanwalt Michael Nesselhauf sagte gestern, er habe vor Gericht eine einstweilige Verfügung gegen einen Fernsehspot beantragt. In diesem erscheinen folgende Schriftzüge: »Keine weiteren Ausländer rein! Helmut Schmidt, 1980« und »Wer unser Gastrecht mißbraucht, für den gibt es nur eins: Raus, und zwar schnell! Gerhard Schröder, 1997«. Eine vom Bundeskanzler verlangte Unterlassungserklärung hatte die Partei nicht abgegeben. Zur Begründung der juristischen Schritte sagte Nesselhauf: »Zwar ist es richtig, daß Gerhard Schröder die ihm zugeschriebenen Worte in einem Interview mit der ›Bild am Sonntag‹ gesagt hat, das Zitat also zutrifft.« Das aber berechtige nicht dazu, Schröder als Gesinnungsgenossen hinzustellen. Das hohe Ansehen des Bundeskanzlers werde so für Wahlkampfzwecke und parteipolitische Ziele mißbraucht.**

*Selbstverständlich hat das Hamburger Landgericht am 6. September den Antrag auf Einstweilige Verfügung gegen die DVU abgelehnt. – Anm. d. Red.

Wir kommentieren die fast wöchentlichen Schändungen jüdischer Friedhöfe schon gar nicht mehr

---

Paul Spiegel, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland

Konkret 10/01, S. 12

Tjark Kunstreich

Die große Einigkeit

Auf eine Formulierung mehr oder weniger kam es nicht an: Auf der Weltkonferenz gegen Rassismus wurde die »Judenfrage« wiederentdeckt

Noch nie in seinem Leben sei er mit solch geballtem Antisemitismus konfrontiert gewesen, meinte ein Teilnehmer des Bundes Jüdischer Studenten aus Deutschland. Vertreter des Simon Wiesenthal Zentrums äußerten sich entsetzt über die antisemitischen Erklärungen arabischer und islamistischer Organisationen, die Juden würden sich als »auserwähltes Volk« betrachten und »rassisch überlegen« fühlen. Delegierte jüdischer Organisationen waren in Durban verbalen und auch physischen Attacken seitens arabischer Teilnehmer ausgesetzt. In großer Auflage wurde eine Karikatur verteilt: Ein Palästinenser liegt da mit einer Fahnenstange im Herzen, auf der Fahne ein Davidstern und ein Hakenkreuz. Zur Eskalation kam es, als sich Juden und einige Nichtjuden zum Protest gegen den Antisemitismus zahlreicher Konferenzteilnehmer versammelten und Bilder des Treffens von Arafats Onkel mit Hitler 1941 verteilten – die südafrikanische Polizei mußte verhindern, daß es zu Handgreiflichkeiten kam.

Diese Eindrücke vom Forum der rund 3.000 Nichtregierungsorganisationen (NGOs), welches der staatsoffiziellen Weltkonferenz gegen Rassismus Anfang September voranging, zeigen, wie wenig überraschend die Abschlußerklärung des Forums war: »(Wir) erkennen an, daß das palästinensische Volk eines der Völker ist, die aktuell eine kolonialistische, diskriminierende militärische Besatzung erleiden, die ihr fundamentales Menschenrecht auf Selbstbestimmung verletzt; dazu gehören der illegale Transfer von israelischen Bürgern in die besetzten Gebiete und der Aufbau einer ständigen illegalen israelischen Infrastruktur sowie weitere rassistische Methoden, die zusammengenommen Israels Art der Apartheid ergeben, und andere rassistische Verbrechen gegen die Menschheit. Deswegen erkennen wir an, daß das palästinensische Volk nach dem Völkerrecht das klare Recht auf Widerstand gegen die Besatzung hat, mit allen Mitteln, die das Völkerrecht ihm gibt, bis es sein Menschenrecht auf Selbstbestimmung erreicht und das israelische rassistische System und seine Art der Apartheid beendet hat.«

Den palästinensischen und an ihrer Seite den arabischen und islamischen NGOs gelang der Durchmarsch, denn nicht nur die Verurteilung Israels als rassistisch setzten sie durch, sie setzten gleich auch ihre Forderungen ins Abschlußdokument: »Wir fordern ein sofortiges Ende des systematischen Begehens rassistischer Verbrechen durch Israel, wozu Kriegsverbrechen, Akte des Völkermords und der ethnischen Säuberung (wie im Statut des Internationalen Strafgerichtshof definiert) gehören ... (und) erkennen an, daß alle diese Methoden dazu geschaffen wurden, das weitere Bestehen eines exklusiv jüdischen Staates mit einer jüdischen Mehrheit und die Ausweitung seiner Grenzen abzusichern ...« Einen »exklusiv jüdischen Staat« soll es nach dem Willen der weltweiten Zivilgesellschaft, wie sie sich im NGO-Forum von Durban präsentierte, nicht mehr geben. Von einer so deutlichen Absage an das Existenzrecht Israels war zuvor nicht die Rede gewesen. Sofort distanzierten sich einige NGOs wie »Amnesty international«, »Human Rights Watch« und »Pro Asyl« von der Deklaration, an deren Zustandekommen sie nichtsdestotrotz ihren Anteil hatten, weil sie dieses Forum nicht verließen, als deutlich wurde, daß es sich hierbei um eine antisemitische Veranstaltung handelte.

Jenem »Wir«, dem plural majestatis der Weltzivilgesellschaft, das da so drohend auftritt, gehören sie auch insofern an, als sie teilen werden, was nun das Resultat der offiziellen UN-Konferenz »gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und verwandte Intoleranz« ist. Denn obschon Israel im offiziellen Dokument nicht namentlich genannt wird, ist vom »Leid der Palästinenser unter fremder Besatzung« durchaus die Rede, verbunden mit der Unterstützung der zentralen Forderung der Palästinenser nach Rückkehr der Flüchtlinge. Diese Forderung bedeutet aber nichts anderes als das Ende des »exklusiv jüdischen Staates«, wie er schon von den NGOs gefordert wurde. Israel beim Namen zu nennen war nach dem Verlauf von Forum und Konferenz im übrigen nicht mehr notwendig. In dieser Frage bestand eine große Einigkeit zwischen den sich oftmals als oppositionell verstehenden Gruppen und ihren Regierungen. Die Grundlinie hatte Uno-Generalsekretär Kofi Annan in seiner Eröffnungsrede vorgegeben: »Das jüdische Volk war Opfer von Antisemitismus in vielen Teilen der Welt und des Holocaust in Europa. Es ist daher verständlich, daß viele Juden tief getroffen sind von den rassistischen Anschuldigungen gegen Israel. Doch können wir von den Palästinensern nicht erwarten, daß sie deshalb anerkennen, daß das gegen sie verübte Unrecht ignoriert wird.« Auschwitzkeule einmal andersherum: Die Juden sollen sich nicht so anstellen.

Selbst Uri Avnery ist nicht begeistert von diesen Folgen der Internationalisierung des palästinensisch-israelischen Konflikts, die er seit Jahren unermüdlich selbst gefordert hat. »Das ist vielleicht das Schlimmste an der Sache: Zum ersten Mal seit 1945 wird der Antisemitismus legitimiert. Er wird wieder salonfähig«, resümierte er in der »Basler Zeitung« die Ereignisse von Durban, selbstverständlich nicht, ohne Israel die Schuld daran zu geben: »Israelische Taten, ob berechtigt oder nicht, erzeugen eine Reaktion gegen die Juden. Da Israel sich offiziell als ›Staat des jüdischen Volkes‹ bezeichnet und die Juden der ganzen Welt sich mit Israel öffentlich identifizieren (und oft die Politik rechtsradikaler Kreise in Israel

unterstützen) ist das wohl unabwendbar.« Avnerys Konsequenz liegt in der Selbstauflösung Israels als »exklusiv jüdischem Staat«. Vielleicht hat ihn das Ende der Konferenz ein wenig versöhnt.

Hielten die einen die Konferenz nach dem Auszug der USA und Israels für gescheitert, empfinden es die anderen noch als Problem, daß der Zionismus in der Abschlußerklärung nicht als Rassismus verurteilt wird. Die Europäer hätten versagt, meint zum Beispiel Abdel Mottaleb el Husseini in der »Taz«. »Die Gleichsetzung des Zionismus mit Rassismus wird nicht nur von Radikalen in der islamischen Welt propagiert, wie oft behauptet wurde. Sie wird von der Mehrheit in den arabischen Ländern und vor allem der Palästinenser vertreten – selbst von denjenigen, die den Friedensprozeß mit Israel bejahen. Der Grund dafür ist klar. Das Sein bestimmt das Bewußtsein.« So einfach ist das mit dem Verhältnis der Radikalen zur Mehrheit in den arabischen Ländern. Noch einmal zum Auswendiglernen: »Die zionistische Ideologie ... hat nationalistische und rassistische Wesenszüge. Das ist aus arabischer Sicht die historische Wahrheit.« Und damit keine Mißverständnisse aufkommen: »Darüber darf man auch diskutieren, ohne antisemitisch zu sein.«

Versagt habe Europa, so der Gastkommentator der »Taz«, weil man, »nachdem die USA die UN-Konferenz gegen Rassismus in Durban verlassen haben, eine klare und zukunftsweisende Haltung von den EU-Ländern erwartet (hatte). Doch die feilschten« – wie die Juden! – »nur um Formulierungen und verpaßten so ihre Chance.« Aber entgegen solcher Unkenrufe ist weder die Konferenz gescheitert noch das europäische Agieren ein Mißerfolg gewesen. Schließlich waren es nicht nur die arabischen Länder, sondern auch zahlreiche EU-Staaten, die im Vorfeld der Konferenz die Debatte um die Ächtung des Zionismus als Rassismus aufgriffen, um sich gegen Israel in Position zu bringen.

Während in Belgien gegen Ariel Scharon wegen Verbrechen gegen die Menschheit ermittelt wird, wurde in Dänemark der israelische Botschafter zur »unerwünschten Person« erklärt. Der finnische Außenminister Errki Tuomioja meinte Anfang September in einem Interview mit einer finnischen Zeitung: »Die Maßnahmen, die Israel gegen die Palästinenser ergreift, erinnern an das Verhalten der Nazis gegenüber den Juden in Deutschland in den dreißiger Jahren.« Auch der französische Außenminister Vedrine griff die »israelische Unterdrückungspolitik« an. In einem Interview mit »Le Figaro« stellte Vedrine sogar einen Zusammenhang zwischen den Ereignissen im Nahen Osten und dem Tod Jesu her. Er kritisierte das mangelhafte Engagement der USA in der Region und sagte: »Wenn die USA so weitermachen, dann werden sie Pontius Pilatus ähneln.« Immerhin kündigte Frankreichs Ministerpräsident Jospin nach dem Auszug Israels und der USA an, auch Frankreich werde die Konferenz verlassen, wenn der Zionismus als Rassismus geächtet würde.

Deutschland schickte noch vor der Konferenz den Außenminister in die Krisenregion, wo Arafat ihn mit dem Vorschlag überraschte, er wolle sich mit Shimon Peres bei Fischer in Berlin treffen. Die Medien jubelten: »Herr Fischer, übernehmen Sie!« (»Hamburger Abendblatt«). Da wachsen zwei zusammen, die zusammengehören: Arafat, der weiß, daß der ehemalige Gefährte im Kampf gegen den Zionismus den palästinensischen Zielen auch in seiner Rolle als Vertreter deutscher Interessen nutzen kann, und Fischer, dem nicht entgeht, daß Arafat ihm eine zusätzliche Legitimation verschafft, indem er ihn zum einzig akzeptablen Friedensbringer kürt.

Obwohl das Treffen Arafat-Peres kaum in Berlin stattfinden wird, sondern eher in Italien, haben die Europäer unter Führung von Fischer in der Konkurrenz zwischen Deutsch-Europa und den USA um das Management der nahöstlichen Krisenregion einen weiteren Punktsieg errungen: Durch seine enge Kooperation mit Arafat, der der unheimliche Star der Konferenz in Durban war, wurde Fischer auch hier zum Vermittler. Dem Deutschen kam es zu, den versammelten Delegierten eine Lektion in Sachen Vergangenheitsbewältigung zu erteilen. Im Gegensatz zu den anderen europäischen Staaten und den USA entschuldigte sich Fischer für Kolonialismus und Sklaverei, weil er mittlerweile gelernt hat, wie man Entschuldigungen formuliert, deren Wesen ihre Folgenlosigkeit ist.

Folgenlos blieb auch Arafats Rede vor dem Plenum, jedenfalls für das Verhältnis zu Fischer. Obwohl der Palästinenserpräsident fortwährend von einer »Verschwörung« gegen sein Volk sprach und Israel der finstersten Machenschaften beschuldigte, nicht ohne den Delegierten ins Gesicht zu lügen, die Palästinenser hätten »alle rassistischen Praktiken und Verbrechen und rassistischen Verbrechen, die sich in der modernen Geschichte gegen die Juden richteten, verurteilt« – obwohl er also eine auch nach Avnerys Kriterien antisemitische Rede hielt, traf Fischer sich mit dem Palästinenserführer am Rande der Konferenz, um mit Dackelfalten im Gesicht zu demonstrieren, daß den Europäern, insbesondere den Deutschen, so viel am Frieden gelegen sei, daß man selbst diese Gelegenheit zum Dialog nicht verstreichen lassen könne.

Fischer fand in seiner Rede nicht nur Worte der Entschuldigung für Kolonialismus und Sklaverei, er wandte sich offen an die »arabischen und palästinensischen Freunde« und bat sie, die Konferenz diesmal nicht wie schon 1978 und 1983 platzen zu lassen. Das Existenzrecht Israels sei ebenso unverletzlich wie das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung. Jede einseitige Schuldzuweisung schade dem Frieden, warnte Fischer und wandte sich gegen eine »Singularisierung« Israels. Damit zielte Fischer auf den Resolutionsentwurf, in dem Israel als einziger Staat namentlich genannt werden sollte, traf aber tatsächlich die Wahrheit über Israel und die deutsch-europäische Nahostpolitik. Israel ist tatsächlich so singulär wie seine Entstehungsbedingungen, es gibt keinen vergleichbaren Staat – und Fischers Politik, das hat er von seinem Vorgänger Klaus Kinkel, richtet sich gegen diese Einzigartigkeit. Erst wenn Israel kein »exklusiv jüdischer Staat« und damit nicht

mehr die einzige Konsequenz aus Auschwitz in einer Welt ist, die andere Konsequenzen zu ziehen nicht bereit war, verschwinden die letzten Hemmnisse für eine Außenpolitik, in der moralischer Impetus und ökonomisches Interesse zu einem spezifisch deutschen Gemisch zusammenschießen.

Erst als die US-amerikanischen und israelischen Delegationen die Konferenz verlassen hatten, ließen sich die arabischen und islamischen Staaten auf Formulierungen ein, die sie vorher vehement abgelehnt haben. Sie wollten, wie die »Jerusalem Post« kommentierte, die Angelegeneheit so aussehen lassen, als schafften die Europäer, was die Amerikaner nicht hinbekamen; kein Wunder also, daß die Europäer den USA mangelndes Engagement in der Krisenregion vorwerfen.

Es ist kein Zufall, daß sich die Antirassismuskonferenz von Durban zum antisemitischen Tribunal entwickelte, im Gegenteil: Antirassismus ist die Ideologie der Menschenrechte, die erklären soll, weshalb Ungleichheit fortbesteht, wo doch eigentlich alle Menschen gleich sind. Dieses unglückliche Bewußtsein schreit nach Personalisierung im Juden. Die Menschenrechte waren immer schon dazu da, sie den Juden abzusprechen, die man als »Gegenrasse« halluzinierte. »Wenn wir von Menschenrechten sprechen, dann ist das erste Menschenrecht, am Leben zu bleiben. Das ist sehr wichtig für Israel, da es Versuche gibt, uns zu töten und zu zerstören. Und wenn man kein Recht hat, am Leben zu bleiben, sind alle anderen Rechte irrelevant«, begründete Shimon Peres den Auszug Israels aus der Konferenz. Seine Sorge ist begründet: In Durban wurde die »Judenfrage« wiederentdeckt.

Tjark Kunstreich schrieb in KONKRET 9/01 über Paul Spiegels Auftritt beim Bundeswehrgelöbnis am 20. Juli

Konkret 10/01, S. 14

Jürgen Elsässer

Henlein in Tetovo

Die Zerschlagung Mazedoniens durch UCK und Nato folgt dem Muster der Zerschlagung der Tschechoslowakei durch die Nazis und ihrer Duldung durch die Westmächte 1938/39

»Fuck McNato, fuck the Pizza, all we want is Gibanica!« Als die meist jugendlichen Demonstranten Ende Juni eine McDonald's-Filiale, Botschaften und andere Einrichtungen der Nato-Staaten in Skopje in Brand setzten, sah man neben Wut auch Schalk in ihren Zügen, einige knabberten lachend an den südslawischen Fladenbroten, Gibanica genannt, andere füllten Benzin in Flaschen, nema problema (s. KONKRET 9/01). Zwei Monate später hatte sich die Stimmung verdüstert: Jugendliche warfen von einer Betonbrücke einen schweren Betonbrocken auf ein britisches Militärfahrzeug, ein Soldat wurde getötet. »Nato = New Albanian Terrorist Organization« – so las man auf Plakaten, die bei Straßenblockaden in Blace und anderswo den Truppen des westlichen Bündnisses entgegengehalten wurden. Die aus dem Kosovo einrückende Bundeswehr mußte wegen der Widerstandsaktionen einen Umweg nehmen. Im Zentrum von Skopje kampierten einige hundert der 30.000 von der UCK Vertriebenen in Zelten und versuchten, die Kapitulation des Parlaments vor dem Nato-Diktat zu verhindern. Vergeblich. Die Gesichter waren von Verbitterung gezeichnet, die Ausgelassenheit der Randalenacht war verschwunden. Wo hatte man solche Gesichter schon einmal gesehen? Genau, auf den Fotos vom März 1939, als die Wehrmacht in Prag einmarschiert war und die Tschechen weinend am Straßenrand standen, verraten von den westlichen Garantiemächten, verraten von ihren Politikern und Generälen.

Was von westlichen Politikern als »Friedensvertrag von Ohrid« bezeichnet wird, ist ebenso wie das »Münchner Abkommen« von 1938 eine gewaltsam erzwungene Unterwerfung unter die Forderungen der Ethnofaschisten. »Bekäme die stattliche albanisch-mazedonische Minderheit im Parlament wirklich eine Sperrminorität bei Gesetzen, welche die Minderheit betreffen, wäre das ein Einfallstor für einen verfassungsgemäß abgesicherten Dauerseparatismus im Staat, der dann immer weniger gemeinsamer Staat wäre«, hatte selbst die albanerfreundliche »Frankfurter Allgemeine Zeitung« Mitte Juli gewarnt. Doch genau dies ist einer der Kernpunkte des am 13. August unterzeichneten Abkommens. Außerdem soll Albanisch »offizielle Sprache« in allen Gemeinden und Kreisen werden, wo die Albaner wenigstens ein Fünftel der Bevölkerung stellen, und wo sie in der Mehrheit sind, sollen sie den Polizeichef ernennen. Diese Polizeichefs sollen dann tausend zusätzliche albanische Polizisten kommandieren, die bis zum Jahre 2003 neu eingestellt werden. Weiterhin sollen die Befugnisse lokaler Selbstverwaltung erheblich ausgedehnt werden. Große Industriebetriebe, die bisher unter direkter oder indirekter Kontrolle des Wirtschaftsministeriums standen, können dann von den albanischen Kommunen verkauft werden – zum Beispiel an die UCK-Mafia.

Der mazedonische Premier Ljubco Georgievski hatte kritisiert, im Vertrag fänden sich »95 Prozent« der Forderungen der UCK wieder. Warum er ihn dennoch unterzeichnet hat, erklärt sich genauso wie die Zustimmung des tschechoslowakischen Premiers Milan Hodza zum Münchner Abkommen: Er beugte sich der Gewalt. Terrortrupps der Sudetendeutschen Partei Konrad Henleins hatten im Spätsommer 1938 mit Sabotage, Anschlägen und Streiks gegen die Prager Regierung begonnen. Die Nazipresse berichtete über tschechische Greueltaten gegen die »volksdeutsche« Minderheit, Teile der westlichen Presse fielen auf die Menschenrechtslügen herein. Obwohl die Henlein-Faschisten mit Waffen, Geld und Instrukteuren aus dem Reich gestärkt wurden, scheiterte ein erster Putschversuch Anfang September an entschlossenen Anti-Terror-Maßnahmen der Hodza-Regierung. In dieser Situation begann die Wehrmacht mit der Mobilmachung an der Grenze. Paris und London verrieten ihr Bündnis mit der Tschechoslowakei und zwangen Hodza zum Nachgeben gegenüber Hitler und Henlein.

Mit denselben Methoden erreichte die Nato die Unterwerfung der mazedonischen Regierung. Bereits Ende Juli war die US-amerikanische Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice in der Ukraine vorstellig geworden, um zu verhindern, daß von dort weiter Waffen zur Aufstandsbekämpfung nach Skopje geliefert wurden. Zur gleichen Zeit ging die militärische Versorgung der UCK aus dem Kosovo unvermindert weiter – amerikanische GIs und deutsche Landser schauten einträchtig weg. Als sich Georgievski trotz dieser prekären Lage den Diktaten der Nato-Vermittler James Pardew (USA) und François Léotard (EU) nicht beugen wollte, begann eine Terrorwelle, die alles seit Ausbruch der Kämpfe im Frühjahr des Jahres übertraf: Ende Juli geriet Innenminister Ljube Boskovski bei der Abfahrt vom Verhandlungsort in Ohrid in einen Hinterhalt, sein Wagen wurde von Kugeln durchsiebt, und zwischen dem 8. und 10. August wurden bei UCK-Anschlägen 19 mazedonische Soldaten und Polizisten ermordet. Als Georgievski und Boskovski standhaft blieben, wurden 1.000 zusätzliche Terroristen vom Kosovo aus in Marsch gesetzt (zum Vergleich: Mitte Juli bezifferte die »FAZ« die Stärke der UCK in Mazedonien auf 1.200 bis 1.400 Kämpfer). Am 10. und 11. August überschritten die neuen Einheiten die Grenze, ohne daß die Nato etwas dagegen unternahm. Der Verdacht, daß dem Westen diese Invasion in der Endphase der Ohrider Verhandlungen durchaus gelegen kam, wird auch durch den Umstand erhärtet, daß es sich bei der Verstärkung laut Georgievski um KPC-Leute gehandelt haben soll – das Kosovo Protection Corps (KPC) ist die von Unmik und Kfor eingerichtete Kosovo-Hilfspolizei. Der Ministerpräsident beklagte in einem Brandbrief an UN-Generalsekretär Annan: »Exzellenz, dies ist ein bisher

beispielloser Fall in der internationalen Politik: Ein souveränes Land wird von einem Aggressor angegriffen, der aus einem Uno-Protektorat heraus operiert.« Am 13. August kapitulierte er und unterzeichnete das Ohrid-Diktat, kurz darauf verkündete Präsident Boris Trajkovski, im Unterschied zu Georgievski Nato-freundlich, eine Generalamnestie für alle UCK-Terroristen und zog die mazedonischen Truppen von der Front zurück. Die UCK konnte dadurch ihre Gebietsgewinne konsolidieren – und die Nato mit »Essential Harvest« beginnen.

Offiziell will die Nato mit dieser Operation die Waffen der UCK einsammeln. Das aber glauben selbst hiesige Medien nicht: Warum auch sollte in Mazedonien innerhalb von 30 Tagen und auf freiwilliger Basis gelingen, was im Kosovo in zwei Jahren und mit einem UN-Mandat auch für unfreiwillige Entwaffnung der UCK nicht möglich war? Warum werden für eine angeblich freiwillige Entwaffnung schwerbewaffnete Eliteeinheiten geschickt wie etwa die Saarländer Luftlandebrigade vom »Kommando Spezialkräfte«? »Essential Harvest« kostet insgesamt über 1.000 Millionen Mark; dividiert durch die 3.300 einzusammelnden Waffen macht das etwa 330.000 Mark pro Alteisen. Hätten Nato und EU eine Prämie in dieser Höhe ausgesetzt, hätten die Bewohner dieses bettelarmen Landes ihre Waffen in noch größerer Zahl mit Kußhand abgeliefert.

Warum wollte die Nato unbedingt 4.500 Soldaten stationieren? Die plausibelste Antwort: Um die in Ohrid vereinbarte ethnische Parzellierung auch im mazedonischen Parlament und gegen die empörte mazedonische Bevölkerung durchzusetzen. »Gegenwärtig lehnt eine deutliche Mehrheit ... den Friedensvertrag und den Einsatz der Nato ab«, berichtete die »FAZ« noch Ende August über die Stimmung im Land. Daß der Premierminister in Ohrid klein beigab, änderte daran nichts, im Gegenteil. Doch hätte man mit der Besetzung gewartet, bis das mazedonische Abgeordnetenhaus die Nato mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit eingeladen hätte, wäre »Essential Harvest« vielleicht bis heute noch nicht angelaufen und die Verfassungsänderung noch immer nur ein Blatt Papier. Also machte man es umgekehrt: Die Nato stationierte die zusätzlichen Truppen zunächst ohne die Einwilligung des Parlaments, was den Vorteil hatte, daß die Abgeordneten sozusagen mit vorgehaltener Pistole nach ihrer Meinung befragt wurden. Da die größte Regierungspartei, die konservative Partei der Nationalen Einheit (VMRO-DPMNE), trotz allem hin- und hergerissen war und die erforderliche Mehrheit gefährdet schien, griff die Nato am Tag vor der Abstimmung zum Mittel der Einschüchterung: Emissäre des Haager Tribunals begannen geräuschvoll mit Ermittlungen gegen Innenminister Boskovski, den Wortführer der Nato-Kritiker. Er sei für Kriegsverbrechen im Dörfchen Ljuboten verantwortlich, wo Armee und Polizei Mitte August angeblich willkürlich zehn albanische Zivilisten getötet hätten. Ähnliche Ermittlungen gegen die UCK hat das UN-Tribunal bisher nicht aufgenommen, weder im Kosovo noch in Mazedonien. Die Drohung mit Den Haag wirkte: 91 von 120 Abgeordneten stimmten am 6. September dem Ohrider Abkommen in erster Lesung zu. Selbst »Taz«-Korrespondent Erich Rathfelder, seit Jahren ein zuverlässiger Freund des albanischen Volkes, kommentierte tags darauf, man habe »im Kolonialherrenstil Druck auf die mazedonischen Politiker« ausgeübt.

EU contra USA

»Zum erstenmal eine Nato-Mission unter europäischer Führung«, faßte die »FAZ« das Spezifikum von »Essential Harvest« zusammen. Die Beteiligung Deutschlands ist noch offensichtlicher als im Kosovo: »Die Bundesregierung tut so, als bliebe ihr wie einem treuen Vasallen nichts anderes übrig, als im Troß mitzulaufen. Doch ihre Unterstellung, es habe in Brüssel einen unbeeinflußbaren, weisen Ratschluß gegeben, dem sich Deutschland nur unter Mißachtung der Staatsräson habe verweigern können, ist Propaganda«, meinte das Frankfurter Zentralorgan. Das Motiv ist klar: »Die Frage, um die es offensichtlich geht, lautet: Beteiligt sich die Bundesregierung durch den Einsatz der Bundeswehr am Aufbau Europas als Großmacht?« (»FAZ«). Gegen ein verarmtes und militärisch schwaches Land will man Infrastruktur, Kommandostränge und Effizienz der Euro-Armee testen, die bereits im nächsten Jahr einsatzbereit sein soll. Ihre Aufgabe: Weltweite Intervention immer dann, wenn die USA nicht wollen oder nicht können. Damit bekommt der Weltpolizist Konkurrenz, und es stellt sich die Frage, warum er den Euro-Militärs so einfach das Feld überläßt.

Die Frage müßte für die Anhänger der Pipeline-These drängend sein: Diese These – unterstützt von linken Theoretikern wie Jutta Ditfurth, Thomas Ebermann, Michel Chossudovski und zuletzt auch vom wichtigsten USA-Kritiker der CDU-Bundestagsfraktion, Willy Wimmer, – erklärt die Nato-Aggression auf dem Balkan mit der Trassenführung für die Öl-Pipeline vom Kaspischen Meer nach Mitteleuropa. Tatsächlich finden sich in Aserbeidschan Vorkommen, die die in Kürze erschöpften Lagerstätten in der Nordsee mindestens kompensieren könnten, und tatsächlich läuft eine der wichtigsten geplanten Routen vom bulgarischen Schwarzmeerhafen Burgas über Mazedonien bis zum albanischen Adriahafen Vlore. Mit dem Bau will das US-dominierte Ambo-Konsortium noch dieses Jahr beginnen, und es ergäbe Sinn, wenn die USA versuchen würden, den Verlauf der Route durch ein von Washington kontrolliertes Protektorat zu sichern. Warum überläßt Washington dann aber »Essential Harvest« seinen europäischen Rivalen? Warum stimmen die USA zu, daß auch die Nachfolgemission – bei Redaktionsschluß sind OSZE-Beobachter mit Nato-Schutz im Gespräch – von der EU geführt wird?

Drei Erklärungen sind denkbar: Zum einen könnte man vermuten, daß die US-Amerikaner »Essential Harvest« dirigieren, ohne selbst Soldaten zu schicken, und zwar über die Briten. Diese stellen das größte Kontingent, gelten als treue Alliierte Washingtons und beweisen das ständig bei den Bombenangriffen gegen den Irak, sehr zum Mißfallen der übrigen EU-Staaten. Zum zweiten ist vorstellbar, daß die USA sich zurückhalten, weil sie auf ein Scheitern von »Essential Harvest« setzen. Nach dem schmählichen Abzug ihrer europäischen Rivalen würden die USA dann den Krieg in eigener Regie gewinnen, natürlich wiederum nicht mit eigenen Truppen, sondern mit Hilfe der UCK, die im Rahmen dieser Erklärung hauptsächlich als Degen von Pentagon und State Department erscheint. Viele Fakten sprechen für diese These: Ende Juni wurden beim Abzug der UCK aus dem Kessel von Aracinovo 17 US-amerikanische Militärberater gesichtet. Ende Juli berichtete das mazedonische Verteidigungsministerium, zwei amerikanische Kfor-Hubschrauber hätten die UCK mit Waffen versorgt. Mitte August fand der ehemalige kanadische Offizier Scott Taylor amerikanische High-Tech-Waffen bei den Aufständischen. »Dank Onkel Sam sind die Mazedonier kein Problem für uns. Wir haben alles an Ausrüstung, was wir brauchen, um Skopje in 24 Stunden einzunehmen«, sagte ein UCK-Kommandeur zu Taylor.

Die dritte Erklärung nimmt an, daß die US-Abstinenz beim Ernteeinsatz kein Trick ist, sondern von der Bush-Administration ehrlich gewollt wird, um – wie im Wahlkampf versprochen – das Engagement auf dem Balkan zu reduzieren. In diesem Fall wäre die beschriebene Unterstützung Washingtons für die UCK eine Altlast: Militärberater und CIA-Seilschaften, die noch zu Zeiten von Clinton/Milosevic zur Unterstützung der albanischen Terroristen losgeschickt wurden, arbeiten jetzt auf eigene Faust, jedenfalls ohne Billigung der neuen US-Regierung. Für diese Lesart spricht, daß die Bush-Administration seit Ende Juni verschärft gegen die Finanzquellen der UCK in den USA vorgeht, Konten einfriert und außerdem eine Schwarze Liste mit UCK-Terroristen erstellt hat, denen die Einreise in die Vereinigten Staaten verboten ist. Die Liste wird angeführt vom Chef der mazedonischen UCK, Ali Ahmeti. Bemerkenswert: So unzureichend diese beiden Maßnahmen sind – die EU hat selbst das explizit abgelehnt. Bereits zuvor (und als derartiges noch im Widerspruch zur offiziellen Beschlußlage von Nato und EU stand) hatte der deutsche Außenminister diplomatische Rückendeckung für Großalbanien signalisiert (»die albanische Frage ist offen«) und der deutsche Nato-Botschafter in Skopje, Hansjörg Eiff, direkte Gespräche mit der UCK begonnen.

In dieser Perspektive ist die UCK weniger auf die USA als auf Deutschland orientiert. Die EU hätte demnach »Essential Harvest« zum Mißfallen der USA innerhalb der Nato durchgesetzt, um die ethnische Aufteilung eines multinationalen Nationalstaates durchzusetzen und damit ein Exempel zu statuieren für ein »Europa der Stämme« gemäß den EU-Reformplänen von Schröder und Fischer (vgl. KONKRET 6/01). Außerdem könnte die EU mit einem von ihr dominierten Protektorat die US-Pipeline durch Mazedonien kontrollieren. Entgegen der Pipeline-Theorie wäre die Ambo-Trasse diesem Ansatz zufolge kein Movens der US-, sondern der EU-Kriegspolitik.

Aber genug spekuliert: Die amerikanisch-europäischen Widersprüche werden sich erst nach Öffnung der Archive klären lassen, also in einigen Jahrzehnten. Die gemeinsamen Interessen der Nato-Staaten sind leichter zu dechiffrieren: Die Aufwertung der albanischen Terroristen im Krieg um das Kosovo hat nicht nur dazu geführt, daß die Provinz heute von der UCK beherrscht wird, sondern auch dazu daß die Ethnokrieger in Rekordgeschwindigkeit einen Teil von Mazedonien erobert haben. Zwar soll Tetovo nach dem Willen der Nato genausowenig wie Pristina Hauptstadt eines selbständigen Staates werden – aber ebenso wie im Kosovo wird das die UCK auch in Westmazedonien nicht daran hindern, die gesamte Verwaltung zu kontrollieren, »Blutsfremde« zu vertreiben und Andersgesinnte, auch andersgesinnte Albaner, zu ermorden, kurz: ein faschistisches Verbrecherregime zu errichten.

Die Situation ähnelt dem Ende der dreißiger Jahre: Der Westen setzt auf Appeasement gegenüber dem Aggressor und hofft, ihn durch territoriale Geschenke zu besänftigen. Hitler erhielt zuerst das Rheinland und das Saarland, dann Österreich, dann das Sudetenland, dann die sogenannte Rest-Tschechei. Was seinen Appetit stillen sollte, hat ihn nur angestachelt. Doch das Appeasement war nicht nur dumm, sondern auch kalkuliert: Die Westmächte wollten den Nazis signalisieren, daß man ihnen freie Hand im Osten geben würde, weil die Sowjetunion der gemeinsame Feind war. Folgt das Appeasement der Nato gegenüber der UCK einem ähnlichen Kalkül? Gibt man der Terrorbande Carte blanche, damit sie die slawischen Staaten und Griechenland, deren Bürger in ihrer großen Mehrheit Nato-feindlich eingestellt sind, in innere Kämpfe verwickelt? Wenigstens sind die albanischen Faschisten, anders als ihre deutschen Vorbilder, ökonomisch und militärisch zu schwach, um einen Weltkrieg zu provozieren. Aber sie können den Balkan bis hinunter zur Ägäis für weitere zehn Jahre in ein Blutbad tauchen. Wenn sie einen mächtigen Alliierten finden, reicht es auch für mehr. Die deutschen Militärs jedenfalls verstehen den völkischen Eroberungswahn. »Stellen Sie sich vor, Ihr Land wäre zerstückelt und hätte fünf Hauptstädte – was würden Sie tun?«, fragte ein UCK-Kommandant deutsche Kfor-Offiziere. »Sie haben mich umarmt und gemeint, sie würden so handeln wie wir«, berichtete er dem »Spiegel«. In den fünf Hauptstädten – neben Skopje sind Tirana, Belgrad, Podgorica und Athen gemeint – wird man diese Kriegserklärung gelesen haben.

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 9/01 eine Polemik über die Globalisierungsgegner

Konkret 10/01, S. 15

Conrad Schuhler

Zur Kasse

Das Goethe-Institut in Athen wird gepfändet; Ende September soll die Zwangsversteigerung beginnen, deren Erlös als Anzahlung auf die 55 Millionen DM betrachtet wird, die griechische Gerichte den Überlebenden und Hinterbliebenen des NS-Massakers von Distomos als Entschädigung zugesprochen haben. Die deutsche Regierung hat die Greueltat stets »zutiefst bedauert«, die Entschädigungsverfügung des Gerichts von Livadia im Oktober 1997 allerdings nicht akzeptiert. Sie protestierte vielmehr gegen »das bisherige Vorgehen der griechischen Richter, weil damit gegen ein universales Prinzip des Völkerrechts verstoßen wurde«, nämlich, daß Staaten »vor Klagen und Zwangsmaßnahmen in anderen Staaten geschützt« seien. Berlin klagte gegen die Zwangsversteigerung. Anfang September wiesen die Athener Richter den Einspruch zurück.

Noch gibt sich die deutsche Regierung nicht geschlagen. Am 29. September soll das Oberste Sondergericht in Griechenland über den Standpunkt der Bundesrepublik entscheiden, sie könne als Staat nicht von Bürgern und Gerichten Griechenlands belangt werden. Die Chancen der deutschen Seite sind schlecht. Denn das Oberste Gericht Athens, der Areopag, hat schon früher entschieden, solche Staatenimmunität gelte nur für gewöhnliches staatliches Handeln, nicht aber für die NS-Taten, die außerhalb jeder Kriegsräson stünden und Verbrechen gegen die Menschheit darstellten.

Auf der Londoner Schuldenkonferenz 1952 hatte man sich geeinigt, daß für die Deutschen Kriegsreparationen erst fällig würden, wenn ein Friedensvertrag vorläge. Damit war die Verjährungsfrist bis zum Wiedervereinigungsvertrag – Vier-plus-Zwei-Vertrag – ausgesetzt. Deshalb wurde auch beim Kampf um die Entschädigung für NS-Zwangsarbeiter das Argument der Verjährung verworfen. Nun folgen die Griechen, und nicht nur die Bewohner von Distomos: Weitere 64 massakrierte Dörfer des Landes verlangen Entschädigung. Der Verband der Hinterbliebenen von Opfern der SS-Massaker in Griechenland verlangt von Deutschland Reparationen von 7,1 Milliarden US-Dollar im Geldwert von 1938, was nach früheren Schätzungen 200 Milliarden Dollar zum aktuellen Wert entspricht. Darüber hinaus hat die griechische Regierung verlangt, daß auch die Zwangsanleihe von 3,5 Millarden Dollar, zu der Griechenland von Nazi-Deutschland gezwungen worden war, in Reparationsverhandlungen erörtert wird.

Und es warten ungezählte weitere NS-Opfer in Dutzenden Ländern, u.a. in Italien, Tschechien, den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und Jugoslawiens. Geht es nach dem Völkerrecht, rollt eine Lawine von Entschädigungsforderungen auf die Bundesrepublik zu. Deshalb vertraut Berlin auch lieber auf Erpressung als auf das Recht. Von der Athener Regierung verlangt sie, die Entscheidungen der Gerichte zu annullieren. Und in Sachen Pfändung bleibt man ganz gelassen. Niemand, heißt es in Athen, traut sich doch bei der Zwangsversteigerung des gepfändeten Goethe-Instituts zu bieten. Das wäre in der EU, wo die Deutschen bestimmen, geschäftlicher Selbstmord.

Konkret 10/01, S. 17

Nikolaus Förster, Sead Husic

Mit Klauen und Zähnen

Serbiens Premier Zoran Djindjic unter Druck: Der gewaltsame Tod eines ehemaligen Geheimdienstoffiziers hat den Verdacht genährt, seine Regierung decke das organisierte Verbrechen

Es geschah am 3. August, abends gegen 22.15 Uhr. Momir Gavrilovic starb im Kugelhagel auf einem Parkplatz an der Belgrader John-Kennedy-Straße. Elf Patronenhülsen, Kaliber 7,65 Millimeter, wurden am Tatort gefunden. Die Mörder flüchteten in einem grauen Mercedes 190.

Was angesichts etlicher Anschläge in Serbien zunächst kaum wahrgenommen wurde, stellte sich kurze Zeit später als höchst brisant heraus: Wenige Stunden vor den tödlichen Schüssen war der ehemalige Geheimdienstoffizier Gavrilovic mit Beratern des jugoslawischen Präsidenten Kostunica in dessen Büro zusammengekommen – und hatte dabei auch Verbindungen zwischen Regierungsmitgliedern und dem organisierten Verbrechen preisgegeben. »Er sprach über Korruption«, bestätigte Kostunica in einer Fernsehansprache, als der Fall in der Öffentlichkeit bereits Wellen schlug. »Dies ist eine Gefahr für die gesamte Gesellschaft.«

Längst hat sich der mysteriöse Mord zu einem handfesten Skandal entwickelt – und das politische Establishment in Belgrad in eine Krise manövriert. Die Rivalität zwischen Präsident Kostunica und Premier Djindjic hat sich in einen offenen Machtkampf verwandelt. Mitte August zog sich Kostunicas Demokratische Partei Serbiens (DSS) aus der Regierungskoalition zurück – mit der offiziellen Begründung, Djindjics Regierung bekämpfe das organisierte Verbrechen nur »unzureichend«. Ein Affront, den das Djindjic-Lager nicht unbeantwortet ließ. In einer eilends einberufenen Pressekonferenz enthüllte der Chef der Polizeiabteilung zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens, Dragan Karleusa, Details über den Mann, der vor seinem Tod das Präsidialamt aufgesucht hatte.

Gavrilovic – der Informant des Präsidenten – sei keineswegs ein aufrechter Polizist gewesen; vielmehr sei er in Morde, Entführungen und Erpressungen verwickelt gewesen. Bis zuletzt habe der Exgeheimdienstler enge Kontakte zu dubiosen Kreisen gepflegt; so soll er noch am Tag seines Todes mit dem mächtigen Zigarettenhändler Stanko Subotic gesprochen haben, den das kroatische Innenministerium im Mai als Kopf der Balkanmafia bezeichnete.

Doch der Versuch, den ermordeten Insider unglaubwürdig zu machen, hatte einen Haken. Denn der hohe Beamte aus dem Innenministerium verschwieg bei seinen Enthüllungen, daß nicht nur Gavrilovic Kontakt mit Subotic hatte, sondern auch der Premier höchstpersönlich: Zoran Djindjic, jener Politiker, der im Kampf gegen den Diktator Slobodan Milosevic bekannt wurde und im Ausland inzwischen als Star gefeiert wird.

Seit Jahren gilt Djindjic im Westen als Garant für die Demokratie auf dem Balkan. Doch hinter dieser Fassade verbirgt sich eine andere, kaum wahrgenommene Seite: Seine Kontakte zu Geschäftsleuten, die dem organisierten Verbrechen zugerechnet werden, sowie Widersprüche, in die sich der serbische Regierungschef in den vergangenen Monaten verwickelt hat, werfen dunkle Schatten auf die vermeintliche Lichtgestalt. Djindjic ist in eine Affäre involviert, die sein Image trüben könnte. Ähnlich wie der montenegrinische Präsident Milo Djukanovic, dem europäische Staatsanwälte und Zollfahnder vorwerfen, Schmuggler zu protegieren, hat sich der Spitzenpolitiker mit Leuten eingelassen, die seine Glaubwürdigkeit untergraben.

Djindjic, der sich die »Achtung der Gesetze« zum Leitspruch erkoren hat, wurde schon im Protestwinter 1996/97 finanziell großzügig vom Ausland unterstützt, als in Belgrad Hunderttausende auf die Straßen gingen und gegen das Milosevic-Regime demonstrierten. Innenpolitische Gegner verspotteten den Politiker, der fließend Deutsch spricht und in Konstanz promoviert hat, damals als »BND-Mann«. Was sich Spitzenpolitiker aus dem Westen bislang aber nicht eingestehen wollen: Die Opposition soll in jener Zeit auch Geld von der montenegrinisch-serbischen Mafia angenommen haben, die den Zigarettenschmuggel auf dem Balkan kontrollierte. Etwa von jenem Stanko Subotic, genannt Cane, den auch Exgeheimdienstler Gavrilovic noch am Tag seines Todes gesprochen haben soll.

»Für die organisierten Proteste von Djindjic«, sagt der in der Schweiz untergetauchte kroatische Geschäftsmann Srecko Kestner, »bat mich Cane im Winter 1996 um eine halbe Million Mark.« Subotic, dessen Privatvermögen auf mehrere hundert Millionen Dollar geschätzt wird, hat in der »Tribune de Genève« vom 12. Juni 2001 bestätigt, während des Kriegs Oppositionsparteien finanziell unterstützt zu haben. Kestner, der nach eigenen Angaben nur noch mit Mineralwasser handelt, kontrollierte – zusammen mit seinem im vergangenen Oktober ermordeten Partner Wladimir Bokan – zu Beginn der neunziger Jahre den Zigarettenhandel in Serbien und Montenegro. Bei der Staatsanwaltschaft Hof liegt ein Haftbefehl gegen Kestner vor – er soll gegen das Außenwirtschaftsgesetz verstoßen haben. 1995 stieg laut Kestner Subotic in das Geschäft ein. »Sein Gewinnanteil am Zigarettenhandel betrug 50 Prozent«, sagt Kestner. Subotic will eigenen Angaben zufolge »nie geschmuggelt« haben, gibt allerdings zu, während des Kriegs in Jugoslawien seine »wirtschaftlichen Aktivitäten in Montenegro« ausgebaut zu haben.

Die Vorwürfe, Djindjic habe mit dubiosen Zigarettenhändlern Kontakt gehabt, sind brisant. Die Europäer haben soeben erst ihren Kampf gegen den organisierten Tabakschmuggel forciert: Anfang vergangener Woche verklagte die Europäische Kommission bei einem Distriktgericht in New York erneut zwei Konzerne auf Schadensersatz: R. J. Reynolds und Philip Morris. Sie sollen die illegalen Geschäfte unterstützt haben. Der Handel hat gigantische Ausmaße angenommen. Im vergangenen Jahr wurden laut Weltzollorganisation 949 Milliarden Zigaretten exportiert und nur 677 Milliarden Stück importiert. Der Rest wurde – am Zoll vorbei – illegal eingeführt und auf dem Schwarzmarkt verkauft. Jedes Jahr entgehen den Europäern Steuer- und Zolleinnahmen in Milliardenhöhe. Allein in Italien, einem Einfallstor für die unverzollte Ware, wird der Schaden auf umgerechnet 4 Mrd. DM geschätzt.

Der Schmuggel im großen Stil begann 1992 – mit dem UN-Handelsembargo gegen Jugoslawien. »Wir hatten ein gemeinsames Ziel«, beschreibt Kestner die Allianz von Oppositionspolitikern und einflußreichen Zigarettenhändlern. »Wir wollten Milosevic loswerden.« Eine Doppelrolle soll damals Geheimdienstchef Jovica Stanisic gespielt haben. Zu Beginn des Krieges baute er in Kroatien paramilitärische Einheiten auf, die später auch in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo zum Einsatz kamen: Offiziell galt Stanisic als Milosevic-Mann. Insgeheim soll er aber selbst die Macht im Land angestrebt haben. Noch heute halten sich in serbischen Medien hartnäckig Gerüchte, es habe einen Plan zur Absetzung Milosevics in jenem Protestwinter 1996/97 gegeben.

Stanisic zog im Hintergrund die Fäden und soll heimlich Djindjic unterstützt haben. Die Belgrader Magazine »Nin« und »Vreme« berichteten unter Berufung auf Quellen aus Milosevics Umfeld, Stanisic habe bei den Unruhen auf den Präsidenten eingewirkt, nicht zu hart gegen die Demonstranten vorzugehen. Der Geheimdienstler soll in dieser angespannten Situation auch zwischen dem Wahlsieger Djindjic und dem Machthaber Milosevic vermittelt haben. Daß es im Januar 1997 zu einem Treffen zwischen den beiden Kontrahenten kam, hat Djindjic stets bestritten. Der öffentliche Eindruck, er sei Bürgermeister von Milosevics Gnaden, wäre für ihn verheerend gewesen.

Detaillierte Angaben des ehemaligen Chefs der montenegrinischen Handelsmission in Washington legen allerdings nahe, daß hinter den Kulissen in der Tat ein Pakt geschlossen wurde. »Wir trafen uns am 4. April 1997 im Ritz Carlton Hotel in Washington D. C.«, erinnert sich Ratko Knezevic. »Da erzählte mir Djindjic, daß Jovica Stanisic zu ihm kam, morgens um drei Uhr, und ihn nach Dedinje zu Milosevic brachte.« Dort hätten sie beschlossen, »daß Djindjic Bürgermeister wird und die Proteste aufhören«. Fest steht: Djindjic weilte am 4. April 1997 wirklich in Washington – zu einem Gespräch mit der US-Außenministerin Madeleine Albright.

Seine Nähe zum Geheimdienstler Stanisic, der im Frühjahr 1998 während der Eskalation im Kosovo von Milosevic abgesetzt wurde, leugnet Djindjic nicht: »Ja, ich treffe mich mit Jovica Stanisic. Ich treffe mich seit fünf Jahren mit ihm«, sagte der Premier am 9. Mai der serbischen Wochenzeitung »Nedeljni Telegraf«. Er komme »aus einem Milieu, in dem es auch Leute gab, die für den Geheimdienst und die Polizei gearbeitet haben. Ich wäre nicht am Leben, wenn ich nicht die Unterstützung in all diesen Institutionen gehabt hätte.« Ob er Kriminelle kannte? »Ja, kannte ich. In diesem Dschungel mußte man Klauen und Zähne haben.«

Djindjic gerät immer mehr ins Zwielicht: Am 17. Mai enthüllte das kroatische Magazin »Nacional«, der serbische Premier sei mit dem Privatjet des Zigarettenbarons Stanko Subotic nach Moskau geflogen: mit einer Cessna Citation X (N999 CX), registriert auf die Briefkastenfirma »Brook Aviation« im US-Staat Delaware. »Was tut der serbische Premierminister in einem privaten Flugzeug eines Zigarettenschmugglers«, empörte sich Vuk Draskovics oppositionelle SPO. Djindjic verweigerte zunächst jede Stellungnahme. Dann wiegelte er ab: Der Jet sei nur geliehen; den Flug werde er bezahlen. Subotic bestätigte wenige Tage später, daß Djindjic »einige Male« mit seinem Jet geflogen sei. »Wir haben keine Bezahlung verlangt, weil wir wissen, wie schlecht es um die Finanzen der Republik steht.« Djindjic hat inzwischen eingeräumt, seine Regierung funktioniere »unkonventionell«. »Wir versuchen, ein Maximum zum minimalen Preis zu erreichen. Das war Sparsamkeit, nicht Korruption.« Künftig werde er dies aber »nicht wieder tun«.

Weitere Ungereimtheiten tauchen auf: Am 20. Mai 2001 behauptet Djindjic im Belgrader Privatsender BKTV, er habe Subotic »vor vier oder fünf Jahren kennengelernt und ihn seither nicht mehr gesehen.« Das hat Subotic offenbar anders in Erinnerung: »Nach den Geschehnissen im Oktober haben wir uns in Belgrad im November erneut getroffen«, sagte er der Zeitung »Nedeljni Telegraf«. »Ich habe ihm zum Sieg von DOS gratuliert.« Das Serbische Oppositionsbündnis DOS hatte im Herbst 2000 Hunderttausende von Menschen gegen Milosevic mobilisiert. »Bei diesem Treffen (in Belgrad) habe ich ihm gesagt, daß er auf mich zählen kann, auf meine Erfahrung, meine weltweiten Verbindungen«, erzählt Subotic. Das größte Problem für das leere Staatsbudget sei der Zigarettenschmuggel. »Also habe ich dem serbischen Premier das Beispiel Rumänien genannt, die das Problem gelöst haben. Dabei spielte das Unternehmen British American Tobacco (BAT), mit dem ich ausgezeichnete Geschäftsverbindungen pflege, eine wichtige Rolle.« Nur mit einer großen Investition, dem Bau einer Zigarettenfabrik zusammen mit BAT, ließe sich der Schmuggel verhindern.

Was nach Subotics Angaben bereits im November 2000 unter vier Augen angesprochen wurde, nimmt in den Folgemonaten konkrete Formen an: Am 13. Mai 2001 informiert Premier Djindjic die Öffentlichkeit darüber, daß seine Regierung mit BAT, dem zweitgrößten Tabakkonzern der Welt, über den Bau einer Zigarettenfabrik in der 180.000

Einwohner zählenden Industriestadt Kragujevac verhandelt. Dieser Standort sei besonders wichtig, da die Automobilwerke des Staatsbetriebs Zastava durch die Nato-Bomben fast gänzlich zerstört worden seien. Auf den Trümmern des Krieges, kündigt Djindjic an, solle die BAT-Fabrik entstehen und mehr als 5.000 Arbeitsplätze schaffen. Ein Prestigeprojekt für den Premier, der sonst kaum internationale Investoren in sein Land locken kann.

Der Haken an dem Projekt: Der Tabakkonzern bestehe darauf, in Serbien ein zweijähriges Monopol zur Produktion hochwertiger Zigaretten zu erhalten, sagt Djindjic. »Katastrophal« sei dieses Vorhaben für die serbische Regierung, empörte sich Milan Kovacevic, Mitglied der Wirtschaftsexpertengruppe G 17. »Wie kann der Premier irgendeiner Firma ein Monopol zusprechen? Dies beginnt, an eine Art bolschewistischer Wirtschaft zu erinnern.«

Unklar bleibt die Finanzierung des Projekts: Investitionen in Höhe von 150 Mio. DM sind geplant. Neben BAT gebe es einen »strategischen Partner«, sagt Djindjic an jenem 13. Mai, weigert sich aber, einen Namen zu nennen. Den gibt wenig später der Tabakkonzern preis. Die BAT-Zentrale in London bestätigte, daß die regionale Firma »D-Trade«, an der Zigarettenhändler Subotic beteiligt sei, an den Gesprächen teilgenommen habe. Der Zuger BAT-Direktor Eduard Walpen, der ebenfalls an den Verhandlungen teilgenommen hat, erinnert sich gar, Subotic sei bei dem Fabrikprojekt als »Vertreter der serbischen Regierung« dabeigewesen (»SonntagsBlick«, 26. Mai). Ein Dementi bleibt aus. Er äußere sich nicht mehr dazu, teilt Walpen mit. Und ein BAT-Sprecher in Zug sagt, man wolle »nicht noch mehr Staub aufwirbeln«. »Ich weiß nicht mal, wie Stanko Subotic aussieht«, versichert Djindjics Stellvertreter und Chefunterhändler in den Verhandlungen mit BAT, Zarko Korac. »Es gab keine dritte Partei, die an den Verhandlungen beteiligt war.«

Die widersprechenden Äußerungen legen die Vermutung nahe, daß Stanko Subotic eine Doppelrolle spielt und den gesamten Deal eingefädelt hat: Der Zigarettenbaron hat offenbar nicht nur auf die serbische Regierung Einfluß ausgeübt, sondern auch auf der anderen Seite des Verhandlungstisches mitgemischt. Ein BAT-Sprecher aus London bestätigt, Subotic sei in »frühen Diskussionen« in das Projekt involviert gewesen. »D-Trade« habe dazu beigetragen, den Investitionsplan des Tabakmultis für das Projekt in Serbien zu entwickeln. »Wir haben diesen Input geschätzt«, heißt es in London. Nach eigenen Angaben hat Subotic seit Oktober 1999 einen Exklusivvertrag mit BAT für den jugoslawischen Markt; BAT bestreitet dies. Auf jeden Fall verfügt der Zigarettenhändler über profunde Kenntnisse des Balkanmarktes – und über beste Kontakte zur Belgrader Regierung.

Zollfahnder fürchten, der Deal werde den Schmuggel in der Region – anders als von BAT und Belgrad behauptet – nicht reduzieren, sondern ausweiten. Organisierte Banden könnten noch leichter an billige Ware kommen und sie – unverzollt – in EU-Ländern verkaufen. »Logistisch wäre das ideal«, sagt ein Experte, der nicht genannt werden will – nicht zuletzt deshalb, weil er von übergeordneten Stellen bei seinem Kampf gegen die Zigarettenmafia zurückgehalten worden ist. Den Bau einer Produktionsstätte in Serbien hält er für einen großen Coup. »Sie stellen in dem Land her, wo in großem Stil geschmuggelt wird, ein Verteilernetz besteht und Politiker dankbar für Geschenke sind. Dazu haben sie Länder wie Kroatien, Bosnien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Mazedonien, das Kosovo und Montenegro in der Nachbarschaft. Beste Voraussetzungen für den Schmuggel hochwertiger Zigaretten.«

Nikolaus Förster und Sead Husic sind Autoren der »Financial Times Deutschland«

Konkret 10/01, S. 18

Michael Schilling

Der Hufeisenplan(sch)

Rudolf Scharping ist ein Lügner. Welcher Politiker ist das nicht? Rudolf Scharping ist auch ein Mörder. Welcher Kriegsminister wäre das nicht? Außerdem ist Rudolf Scharping ein Dämlack. Auch von der Sorte gibt es jede Menge. (Zwei heißen Bütikofer und Merz.) Nichts davon hat Rudolf Scharpings Aufstieg zum »richtigen Soldatenvater« (»Bild«) aufgehalten. Im Gegenteil.

Bis plötzlich, diesen Sommer, der Minister ins Wasser ging, und zwar selbdritt, mit der Geliebten und einem Fotografen, der den Vollzug neckischer Planschspiele durch das nicht ganz frische Paar auf Farbfilm festhielt, damit die Leser von Burdas »Bunter Illustrierter« und Stefan Augsteins »Spiegel« an dem Frohsinn und der nassen Halbglatze des Ministers wie auch dem weißen Einteiler der Geliebten Anteil nehmen konnten.

Aber die Konkurrenz schläft nicht, und so mußte die »Zeitung für Deutschland« von einem »Kopfschütteln über Scharping« berichten. Der militärische Sprecher der CDU, Breuer, habe verlangt, daß Scharping »seinen Hut nehme«, weil er zugunsten seiner Gräfin »in der Nato auf jeden deutschen Einfluß verzichtet« habe und »abgetaucht« sei. Westerwelle, den ein Fotograf von Springer eine Woche zuvor und ebenfalls auf Mallorca, mangels Gräfin und Pool aber solo im Meer, als »Guido quietschvergnügt« abgebildet hatte, rügte »Scharpings Schnäbeleien«, und machte einen arschlöcherigen »Anbetracht der Ernsthaftigkeit des bevorstehenden Mazedonien-Einsatzes« geltend.

Nachdem die letzte Ritze des Ariane Sommer-Lochs mit dem Plansch des Hufeisenministers gefüllt war, tauchte Rudolf Scharping wieder auf, als der Genius jenes Lokus, der sich »Bild«-Zeitung nennt, und fertigte sich recht: »Jeder Mensch – Politiker sind da keine Ausnahme – darf seine Gefühle offen zeigen.« Und war so durchdrungen von dieser Wahrheit wie von den vielen anderen, an denen er und sein Kamerad Fischer zweitausend Serben haben sterben lassen. Es macht aber einen Unterschied, ob ein Kriegsminister tut, was von ihm als Politiker erwartet werden darf, nämlich lügen und Leute umbringen, oder ob er als Mensch den Anspruch erhebt, die Exkremente seiner Psyche, die er für zarte Gefühle hält, in die Umwelt verstreuen zu dürfen. Dieser Sondermüll gehört in die Psychiatrie.

Konkret 10/01, S. 20

Klaus Thörner

Die Firma 2

Carla del Ponte und die albanische Mafia: Zweiter Teil einer Szenenfolge über die Karriere der heutigen Chefanklägerin des UN-Kriegsverbrechertribunals in Den Haag

»Gerechtigkeit ist eine Frau«, sagte der UN-Generalsekretär Kofi Annan über Carla del Ponte. Offensichtlich hatte er die Kritik nicht zur Kenntnis genommen, die den Aufstieg der ehrgeizigen jungen Staatsanwältin im Schweizer Kanton Tessin begleitete: Sie habe bestimmte Teile des organisierten Verbrechens unbarmherzig und sogar mit illegalen Methoden verfolgt, bei anderen Mafiosi aber ein Auge zugedrückt und sie mehr oder weniger offen geschützt, hieß es über die heutige Chefanklägerin des UN-Kriegsverbrechertribunals (vgl. KONKRET 9/2001).

Besonders bemerkenswert sind die ungeklärten Verbindungen del Pontes zur albanischen Mafia, die in der Schweiz über starke Stützpunkte verfügt. Der Fall eines Luganeser Bauunternehmers kosovo-albanischer Herkunft, Beghjet Pacolli, und seiner Baufirma Mabetex sorgte 1999 für einigen publizistischen Wirbel in der Schweiz und Rußland, der Deutschland allerdings nur in Ausläufern erreichte. Der damalige russische Generalstaatsanwalt Jurij Skuratow erhob in einem Ermittlungsgesuch den Vorwurf, daß hohe russische Beamte der Firma Mabetex gegen Bestechungsgelder Bauaufträge für russische Regierungsgebäude und das Parlament verschafft haben sollen. Das Auftragsvolumen von Mabetex in Moskau lag bei mindestens 300 Millionen Dollar. Die russische Generalstaatsanwaltschaft stellte fest, daß im Fall Mabetex sieben Milliarden US-Dollar im Ausland verschwunden waren. Im Verlauf der Ermittlungen wurde auch über Verbindungen zwischen Jelzin und Pacolli berichtet. So bürgte Pacolli zum Beispiel 1995 für zwei Kreditkarten der Gotthardbank, die den beiden Jelzin-Töchtern zur Verfügung gestellt wurden.

Del Ponte gab das Ermittlungsgesuch von Skuratow an Pacolli weiter, der wohl unverzüglich »seine Freunde« in Moskau benachrichtigte (vgl. »Neue Zürcher Zeitung«, 22.9.1999). Wenig später mußte Skuratow als oberster russischer Ermittler zurücktreten, nachdem ihm Jelzin ein Video präsentiert hatte, das ihn angeblich in Gesellschaft von zwei Prostituierten zeigt. Seither herrscht Ruhe im Fall Mabetex. Bereits 1995 hatte del Ponte Pacolli und seiner Mabetex erstmals kräftig unter die Arme gegriffen. Damals ging es um Credito Cisalpino, die Hausbank der Mabetex, die unter Verdacht stand, einem sizilianischen Geschäftsmann beim Waschen von 1,1 Milliarden US-Dollar Mafia-Schwarzgeldern geholfen zu haben. Einen Tag nachdem Bundesanwältin del Ponte die Informationen der italienischen Justiz über den Geldwäschereifall bekommen hatte, schlossen alle Firmen, die als Durchlaufstationen zwischen der Mafia und der Mabetex gegolten hatten. Das vermutlich gewaschene Geld ist verschwunden. Die Mabetex, die zuvor ein Dutzend Mitarbeiter hatte, verzehnfachte in den Monaten nach diesem Vorfall ihren Mitarbeiterstab. Auch im Falle des Pacolli-Schützlings Giovanni Canizzo, der im Zeitraum von 1992 bis 1994 bis zu drei Milliarden Franken wusch, blieb del Ponte nicht untätig. Als Cannizzo in Palermo verhaftet wurde, reiste die Staatsanwältin mit Hubschrauber und martialischer Eskorte an und nahm den Sizilianer in Schutz. Er sei lediglich ein Spinner, der Mitleid verdiene – diese Meinung vertrat auch der ehemalige Chef der Kantonalen Fremdenpolizei Morelli, der 1995 seinen Posten verließ, um Buchhaltungschef von Mabetex zu werden.

Die milliardenschwere Mabetex spielt offensichtlich für die UCK eine wichtige Rolle: Im Juli 1999 berichtete die »NZZ«, Firmenchef Pacolli habe eine Stiftung gegründet, die er selbst als »Koordinationsstelle und Motor« beim Wiederaufbau im Kosovo bezeichnet (vgl. auch KONKRET 9/99). Ein persönlich mit Pacolli bekannter Schweizer Geschäftsmann, der aus verständlichen Gründen auf Anonymität Wert legt, sagte gegenüber KONKRET: »Ich kann mir sehr gut vorstellen, daß Pacolli auch Waffenkäufe der UCK finanziert.«

Das Tribunal

Das UN-Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien wurde 1993 auf Betreiben der USA, Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands eingerichtet. Den entsprechenden Beschluß fällte nicht die UN-Vollversammlung, sondern der UN-Sicherheitsrat (Resolutionen 808 und 827). Laut UN-Charta fällt die Einrichtung einer solchen Gerichtsbarkeit jedoch nicht in den Kompetenzbereich des Sicherheitsrates – der Hauptgrund, wieso Slobodan Milosevic bei seinen ersten Vorführungen in Den Haag die Legitimität und Legalität des Tribunals bestritt. Die russische und die chinesische Regierung wurden von der damaligen US-amerikanischen UN-Botschafterin Madeleine Albright, die auch als »Mutter« des Tribunals gilt, mit finanziellen Versprechungen ins Boot geholt – bei der Jelzin-Administration könnten Mabetex-Zuwendungen eine zusätzliche Rolle gespielt haben.

In Reden vor dem deutschen und dem kanadischen Parlament hatte der damalige Bonner Außenminister Genscher im Vorfeld erklärt, daß es zukünftig keiner Nation mehr erlaubt sein dürfe, Entscheidungen des UN-Sicherheitsrates zu ignorieren. Genscher plädierte mit Verve dafür, daß Mißachtungen der Menschenrechte von nun an als Bedrohung der internationalen Sicherheit und nicht mehr als innerstaatliche Angelegenheiten zu gelten hätten. In diesem Sinne

interpretierte der Sicherheitsrat die damalige Situation in Bosnien-Herzegowina als Bedrohung für die internationale Sicherheit und den internationalen Frieden und erhob erste Anklagen gegen bosnisch-serbische Verdächtige.

Im Statut des Tribunals ist festgehalten, daß die Vertretung der Anklage zur Wahrung der Unabhängigkeit keine Instruktionen von Regierungen oder anderen Stellen entgegennehmen darf. Die Kosten des Tribunals sollen nach dem Statut ausschließlich aus dem regulären Budget der Uno bestritten werden. Beide Bestimmungen werden offen und kontinuierlich verletzt. 1996 traf sich der damalige Chefankläger mit dem Generalsekretär und dem Oberkommandierenden der Nato in Europa, um Kontakte zu etablieren und eine Diskussion über Zusammenarbeit und Assistenz zu beginnen. Am 9. Mai 1996 wurde zwischen dem Büro des Chefanklägers und dem Oberkommando der Nato in Europa ein Kooperationsabkommen unterzeichnet. In der Folge kam es zu regelmäßigen Treffen des Präsidenten des Tribunals mit dem Nato-Befehlshaber in Europa, Wesley Clark. Mit anderen Worten: Nicht UN-Einheiten, sondern Nato-Truppen wurden zu Gendarmen des Tribunals, das selbst im Gegenzug ganz zum Instrument der Nato wurde.

Finanziell ausgestattet wird das Tribunal im wesentlichen von einzelnen Staaten und privaten Stiftungen. Allein für das Jahr 1994/95 stellte die US-amerikanische Regierung Barzahlungen in Höhe von 700.000 Dollar und technisches Equipment im Wert von 2,3 Millionen Dollar zur Verfügung. Im selben Jahr flossen von seiten des Open Society Institute, einer vom US-amerikanischen Milliardär George Soros eingerichteten Stiftung, 150.000 Dollar nach Den Haag. Die Rockefeller Foundation überwies weitere 50.000 Dollar. Unter den Geldgebern finden sich auch der Time-Warner-Konzern und die Carnegie-Foundation. Das Zivilgesellschaftsinstitut von Soros finanziert im übrigen nicht nur das Tribunal, sondern auch eine UCK-nahe Zeitschrift in Pristina. Soros gehört zu den Gründern und Geldgebern der Coalition for International Justice (CIJ), die sich die Unterstützung des Tribunals in der Öffentlichkeit zum Ziel gesetzt hat. Zum Soros-Universum wiederum gehört die International Crisis Group (ICG), die in den Medien als unabhängiges und privates Forschungsinstitut verkauft wird. In ihrem Vorstand sitzen unter anderem Louise Arbour, die kanadische Vorgängerin von del Ponte auf dem Posten der Chefanklägerin, und Wesley Clark. Das angeblich unabhängige UN-Tribunal in Den Haag ist somit im wesentlichen ein Kind der großen, in den Jugoslawienkrieg involvierten Nato-Staaten sowie einiger Privatpersonen und Stiftungen dieser Länder.

Unmittelbar nach ihrem Amtsantritt als Haager Chefanklägerin im September 1999 reiste del Ponte zur Nato nach Brüssel und forderte die Mitgliedstaaten auf, eine härtere Gangart gegen »serbische Kriegsverbrecher« einzulegen und aktiv an deren Ergreifung mitzuwirken. Wiederholt rief sie die Sfor-Truppen auf, Ernst zu machen mit der Verfolgung der in ihren Anklageschriften aufgeführten Serben. Zuletzt schlug del Ponte vor, ihr ein Team von Verbrecherjägern zu unterstellen. Es sollte diejenigen aufspüren, die sich wie etwa Radovan Karadzic bisher erfolgreich dem Zugriff entziehen konnten.

Den Fall Milosevic hat Frau del Ponte von ihrer Amtsvorgängerin Arbour geerbt, die zur Legitimation des Nato-Kriegs gegen Exjugoslawien im Mai 1999 Anklage gegen den jugoslawischen Staatspräsidenten und weitere serbische Politiker und Militärs erhob. Damit machte Arbour eine vom ersten Chefankläger des Tribunals, dem Südafrikaner Richard Goldstone, ausgesprochene Ankündigung wahr, er werde auch höchste Amtsträger unter Anklage stellen, wenn es erforderlich sei. Diese Maßgabe gilt allerdings nur für Serben – die »höchsten Amtsträger« der Kroaten (Expräsident Tudjman) und der bosnischen Muslime (Expräsident Izetbegovic) wurden nie angeklagt, die der Albaner sogar von Unmik und Kfor mit den wichtigsten Ämtern im Nachkriegs-Kosovo belohnt: Der frühere UCK-Chef Hashim Thaci ist heute Vorsitzender der Übergangsregierung des Kosovo, also eine Art Ministerpräsident, der frühere UCK-Oberbefehlshaber Agim Ceku Kommandeur des Kosovo-Schutzkorps KPC. Das Kosovo-Schutzkorps ist eine angeblich nur leicht bewaffnete Hilfspolizei, in die UCK-Kämpfer nach der formellen Auflösung der Untergrundarmee integriert wurden. Die mazedonische Regierung weist jedoch in offiziellen Stellungnahmen darauf hin, daß KPC-Polizisten nach ihrer Grundausbildung unter Mitnahme ihrer Waffen über die Grenze geschleust wurden und in den Reihen der neuen mazedonischen UCK kämpften. Die Tatsache, daß die US-Regierung vor kurzem eine Schwarze Liste von Terroristen erstellt hat, die Einreiseverbot in die USA haben, und daß auf dieser Liste auch der Vizechef des Kosovo-Schutzkorps zu finden ist, stützt diese Anschuldigungen.

Für Carla del Ponte ist das allerdings kein Grund, nun ihrerseits mit Ermittlungen gegen kosovo-albanische Täter zu beginnen. Vielmehr verlangte sie anläßlich ihres Besuchs beim serbischen Premier Zoran Djindjic Anfang September, nunmehr müsse auch Milan Milutinovic ausgeliefert werden, der in der Haager Anklageschrift vom Mai 1999 zusammen mit Milosevic genannt wird. Kleines Problem: Milutinovic ist, anders als Milosevic zum Zeitpunkt seiner Verhaftung, immer noch im Amt. Als Präsident Serbiens genießt er eigentlich dieselbe Immunität wie jeder andere Präsident dieser Welt. Doch dieses »eigentlich« gilt nicht für Serben – und nicht für Carla del Ponte.

Der Autor dankt dem Journalisten Paolo Fusi und der Zürcher »Wochenzeitung« für großzügige Unterstützung

Klaus Thörner schrieb in KONKRET 9/2001 über die Arbeit Carla del Pontes als Staatsanwältin in Lugano und als Bundesanwältin in Bern

Konkret 10/01, S. 21

Michael Schilling

Hashim Thaci? Gesundheit!

»Das ist widernatürlich. Das ist abartig. Das ist total albanisch.«

Schwiegermutter Margret in »Julia und ihre Liebhaber«

Auch der Kapitalismus, die höchste Form der Barbarei, kann nicht alles dulden, und so wird irgendwann irgendwer den Auftrag erhalten, die völkischen Albanerbanden, die eine Blutspur nach der andern über das südöstliche Europa ziehen, zur Räson zu bringen. Nach zehnjähriger Erfahrung weiß jeder, der noch etwas wissen will, daß das Verlangen der albanischen Bandenführer nach Autonomie nicht das Recht meint, die eigene Sprache zu sprechen und von eigenen Polizisten festgenommen zu werden, sondern das Recht auf Straßenräuberei und Menschenhandel.

In der unnachahmlichen Nonchalance, derer nur der von jedem moralischen Skrupel emanzipierte Opportunist fähig ist, hat Gerhard Schröder schon vor einiger Zeit die Frage zwar gestellt, um sie zu verneinen, aber doch gestellt: ob man vielleicht zur Lösung dieses Problems den Milosevic wiederholen müsse.

Noch freilich hat der Albanerwahn den Auftrag zu erfüllen, den der deutsche Außenminister ihm erteilt hat, als er erklärte, die Albanerfrage, nämlich die ganz andere als die oben gestellte, sei offen: Auch der noch vor Jahresfrist zu stabile und darum potentiell zu freche Staat Mazedonien muß, nach dem Beispiel der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Serbiens, zerrüttet werden. Bis dahin wird die UCK ermutigt, ihre Gemetzel fortzusetzen, und koste es auch den einen oder anderen Friedenssoldaten der Nato die Rübe.

Ist Mazedonien als politisch halbwegs eigenständiges Gebilde aber erledigt, kommen endlich die Albaner dran. Beginnen wird es damit, daß »Bild«, »FAZ« und »Taz« gleichzeitig den kriminellen Charakter der UCK-Führer entdecken. Vielleicht bleibt der Auftrag, ihrem Treiben ein Ende zu setzen, sogar an »Zoran dem Deutschen« hängen. Er müßte dann dort weitermachen, wo die Nato Milosevic gestoppt hat, käme aber nicht nach Den Haag, sondern, zum Empfang des Friedenspreises, in die Paulskirche, wie sein Lehrer und Kriegskamerad, der Pazifist der freiwilligen Reserve Jürgen Habermas.

Hashim Thacis beste Chance aber ist noch die, von seinen Berliner und Washingtoner Paten in die Zelle neben Slobodan Milosevic gesperrt zu werden. Näher liegt, daß sie ihm, der wirklich zuviel weiß über Fischer und Albright, von ihren friedenschaffenden Kräften den ewigen Frieden verschaffen lassen.

Konkret 10/01, S. 22

Samuel Salzborn

Königsberger Klopse

Auswärtiges Amt und Europäische Kommission wollen Kaliningrad zur Freihandelszone mit EU-Anbindung machen – ein entscheidender Schritt zur Herauslösung des Gebiets aus dem russischen Staatsverband

»Deutschland führt mit Rußland geheime Gespräche über die Abtretung Königsbergs«, schrieb die britische Tageszeitung »Daily Telegraph« Anfang des Jahres nach einem angeblichen Privatbesuch Schröders bei Putin. Eine britisch-kühle Analyse – oder eine der typischen Übertreibungen des Infotainment? Droht nach der Annexion der DDR ein weiterer Anschluß – oder spielt sich das alles nur in den Köpfen ewiggestriger Insulaner ab? Fakt ist: Die geostrategische Lage Kaliningrads wird für Rußland mit der EU-Osterweiterung zum Problem. Wenn Polen und Litauen 2004 in die EU aufgenommen werden, was sehr wahrscheinlich ist, wird die russische Exklave an der Ostsee nur noch über EU-Gebiet zu erreichen sein.

Daß der Status Kaliningrads wieder verstärkt in die Diskussion gekommen ist, liegt auch an der prekären wirtschaftlichen Lage. Nachdem das ehemals ostpreußische und seit 1945 russische Gebiet vor zehn Jahren für Ausländer geöffnet worden war, wurde es Anfang 1996 offiziell zur russischen Sonderwirtschaftszone deklariert. Das Gebiet profitiert hierbei besonders von seiner günstigen Lage an der Ostsee und seinem eisfreien Hafen. In der Sonderwirtschaftszone ist die Ein- und Ausfuhr von Waren zollfrei möglich. Die zollfreie Ausfuhr ist jedoch an die Bedingung gebunden, daß 30 Prozent der Wertschöpfung aus der Oblast selbst stammen. Nachdem Kaliningrad von diesem Status zunächst ökonomisch profitierte – der Wert des Warenaustausches stieg von 145 Millionen Dollar 1992 auf 1,7 Milliarden Dollar 1997 – herrschen seit dem Rubel-Crash 1998 wieder Arbeitslosigkeit und Armut.

Zurück zum Besuch Schröders bei Putin: Laut »Sunday Telegraph« soll der russische Präsident Deutschland die Kontrolle über die Region angeboten habe, wenn es Rußland im Gegenzug einen Teil seiner Schulden – die Bundesrepublik ist mit 57 von insgesamt 117 Milliarden Mark Außenständen der Hauptgläubiger des Landes – erlassen würde. Nachdem die Schröder-Regierung zunächst eine Stellungnahme abgelehnt hatte, dementierten Berlin und Moskau die Gespräche fast zeitgleich wenige Tage später. Allerdings erklärte der Vertreter des russischen Außenministeriums in der Kaliningrader Oblast, Artur Kusnezow, gegenüber Radio »Echo Moskwy«, daß in Regierungskreisen erörtert werde, Anteile an großen Industriebetrieben in Kaliningrad an deutsche Investoren zu verkaufen.

Bereits in einem Papier des deutschen Auswärtigen Amts von Ende 2000 hatte es geheißen: »Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß die Entwicklung einer ›EU-Enklave‹ Kaliningrader Gebiet nach der Osterweiterung der Europäischen Union grundsätzlich im bestehenden EU-Rechtsrahmen lösbar ist.« Mit der »Aufnahme Polens und der drei baltischen Staaten in die Europäische Union« werden, so heißt es weiter, »alle Ostseeanrainer im engeren Sinne bis auf Rußland EU-Mitglieder« sein. Deshalb werde über die »Aktionsfelder und Modalitäten« einer Freihandelszone im nordwestlichen Ostseeraum, in die auch die Kaliningrader Oblast miteinbezogen werden soll, »intern« verhandelt. Angaben des Vorsitzenden der Baltischen Republikanischen Partei, Sergej Pasko, zufolge ist das jedoch schon längst kalter Kaffee. Seit inzwischen über einem Jahr existiere ein geheimer Vertrag zwischen der EU und Rußland, in dem grundlegende Aspekte in bezug auf Kaliningrads Situation nach dem Beitritt Polens und Litauens zur EU erörtert würden.

Die Europäische Kommission, der Europarat sowie der EU-Sonderausschuß für die Angelegenheiten Kaliningrads schlugen Berichten der russischen Zeitung »Rossijskaja Gaseta« zufolge ferner Änderungen am Status der Oblast vor. Sie solle demnach zu einer autonomen Republik innerhalb der Russischen Föderation werden, während gleichzeitig die Regelungen im Zoll-, Steuer-, Rechts- und Visabereich mit europäischen Richtlinien in Einklang gebracht werden sollten. So könnte Kaliningrad Bestandteil Rußlands bleiben und sich zugleich selbständig und unabhängig an den Aktivitäten der Europäischen Union beteiligen. Der wirtschaftliche Nutzen soll also der EU zugute kommen, mögliche Krisenerscheinungen wären weiterhin von der russischen Regierung zu bewältigen.

Die Bundesrepublik, seit der osteuropäischen Transformation 1989/90 wichtigster Handelspartner fast aller osteuropäischer Staaten einschließlich Rußlands, sieht »die Sondersituation des Kaliningrader Gebiets in engem Zusammenhang mit der grundsätzlichen Frage der Einbeziehung Rußlands in einen gemeinsamen europäischen Wirtschafts- und Sozialraum«, wie es in einer weiteren Stellungnahme des Auswärtigen Amts heißt. Deshalb sollten »Anstrengungen zur Errichtung einer Freihandelszone zwischen der Europäischen Union und Rußland sowie zur Schaffung gemeinsamer Wirtschaftsräume« in die Wege geleitet werden. Bereits 1989 hatte der damalige Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Friedrich Wilhelm Christians, von der Errichtung einer »industriellen Ostseeregion K« geschwärmt: »In dieser Industriezone sollte durch besondere Investitions- und Steueranreize ein Industrie- und Technologiezentrum für deutsch-sowjetische Gemeinschaftsunternehmen, die Joint-ventures, geschaffen werden.«

Wie das funktioniert, hat vor allem BMW vorexerziert. Als erster westeuropäischer Autobauer hat das bajuwarische Unternehmen Ende Oktober 1999 mit der Montage in Kaliningrad begonnen. Sein Risiko hat das Unternehmen dadurch

minimiert, daß es seinen »Partner« – das frühere Schiffbau- und Rüstungsunternehmen Avtotor – mit der Montage beauftragt hat, ohne mit ihm ein Joint-venture zu gründen. Somit profitiert BMW neben den ohnehin geringen Lohn- und Fertigungskosten auch von den Vorteilen der Sonderwirtschaftszone und spart die üblichen Zölle – 60 Prozent des Neuwerts für Fertigwaren – beim Import seiner Teile, trägt aber nicht die Risiken. Denn auch die Investitionen von rund 50 Millionen Mark hat Avtotor übernommen, während BMW nur das Auftragsvolumen sichert. So können die deutschen Autos relativ billig ins russische Kernland verkauft werden: Der Hauptabnehmer der »Königsberger« BMWs ist der Kreml – für die Kaliningrader Arbeiter mit einem Durchschnittslohn von 250 Mark monatlich sind die Luxuskarossen unbezahlbar.

In Moskau sieht man die mögliche Kooperation aus anderer Perspektive: Mit Sondermaßnahmen solle der russische Westexport stimuliert werden; der russische Wirtschaftsminister German Gref sieht die Kaliningrader Oblast geradezu als künftige »Exportzone«, also als ökonomischen Brückenkopf in die EU, und nicht umgekehrt. Deshalb stößt die vom Westen gewünschte Änderung des politischen oder gar rechtlichen Status des Gebiets auf Widerspruch. So versicherte etwa der neue Gouverneur von Kaliningrad, Wladimir Jegorow – vormaliger Kommandant der russischen Ostseeflotte – , daß Kaliningrad »immer zu Rußland« gehören werde. Die Kaliningrader Exklave müsse sich zwar »unbedingt in die EU integrieren – aber nur als ein hundertprozentig russisches Gebiet«. Jegorow weiter: »Weder eine neue baltische Republik noch ein Korridor zwischen Kaliningrad und Rußland kommen in Betracht, denn das sind alles unzivilisierte und aussichtslose Wege.«

Michail Prussak, Gouverneur der russischen Oblast Nowgorod, die Staatschef Wladimir Putin wegen ihrer umfangreichen Investitionserleichterungen für westliche Unternehmen für »vorbildlich« und »beispielhaft für ganz Rußland« hält, steht hingegen einem Konzept einer »vierten baltischen Republik« aufgeschlossen gegenüber. Würde die Exklave in eine autonome Republik umgewandelt, dann könnte sie »zugleich der russischen Föderation und der EU angehören«, erklärte Prussak der Nachrichtenagentur Interfax. Seiner Auffassung zufolge sollte Kaliningrad ein Sonderbeauftragter mit möglichst großen Kompetenzen vorstehen: »Da die Region einmalig ist, muß deren Leiter einen direkten Kontakt zum Staatschef haben, sonst verlieren wir dieses Territorium.«

Sowohl Gebietsverwaltung wie regionale Duma seien ihren aktuellen Aufgaben gewachsen, konterte Jegorow. Man brauche keinen Sonderbeauftragten, sondern wirksame Gesetze, vor allem einen Rückgang der Beschränkungen im Zoll- und Bankbereich. Da Kaliningrads Wirtschaft auf den Handel mit dem russischen Kernland elementar angewiesen sei, müsse vor allem darauf geachtet werden, daß der nicht zum Erliegen komme, wenn Polen und Litauen nach ihrem EU-Beitritt durchreisende Russen visapflichtig machten: Für die zwischen Oblast und Kernrußland pendelnden Kleinhändler und Spediteure bedeuteten derartige Restriktionen das Aus.

Alle russischen Positionen zur »Kaliningradfrage« – so die Terminologie der EU-Kommission – zeichnet ein notorischer Pragmatismus aus, der wahlweise nicht sehen kann oder nicht sehen will, daß die Entwicklung im ehemaligen Ostpreußen zum Gradmesser der Entwicklung Rußlands werden könnte. Wenn das Gebiet am Pregolja in Folge schleichender Autonomisierung faktische Eigenständigkeit erlangen sollte, ist die Zukunft Rußlands als handlungsfähiger Staat mehr als gefährdet; nicht zufällig betonen Kritiker wie Befürworter der Entwicklung regelmäßig die Vorreiterrolle Kaliningrads, ja, sprechen sogar von einem Kaliningrader »Testfall« (»FAZ«).

Samuel Salzborn schrieb in KONKRET 6/2001 über neue Theorien der Ethnofaschisten

Konkret 10/01, S. 24

Andrei S. Markovits, Martin Jander

Sprachkampf an der FU

Die antiamerikanische Kulturrevolution einiger 68er – Besichtigung einer gefährlichen Baustelle

Eine der gefährlichen Tendenzen in der Debatte über die Zukunft der Demokratie in der Bundesrepublik ist ein mehr oder weniger offener Antiamerikanismus. Seine Brisanz – und damit auch seine mögliche Rolle als Identitätssurrogat – liegt darin, daß er linke sozialkritische und konservativ-zivilisationskritische Elemente der Kritik an der Moderne miteinander bündeln kann. Betrauert die Rechte den Verlust von Heimat und Nation, so geißelt die Linke die Durchsetzung der Entfremdung des Menschen in der arbeitsteiligen Industriegesellschaft und Warenwelt. Mit Antiamerikanismus ist hier natürlich nicht legitime Kritik an der Außen- und Innenpolitik der Vereinigten Staaten gemeint. Kritik an der Todesstrafe, Widerspruch gegen die Umweltpolitik oder Ablehnung der Pläne für ein neues Raketenabwehrprogramm sollen nicht tabuisiert werden. Mit Antiamerikanismus werden von uns Bilder von der amerikanischen Gesellschaft bezeichnet, die unabhängig von einer konkreten Kritik eine negative Leitbildfunktion für die deutsche Gesellschaft haben.

Das Seminar

Unmittelbarer Anlaß unserer Intervention ist ein Seminar des inzwischen emeritierten Politikwissenschaftlers Fritz Vilmar und des stellvertretenden Vorsitzenden des »Vereins Deutsche Sprache e. V.« Horst Hensel im Sommersemester 2001 am Otto-Suhr-Institut (OSI) der Freien Universität Berlin (FU) zum Thema »Die Anglisierung/Amerikanisierung der deutschen Sprache als politologisches und politisches Problem«. Im Untertitel heißt es »Deutschland zwischen kultureller Selbstaufgabe und Selbstbehauptung«.

In der Seminarankündigung kann man lesen: »Das Seminar geht aus von der Tatsache der weitreichenden Anglisierung/

Amerikanisierung der deutschen Sprache, die – für zwei Drittel der Deutschen kaum verständlich – die (Alltags-) Kultur prägt. Es versucht, die soziopolitischen Ursachen und Auswirkungen dieses partiellen Sprachverfalls im Einzelnen zu klären. Auszugehen ist dabei von der westdeutschen Tendenz nach der nationalsozialistischen Katastrophe, sich bereitwillig der kulturellen, politischen und ökonomischen Dominanz der USA unterzuordnen. In den letzten Jahrzehnten hat darüber hinaus der amerikanisch dominierte Globalisierungsprozeß in Wirtschaft und Kultur insbesondere in West-Deutschland eine auch sprachliche Amerikanisierung bewirkt. Dieser Prozeß provoziert die politologische Kontroverse: über kulturelle Selbstverleugnung versus Selbstbehauptung. In diesem Zusammenhang ist auch das Phänomen negativer nationaler Identität von Funktions- und Positions-Eliten in Werbung, Wirtschaft, Politik und Wissenschaft/Kultur zu analysieren, sowie die Kritik daran durch Bürger und Bürgerinitiativen, die sich u.a. auf Art. 3,3 GG berufen ...«

Die Dozenten

Fritz Vilmar, der inzwischen selbst Beauftragter für Hochschulfragen des »Vereins Deutsche Sprache e. V.« in Berlin ist, gilt als Vertreter der sozialdemokratischen Linken. 1929 geboren, lehrte Vilmar seit 1975 am OSI in Berlin, einer der Theoriehochburgen der Neuen Linken der Bundesrepublik. Er gehörte von 1977 bis 1984 der Grundwertekommission der SPD an, arbeitete im Zusammenhang der deutschen Friedensbewegung im »Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa« mit und veröffentlichte seit Mitte der sechziger Jahre zu zentralen Themen der linken Debatte. Titel waren zum Beispiel *Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus* (1965), *Politik und Mitbestimmung* (1977), *Auf dem Weg zur Selbsthilfegesellschaft* (1986) und *Zehn Jahre Vereinigungspolitik* (2000).

Kodozent Horst Hensel arbeitete nach seiner Promotion als Gesamtschullehrer und wirkte im »Werkkreis Literatur der Arbeitswelt« mit. Zwischenzeitlich war er Hochschulassistent in Bielefeld und hatte Lehraufträge in Leipzig und Shanghai. Neben seiner Tätigkeit im »Verein Deutsche Sprache« ist er Mitarbeiter der rechtskonservativen Zeitschrift »Mut« und legt Wert auf den Hinweis, daß er an seinem Wohnort einen »Runden Tisch gegen Rechts – Bürgerinitiative gegen fremdenfeindliche Gewalt« gegründet hat.

Die Streitschrift

Ein Blick in die 1999 erschienene Streitschrift *Sprachverfall und kulturelle Selbstaufgabe* von Horst Hensel macht deutlich, worum es in dem angekündigten Seminar geht. Hensel formuliert dort das Plädoyer für eine nationale »Kulturrevolution«. Nach dem Faschismus habe sich das deutsche Volk amerikanischer Hegemonie unterworfen. Die Verwendung von Anglizismen in der Sprache laufe darauf hinaus, diesem Volk »einen Teil seiner Sprache zu nehmen, es somit in seiner Denkfähigkeit zu beeinträchtigen«. Betrachte man die Entwicklung im Gesamtzusammenhang, so könne die »allmähliche Aufgabe der Sprache ... Ausdruck für die allmähliche Aufgabe als Volk sein«. In vielen westlichen Ländern hätten deutsche Sprache, Literatur, andere Kunstgattungen und die Wissenschaft einen schlechten Ruf, der keineswegs allein Resultat schlechter Erfahrungen sei. Der Hinweis auf die deutsche Geschichte bis 1945 trage dort Züge einer »moralischen

Geiselhaft«. Die Beschäftigung mit dem Faschismus erfolge dort nur »aufgrund eines Zusammenhangs von Konkurrenz um Marktanteile, einer nur gegenüber Deutschen möglichen spezifischen Diskriminierung im Konkurrenzkampf«.

Kein Wort findet Hensel über den Exportweltmeister Deutschland, der im Globalisierungsprozeß dem amerikanischen Kapital gegenüber ebenbürtig ist. In der Bundesrepublik selbst seien die Intellektuellen geprägt von »Sündenstolz«, verachteten Sprache und Nation. Die zunehmende Einwanderung habe »invasorischen Charakter« angenommen, zur Entstehung »ethnischer Inseln« geführt. In Kenntnis »gesellschaftlicher Entwicklungen und der Natur des Menschen« müsse davon ausgegangen werden, daß diese Entwicklung konfliktträchtig sei und sich gewaltsam zuspitzen werde: »Ein Blick auf die regelmäßigen rassischen und ethnischen Auseinandersetzungen sogar in den USA als einer Einwanderernation zeigt dies.« Gegenüber den Verächtern der deutschen Kulturnation müsse deshalb der Spieß umgedreht werden, deren »altstudentisches Gebaren« gelte es zu kritisieren, man solle sich »in der Bevölkerung um Zustimmung ... bemühen« und »den aufgestauten Unmut kulturpolitisch wirksam werden ... lassen«. Damit der Niedergang von Sprache und Nation aufgehalten werden könne, müsse die Assimilierungsfähigkeit der Sprache gestärkt werden, nicht Integration oder gar Autonomie anderer Sprachen und Kulturen seien notwendig, sondern ihre Assimilierung.

Der Verein

Wie der aufgestaute Unmut kulturpolitisch wirksam werden soll, macht ein kurzer Blick auf den »Verein Deutsche Sprache e. V.« und seine Aktivitäten deutlich. Er ist eine überparteiliche Vereinigung von Bürgern, die »für die Erhaltung der sprachlichen und kulturellen Vielfalt Europas« eintreten und nach Selbstauskunft in nur zweieinhalb Jahren »über zehntausend Mitglieder von 9 bis zu 99 Jahren gewonnen« haben. In ihrer Selbstdarstellung betonen sie, einem Netzwerk gegen Rechtsradikalismus anzugehören. Der Verein tritt dafür ein, daß »die deutsche Sprache als Lehr- und Wissenschaftssprache erhalten und gefördert wird«, daß sie »in der Europäischen Union den ihr gebührenden Platz erhält«, daß »Firmen und Verbände, die ... Waren in englischer Sprache bezeichnen und beschreiben, ihrer Informationspflicht in der Landessprache« nachkommen, daß »Politiker, Schriftsteller, Journalisten und Sprachwissenschaftler ... sich der Bedrohung unserer Sprache durch die Überfrachtung mit angelsächsischem Wort- und Sprachgut bewußt ... werden.« In regelmäßigen Abständen lobt der Verein deshalb einen »Sprachpanscher« aus, eine Person oder Institution, die sich – nach Auffassung der Jury – in besonderer Weise an der Zerstörung der deutschen Sprache beteiligt.

Die Berliner Ortsgruppe des Vereins unterstützte eine Gesetzesinitiative des Innensenators der – gerade im Parlament abgewählten – Landesregierung Berlins, Werthebach (CDU), der ein »Gesetz zum Schutz der deutschen Sprache« gefordert hatte. Dieser Vorschlag stieß zwar bei den Landesorganisationen von SPD, Grünen und PDS auf massive Kritik. Trotzdem hat die SPD/CDU-Koalition Berlins noch vor ihrer Krise eine neue »Gemeinsame Geschäftsordnung für die Verwaltung in Berlin« beschlossen, die eine Verwendung von Fremdwörtern in den Amtsstuben der Stadt künftig nur noch in Ausnahmefällen erlaubt. Das Seminar von Horst Hensel und Fritz Vilmar ist also Teil der Kampagnenpolitik des »Vereins Deutsche Sprache«.

Antiamerikanische Kulturrevolution

Das hier formulierte Weltbild ist nicht nationalsozialistisch. Hier wird auch nicht zum Sturz parlamentarischer Demokratie aufgefordert oder die Schaffung national befreiter Zonen anvisiert. Hier geht es darum, mit den Mitteln der Kulturpolitik eine Ethnisierung politischer und sozialer Konflikte durchzusetzen und darüber hinaus die Debatten über Verantwortung und Haftung der Nazigeneration und ihrer Erben zurückzudrängen. Nicht allein die Furcht vor der Moderne, vor der offenen Gesellschaft und ihren Konflikten spricht sich hier aus; die angebliche Selbstentfremdung Deutschlands durch Amerikanisierung bildet den Kern des amerikafeindlichen Unbehagens. Deutschland, in der Realität ein entscheidender Motor der Globalisierung, sei inzwischen einer Globalisierung »von oben« (sprich: USA) und der Zuwanderung »von unten« (sprich: Osteuropa, Drittweltländer) schutzlos ausgeliefert, wenn nicht eine »Kulturrevolution« diese angebliche Not bald wende. Hier geht es um eine nationale Kulturrevolution gegen die angebliche Kolonisierung der Lebenswelt in der Bundesrepublik Deutschland durch die USA.

Der Wunsch nach »Normalität«

Daß die »Angst« vor dem »Verfall« und der »Überfremdung« der Sprache fast nur mit Macht, ihrer Ausübung und ihrer Perzeption zu tun hat, erkennt man daran, daß nur große Länder sich über ihren vermeintlichen Verfall durch die globale Lingua Franca des Englischen amerikanischer Provenienz aufregen. Aus kleinen Ländern hört man keine Proteste zu diesem Problem, obwohl sie über genau so kulturreiche Sprachen verfügen wie Deutsche oder Franzosen und obwohl sie über viel geringere Ressourcen für eine etwaige Verteidigung ihrer Identität verfügen. Holländer und Dänen haben nicht einen Moment lang Angst, daß sie ihre Kultur verlieren oder auch nur beschädigen könnten, wenn sie des Englischen nicht

nur mäßig kundig sind, sondern – wie es bei Bewohnern kleiner Länder stets der Fall ist – es sogar auf hohem Niveau beherrschen.

Die Durchführung des Seminars am Otto-Suhr-Institut in Berlin wirkt besonders befremdlich vor dem Hintergrund der Tatsache, daß vor nicht allzulanger Zeit ein wissenschaftlicher Angestellter desselben Instituts, Bernd Rabehl, mit ganz ähnlichen Thesen für großen Aufruhr gesorgt hat. Ohne von *der* Linken reden zu wollen, die es natürlich nicht gibt, läßt sich bei den Auseinandersetzungen doch von Konflikten sprechen, die nicht unwichtige Teile des Selbstverständnisses der 68er betreffen. Rabehl und Vilmar standen nicht völlig am Rand dieser Linken, ganz im Gegenteil. Der eine wirkte eher außerhalb der Sozialdemokratie (Rabehl), der andere eher innerhalb (Vilmar). Ihre nationalen Orientierungen – bei dem einen eher völkisch (Rabehl), bei dem anderen weniger extrem (Vilmar), beide jedoch deutlich antiamerikanisch und mit ausgesprochenen Reserven im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Tätergeschichte Deutschlands – sind also auch nicht außerhalb des Kontextes der deutschen Linken zu begreifen.

Es kann nicht übersehen werden, daß diese 68er Linke in Deutschland mit einem Problem beschäftigt ist, das etwa die Neue Linke in Frankreich oder in den USA nicht zu bewältigen hatte. Die deutschen 68er standen nicht nur vor der Aufgabe, eine scharfe Trennlinie zwischen sich und die ältere Generation zu ziehen, sondern sie wollten sich darüber hinaus von der unwiderruflich kompromittierenden nationalen Geschichte abgrenzen. Sie wollten dabei nicht nur das Schweigen über den Nationalsozialismus brechen, das in der Adenauer-Ära herrschte, sondern sich auch selbst von der Haftung und Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen lossprechen. Die Fälle Rabehl und Vilmar zeigen jedoch, daß der Wunsch nach Normalität verbreiteter ist, als gemeinhin angenommen wird. Erwachsener wäre eine Haltung, die akzeptierte, daß in einer Gesellschaft, die unfaßbare Verbrechen anrichtete, auch 55 Jahre später nichts normal sein kann.

Martin Jander ist Historiker/Politikwissenschaftler und lehrt am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Prof. Andrei S. Markovits, Professor für Politikwissenschaft und Soziologie an der University of Michigan in Ann Arbor (USA), ist Koautor des Buchs »Hat Israel noch eine Chance« (konkret texte 29)

Konkret 10/01, S. 26

Gilbert Molinier

Sprachenkrieg

Wie der Europarat durch die Förderung regionaler Dialekte die Ethnisierung der Nationalstaaten vorantreibt

Nach Houellebecq und Beigbeder sorgt jetzt ein ganz anderes Buch in Frankreich für Ärger. Yvonne Bollmann hat nach *La tentation allemande* (»Die deutsche Versuchung«) einen weiteren Essay veröffentlicht: *La bataille des langues en Europe* (»Die Sprachenschlacht in Europa«). Ihre These: Die europäische Charta der Minderheitensprachen, 1998 auf deutschen Vorschlag vom Europarat verabschiedet, sei »ein Projekt politischer Subversion auf europäischer Ebene« und enthalte Elemente einer »Kriegsmaschinerie«, die gegen die Nationalstaaten eingesetzt werde, vor allem gegen Frankreich, das historische Modell des Nationalstaats. Bollmann weist auf die besorgniserregenden Hirngespinste von Christoph Pan hin, einem der federführenden Experten des Europarats bei der Ausarbeitung der Charta, der in seinem Buch *Die Volksgruppen in Europa* die französische Bevölkerung auf 48,4 Millionen Einwohner reduzierte – alle übrigen seien nichtfranzösische Minderheiten.

Bollmanns These mußte provozieren, weil die Franzosen sich längst an die hochtrabenden Floskeln von der »deutsch-französischen Freundschaft« gewöhnt haben.

Von besonderem Interesse sind jene Passagen des Buchs, die sich mit den »organischen« Beziehungen der Grünen zum Regionalismus und zu regionalistischen Bewegungen beschäftigen. Die Grünen treten dafür ein, »der Verschiedenheit Rechte zu verleihen«. Doch Bollmann stellt weiterführende Fragen: Was wird aus den Verschiedenheiten, wenn man sie sich selbst überläßt? Wie kann man den Horizont der Menschen erweitern, wenn man sie in einer »engen lokalen Identität« einsperrt? Kinder in der Bretagne, auf Korsika oder in der Auvergne sollen jetzt die Regionalsprachen lernen – aber zur gleichen Zeit lernen immer weniger Franzosen Deutsch, Spanisch oder Italienisch.

Was steckt hinter der vermeintlich emanzipatorischen und urdemokratischen Parole, der »Differenz Recht zu geben«? Bollmann weist auf eine zweideutige politische Konzeption hin. Wie kann man mit Überzeugung gegen den Rassismus kämpfen, wenn auch die Rassisten »ein Recht auf Differenz« einfordern?

Die Charta der Minderheitensprachen gibt vor, den regionalen und den »Minderheitensprachen« zu ihrem Recht verhelfen zu wollen. Aber bereits hier beginnen die Mißverständnisse, denn die Bedeutung des deutschen Begriffs »Minderheitensprachen« ist nicht so unschuldig wie im Französischen: Der Terminus hängt historisch mit Begriffen wie »Minderheitenfrage« und »Volksgruppe« zusammen – für Bollmann durch völkische Konnotate Zubehör der »Rassenfrage«. Unmerklich wird aus der Anerkennung der Regionalsprachen die der »regionalen Kulturen«, dann die Anerkennung der »Ethnien« und schließlich die des Rechts der »›Minderheiten‹, sich selbst zu verwalten«, also die Frage ihrer politischen und territorialen Autonomie.

Werden mit den Minderheitensprachen nicht Sezessionismus, Kommunitarismus und völkischer Nationalismus gefördert? Wenn ökonomische Machtzentren Ressentiments schüren und archaische Auseinandersetzungen entfachen – was soll aus diesen Partikularismen anderes entstehen als die Kriege des 21. Jahrhunderts? In der Etablierung eines »europäischen Volksgruppenrechts« sieht Bollmann »einen radikalen Wechsel für die Zukunft des politischen Raums selbst«: Die Nationalstaaten würden zerstört, aus ihren regionalen Trümmern entstünde ein föderales Reich. Die Regression der nationalstaatlich verfaßten Demokratie verwirklicht sich in neuen Formen des Kriegs, von denen der bisher mörderischste im ehemaligen Jugoslawien stattfand.

»Die Logik ist das Geld des Geistes«, sagte Hegel. Seltsame Koinzidenz von Geld und Geist: Im selben Moment, in dem Europa die Vereinigung der verschiedenen nationalen Währungen vollzieht, läßt sich eine Pulverisierung der Nationalsprachen beobachten. Auf den ersten Blick gegensätzlich, sind die beiden Erscheinungen in Wirklichkeit komplementär: Beide brechen ebenso mit dem staatlichen Rahmen wie mit dem nationalen. Diese Politik ist in sich schlüssig, sie ist »dem Aufstieg des neuen Reichs förderlich« (Bollmann).

In einem berühmten Essay behauptet Michail Bakhtine, daß »die Sprache die Arena ist, in der sich der Klassenkampf abspielt«. Könnte sie sich auch in eine Arena des »Rassen«-Kampfes verwandeln, fragt man sich nach der Lektüre von *La bataille des langues en Europe*? Jedenfalls ist die sorgfältige Studie ein Appell, unser bisheriges politisches Vokabular zu überprüfen, um den mannigfachen Formen des Kommunitarismus, des Ethnizismus, des modernisierten Rassismus zu begegnen. Hoffen wir, daß das Buch einen Verleger in Deutschland findet.

Yvonne Bollmann: *La bataille des langues en Europe*. Bartillat, Paris 2001, 173 Seiten, 95 FF

Übersetzung aus dem Französischen von Martin Hantke

Gilbert Molinier ist Lehrer für Philosophie und lebt in Paris

Konkret 10/01, S. 28

Karl Pawek

Nüchtern kalkuliert

Rauchen schadet der Gesundheit, füllt aber die Kassen der öffentlichen Haushalte

Nach dem Motto »Ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich ganz ungeniert« beauftragte der Tabakkonzern Philip Morris die älteste Consulting Firma der Welt, Arthur D. Little, eine Bilanz des Rauchens für die Tschechische Republik zu erstellen. Das Unternehmen wählte diesen Staat, weil sein Marktanteil dort rund 80 Prozent beträgt, Tschechien noch fast keine Beschränkungen der Tabakwerbung kennt und brisante Studien leichter und unauffälliger in Ländern zu realisieren sind, in denen der Wunsch nach kapitalistischer Teilhabe stärker ist als das Streben nach Würde und Moral.

Also wies Arthur D. Little nach, was längst belegt, jedoch noch immer kaum bekannt ist: Rauchen bringt den öffentlichen Haushalten mehr ein, als seine Folgen kosten. Für Tschechien belief sich der Leistungsüberschuß der Raucher im Jahr 1999 auf ca. 5.815 Millionen Kronen (CZK). Doch die Buchhalter aus den USA beschränkten sich nicht darauf, die sozialen Kosten des Rauchens (Krankheit, Arbeitsausfall, Feuerschäden) mit den Steuer- und Zolleinnahmen aus dem Zigarettenverkauf zu vergleichen – was allein schon eine Subventionierung des Staatshaushaltes durch Raucher in Höhe von ca. 5.990 CZK ergeben hätte. Sie wollten auch die in zahlreichen Studien aufgestellte Behauptung berücksichtigen, daß der Tabakkonsum die Lebenserwartung von Zigarettenrauchern um mindestens 4,3 (Niederlande 1997) und höchstens 5,23 Jahre (USA 1990) verkürze. Ihrer Untersuchung legten sie den höchsten Wert zugrunde.

Da die Consulting Firma Arthur D. Little nicht nur sehr alt, sondern auch sehr teuer ist, beeindruckt sie ihre Auftraggeber und Leser mit jener pseudowissenschaftlichen Detailgenauigkeit, die fundiert scheint und doch nur den Sinn des Ganzen verschleiert. Über Raucher als Brandstifter zum Beispiel wird im branchenüblichen Jargon (den ins Deutsche zu übertragen nur annäherungsweise möglich ist) doziert: »Bei Betrachtung der durch Brände verursachten Kosten berücksichtigten wir in unseren Berechnungen den Schaden, der durch Brände entstand, die nach offiziellen Statistiken von Rauchern verursacht wurden, und einen proportionalen Anteil an den Bränden, deren Ursache ungewiß war. Wir bezogen Todesfälle durch Brände (19 Tote 1999) in unsere Berechnung nicht ein, weil ihr Einfluß auf die öffentlichen Ausgaben im Verhältnis zur erhöhten Sterblichkeit von Rauchern und den dadurch bedingten Verlust an Einkommenssteuer etc. nicht signifikant ist. Wir berücksichtigten auch jene Kosten nicht, die aus dem Unterhalt der Feuerwehren entstehen, weil ihre Höhe mehr durch die Notwendigkeit, überhaupt eine Brandbekämpfung zu gewährleisten, bestimmt wird als durch die Zahl der Brände. Auch beinhaltet die Kapazität der Feuerwehren eine gewisse Überbesetzung, bedingt durch die Unvorhersehbarkeit von Brandausbrüchen und durch die Notwendigkeit, allen Arten von Katastrophen gewachsen zu sein.«

Nicht diskutiert werden dagegen die Folgekosten des Passivrauchens. Hier beschränken sich die Autoren darauf, die Ergebnisse einer französischen und einer australischen Untersuchung von 1996 einfach zu übernehmen und sie mit zehn Prozent der Krankheitskosten von Aktivrauchern zu beziffern.

Wer und was aber veranlaßte Arthur D. Little, den vorzeitigen Tod von Rauchern überhaupt in ihre Kalkulation mit einzubeziehen? War es der Versuch, zugunsten des Auftraggebers die Bilanz noch zu verbessern, wie es britischen Ärzten 1999 für Großbritannien gelungen war? In der Tschechischen Republik aber ist der Versorgungsstandard noch niedriger als in England. Wenn tschechische Raucher 5,23 Jahre früher sterben, spart dies nur Krankenkosten von 968 Millionen CZK, Rentenleistungen von 196 Millionen CZK und Altenheimkosten von 28 Millionen CZK, entzieht aber andererseits dem Staat Steuern in Höhe von 1.367 Millionen CZK. Die Berücksichtigung des vorzeitigen Todes von Rauchern verschlechtert die industriefreundliche Bilanz um 175 Millionen Kronen. Warum also wurde unter diesen Umständen überhaupt der »Ersparnisfaktor« Tod erwähnt, zumal die Empörung vor allem engagierter Tabakgegner über den Zynismus der Tabakkonzerne absehbar war?

Dabei ist es die Anti-Raucher-Bewegung selbst gewesen, die den Kostenfaktor in die Diskussion eingebracht hat. Die längst zur Gewißheit gewordene Behauptung, Rauchen verursache immense soziale Folgekosten, wurde in den sechziger Jahren in den USA aufgestellt und sollte dazu beitragen, Rauchen als asoziale Verhaltensweise unattraktiv zu machen. Das Kostenargument ist freilich dumm, weil beliebig. Auch Autofahren, Chipsfressen, Saufen, Zuckerschlecken, Leistungssport etc. sind private Vergnügungen oder Notwendigkeiten, die die Gesellschaft teuer zu stehen kommen. Das Leben ist nun einmal nicht nur gefährlich, sondern ab einer gewissen Zivilisationsstufe auch kostbar. Wer es allerdings einschließlich seiner Irrtümer, Leidenschaften, Defekte einer Kostenkalkulation unterzieht, handelt nicht nur dumm, sondern auch schäbig. Nazirechenbücher waren voll mit Aufgaben, in denen die Ausmerzung des »Schlechten« mit Zuwendungen für das »Gute« verrechnet werden sollten.

Zwar kann es keine Zweifel daran geben, daß Rauchen ungesund ist, wenn auch nicht ganz so ungesund, wie das Bundesverfassungsgericht 1997 urteilte: »Das Rauchen tötet mehr Menschen als Verkehrsunfälle, Aids, Alkohol, illegale Drogen, Morde und Selbstmorde zusammen.« Der menschliche Organismus ist viel zu komplex, um aus Statistiken (mit übrigens sehr unterschiedlichen Ergebnissen) simple Kausalitäten ableiten zu können. Wer als Raucher 5,23 Jahre vor dem

Erreichen der durchschnittlichen Lebenserwartung stirbt, hätte als Nichtraucher vorzeitig an einer anderen Krankheit sterben können. Auch gibt es keine Rauchertodstatistik, die zwischen arm und reich unterscheidet. Die Zahlenvergleiche bewegen sich allesamt auf dem Niveau jener Untersuchung dänischer Wissenschaftslakeien, die feststellten, daß Rotweintrinker länger leben als Biertrinker. Natürlich stimmt die Beobachtung. Daß sie allerdings weniger mit Rotwein und Bier zu tun haben könnte als mit dem unterschiedlichen Einkommens- und damit Lebensstandard von Rotwein- und Biertrinkern, kam diesen Forschern nicht in den Sinn. Da Rauchen überproportional in der Unterschicht verbreitet ist, könnte zum Beispiel allein schon deren kürzere Lebenserwartung die Rauchertodstatistik verzerren. (Ähnliches gilt für die Fettleibigkeit, die in den USA noch mehr Todesfälle verursachen soll als der Tabakkonsum.) Andererseits erfaßt keine Statistik die anerkannten positiven Wirkungen des Nikotins zum Beispiel gegen Alzheimer und Parkinson oder auf den Stoffwechsel. (Mehr dazu unter www.geschichte-des-rauchens.de)

Doch dazu findet sich in der Studie von Arthur D. Little kein Hinweis, nicht einmal die bescheidenste relativierende Anmerkung. Man könnte meinen, sie sei von getarnten Anti-Tabak-Aktivisten verfaßt und Philip Morris untergejubelt worden: Nicht genug damit, daß die Tabakindustrie aus der Leidenschaft ihrer Kunden riesige Gewinne erzielt, stellt sie Krankheit und Tod der Konsumenten ihrer Produkte auch noch als Gewinn für die Gesellschaft dar.

Nun hat Philip Morris sofort nach Bekanntwerden der Studie zwar sein Bedauern geäußert, wenn dieser Eindruck entstanden sein sollte, doch sich in keiner Weise von ihr distanziert. Ihre Veröffentlichung war auch gewiß kein Versehen, sondern eine Art Test, ob die Öffentlichkeit diese Art der Bilanzierung, die für Westeuropa und die USA sehr viel höhere Kostenersparnisse durch Rauchertod erbringen würde, akzeptiert. Das Ergebnis scheint die Consultingkosten zu rechtfertigen.

Moral oder auch nur Pietät waren dem Kapitalismus von jeher fremd, allein die Verbrämung seiner Brutalität erwies sich als notwendig, solange eine Alternative denkbar, sogar realisierbar schien. Jetzt aber, nach seinem totalen (und doch nur vorläufigen) Sieg, kann er auf eine soziale Dekoration, auf die Wahrung seines, wie man uns weismachen wollte, im Grunde doch menschenfreundlichen Rufes verzichten. Waren Profitabilität und Effizienz einst nur unternehmerische Kriterien, gelten sie inzwischen noch dem ärmsten Lohnabhängigen als gesellschaftlicher Maßstab. Sogar die privaten Verhältnisse unterliegen immer häufiger einer Nutzen-Kosten-Kalkulation. Unter solchen Umständen werden wenigstens tote Raucher zu guten Rauchern. Philip Morris argumentiert also nur auf der Höhe der Zeit, wenn es den kostengünstigen Konsumententod für PR-Zwecke nutzt. Was aber die Anti-Tabak-Aktivisten, eine unter vielen Vereinigungen zur Förderung der Selbstbefriedigung, nie schaffen werden, könnte dieser zeitgeistigen Parolen hinterherhechelnden Tabakindustrie gelingen: Mir jede Lust am Rauchen zu nehmen.

Karl Pawek schrieb in KONKRET 10/98 über den Aktienboom bei Kleinanlegern

Konkret 10/01, S. 30

Ralf Schröder

Innere Globalisierung

Wisconsin für Wiesbaden – Roland Koch denkt die Neue Mitte zu Ende

Als Gerhard Schröder im vergangenen April verlautbarte, in Deutschland gebe es kein Recht auf Faulheit, salutierten ganze Bataillone professioneller und angelernter Sozialbürokraten. Der Kampf gegen die Faulheit werde selbstverständlich mit aller Härte geführt, und der Kanzler könne sich darauf verlassen, daß das auch so bleibt. Danach wurden Statistiken veröffentlicht, die trotz einiger Abweichungen im Detail folgendes besagen: Von den 2,8 Millionen hiesigen Sozialhilfeempfängern ist etwa eine Million minderjährig, fast 300.000 sind älter als 60 Jahre. Weitere 400.000 können nicht arbeiten, weil sie krank sind oder Kinder zu betreuen haben. 200.000 sind erwerbstätig oder in Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen beschäftigt. Von den verbleibenden zirka 860.000, so der Deutsche Städtetag, seien im vergangenen Jahr über 400.000 einer »Tätigkeit im Rahmen der kommunalen Beschäftigungsförderung« nachgegangen, eine Zahl, die um ein Drittel über der entsprechenden aus dem Jahr 1998, als die rotgrüne Regierung antrat, liegt.

Über die restlichen, die im Verdacht stehen, eine Art Avantgarde des Faulenzertums zu sein, schrieb die »Süddeutsche Zeitung« jüngst: »400.000 wirkt nicht wie eine Zahl, die eine Gefahr für die soziale, ökonomische oder moralische Ordnung eines 80-Millionen-Volkes darstellt. Rechtfertigt diese Zahl die bösartige Rhetorik, die sich jetzt über die Sozialhilfeempfänger ergießt?« Ein klares Nein auf diese Frage braucht nicht einmal in Betracht zu ziehen, daß Faulenzer naturgemäß zu faul sind, für ihren Lebensstil und gegen die herrschende Ordnung mittels Agitation und Propaganda einzutreten. Sie könnten also lediglich durch ihr Beispiel zur Nachahmung einladen, aber das funktioniert nicht, weil jeder sieht, »daß es sich bei den Sozialhilfeempfängern in der Regel um Menschen handelt, denen es in vielerlei Hinsicht nicht gut geht« (»Frankfurter Rundschau«).

Wenn die verdächtigen Stützeempfänger keine Gefahr für die soziale Ordnung darstellen, ruinieren sie vielleicht die öffentlichen Haushalte. Nachdem der hessische Ministerpräsident Koch vor einigen Wochen von einem Besuch im US-Bundesstaat Wisconsin zurückgekehrt war, warb er mit starker publizistischer Rückendeckung für eine Übernahme des dortigen Sozialhilfemodells. In Wisconsin erhalten die Bedürftigen eine Rundumbetreuung, die etwa Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote umfaßt, Hilfe bei der Unterbringung von Kindern, gegebenenfalls sogar Subventionen für die Anschaffung eines Autos. Diese Maßnahmen flankieren den Zwang, irgendeinen übel entlohnten Job anzunehmen. Wer das nicht tut, verliert ziemlich blitzartig jeden Anspruch auf staatliche Unterstützung. Das Programm, 1997 initiiert vom heutigen US-Gesundheitsminister Tommy Thompson, zeigte Wirkung: Die Zahl der unterstützten Familien sank um 80 Prozent, von 35.000 im Jahr 1998 auf heute zirka 7.400. Da die Zahl der Abgänge keineswegs der der vermittelten Jobs entspricht, räumen US-Experten ein, niemand wisse, wo die Bedürftigen sind. In der Statistik jedenfalls nicht mehr.

Als W2 (Wisconsin Works) von deutschen Fachleuten begutachtet wurde, stellte sich schnell heraus, daß das Modell teuer ist. »Intensive Beratung und Schulung der Betroffenen, ohne die der Druck keinen Sinn ergibt, kommt zunächst teurer als simple Stütze«, so der »Stern«. Die notwendige Erhöhung der Sozialetats um 20 Prozent kam ganz wesentlich jenem Pack zugute, dem man auch hierzulande nur deshalb einen halbwegs anständigen Lebensunterhalt beschafft, weil es mit reinstem Gewissen – Weiterbildung! Vermittlung! – die Disziplinierung der Armut betreibt. »Die fünf welfare agencies«, so die »Zeit« über Wisconsins Hauptstadt Milwaukee, »die das Stadtgebiet untereinander aufgeteilt haben, sind private Unternehmen, die vom Staat beauftragt wurden, W2 durchzuführen. Zwei von ihnen arbeiten auf Gewinnbasis und wurden schon bald mit massiven Vorwürfen konfrontiert. Sie sollen staatliche Gelder veruntreut, auf Partys verpraßt oder in anderen Staaten für Werbezwecke eingesetzt haben. Gegen eine der Firmen ermittelt die Bundespolizei FBI. ... Da in Wisconsin die Agenturen selbst feststellen, wer die Voraussetzungen für das W2-Programm erfüllt, entscheiden sie allein darüber, an welche Bedürftigen das Geld, das vom Staat kommt, weitergegeben wird. Was am Ende übrig bleibt, können sie als Gewinn einstreichen.«

Auch die Inhalte der W2-Ausbildung zeigen, daß Psychoterror ein probates Mittel ist, Bedürftige zum Verzicht auf Unterstützung zu drängen. Die »Zeit« zitiert einen Insider: »Einige Leute, die in der Agentur das Arbeiten trainieren mußten, erzählen, wie sie Teile eines Kinderpuzzles nach Farben hätten sortieren müssen, vier Stunden am Tag. Nachdem sie fertig waren, hätten Mitarbeiter der welfare-Agentur die Teile wieder zusammengekippt – ›Damit ihr auch morgen was zum Arbeiten habt.‹« Faßt man zusammen, was während der Augustwochen aus dem Norden der USA nach Deutschland gemeldet wurde, läßt sich feststellen, daß in Wisconsin die Steigerung der Sozialausgaben dazu diente, die Armut unter eine rigide private Zwangsverwaltung zu stellen, die für eine brutale Bereinigung der Sozialhilfestatistiken sorgte, aber nicht das geringste zum Rückgang der Armut beitrug.

Die enormen Kosten und die Ineffizienz des W2-Modells beeindruckten allerdings weder Roland Koch noch seine Mitstreiter. Unter dem Titel »Wisconsin ist ein Lebensstil« war in der »FAZ« zu lesen, daß man nicht immer nur ans Geld denken soll: »Die Frage nach dem Wohlfahrtsstaat, die eine politische sein könnte, ist ganz zu einer fiskalischen geworden.

Den Sozialstaat zu reformieren heißt dann reflexhaft, ihn angesichts mangelnder Mittel zu begrenzen. Eine Situation, in der man ihn reformierte und begrenzte, obwohl genügend Mittel zu seinem ›Ausbau‹ zur Verfügung ständen, erscheint gar nicht mehr vorstellbar.« Im »Zeit«-Dossier stand unter der treffenden Überschrift »Wisconsin ist ein Versuchslabor«, »daß eine Reform wie in Wisconsin nicht zum Geld sparen taugt«. Deutschland könne aber am Beispiel des W2-Modells lernen, »daß das Programm für arbeitsfähige Menschen funktioniert, aber nur in einer Gesellschaft, in der genügend Billigjobs bereitstehen und in der allgemein akzeptiert wird, daß Menschen trotz Arbeit arm sein können«.

Als Koch in diesem Sinne ankündigte, er wolle das W2-Modell zur Richtschnur der hessischen Elendsverwaltung machen, kramten, weil sie sich kritisiert wähnten, Fürsorgeexperten aus allen Ecken der Republik erneut jene Argumente hervor, die man bereits dem Faulenzerspruch des Kanzlers entgegengeschleudert hatte. Das System von Arbeitszwang, Psychoterror und Geldentzug sei längst etabliert und werde immer weiter verfeinert, das ganze Geschrei sei also unnötig. Diese Einhelligkeit basiert auf dem bisherigen System der Kreislaufwirtschaft, dem die amtlichen und privaten Sozialbürokraten den eigenen Arbeitsplatz verdanken: Sind ein paar Sozialhilfeempfänger mit Jobs versorgt oder zum Putzen öffentlicher Parks abkommandiert, stehen immer schon die nächsten vor der Türe, die von der Marktwirtschaft aussortiert wurden. Dieses System gibt dem Grundsatz, daß Menschen trotz Arbeit arm sein können, nur ungenügend Raum. Koch hingegen schlägt vor, Repression und Ausgrenzung nicht länger still, sondern als selbstbewußten Kampfauftrag der Mehrheitsgesellschaft zu betreiben und Zwangsarbeitsverweigerer gegebenenfalls in Wohnheimen zu internieren. Damit formuliert er für den anständigen Deutschen zu Ende, was die Sozialdemokraten bisher diskret behandeln wollten: Zur Neuen Mitte gehören viele. Aber keineswegs alle.

Ralf Schröder schrieb in KONKRET9/01 über das VW-Modell »5000 mal 5000«

Konkret 10/01, S. 31

Peter Kratz

□ Tue, was du willst!□

Von der rassisch-völkischen zur utilitaristischen Auslese: Über Herkunft und Zweck der neueren □ Biopolitik□ . Erster Teil eines zweiteiligen Beitrags

Menschen als Rohstoff des Kapitals vernutzen zu wollen, um Mehrwert zu schaffen, ist kein absonderliches Vorhaben, wie die Bioethikdebatte bisweilen nahelegt, sondern das Grundgesetz des Kapitalismus. Zum Beispiel: Heute kommt in Deutschland nur ein Drittel der Arbeitenden in den Genuß einer Rente mit gesetzlicher Altersgrenze, ein Drittel ist bereits vorher gestorben, und ein Drittel wird invalide frühverrentet. Die »biopolitische« Position des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, der von den Vorstandsvorsitzenden der meisten Großkonzerne aus Industrie, Versorgern, Banken und Versicherungen sowie den Präsidenten der Wissenschaftsorganisationen geleitet wird und Forschungsprojekte aus den Konzernprofiten fördert, kann also nicht erstaunen: Manfred Erhardt, Generalsekretär des Stifterverbandes, sprach sich im August für den profitablen Einsatz von Embryonen und für das »therapeutische« Klonen aus, das in Wahrheit auf die massenhafte Herstellung und Verwendung menschlichen Gewebes im industriellen Produktionsprozeß solcher Branchen aus ist, deren Produkte auf ihre Wirkungen am Menschen getestet werden müssen. Ausdrücklich stimmte Erhardt einer These Hubert Markls zu, die die »Neue Rechte«, vor allem ihr deutscher Nestor Armin Mohler, in Anlehnung an ältere faschistische Ideen entwickelt hatte: daß »Mensch« nur eine »kulturelle Zuschreibung« sei, »kulturbezogen-werteorientiert. Und damit gesellschaftsabhängig, also relativ«, so der promovierte Jurist Erhardt.

So kehrt die Logik deutscher Kapitalvertreter zu den dreißiger Jahren zurück, zur Logik der Entrechtungsgesetze. Dabei geht es nicht mehr nur um den achtzelligen Embryo, der die begehrten Gewebe produzieren soll. Erhardt verwies zur Legitimation der Arbeit mit den Stammzellen zu tötender Embryonen ausdrücklich auf die zahlreichen Spätabtreibungen »wegen genetischer Defekte«, die ja sogar »bis kurz vor der Geburt zugelassen« seien. Die juristisch falsche Parallele (die Legalität des Spätabbruchs bei bereits selbständig lebensfähigen »behinderten« Föten ist rechtlich an die reale Gefahr für die körperliche oder seelische Gesundheit der Schwangeren geknüpft, nicht an den »Defekt« des Kindes) zeigt ein wert- und gesellschaftsabhängiges Verständnis von »Defekt«, der zum beliebig verfügbaren Konzept wird, um Lebens- und Menschenrechte zu- oder abzuerkennen. En passant wird die Eugenik auf eine neue Stufe gehoben, eine neu-rechte, auf der die gesellschaftliche Wertigkeit des Menschen das bisher dominierende Argument der »normalen« medizinischen Überlebensfähigkeit ablöst. Sie hat nun das Potential zur Sozialeugenik, zur biologischen Selektion nach sozialen statt medizinischen Kriterien.

Angesichts eines so weitgehenden Relativismus□ gegenüber dem Nutzobjekt Mensch wirkte das Statement Detlev Gantens, des Chefs der Hermann-Helmholtz-Gemeinschaft deutscher Forschungszentren und des im Humangenomprojekt tätigen Max-Delbrück-Zentrums in Berlin-Buch, geradezu biologisch-archaisch, als er im Juli im TV-Sender Phoenix (»Kinder nach Maß?«) die Embryonenforschung rechtfertigte: Zum richtigen Menschen gehöre schließlich auch das Immunsystem, und das entwickele sich ohnehin erst postnatal und umweltabhängig. Wehe den Immungeschwächten!

Die Beispiele Erhardt und Ganten zeigen erneut, wie auch die Lebenden von der Bioethikdebatte erfaßt werden. Die prominenten wissenschaftlichen Propagandisten der neuen Biotechniken zur Verarbeitung von Menschenmaterial sitzen praktischerweise sowohl in den staatlichen Beratungs- und Ethikräten als auch in Vorstand und Kuratorium des Stifterverbandes der Wirtschaft: neben Ganten auch Markl (Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, MPG) und Ernst-Ludwig Winnacker (Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, DFG, und darin Nachfolger Markls). Im Gegenzug sitzt zum Beispiel Erhardt im Hauptausschuß der DFG (bei der wiederum die MPG Mitgliedsorganisation ist) und kontrolliert die Verteilung der Forschungsgelder mit, die von den Konzernen »gespendet« wurden, zum Beispiel für die Forschung an embryonalen Stammzellen, die von der DFG mitfinanziert werden soll. Die Entscheidungen zur »Biopolitik« sind offenbar intern längst gefallen, man hat lediglich noch ein Vermittlungsproblem in einem immer noch mehrheitlich christlich geprägten Land. Ganten weiß Rat: »Unsere Gesellschaft« sei »im Moment« mit der »weitgehenden Freigabe« der Embryonenforschung »überfordert«, deshalb habe er sich »immer für ein schrittweises Vorgehen ausgesprochen«, sagte er im August der »Zeit«. Dabei spielt Schröders Ethikrat, dem er mit Winnacker angehört, wohl keine Rolle mehr, denn hier sei »kaum die Zeit, all die komplizierten Fragen im Umfeld dieser Forschung abschließend zu beantworten«.

Die Antworten hat man sich längst woanders geholt. Das Menschenbild der »Neuen Rechten« ist bei den Eliten der deutschen Wirtschaft und Wissenschaft heute so hegemonial wie damals das durchaus verwandte der Nazis. Dieser Aspekt der Bioethikdebatte ist allerdings bisher kaum thematisiert worden. Ihre Hegemonie erreichte die »Neue Rechte« durch Think Tanks, die teilweise von den einschlägigen Konzernen finanziert oder kontrolliert werden, wie der Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung unter Armin Mohler und Heinrich Meier, die die Natur-, Geistes- und Sozialwissenschaften »mit einem interdisziplinären Ansatz« fördern will, oder der von früheren NSDAP- und SS-Mitgliedern gegründeten kleineren, aber sehr einflußreichen Freien Akademie (FA), die schon in den achtziger Jahren Markls Thesen verbreitete, als dieser DFG-Chef war. Sie betreiben seit Jahrzehnten durch Vortrags- und Diskussionsreihen und in ihren Publikationen offensiv

die Biologisierung der Gesellschaft: die Siemens-Stiftung zum Beispiel mit sozialdarwinistischen Veranstaltungen zu den »biologischen Grundlagen unseres sozialen Verhaltens«, Konrad Lorenz folgend, der ebenso wie Hans-Jürgen Eysenck hier auftrat; die FA, in deren Schriftenreihe Lorenz schon in den sechziger Jahren publizierte, zum Beispiel mit dem Thema »Evolution und Evolutionsstrategie in Biologie, Technik und Gesellschaft«, zu dem Lorenz-Schüler Markl und der Direktor des österreichischen Konrad-Lorenz-Instituts für Evolutions- und Kognitionsforschung, Franz Wuketits, Beiträge lieferten.

Die enge Vernetzung von Führungspersonen und Referenten dieser Institutionen mit der »Neuen Rechten« sicherte den Ideologietransfer vom offenen Rechtsextremismus Jürgen Riegers (»Neue Anthropologie«) oder Alain de Benoists (»Nouvelle École«) hinein in die Mitte der Gesellschaft. Mohler, Lorenz oder Eysenck sind nur die prominente Spitze; die aus »Nation Europa«, vom »Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes« (DKEG) und von den »Lippoldsberger Dichtertagen« der früheren Hitler-Geburtstagsdichter bekannte rechtsextreme Autorin Margarete Dierks zum Beispiel, ehemals in der Schulung der NSDAP-Kader aktiv, war jahrzehntelang die Organisatorin der FA-Tagungen und noch in den neunziger Jahren dort Referentin. Den Einladungen des von Mohler unterstützten Thule-Seminars konnten prominente Politiker schlecht folgen, wenn hier der verfassungsschutzbekannte Rassist Rieger publizierte, bei der Siemens-Stiftung dagegen geben sie sich die Klinke in die Hand; dem DKEG, das Lorenz mit dem »Schiller-Preis« ehrte, mußten sie fernbleiben, weil es immer wieder in den Verfassungsschutzberichten als rechtsextremistisch eingestuft wurde, gegenüber der FA dagegen bestehen keine Berührungsängste. Die aktuelle »Biopolitik« forciert nun das Bedürfnis, auch die neueren Ergebnisse der Verhaltens- und Evolutionsbiologie auf die menschliche Gesellschaft anzuwenden; Wuketits zum Beispiel bereitet die nächste »wissenschaftliche Fachtagung« der FA im Mai 2002 vor, deren Ergebnis sich aus ihrer Ankündigung ablesen läßt: daß allgemeine Menschenrechte aufgrund der Gesetze der biologischen Evolution nur eine »Illusion« seien.

Zu den einschlägigen Entwicklern und Vermittlern des neurechten Menschenbildes zählen auch allerlei rechte Sekten, die die FA durch Referenten, Besucher, Werbung für die Fachtagungen und Kreuzmitgliedschaften mittragen und deren Vorläufer schon in den zwanziger und dreißiger Jahren an der faschistischen »Ethik« mitwirkten: neben Deutschen Unitariern und Freireligiösen auch »Humanisten« wie der Humanistische Verband Deutschlands (HVD; vgl. KONKRET Nr. 7/2001). Sie erfreuen sich heute der Mitgliedschaft und Unterstützung prominenter Biowissenschaftler und Philosophen (»Humanisten«), führender Industriemanager (Deutsche Unitarier) und ministrabler Politiker (Freireligiöse). Diese Sekten waren es vor allem, die nach 1945 in Deutschland unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit daran arbeiteten, eine voluntaristische Ethik zu entwickeln, die zwar immer noch Anleihen bei Nietzsche und den (prä)faschistischen Denkern seit Houston Steward Chamberlain machte, das »Tue, was du willst!« jedoch weniger völkisch-rassistisch als vielmehr utilitaristisch interpretiert. Nicht mehr die Blutsgemeinschaft soll nun das individuelle und gesellschaftliche Handeln (darunter die Selektion der Brauchbaren und Unerwünschten) bestimmen, sondern die Nutzengemeinschaft, die im Einzelfall auch die gut bezahlte ausländische Fachkraft umfaßt. So können die Deutschen Unitarier – ideologisch geführt vom Rüstungs-, Luft- und Raumfahrtmanager Horst Prem aus der Daimler-Chrysler-Unternehmensfamilie – heute bei Otto Schilys »Bündnis für Demokratie und Toleranz« mitmachen, und nur das »ÖTV-Magazin« wunderte sich im Januar 2001 noch, daß sich die Sekte auch hier »als Partner tummelt« und diese »Völkischen ausgerechnet beim Innenminister eine Plattform erhalten«.

Die Wende zur Nutzengemeinschaft wurde durch die moderne Evolutionsbiologie nötig, die mit dem alten Rassismus kaum vereinbar ist, wohl aber, entsprechend interpretiert, sehr gut mit dem Sozialdarwinismus zusammenpaßt. Seine Renovierung besorgte zum Beispiel der »Humanist« Richard Dawkins mit seiner Theorie vom »egoistischen Gen«, das in Verfolgung des größten eigenen Nutzens auch die Evolution bestmöglich vorantreibe. Wuketits sieht in seinem neuen Buch *Humanität zwischen Hoffnung und Illusion* ebenfalls den »Eigennutz« als das durchschlagende biologische Prinzip »unserer Natur«. Die Optimierungsstrategien der Evolution werden – aufgrund der sozialdarwinistischen Vertauschung von Kausalität mit Finalität – utilitaristisch interpretiert, statt, wie vom echten Darwin, historisch. »Alle Evolutionsstrategien«, so der heutige FA-Präsident und frühere Vizechef der Deutschen Unitarier, Jörg Albertz, hätten »sich deshalb herausgebildet, weil sie im Evolutionsprozeß ein effektiveres und schnelleres Fortschreiten ermöglichen« – die Präsensform des Verbs verrät den Fehlschluß. Man glaubt den Zweck der Evolution zu erkennen (er scheint sich, ein Wunder der Natur, mit den Zielen der Konzerne zu decken!) und will alles Handeln darauf ausrichten; man sieht sich als Teil der Natur oder fühlt sich aufgerufen, die Evolution nunmehr selbst zu lenken, und zwar zum Zweck betriebs- und volkswirtschaftlicher Einsparungen.

Sigrid Hunke, die herausragende Ideologin der europäischen »Neuen Rechten«, ebenfalls Schiller-Preisträgerin des DKEG und von Prem 1985 zur Ehrenpräsidentin der Deutschen Unitarier gemacht, nannte ihre utilitaristisch modernisierte Ethik schon früh »selbstbestimmte Ethik«, eine emanzipationsdemagogische Formel, mit der zum Beispiel Markl oder Erhardt heute Embryonenforschung, Klonen, Eugenik und Euthanasie rechtfertigen. Hunke, durch ihren Doktorvater ehemals selbst der SS verbunden, hatte sich in ihrer Nachkriegs-Ideologieproduktion auf Zitate des damaligen Arbeitgeberpräsidenten und vormaligen SS-Mitglieds Hanns-Martin Schleyer gestützt. Wie weit Modernisierung und Demagogie – und auch das Verdecken historischer Wurzeln – inzwischen gehen, zeigt der Verweis von Markl und Erhardt auf die alte Parole »Mein

Bauch gehört mir!«, die nun für die Evolution im allgemeinen wie für die Embryonenforschung im besonderen in Dienst genommen wird. Die Emanzipationsdemagogie der »Selbstbestimmung«, die den Verheißungen des Neoliberalismus und seiner utilitaristischen Philosophie folgt und im krassen Gegensatz zu den sich real weiter verengenden sozialen Voraussetzungen individueller Freiheit steht, ist bei der »Neuen Rechten« an die Stelle der Sozialismusdemagogie des alten Faschismus getreten.

Ohne Appell an die Freiheit kommen heutige Eugeniker nicht aus. Sabine Stengel-Rutkowski, Mitglied im Ethikrat der Bayrischen Staatsregierung, Leiterin der genetischen Schwangerenberatung in Oberbayern und Professorin am Institut für Soziale Pädiatrie und Jugendmedizin der Uni München, hat auf diesem Gebiet die Studien der DFG zur bundesdeutschen Pränataldiagnostik der letzten 30 Jahre geleitet. 1978 brachte sie eine erste Zwischenbilanz heraus, die sich »an den Hausarzt in seiner Tätigkeit als genetischer Familienberater« wandte. Hier wurde die – bis heute verbotene – völlige Freigabe der eugenisch motivierten Abtreibung gefordert. Die Eltern müßten sich auch ohne eigene Gefährdung der Schwangeren »frei für oder gegen das Kind entscheiden« können, auch aufgrund von »Erwägungen zur Sinnhaftigkeit eines behinderten Lebens oder auch gesundheitspolitische(n) Überlegungen«, die die verantwortungsbewußte Schwangere bisher durch entwürdigende »Egozentrik« (das Vorschieben eigener psychischer Gefährdung) verdecken müsse. Am Ende des Buchs wird eine akribische Aufrechnung der Kosten des Aufbaus eines pränatalen Diagnose- und Beratungssystems zur »Prävention des Down-Syndroms« gegen die Sozialausgaben für Menschen mit Down-Syndrom gestellt und (1978) ein jährlicher »monetärer Nutzen« in zweistelliger Millionenhöhe durch Abtreibung der möglicherweise betroffenen Föten errechnet. Solche Menschen sind zu teuer, ihr Leben nützt nur ihnen selbst. Das sind Argumente Peter Singers, und das waren auch die Argumente der Nazis in *Volk und Rasse* (1936), die die Ausstellung »Der (im-)perfekte Mensch« kürzlich im Dresdner Hygienemuseum anprangerte: »Hier trägst du mit. Ein Erbkranker kostet bis zur Erreichung des 60. Lebensjahres im Durchschnitt 50.000 RM.«

Auch Markl brachte bei der diesjährigen Hauptversammlung der MPG das Beispiel Down-Syndrom, um für die »Freiheit der Eltern« bei der »Präimplantations- und Pränataldiagnostik« zu werben, nicht ohne auf die Evolution zu verweisen: »Schon von Natur aus« kämen »möglichst nur gesunde und entwicklungsfähige Keime zur Entwicklung«. Daß tatsächlich fast alle Föten mit dieser als wahrscheinlich angenommenen Krankheit nach genetischer Beratung abgetrieben wurden, war ein Ergebnis der von Stengel-Rutkowski in den Neunzigern abschließend publizierten DFG-Studien. Herabwürdigende Bezeichnungen wie »Zwergwuchs«, »Klumpfuß«, »Mißgeburt«, »Kellerkind in unwürdigen sozialen Verhältnissen« und »Fehlentwicklungen im Sozialisationsprozeß« – 1978 in Stengel-Rutkowskis Hausärztebuch als ethisch gerechtfertigte *eugenische* Abtreibungsgründe angeführt, die jedoch der reformierte Paragraph 218, »das sei mit einiger Bitterkeit vermerkt«, juristisch weiterhin »versagt«, wie es dort heißt – lassen ahnen, wer da des weiteren ins Visier gerät. Trotz ihrer jüngsten Warnungen vor »einer Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres Genotyps« beharrt die Ethikrätin auch heute auf der freien Entscheidung zwischen »Verhinderung oder Akzeptanz der Geburt eines Kindes, welches anders sein wird als das erwartete □Wunschkind□«.

Peter Kratz schrieb in KONKRET 9/01 über die Biologisierung des Sozialen

Konkret 10/01, S. 34

Georg Fülberth

Von Gramsci bis Frascati

Italien ohne Opposition oder: Was ist aus den italienischen Kommunisten geworden?

Eurokommunistische Gretchenfrage

Wer in der Bundesrepublik vor einem Vierteljahrhundert (sagen wir mal 1976) in praktischer Absicht wichtige aktuelle Mißstände erörtern wollte – hohe Arbeitslosigkeit trotz Wirtschaftswachstum, Berufsverbote, die Gefahr eines neuen Wettrüstens – , galt als tolpatschig. Menschen von Geschmack erwehrten sich solcher Plumpheit, indem sie eine Frage stellten, die Gut und Böse klar unterschied: »Wie halten Sie es mit dem Eurokommunismus?«

Dies war das zentrale Thema der westdeutschen (und westeuropäischen) Linken im Sommer und Herbst 1976. Einen eher formalen Anlaß bildete eine Konferenz der Kommunistischen und Arbeiterparteien Europas in Berlin. Dort durften Italiener, Briten und Schweden den sowjetischen Dogmatikern mal so richtig die Meinung geigen. Als Breschnew über Abrüstung sprach, entfaltete der Generalsekretär der spanischen KP, Santiago Carillo, eine Zeitung und las.

Außerhalb des Konferenzsaals, in der wirklichen Welt, also in Seminaren, dissentierenden Parteizirkeln und plural-marxistischen Zeitschriften, wurde über Hegemonie und Zivilgesellschaft debattiert. Das tröstete über einige Mißhelligkeiten der jüngeren Vergangenheit und der Gegenwart hinweg. Deren unmittelbare Ursachen reichten bis 1973 zurück.

In diesem Jahr war das Währungssystem von Bretton Woods zusammengebrochen. Damit endete die Vorherrschaft des Keynesianismus, von dem man sich irgendwie hatte mitschleppen lassen (mit Mitteln aus Sonderziehungsrechten des IWF waren nicht nur Schwimmbäder und Autobahnen, sondern auch neue Professorenstellen bezahlt worden). In Chile hatte – ebenfalls 1973 – der US-Imperialismus tatkräftig gezeigt, was er mehr schätzte: Faschismus oder Sozialismus mit menschlichem Antlitz. Die Gesellschaften des sowjetischen Machtbereichs begannen häßlich auszusehen. 1973 fing die Verschuldung der DDR an. Das wußte man damals noch nicht, aber 1976 spürte man schon etwas. Brandt war 1974 gestürzt worden. 1975 mündete die portugiesische Revolution in sozialdemokratisch-konservativ-westeuropäische Normalität.

In dieser beginnenden Tristesse gab es ein attraktives Urlaubsland: Italien. Die dortige Kommunistische Partei schnitt bei Wahlen sehr gut ab. Zugleich imponierte sie mit Kritik an der Sowjetunion, redete von Menschenrechten und fiel ihren Genossen in Portugal höchst undogmatisch in den Rücken. Der Generalsekretär der Italienischen Kommunistischen Partei (IKP), Enrico Berlinguer, hatte eine Analyse der chilenischen Katastrophe vorgelegt: Spaltung der Gesellschaft könne zum Faschismus führen. Notwendig sei ein Brückenschlag bis hin zu den Christdemokraten: Historischer Kompromiß.

Inzwischen war der italienische Klassiker des Marxismus neu entdeckt worden. Antonio Gramsci (1891-1937), Mitgründer der Kommunistischen Partei, lange Jahre in faschistischer Gefängnishaft, hatte in seinen nachgelassenen Aufzeichnungen einleuchtende Erklärungen zur ideologischen und politischen Struktur der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften gegeben. In Rußland, so las man, war 1917 die Machteroberung durch die Bolschewiki vergleichsweise leicht gewesen: Es hatte genügt, sich der staatlichen Institutionen zu bemächtigen und von dort aus die Eigentumsverhältnisse zu verändern. Im Westen dagegen erstreckte sich zwischen Politik (im engeren Sinn) und Ökonomie ein weitverzweigtes und tiefgestaffeltes System: die Zivilgesellschaft. Ohne ihre Durchdringung war nichts zu machen. Im Handstreich ging das nicht. Hegemonie mußte gewonnen werden, hier waren die Intellektuellen wichtig. Und das Ganze verband sich mit einer spezifischen – massenhaften – Weise der Produktion und des Konsums, die Gramsci »Fordismus« nannte.

Hier waren nun tatsächlich die Stichworte beisammen, mit denen eine ernüchterte Linke einerseits ihre Lage erkennen, andererseits (was sie mehrheitlich vorzog) sich in neue Euphorie versetzen konnte. Damals entstand in der SPD die »Toskana-Fraktion«. Auch viele der intellektuellen Mitglieder, welche die winzige Deutsche Kommunistische Partei ab 1968 gewonnen hatte, fühlten sich einem neuen sozialistischen Ausland zugehörig: nicht mehr im Osten, sondern im Süden. International hatte sich bereits ab 1956 ein Narrenparadies herausgebildet, welches sich jetzt sehr erweiterte: der »Western Marxism«. Er bestand im wesentlichen aus Zeitschriften, Konferenzen und der wechselseitigen Anerkennung ihrer Impresarios. Damit verlor ein anderer Verbund seine Alleinverbindlichkeit: die monolithische Geschlossenheit der im Marxismus-Leninismus Vereinten. Auch ihr Reich zeigte Züge eines Narrenparadieses, die vorher bereits vorhanden, aber nicht erkannt worden waren.

Es muß zugegeben werden, daß von diesen Leiden und Freuden nur Menschen aus den sozialdemokratischen und kommunistischen – also insofern traditionalistischen – Spektren befallen waren. Im ideologischen Wettbewerb gewannen damals jüngere Fraktionen einen Vorsprung mit anderen Themen: Atomkraft, Stammheim, Feminismus. Somit erwies sich das, was sich einst als Neue Linke angekündigt hatte, nunmehr eher als – wenngleich dissentierender – Teil der Alten.

Gewiß konnte man Berlinguer und Gramsci auch anders lesen. Dann war der Historische Kompromiß der – mit antifaschistischer Volksfront-Patina versehene – Versuch, endlich regierungsfähig zu werden. Gramsci hatte letztlich nur die Bedingungen der kommunistischen Niederlage im Westen nach 1917 beschrieben. Daraus leitete er – tastend – eine Strategie künftiger Erfolge ab. Das waren dann aber nur noch Falls-Dann-Bestimmungen: Wollte die Arbeiterbewegung im Westen siegen, mußte sie vorher die Hegemonie in der Zivilgesellschaft gewinnen. Wenn ihr das aber nicht gelang – was dann? Hinzu kam, daß die – »fordistische« – Variante kapitalistischer Gesellschaften, welche die Voraussetzung von Gramscis Strategie war, Anfang der siebziger Jahre – 1973! – in eine andere Form überging. Damit war das, was einmal eine Anweisung für die Zukunft zu sein schien, nur noch eine – inzwischen bereits wieder historische – Zustandsbeschreibung.

Eine kurze alte Geschichte

Der Historische Kompromiß erwies sich als Sackgasse. Während Berlinguer und Willy Brandt auf Botschaftsempfängen Trinksprüche wechselten, schnauzte Kanzler Schmidt, Italien werde keine wirtschaftliche Unterstützung durch die BRD erhalten, falls dort Kommunisten in der Regierung säßen. 1978 reichte es gerade mal zur Tolerierung einer christdemokratischen Minderheitsregierung durch die IKP, deren Stimmenzuwachs in der Folgezeit aufhörte. Nach Berlinguers Tod (1984) kam man dort allmählich auf die Idee, letzten Endes sei es eben der Kommunismus, welcher den Eurokommunismus behindere.

Als sich die IKP 1991 umbenannte – in Partito Democratico della Sinistra, Demokratische Linkspartei, PdS – , war das mehr als ein Etikettenwechsel. Die eurokommunistische Position wurde durch eine liberale ersetzt. Nachdem im selben Jahr die UdSSR sich aufgelöst hatte, verschwand die Konstellation, mit der bislang die Democrazia Cristiana ihr Machtmonopol gerechtfertigt hatte. 1993 ging sie in einem Schmiergeldskandal unter, Berlusconi wurde 1994 Ministerpräsident in einer Koalition mit den Neofaschisten. Der PdS schloß sich einem Wahlbündnis (»Ulivo«) an, das 1996 die Wahl gewann. Die Demokratische Linkspartei steuerte hier zwar die größte Organisation bei, begnügte sich zunächst aber mit der Position einer Juniorpartnerin unter dem Ministerpräsidenten Romano Prodi. Inzwischen hat sie ihren Namen noch einmal ein bißchen variiert: Democratici di Sinistra (DS).

Bei der ersten Umbenennung 1991 hatte eine kleine Minderheit, welche den Eurokommunismus nicht aufgeben wollte, sich als »Rifondazione Comunista« (RC) abgespalten. Diese Partei tolerierte 1996 die Regierung. Als sie die Unterstützung 1998 aufkündigte, kam es zu einer neuerlichen Spaltung. Unter Führung von Armando Cossuta – in den achtziger Jahren war er einer der wenigen Breschnewianer in der IKP gewesen – traten 22 der 34 RC-Abgeordneten aus und gründeten die »Partei der Italienischen Kommunisten« (PdCI), welche daraufhin der Regierung beitrat.

Immerhin wurde aufgrund dieses Manövers doch noch ein DS-Funktionär Ministerpräsident: Massimo D'Alema. 1999 führte er Italien in den Angriffskrieg der Nato gegen Jugoslawien, wurde aber bei seiner Basis, welcher letztlich alles doch ein bißchen schnell ging, dadurch nicht beliebter. 2000 löste ihn durch eine Rochade innerhalb von »Ulivo« der ehemalige Sozialist und nunmehrige Parteilose Amato ab, 2001 gewann Berlusconi die Wahl. Die Democratici di Sinistra gingen von 21,1 auf 16,6 Prozent zurück, Rifondazione bekam fünf Prozent. Cossutas PdCI blieb unterhalb der in Italien gültigen Vierprozentmarke, rettete aber ein paar Mandate, weil die Partei innerhalb des Bündnisses »Ulivo« kandidiert hatte.

Unerreichte Sozialdemokratie

»Als sie Stalin kippten, das war klar,

War auch Lenin nicht mehr lang zu haben.«

Peter Hacks

»... und Willy Brandt war nicht zu kriegen.«

Randnotiz eines Lesers

»Wir werden niemals Sozialdemokraten!« So hatte in den siebziger Jahren ein führender italienischer Eurokommunist getönt. Das Versprechen ist gehalten worden. Die IKP wurde ja letztlich nicht sozialdemokratisiert, sondern zerstört. In dieser Übereinstimmung mit Gorbatschow gelang nach langer Zeit einmal wieder eine Gemeinsamkeit mit einem sowjetischen Generalsekretär. Der Vorgang wird deutlich durch einen Vergleich mit den klassischen Formationen der Sozialdemokratie: Labour, SPÖ, SPD und den reformistischen Arbeiterparteien Nordeuropas.

Sie sind zu fast allem fähig, einige auch zum Krieg. Blair und Schröder betreiben eine Entsozialdemokratisierung ihrer Parteien. Diese ist weit gediehen, hat aber immer dort eine Grenze, wo die Unterstützung durch die Gewerkschaften und durch die Klientel in einigen umverteilenden kommunalen und Staatsapparaten auf dem Spiel steht. Das ist heute nicht

mehr so wichtig wie früher, gleichwohl nicht völlig verzichtbar. Die konservativen Parteien haben ihre klerikalen und agrarischen Milieus ja auch weitgehend schrumpfen sehen, ohne gleich unterzugehen. Marktradikale und neoliberale Gruppen mögen zwar cool sein, aber zu Massenorganisationen bringen sie es nie.

Ein kulturalistisches Moment kommt hinzu. Die SPD verfügt heute ungeniert über einen Traditionsbestand von Gustav Noske bis kurz vor Rosa Luxemburg. Auf immer noch nützliche naive Gemüter wirkt sie stabil und in behaglicher Weise konservativ, weil sie sich »organisch« gibt. Nach dem Godesberger Parteitag 1959 gab die Partei einige Zeit nur blaue Parteibücher aus. Sie sind inzwischen wieder rot, unter anderem auch deshalb, weil Mißverständnisse, dies bedeute eine Linkswendung, ausgeschlossen sind.

Die Postkommunisten dagegen leben von einem ganz kurzen Moment: von ihrem Bruch mit einer Vergangenheit, die ihnen peinlich geworden ist. Sie benehmen sich wie eine Erbengemeinschaft, welche das Mietshaus der verstorbenen Oma schnell verkauft, anstatt es umzubauen und anschließend wieder Rendite daraus zu ziehen. Das Geld, welches sie im Moment in der Hand hat, verspielt sie anschließend am Neuen Markt.

Deshalb ist Italien heute nicht etwa ein Land ohne KP – »Rifondazione« gibt es ja noch – , aber ohne Sozialdemokratie. In einem alternativlosen Kapitalismus ist das schlimmer.

Nachwort eines Vorgängers

Dem SPD-Politiker Wehner wird ein finsterer Ausspruch zugeschrieben. Zweimal in seinem Leben, so soll er gesagt haben, habe er einen Fehler gemacht. Erstens: als er Kommunist wurde. Zweitens: als er weiter Politik machte, nachdem er nicht mehr Kommunist sein konnte.

Das ist nicht Selbstkritik, sondern Selbstmitleid. Der Gekreuzigte wollte damit auf die (eher gelinden) Abstrafungen hinweisen, denen er im Kalten Krieg zuweilen wegen seiner kommunistischen Vergangenheit ausgesetzt war. Das fröhliche, eben postmoderne Politikmachen von heute kannte er noch nicht. Vielleicht ist es jetzt ja besser so.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 9/01 über außerparlamentarische Opposition in Zeiten der Globalisierung

Konkret 10/01, S. 36

Ala Fakhradeen Talabany, Thomas von der Osten-Sacken

»Hussein produziert Hunger«

Seit 1997 wird im Irak das sogenannte »Öl für Nahrungsmittel«-Abkommen zwischen UN und irakischer Regierung umgesetzt, das nach der UN-Sicherheitsratsresolution 986 dem Irak kontrollierte Ölverkäufe gestattet, deren Erlös für Nahrungsmittel, Medikamente und Infrastrukturmaßnahmen verwendet werden soll. Auch die selbstverwalteten kurdischen Gebiete im Norden des Iraks profitieren von diesem Abkommen. KONKRET sprach über die UN-Sanktionspolitik mit Frau Ala Fakhradeen Talabany, Mitglied des Büros für »Foreign Affairs« der Patriotischen Union Kurdistans (PUK)

KONKRET: In Kurdistan erhalten die Menschen die gleichen Zuwendungen aus dem Topf der 986er-Gelder wie im Zentral- und Südirak. Anders als dort aber herrscht im Nordirak weder eine Hungersnot, noch sterben die Menschen massenhaft an heilbaren Krankheiten. Angesichts dieser Lage finden in Europa zunehmend Kampagnen Gehör, die behaupten, daß das »Öl für Nahrungsmittel«-Programm die Grundbedürfnisse der Bevölkerung im Irak keineswegs zu decken vermag. Wie erklären Sie sich den Unterschied der Lebenssituation zwischen Nordirak und dem Rest des Landes?

Talabany: Ich weiß, daß in Westeuropa viel über diese Frage diskutiert wird. Und es erstaunt mich, weil allen Irakern, egal, wo sie leben, genau dieselbe Menge an Nahrung aus 986er-Mitteln zusteht. Der einzige Unterschied ist, daß in Kurdistan die UN in Zusammenarbeit mit der lokalen Verwaltung für die Verteilung der Lebensmittel zuständig ist, während diese Verantwortung im Restirak alleine bei der irakischen Regierung liegt.

Die ihrerseits erklärt, daß trotz der 986er-Lebensmittel jeden Monat mehrere Zehntausend Kinder verhungern ...

Wir vermuten, daß Saddam Hussein die Lebensmittel bewußt zurückhält. Indem er Hunger produziert, versucht er die öffentliche Meinung in Europa für sich zu mobilisieren, die glauben soll, daß diese Kinder infolge der UN-Sanktionen verhungern müssen. Denn hier im Nordirak hat die UN-Resolution 986, trotz ihrer negativen Seiten, enorm zur Verbesserung der Lage der Menschen beigetragen.

Was halten Sie also von der Anti-Embargo-Kampagne, die von Leuten wie den ehemaligen UN-Koordinatoren in Bagdad, Hans von Sponeck und Dennis Halliday, angeführt wird?

Halliday und von Sponeck waren beide für die UN in Bagdad. Als sie hier arbeiteten, haben sie sich nicht beschwert; warum haben sie nicht erklärt, daß dieses Programm nicht leistet, was seine Initiatoren versprochen haben? Erst als sie ihren Posten verlassen hatten, haben sie ihre Kapagne begonnen. Diese Leute reden, als würden sie von Bagdad bezahlt.

Was sind die Auswirkungen des 986er-Programmes auf die kurdischen Selbstverwaltungsgebiete im Nordirak?

Die Auswirkungen von 986 hier sind beachtlich, vor allem wenn man bedenkt, daß unter der Herrschaft der Baath Partei über 4.500 kurdische Dörfer völlig zerstört und entvölkert wurden. Nach der Befreiung dieser Gebiete 1991 wurden viele dieser Dörfer mit internationaler Hilfe wiederaufgebaut, aber erst nach Implementierung von 986 geschieht dies systematisch: Schulen und Krankenhäuser werden gebaut und selbst die Straßen erneuert. Auch in den Bereichen Erziehung, Infrastruktur, Nahrung und Gesundheit ist seitdem alles besser geworden. Man kann sagen, daß zum erstenmal seit Jahrzehnten irakisches Geld in Kurdistan für die Zivilbevölkerung und nicht für das Militär ausgegeben wird.

Aber die Entscheidungen, wofür das Geld ausgegeben wird, liegen doch noch immer in Bagdad, und die kurdische Verwaltung hat keinen Einfluß auf sie.

Ja, das ist eines unserer Hauptprobleme. Wir haben von der UN immer wieder verschiedenste Dinge angefordert, die aber von Bagdad nicht genehmigt wurden. Wenn die irakische Regierung nicht daran interessiert ist, uns etwas zukommen zu lassen, bekommen wir es auch nicht. Lassen Sie mich Ihnen ein Beispiel geben: In Irakisch-Kurdistan liegen noch immer Millionen von Minen. Im Zusammenhang mit der Resolution 986 wurden nun besondere UN-Agenturen mit der Minenräumung beauftragt. Aber das irakische Regime hat einen Brief an die UN geschrieben, in dem es verbot, die Grenzregionen zu entminen.Und das heißt, daß Tausende von Dörfern nicht oder nicht vollständig wiederaufgebaut werden können, weil die Gegend voller Minenfelder ist. Deshalb passieren noch immer täglich schreckliche Minenunfälle.

Die Frage ist doch: Hilft 986 den Kurden, ihre Unabhängigkeit auszubauen, oder stärkt es – über die Genehmigungspflicht aller Projekte – indirekt den Einfluß Bagdads in der Region?

Diese Frage zielt hauptsächlich auf die UN. Laut Mandat der Resolution 986 handelt die UN im Auftrag des irakischen Regimes in Irakisch-Kurdistan in Zusammenarbeit mit der kurdischen Verwaltung. Und die UN gibt Saddam damit das Recht beziehungsweise die Möglichkeit, sich direkt in unsere Angelegenheiten einzumischen.

Ist diese Abhängigkeit von Saddam Hussein nicht gefährlich? Schließlich kann der Irak 986 jederzeit stoppen?

Wir wissen das, aber wir können wenig dagegen tun. Wir versuchen beispielsweise, die UN dazu zu bewegen, Nahrungsmittel hier auf den kurdischen Märkten einzukaufen, anstatt sie zu importieren. Warum bringen sie Nahrungsmittel aus Australien oder Kanada, statt sie hier zu kaufen, wo sie billiger sind und damit außerdem ein Beitrag

geleistet werden könnte, die zerstörte kurdische Wirtschaft wiederaufzubauen? Aber letztlich liegt das alles in den Händen der UN, und wir können nur Vorschläge machen.

Man könnte die Argumentation der Embargo-Kritiker also auch umdrehen: Eine Aufhebung des Embargos würde das Leiden der irakischen Bevölkerung verschlimmern, weil niemand Saddam Hussein mehr dazu bewegen könnte, wenigstens Teile der Öleinkünfte für die Versorgung der Bevölkerung zu verwenden?

Vielleicht, ja. Im übrigen möchte ich den europäischen Embargo-Kritikern immer wieder sagen: Wenn die Sanktionen aufgehoben werden, wer garantiert dann den Kurden, daß der Irak sie nicht erneut mit chemischen oder biologischen Waffen zu vernichten versucht? Natürlich bin auch ich letztlich gegen die Sanktionen: Als Teil der irakischen Bevölkerung wollen auch wir, daß sie aufgehoben werden. Aber das muß unter bestimmten Bedingungen geschehen. Und eine dieser Bedingungen muß eine internationale Garantie zum Schutz der Kurden sein.

Denken Sie, daß die Kampagne von Sponeck und Halliday langfristig den kurdischen Selbstverwaltungsgebieten schadet?

Natürlich! Ihr Vorgehen ist für mich nicht nachvollziehbar. Denn wenn sie über die Sanktionen, die Resolution 986 und die verhungernden Kinder sprechen, dann müßten sie zugleich auch über die Geschichte der Verfolgung und Vernichtung in Kurdistan und anderen Teilen des Iraks sprechen. Denn der Irak führt seine Politik der systematischen »Arabisierung« in den von ihm kontrollierten Städten Kirkuk und Khanaqin fort. Täglich werden Kurden von dort deportiert, und ihr Besitz wird beschlagnahmt. Warum, wo doch von Sponeck und Halliday hier waren und die kurdische Verwaltung ihnen gesagt hat, wie viele Tausend Kurden pro Monat deportiert worden sind, reden sie nicht über diese Dinge?

Warum, meinen Sie, steht gerade in Europa in letzter Zeit die Embargo-Frage im Vordergrund, während über die katastrophale Menschenrechtslage im Irak kaum diskutiert wird?

Das sind Fragen internationaler politischer Interessen. Wenn der Westen daran interessiert ist, eine Menschenrechtsfrage auf die Tagesordnung zu setzen, tut er das. Und wenn er es nicht will, verschließt er die Augen.

Gab es nicht bislang auch das Problem, daß die irakische Opposition und die kurdischen Parteien kein klares Bild vermitteln konnten, was für eine Alternative für den Irak sie sich vorstellen?

Ja, leider haben vor allem die kurdischen Parteien nicht kooperiert, sondern sich bekämpft. Jetzt versuchen wir im Rahmen des voranschreitenden Friedensprozesses zwischen KDP und PUK nicht nur zusammenzuarbeiten und gemeinsam 986 umzusetzen, sondern wir hoffen, daß wir eines Tages Neuwahlen ausschreiben und eine neue kurdische Regionalregierung wählen können.

Werden denn bereits mit anderen irakischen Oppositionsgruppen Konzepte entwickelt, wie ein demokratischer Irak ohne Saddam Hussein aussehen soll? Oder ist derlei noch nur ein Traum?

Ich kann nur sagen, wir arbeiten daran, um eines Tages in einem demokratischen Irak zu leben. Aber gegenwärtig sind wir mehr daran interessiert, unter den herrschenden Bedingungen die Region zu entwickeln und eine gewisse Stabilität aufzubauen, die die Menschen hier brauchen.

Das Interview führte Thomas v. der Osten-Sacken

Konkret 10/01, S. 38

Günther Jacob

Kunst & Gewerbe

Wehrmachtsausstellung im Kanzleramt

»Nur wenn wir der Frage ›Vater, wo warst du?‹ die andere hinzufügen: ›Wo hätte ich damals gestanden? Wie hätte ich reagiert?‹, können wir diesen Krieg in unserem Volk endlich beenden«, verkündete Hannes Heer, damals noch Leiter der »Wehrmachtsausstellung«. Inzwischen sind alle drei Fragen geklärt: Die erste beantwortete »Bild am Sonntag« vor fünf Monaten am Beispiel des Kanzlervaters: »in Rumänien«. Da es sich bei der zweiten Frage in Wirklichkeit um eine Empathiebekundung gegenüber der Tätergeneration handelt, in der die Antwort – »auf dem Standpunkt Deutschlands natürlich« – bereits enthalten ist, geht es lediglich noch um zeitgemäße Formen des familiären Gedenkens: Auf dem Schreibtisch im Kanzleramt steht nun gerahmt, mitsamt Hakenkreuz am Stahlhelm, einer von »Hitlers Soldaten«, aber nicht als solcher steht er da, sondern als Vater. Schließlich die dritte, nicht weniger identifikatorische Frage: Schon ihre rhetorische Naivität ist nicht mehr zeitgemäß. Bei rund 7.000 deutschen Soldaten auf dem Balkan fällt an ihr vor allem der damals noch fehlende Praxisbezug auf.

Der »Krieg in unserem Volk«, den es nie gegeben hat, ist also beendet. Wirklich beigelegt sind die Differenzen über die Gesamtbilanz deutscher Politik seit 1933. Da die Buchhalter deutscher Interessen nach den Geschäftsjahren 1990 und 1999 unterm Strich ein positives Ergebnis bilanzieren, kann man sich auch im Umgang mit der »deutschen Vergangenheit« mehr Gelassenheit erlauben. Das zeigt auch Schröders Terminkalender. 14. August: Mauergedenken unter dem Motto »Erinnerung wachhalten«. 2. September (während der »Waffenernte« in Mazedonien): »Tag der offenen Tür« im Kanzleramt inklusive Besichtung des gerahmten Wehrmachtslandsers auf dem Kanzlerschreibtisch. 9. September: mit Rau zur Eröffnungsgala des Jüdischen Museums, um zu sehen, was die Wehrmacht übrig gelassen hat. 18. September: Rumänienreise zum vermeintlichen Grab des Obergefreiten Schröder. Danach die Bilanz: Deutschland ist nicht mehr der Staat der Revanchisten, sondern die zivilgesellschaftliche Antwort auf Nationalsozialismus und SED-Diktatur. Milde blicken die Nachkommen auf die Vergangenheit. Und die freundlichen alten Herren, die nun freimütig erzählen, daß sie Angst hatten und nichts taten, als sich zu verteidigen, bekommen als »Zeitzeugen« ein neues Profil: Menschen ohne Schuld, dafür aber mit Verwundungen. Welch Leid der Krieg doch bringt, Kamerad! Die Enkel sehn’s jetzt ja selbst auf dem Balkan.

Vaterland

»Bild am Sonntag«, 16. April:

Nach 57 Jahren ist das Geheimnis um den Vater von Gerhard Schröder (57) gelöst. Bis jetzt wußte er nicht, wo sein gefallener Vater Fritz beerdigt ist. Die Schwester des Kanzlers, Gunhild, forschte nach und konnte das Geheimnis lüften. Der Obergefreite Fritz Schröder ist in dem kleinen Dorf Ceanu Mare in Rumänien beigesetzt. Während der Recherchen kam heraus, daß der Kanzler zwei Cousinen in Thüringen hat, von denen er nichts wußte. (Große Berichte auf den Seiten 2-5: Schröder hat seinen Vater nie vergessen. Der Tag, an dem Schröders Vater fiel. Auf dem Friedhof blüht ein Kirschbaum. Liebevoll pflegen sie das Grab der Soldaten).

German Underground

»Thüringer Allgemeine«, 18. April:

Willy Hempel hieß der verunglückte Pilot, der am 14. Oktober 2000 durch die Arbeitsgruppe Vermißtenforschung Dresden auf einem Feld bei Molschleben ausgegraben wurde. Als Jagdflieger der Deutschen Wehrmacht war er am 21. November 1944 im Luftraum über Gotha in Kampfhandlungen mit amerikanischen Abwehrjägern verwickelt, die einen Bomberverband im Angriff auf den Raum Leuna / Merseburg absicherten. Durch die ehrenamtliche Arbeit wurde das Schicksal nun aufgeklärt.

»Unwissenschaftlicher Umgang mit Bildquellen«

»Berliner Zeitung«, 8. Juni:

Gerhard Schröders neu entdeckte Cousinen aus Thüringen brachten dem Bundeskanzler beim ersten Treffen vor einem Monat in Gera das Foto des Wehrmachtssoldaten Fritz Schröder mit. Nach 57 Jahren sah der Kanzler seinen Vater mit diesem Foto zum ersten Mal. Daß ihn das so bewegt, wie es jeden Menschen bewegen würde, spürt man sofort. »Ist es nicht erstaunlich, wie ähnlich wir uns sehen«, sagt er mit leuchtenden Augen, wenn er jemandem das Foto zeigt. Das Bild

hat auf dem Schreibtisch im neuen Kanzleramt einen Ehrenplatz bekommen, gleich neben dem Foto von Doris Schröder-Köpf.

»Rechtspopulismus« nach den EU-Sanktionen

»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 14. Juli:

Schröder beherrscht die Klaviatur und die Zeitmaße, ob es sich um Lehrer, Arbeitslose oder Sexualstraftäter handelt. Hinzu kommt der Sinn für den rechten Augenblick. Daß sich das Soldatengrab seines Vaters in Rumä- nien erst nach der Schließung der Wehrmachtsausstellung fand, zeugt von gutem Gespür; auch die Cousine aus dem Osten tauchte gerade im rechten Moment auf.

Vernissage in Berlin-Mitte

»Tagesspiegel«, 2. September:

»Tag der offenen Tür« im Kanzleramt. Der Regierungschef hat zum »Staatsbesuch« geladen, und die Gäste lassen sich nicht zweimal bitten: Sie stehen Schlange. Ob er lange überlegt hat, was er scheinbar nachlässig auf dem Schreibtisch liegen läßt? Oder ob er sie extra drapiert hat? Die Stapel mit den Büchern, die Ausstellungskataloge, das Foto des Vaters vor dem von Doris Schröder-Köpf.

Genocide-Studies

»Kölner Stadt-Anzeiger«, 4. September:

Regelmäßig reist Herr Ofarek nach Polen, um sich in der oberschlesischen Heimat auf die Suche nach Gräbern gefallener Soldaten zu machen. »Ich finde immer neue Gräber. Unzählige sind von den Kommunisten eingeebnet worden.« Wer dem alten Mann zuhört, versteht, was ihn da treibt: Er selbst wurde als 18jähriger von der Wehrmacht eingezogen. Bis drei Wochen vor Kriegsende kämpfte er an der Ostfront, danach war er dreieinhalb Jahre in Gefangenschaft. »Ich habe so viele Kameraden im Nahkampf und im Partisanenkrieg sterben sehen.« Ein Grab, ein Stein mit dem Namen: »Das bin ich den Kameraden schuldig.« Ein Stück Vergangenheitsbewältigung.

»Die Reise«

»Remscheider Generalanzeiger«, 6. September:

Bundeskanzler Gerhard Schröder wird am 18. September erstmals das Grab seines Vaters, Fritz Schröder, in Rumänien besuchen. Vertreter des Kanzleramts berieten mit rumänischen Behörden heute über den Ablauf des Privatbesuchs in dem Dorf Ceanu Mare. Das berichtete der staatliche rumänische Rundfunk. Am Kirchhof von Ceanu Mare befindet sich das Grab des Wehrmachts-Obergefreiten. Fritz Schröder fiel 1944 in der Nähe, im Zuge der Rückzugsgefechte der Wehrmacht.

Das Glück der Überlebenden

»Bonner Rundschau«, 4. September:

Jemand, der sich intensiv mit der Vergangenheit beschäftigt, ist Otto Hemmer. Der 80jährige Euskirchener hat sich den Schicksalen über der Eifel abgeschossener Kampfflugzeuge verschrieben. Die Motivation, die der Rentner für sein Hobby aufbringt, ist schnell erklärt. Schließlich war Hemmer einst selbst in den Luftkrieg verwickelt. 1938 heuerte er bei der Wehrmacht an und meldete sich freiwillig zur Luftwaffe, wo er als Bombenschütze zur Besatzung einer Heinkel HE 111 gehörte. Mit dem auf der Krim stationierten Kampfgeschwader 26 hat Hemmer etwa 150 Einsätze geflogen, darunter auch Bombardierungen von Sewastopol und Stalingrad, sowie Minen- und Torpedoflüge am Schwarzen Meer. Im Rang eines Feldwebels kehrte Otto Hemmer schließlich 1945 heim, reich dekoriert mit zwei »Eisernen Kreuzen«. Aber nach dem verlorenen Krieg, »da herrschte plötzlich eine ganz andere Propaganda als vorher«, erzählt Hemmer: »Da waren wir plötzlich statt Helden alle Verbrecher!«

Er hätte stolz sein können auf seinen Sohn

»Welt am Sonntag«, 11. August:

Es ist die oft beschriebene Kunst der symbolischen Politik, die bei Schröder lange nur als Showeffekt erschien, die ihm jetzt hilft, die Union auch noch in ihrer Kernidentität zu treffen. Nicht sie erscheint als die Repräsentantin Deutschlands, sondern der Kanzler und seine Frau mit deren Tochter, einem aus dem Nichts aufgetauchten Vater und zwei leibhaftigen

Cousinen. Eine deutsche Familie, die sich da vor aller Augen und über alle historischen Brüche hinweg findet.

Frühe deutsche Popmusik

»Dresdner Neue Nachrichten«, 28. Juni:

Für die Anfang Mai in Dresden verstorbene Kammersängerin Elisabeth Reichelt wird es morgen eine Feierstunde geben. Karl Böhm engagierte die begabte Koloratursopranistin 1937 an die Sächsische Staatsoper Dresden. Über einhundertmal sendete der Reichsrundfunk in den »Wunschkonzerten für die Deutsche Wehrmacht« ihre legendäre »Christel von der Post« (Vogelhändler) mit eigens für ihre Koloraturbega-bung eingerichteten, »stimmakrobatischen« Kantilenen. In zahlreichen Musikfilmen der UFA lieh sie ihre Gesangsstimme an die Darsteller. In der letzten Vorstellung des »Freischütz« im August 1944, vor der Vernichtung Dresdens, sang Elisabeth Reichelt das Ännchen.

Kritischer Gehorsam

»Hamburger Morgenpost«, 5. September:

Helmut Schmidt, Bundeskanzler von 1974 bis 1982, blickt dankbar auf seine Lehrjahre zurück. Schmidt besuchte die Hamburger Lichtwarkschule. »Die wahrscheinlich wichtigste Mitgift war die Selbständigkeit, zu der sie erzog«, erklärt er. »Wir lernten kritisch und selbständig zu denken.« In der Wehrmacht habe Schmidt als Soldat Vorgesetzte gehabt, die keine Nazis waren und ihm gedanklich Freiraum ließen.

Treffpunkt Mazedonien

»Main Echo«, 26. Mai:

Leopoldine Ruby feiert heute im Kreise der Familie ihren 90. Geburtstag. Am 26. Mai 1911 wurde sie im Sudetenland geboren. 1938 heiratete sie Rudolf Ruby. Ihr Mann trat im selben Jahr in den Polizeidienst ein und wurde 1941 zur Wehrmacht eingezogen. Bis zu diesem Zeitpunkt war das junge Familienglück noch vollkommen. Doch 1944 fiel ihr Mann Rudolf in Mazedonien. 1946 mit zwei kleinen Kindern und ihren alten Eltern aus der Heimat vertrieben, machte sie einen Neuanfang. Die gesamte Familie, mittlerweile mit Kindern, Schwiegerkindern, Enkeln und Urenkeln auf 15 angewachsen, gratuliert ihr und wird zusammen mit Verwandten und Bekannten im Reiterstübchen die kleine Omi, wie sie liebevoll genannt wird, »hochleben lassen«.

Die Wehrmacht als moralische Anstalt

»Berliner Zeitung«, 30. Juli:

Seine »Bilder aus der neuen Welt« prägten eine ganze Fernsehgeneration. Nur sechs Jahre nach Kriegsende ging der Journalist Peter von Zahn als erster deutscher Auslandskorrespondent nach Amerika. Als der Deutsche aber auch Kritisches mitzuteilen wußte – zum Beispiel über Rassendiskriminierung – stellte man dort die Zuschüsse ein. Der Journalist von Zahn fühlte sich nichts so verpflichtet wie der Wahrheit. Von Zahn kam eher zufällig zum Journalismus. Mit Kriegsbeginn 1939 eingezogen, wurde er zur Propaganda-Abteilung der Wehrmacht abkommandiert. Aus seiner Kriegsberichterstatter-Vergangenheit machte er später nie ein Geheimnis.

Wirtschaftswunder

»Altmühl-Bote«, 4. Juni:

Karl Strauß, Oberlehrer i. R., wird am heutigen Dienstag 75 Jahre alt. Karl Strauß wurde nach Ableistung des Reichsarbeitsdienstes 1944 nach Schweinfurt zur Wehrmacht eingezogen. Seine Panzerabteilung war hauptsächlich an der Ostfront eingesetzt. Verwundet kehrte er aus der Kriegsgefangenschaft zurück. Bis zur Entnazifizierung arbeitete er als Maurer, bis er sein Pädagogikstudium wiederaufnehmen konnte. Strauß ist seit über 50 Jahren Mitarbeiter des »Altmühl-Boten«. Als Fachmann für Wetterregeln, Pflanzen und heimische Tierwelt ist er für zahlreiche Beiträge verantwortlich. Als heimatverbundener Bürger veröffentlichte er viele heimatkundliche Artikel. Auch war er lange Zeit Leiter der Volkshochschule, Kirchenvorsteher und Mitglied eines Forschungsteams der Universität Erlangen zur Erstellung des »Ostfränkischen Wörterbuchs«. Tochter Angelika lebt als Diplompädagogin in Frankfurt, Sohn Thomas arbeitet als Zahntechniker und Sohn Christof ist in der Mode- und Textilbranche tätig. Große Freude hat er an den Enkeln Christian, Julia, Jana und Jule.

Hinweis: Eine »Neufassung« der Wehrmachtsausstellung zeigt das Hamburger Institut für Sozialforschung vom 28. November bis 13. Januar 2002 in Berlins neuer Mitte (»Kunst-Werke«) unter dem Titel »Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944«.

Konkret 10/01, S. 41

Gerhard Scheit

Krieg als kommunikatives Handeln

Kulturkolumne

Kein Zweifel, Jürgen Habermas hat sich den Friedenspreis des deutschen Buchhandels redlich verdient (s. KONKRET 7/01): Daß der Sozialphilosoph den »Weg der Bundesrepublik Deutschland ebenso kritisch wie engagiert begleitet« habe, wie die Vergabekommission feststellte, gilt für jede Stufe seiner Karriere und für jede Phase der Nachkriegsgeschichte dieses Staats. Von den Gefahren des »Linksfaschismus« in der Studentenbewegung bis zur »Verrechtlichung« Südosteuropas durch die Bundeswehr - immer ist es Habermas gelungen, Momente der Kritik ins Engagement für den Staat zu transformieren. Und dabei handelt es sich nicht um irgendeinen Staat.

Wenn es stimmt, daß die westliche Universalisierung der kapitalisierten Gesellschaft sich gegenwärtig aufs neue mit einer deutschen Sonderform konfrontiert sieht, die doch ihr eigenstes Produkt ist, so muß darum die Sonderform nicht als nationalsozialistischer Staat wiederauferstehen. Hat der doch selbst die Voraussetzungen dafür geschaffen, (laß er den Deutschen nicht mehr unbedingt notwendig erscheint. Damit beginnt Deutschland im Innern jenen Gegensatz zu produzieren, in dem es sich nach außen gegenüber dem Westen befindet. (Und die Politik der Preisvergabe hat ihm selbstverständlich zu gehorchen; wie wäre es mit Sloterdjik als nächstem Kandidaten?)

Deutschland gewinnt nunmehr eine Identität, worin der einstmals in toto befehdeten Universalisierung im Inneren ein fester Platz eingeräumt wird: Hier darf über normative Begründungen verfassungspatriotisch nachgedacht und über jeden Kriegseinsatz parlamentarisch debattiert werden. Aber aufgelöst wird schließlich alles dann doch ganz im Sinne des äußeren Gegensatzes - die Universalisierung findet sich in der Sonderform wieder aufgehoben.

In seinem Artikel für den Krieg gegen Jugoslawien (»Zeit« 18/1999) betonte Habermas zunächst die Einheit von USA und Deutschland beziehungsweise Europa; er wollte jeden Verdacht abwehren, es seien da partikulare Interessen im Spiel, die sich hinter einer universalistischen Rechtfertigung verbergen würden. Dann aber ging er selbst dazu über, zwischen USA und Deutschland zu differenzieren, indem er die USA verdächtigte, ihrerseits partikulare Interessen zu verfolgen. Er sprach von einem »interessanten Unterschied«: Die USA betrieben »die globale Durchsetzung der Menschenrechte als die nationale Mission einer Weltmacht, die dieses Ziel unter Prämissen der Machtpolitik« verfolge. Den »meisten Regierungen der EU« hingegen gehe es um »ein Projekt« eine durchgreifende »Verrechtlichung internationaler Beziehungen«. Während Europa zugute gehalten wird, was nach Richard Wagner deutsch ist: eine Sache um ihrer selbst willen betreiben, also die »Partei zu sein, die für das Ganze handeln will« (Habermas), wird den USA behutsam unterstellt, die Menschenrechte für ihre letztlich doch egoistische Machtpolitik zu instrumentalisieren: »Eine Sache ist es, wenn die USA in den Spuren einer wie auch immer bemerkenswerten politischen Tradition die menschenrechtlich instrumentierte Rolle des hegemonialen Ordnungsgaranten spielen. Eine andere Sache ist es, wenn wir (!) den prekären Übergang von der klassischen Machtpolitik zu einem weltbürgerlichen Zustand über die Gräben eines aktuellen, auch mit Waffen ausgetragenen Konflikts hinweg als gemeinsam zu bewältigenden Lernprozeß verstehen. Die weiter ausgreifende Perspektive mahnt auch zu größerer Vorsicht. Die Selbstermächtigung der Nato darf nicht zum Regelfall werden.« Und über die Ausnahmen sollen künftig »wir« entscheiden. Dazu aber bedarf es »einer besonderen Sensibilität«. Der feine Unterschied zu Carl Schmitt: Der Souverän, der per definitionem über die Ausnahme zu entscheiden hat, möge es einfühlsam tun.

Der Lernprozeß einer neuen deutschen Identität mit erhöhtem Sensibilitätsbedarf hat sehr früh begonnen: 1953 entwarf der junge Philosophiedoktorand bereits in der »FAZ« eine Art Programm für die Republik, als er die Wiederveröffentlichung der Vorlesungen Heideggers aus dem »Dritten Reich« kritisierte: »Läßt sich auch der planmäßige Mord an Millionen Menschen, um den wir heute alle wissen, als schicksalhafte Irre seinsgeschichtlich verständlich machen? ... Ist es nicht die vornehme Aufgabe der Besinnlichen, die verantwortlichen Taten der Vergangenheit zu klären und das Wissen darum wachzuhalten? ... Statt dessen veröffentlicht Heidegger seine inzwischen 18 Jahre alt gewordenen Worte von der Größe und der inneren Wahrheit des Nationalsozialismus, Worte, die zu alt geworden sind und gewiß nicht zu denen gehören, deren Verständnis uns noch bevorsteht. Es scheint an der Zeit zu sein, mit Heidegger gegen Heidegger zu denken.«

Neue Worte sind erfordert: Statt Seinsgeschichte hieß es dann zunächst Strukturwandel der Öffentlichkeit, statt schicksalhafte Irre bürgerliche Gesellschaft. Habermas wurde Assistent Adornos am Frankfurter Institut für Sozialforschung. Horkheimer, der auf jeden antiamerikanischen Unterton idiosynkratisch reagierte, lehnte Habermas ab, kritisierte seinen ungebrochenen Bezug auf den frühen Marx, insbesondere auf dessen Volksbegriff, und seine Ignoranz

gegenüber dem Spätwerk, dem Kapital, die sich auf die Empirie berief: »Was da großartig >die korrekte Einschätzung der marxistischen Kritik< genannt wird, läuft auf nichts anderes als auf simple Zweckforschung hinaus. Die Kritik müsse >in der Fragestellung zwar aller einzelwissenschaftlichen Untersuchung vorausgehend, sich die Bedingungen der Möglichkeit dessen, worauf sie abzielt, von empirischen Analysen geben und beweisen lassen. Eben das tut der Chemiker, nur vollführt er kein so eitles Gerede dabei« (Brief an Adorno vom 27.9.1958).

Horkheimers panisches Szenario, daß Deutschland sich zusammen mit dem » totalitären« Osten gegen die USA wenden könnte hat mit seinen Erfahrungen der dreißiger Jahre zu tun und nimmt etwas von der heutigen Situation vorweg. Sein Wahrheitsmoment liegt in dem Wissen, daß die Krise im sogenannten Wirtschaftswunder nur stillgestellt, nicht beseitigt war. Habermas' »marxistische« Phase jedoch lief darauf hinaus, die Krise zu depotenzieren und aus der Theorie eine Art Frühwarnsystem zu machen. Bereits Anfang der sechziger Jahre hatte er sich von den empirischen Analysen die Bedingungen dessen, was möglich ist, vorgeben lassen: »Eine fortschreitende Demokratisierung der Gesellschaft ist auch innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht von vornherein ausgeschlossen - eine Version von demokratischem Sozialismus, die freilich von Marx genug gelernt und auch behalten hat, um nicht über die Entfaltung und Sicherung des sozialen Rechtsstaats die widerstrebenden Tendenzen aus dem Auge zu lassen, die sich im Verwertungsprozeß des Kapitals je von neuem und mit wachsenden Gefahren für die junge und verwundbare Regierungsform der sozialistischen Massendemokratie erneuern.«

Von Adorno und Horkheimer hatte Habermas genug gelernt, um deren Tendenzen zu totalitarismustheoretischer Gleichsetzung im Schlagwort vom »Linksfaschismus« so zuzuspitzen, daß die herrschende Ordnung aussichtsreich gegen jeden Protest verteidigt werden konnte. im übrigen aber brach er - unter dem beibehaltenen Markennamen »kritische Theorie« - mit allen Einsichten der kritischen Theorie: aus Adornos Kritik am falschen Ganzen wurde die deutsche Parteinahme, »die für das Ganze handeln will«. Daß da in Deutschland auch noch - und in steigendem Maß - andere handeln und mit Heidegger für Heidegger denken wollen (Derrida erhält übrigens den Adorno-Preis), verschafft Habermas erst die notwendige Distinktion. Es ist das Ansehen eines etwas älteren, reputierlich zivilisierten Bundeswehroffiziers, der sich während des gemeinsamen Einsatzes in Südosteuropa mit den immer unverschämteren Anschauungen seiner jüngeren Kameraden herumschlägt.

Konkret 10/01, S. 42

Tina Heinz

Otto? Find' ich gut!

Die Europaratsausstellung »Europas Mitte um 1000« versucht sich an der historischen Grundlegung künftiger deutscher Hegemonialansprüche in einem osterweiterten Europa

»Der Blick auf Europas Mitte um 1000 zeigt uns nicht nur auf, wieviel Vergangenheit sich in unserer Gegenwart widerspiegelt, sondern auch, wieviel Zukunft in unserer Vergangenheit angelegt ist.«

(aus dem Vorwort des Katalogs zur Ausstellung »Europas Mitte um 1000«)

Als deutsche Antikommunisten noch Liberale waren, konnten sie mitunter brauchbare Gedanken produzieren. Angesichts der ideologischen Verjüngung nach 1945 ließen sich Vorstellungen wie die von germanischer Kulturmission und deutscher Reichsherrlichkeit leicht als defizitäre Erscheinungen eines deutschen Sonderwegs kritisieren. »Die Reichsidee ist ein Topos deutschen antidemokratischen Denkens, der bei fast allen politischen Publizisten der Zeit in der einen oder anderen Variante erscheint«, hieß es zum Beispiel in Kurt Sontheimers Anfang der sechziger Jahre verfaßtem Bändchen *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik*. »Deutschland allein war der Hort des Reiches, und von der Erfüllung seines Reichsauftrages hing es angeblich ab, ob es wieder Macht und Hoheit im abendländischen Raum erringen und eine neue Ordnung des Friedens unter den europäischen Völkern herstellen könnte.« Von einer Verherrlichung der Reichsidee distanzierten sich solche wie Sontheimer damals mit einem süffisanten »angeblich«. Ebenso kühl-ablehnend war das Verhältnis zu den Forderungen nach einer aus geographischen Gegebenheiten abzuleitenden deutschen Rolle als europäischer Ordnungsmacht, wie sie etwa Fritz Büchner zu Beginn der dreißiger Jahre vertrat: »Das Reich ist die große und tragische Bestimmung der Deutschen, denn es verbietet ihnen, sich auf einen Staat zu beschränken, und verpflichtet sie, im Raum und im Geiste eine Einheit über sich selbst hinaus zu wollen und in sich selbst nicht zu finden. Sie tragen das Schicksal Europas auf ihren Schultern und den Zwiespalt Europas im Herzen von Anbeginn« (zit. nach Sontheimer).

Die Wiedervereinigung markierte nicht nur das Ende der ideologischen Hegemonie von Leuten wie Sontheimer, die in ihrem eifrigen Bemühen um eine Modernisierung der BRD durchaus bereit gewesen waren, einigen historischen Plunder über Bord zu werfen. 1990 begannen die Deutschen – angefangen mit der letzten DDR-Wirtschaftsministerin Christa Luft, die davon träumte, Deutschland zu einer ökonomischen und kulturellen Drehscheibe zwischen Ost und West zu machen – zunehmend aggressiv gegenüber den westlichen Staaten aufzutreten, denen die Formel von der Ost und West versöhnenden Rolle der Deutschen zu Recht als Reprise von Hegemonieansprüchen wie denen Fritz Büchners erschien. Im Zeitraum von nur zehn Jahren hat die deutsche Außenpolitik alle damals geäußerten Befürchtungen bestätigt: Die südost- und osteuropäischen Staaten sind, politisch wie ökonomisch, inzwischen deutsches Hinterland – sind, wie Jugoslawien, durch von deutscher Seite forcierte völkische Separationen zersplittert oder befinden sich, wie Tschechien, Ungarn, Polen, in der Rolle eines ärmlichen, daher zahmen Bittstellers, der sich die Vorgaben für die erhoffte Aufnahme in die EU vom deutschen Koloß diktieren läßt. Nur sehr wenige Politiker von Rang haben sich getraut, gegen die Ausdehnung des deutschen Einflußbereichs öffentlich Einspruch zu erheben; eine Ausnahme von der Regel war der frühere französische Innenminister Jean-Pierre Chevenement. Die deutsche Außenpolitik, so faßte Chevenement vor einem Jahr seine Kritik am Kerneuropamodell von Schäuble/Lamers/Fischer zusammen, habe sich von der Vorstellung des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation nie lösen können, es gehe ihr nicht mehr um ein an den bestehenden Nationalstaaten orientiertes Modell, sondern um eine föderale, um das Gravitationszentrum Deutschland gruppierte Struktur aus regionalen »Netzwerken«. Was noch im ersten Augenblick etwas überspannt klingen mochte – Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation? – , hat die deutsche Außenpolitik seit 1990 recht gut auf den Punkt gebracht. Denn ein »Reich«, das ist die Gegenthese zur Nation schlechthin: die uneinheitliche und politisch ungleiche Zusammenfassung von Regionen und Provinzen, die sich ihrer Existenz durch Loyalität zu einem herrschaftlichen Zentrum versichern. Was kennzeichnet besser die Regression, die sich seit 1989 in den östlichen Nachbarstaaten vollzieht?

Was von deutscher Seite bislang noch fehlte, war allerdings die ideologische Legitimierung des deutschen Kerneuropamodells: die Beschwörung unverbrüchlicher geschichtlicher Kontinuität. Findige Historiker aus den EU-Kandidatenstaaten Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei, vor allem aber aus Deutschland selbst, haben sich darum an die Arbeit gemacht. Gefördert vom deutschen Generalsekretär des Europarats, Walter Schwimmer, und koordiniert vom Deutschen Historischen Museum in Berlin wurde eine Ausstellung mit dem Titel »Europas Mitte um 1000« konzipiert, die im Sommer 2000 in Budapest eröffnet wurde und noch bis Januar 2003 über Berlin, Mannheim, Prag, Bratislava nach Krakau tourt. Auch wer sich für das Mittelalter nie interessiert hat, erinnert sich vielleicht noch vage, daß um das Jahr 1000, unter der Herrschaft der Ottonen, das deutsche Reich gen Osten zu expandieren begann. Mit nur wenig Phantasie also konnte man sich ausmalen, daß in einem solchen Ausstellungsprojekt einmal nicht von polnischen Lohndrückern oder tschechischen Vorbehalten gegen Sudetendeutsche die Rede sein, sondern daß es hier um Höheres gehen würde: um den

Entwurf einer Realutopie, in der man tausend Jahre geistiger Kontinuität zelebriert und das ottonische Imperium als Vorschein einer osterweiterten EU feiert. »Die Menschen und ihre Herrscher strebten vor tausend Jahren das Gleiche an, was die Bevölkerungen und ihre Regierungen im Jahre 2000 zu festigen bestrebt sind. Damals waren sich jene dessen oft nicht bewußt, heute fällt uns dies stark auf«, heißt es schon im Grußwort des Ausstellungskatalogs. Das vertraute Lob nationalstaatlicher Entwicklung ist hier passé. Auflehnung bürgerlicher Gruppen gegen feudalstaatliche Willkür? Flammende Reden gegen religiöse Bevormundung durch den Papst? Durchsetzung eines nationalen Gewaltmonopols gegen die sich befehdenden Interessen von Stämmen und Ständen? Gewaltentrennung gar? Im Rahmen der von der Ausstellung präsentierten Eurovision ist bürgerlicher Fortschritt allenfalls noch als »Reifungsprozeß« (Grußwort) innerhalb eines reichsdeutschen Kontinuums zu verstehen.

Prädestiniert für dieses regressive Sich-Einfügen in einen antinationalen Herrschaftsverband sind freilich nicht alle Völker. Integriert werden sollen nur jene, denen Europas »Mitte« sowohl geographischer Begriff wie ideologischer Bezugspunkt ist. Im Vorwort des Katalogs ist von der »Gewißheit der Zugehörigkeit zur westlich abendländischen Kulturtradition« die Rede, die kulturelles Unterpfand der osterweiterten EU sein soll. Doch das, was bis 1989 unter »westlich« verstanden wurde, ist mit diesem Begriff längst nicht mehr gemeint – es ist das sich neu artikulierende Selbstbewußtsein des deutschen Hinterhofs, das man gegen einen kulturell sich selbst entfremdeten Westen in Anschlag bringt. Mit Spenglerscher Wehmut über den Niedergang alter, zivilisierter Völker, aber beileibe nicht ohne Ressentiment, heißt es über diese »westlichen Staaten«: »In ihnen hat die Zeit der Trennung im 20. Jahrhundert die Erinnerung an die 1000jährige Gemeinsamkeit mit den Polen, Slowaken, Tschechen und Ungarn verblassen lassen.«

Mehr als zweihundert Historiker bemühen sich in den Texten des Katalogs, die östlichen Nachbarstaaten ideologisch heim ins Reich zu holen und das Bild eines »Mitteleuropa« als Wiege abendländischer Kultur zu entwerfen. Auf weit über tausend Seiten wird dieses »Mitteleuropa« als kulturell eigenständiger Block zwischen dem Karolingerreich im Westen und dem Byzantinischen Reich im Osten beschworen, ohne daß die Frage, worin nun eigentlich das kulturelle Band »Mitteleuropas« bestehe, jemals anders als verquast beantwortet wird. Seinen Sinn erhält das Ganze allein durch die alle Ungereimtheiten überragende Herrschergestalt des deutschen Kaisers Otto III., dessen Vision einer Erneuerung des Römischen Reiches in Form eines von Rom bis Kiew reichenden deutsch-christlichen Herrschaftsverbands man unverfroren zur Leitidee einer osterweiterten EU erhebt. Von endzeitlichen Visionen, erfährt man, sei der deutsche Kaiser befallen gewesen; sein Motiv zur Christianisierung der benachbarten Stämme habe sich aus der Vorstellung einer um das Jahr 1000 anbrechenden Apokalypse gespeist. Doch Mystizismus und Pragmatismus schlossen sich schon damals nicht aus. Seinen ehemaligen Erzieher ließ Otto III. 999 kurzerhand als Papst Silvester II. einsetzen, und von Rom aus wurde denn auch, unterstützt von eifrigen Benediktinermönchen, die endzeitliche Vision in die Tat umgesetzt. Die an den Grenzen des Reichs ansässigen Stammesfürsten wurden zur Annahme des christlichen Glaubens bewogen oder, wenn sie frech geworden, umgebracht.

Soll man einen Herrscher zum europäischen Leitbild erheben, der im mystischen Überschwang die Welt zu einen, oder präziser: zu erobern gedachte? Bis 1989 hätte die Antwort gelautet: Nein. Doch EU-Kandidaten wie Ungarn und Polen brennen seither darauf, ihren eigenen Beitrag im Kampf gegen die Verderber des christlichen Europas ins rechte Licht zu rücken und hegen womöglich schon darum Sympathien für irre Familienclans wie die Ottonen. Die Ungarn: ein Volk, in dem seit 1989 neben der Rückbesinnung auf christliches Erbe auch der Antisemitismus grassiert und das sich 1993 den Luxus einer positiven Neubewertung der Herrschaft des faschistischen »Reichsverwesers« Horthy leistete, den man in einer medialen Giga-Inszenierung feierlich neu bestatten ließ. Die Polen: ein christliches Opferlamm, das nach 1945 nie zu betonen versäumte, mindestens »ebenso wie die Juden« unter der Nazibesetzung gelitten zu haben, und dessen eigener, in den dreißiger Jahren sich verallgemeinernder Antisemitismus spätestens seit der Debatte um das Judenpogrom in Jedwabne nicht mehr bestritten werden kann.

Was die EU-Osterweiterung betrifft, ist Deutschland vor allem an diesen beiden Staaten gelegen. Nichts findet in den Ausstellungstexten so oft Erwähnung wie der Umstand, daß Polen und Ungarn die Geburt ihrer Nation keinem Geringerem als Otto III. verdankten. Für Polen fand dieser Akt im Jahr 1000 statt, anläßlich der Pilgerreise des deutschen Kaisers nach Gnesen an die Grabstätte des Benediktinermönches Adalbert von Prag, den die heidnischen Elbslawen kurz zuvor erschlagen hatten. Noch am Grab des christlichen Märtyrers, so heißt es, sei Otto III. mit dem polnischen Stammesfürsten Boleslaw Chobry zusammengetroffen, um ihn durch Taufe und Verleihung der Königskrone zum gemeinsamen Kampf gegen die Heiden zu verpflichten. »Der Höhepunkt dieser Zeremonie war die Taufe des neuen Landes: Polen. Seit diesem Zeitpunkt taucht der Name auf. Taufe als Bestätigung der Annahme des Glaubens, Taufe als Akt der Eingliederung in eine Gemeinschaft, und zwar als vollwertiges, bewußtes Mitglied: zahlreiche Assoziationen begegnen«, raunt es aus dem Beitrag von Oliver Ramonat über Ottos Gnesener Aufenthalt.

Trefflich ergänzt wird das christliche Gruselkabinett von den Ungarn, die ebenfalls nichts mehr schätzen, als durch die Hand eines deutschen Kaisers zu Amt und Würden gekommen zu sein. Auch ihr erster König Stephan I., der bis dato als Herrscher eines Reiterstammes bekannte Fürst Vajk, empfing seinen Titel durch Papst Silvester II. und Otto III., womit sie ihn zu einem loyalen Gefolgsmann machten, der nicht mehr die deutsche Ostgrenze durch kriegerische Überfälle bedrohte,

sondern statt dessen mit der Christianisierung seiner Stammesbrüder beschäftigt war. Prodeutsche Vasallen sind die Ungarn bis heute geblieben, was der Historiker Katalin Sinko in seinem Beitrag eindrucksvoll demonstriert. Ungeniert schwärmt er dort von der feierlichen Inszenierung der Figur des ersten ungarischen Königs in der Zeit des Horthy-Regimes als »Symbol des tausendjährigen Standhaltens des Ungartums, der unveränderten und heroischen Kämpfe gegen die im Osten auftretende Gefahr« – um jedes Mißverständnis zu vermeiden, hat er seinen Text mit einem Gemälde aus dem Jahr 1942 illustriert.

Was der neuen Reichsidee im Wege steht, sind allenfalls die nationalen »Feindbilder«, über die im Postmodern-Sprech zu lamentieren die Verfasser der Katalogtexte nicht müde werden. Sind sie sich der Gefahr des »Nationalismus« schon darum bewußt, weil ihnen eben nicht die Nation, sondern das Reich mit seinen vielen kleinen Völkerschaften am Herzen liegt, so hat der beständige Verweis auf das Unzeitgemäße nationaler »Mythen« noch einen ganz eigenen Sinn. Gefordert wird – so totalitär kann Antitotalitarismus sein – das Umschreiben nationaler Geschichte, auf daß endlich Schluß sei mit den deutschfeindlichen Vorbehalten der eigenen Landsleute. Noch bis in die Chroniken des 11. Jahrhunderts werden die entsprechenden Äußerungen zurückverfolgt. Der ungarische Historiker Laszlo Veszpremy bemängelt, daß der bayerischen Prinzessin Gisela, die sich mit dem Fürsten Vajk vermählte, in Ungarn kaum noch der gebührende historische Respekt gezollt werde: »Das freundschaftliche deutsch-ungarische Verhältnis aus der Zeit König Stephans und Königin Giselas wurde in der mittelalterlichen ungarischen Geschichtsschreibung durch die nach 1030, aber besonders nach dem Tode Stephans spannungsgeladenen Beziehungen in den Hintergrund gedrängt, ja sogar jahrhundertelang den aktuellen historiographischen Diskussionen und den Bestrebungen der immer wieder auftauchenden deutschfeindlichen Einstellungen preisgegeben.«

Tapfer kämpft auch der tschechische Historiker Jiri Rak gegen die »Ressentiments« seiner Landsleute an. Eine »fortschreitende deutschfeindliche Radikalisierung des tschechischen Nationalismus« im 19. und 20. Jahrhundert sieht er dort voller Bestürzung am Werk: angefangen beim Begründer der modernen tschechischen Geschichtsschreibung Frantisek Palacky, der noch im Rückblick die heidnischen Elbslawen als Barriere gegen die deutsch-imperiale Machtentfaltung pries, bis zum schier unverwüstlichen nationalen Stolz auf die Hussiten, die mit ihrer Rebellion gegen die römische Kirche einst die Einheit des Reichs unterminierten. Nur den Schwejk, das literarische Glanzstück aller antideutschen tschechischen »Ressentiments«, hat er in seiner Aufzählung vergessen.

Könnte man die Resultate von zehn Jahren souveräner deutscher Außenpolitik ausstellen, um damit die »Vision« von Europas Mitte im dritten Jahrtausend mit realen Bildern zu illustrieren, nichts könnte die von der Ausstellung propagierte deutsch-europäische Vorherrschaft im Zeichen Ottos III. rechtfertigen. Noch jeder außenpolitische Akt, der auf die Einigung der »Mitte« zielte, hieß nichts anderes, als deren Randstaaten in immer kleinere, immer abhängigere und immer archaischer auftretende Herrschaftsverbände zu zerlegen. Doch deutscher Idealismus, der eine Sache um ihrer selbst willen betreibt und für den Empirie und Erfahrung nichts weiter als Ausdruck defätistischer Gesinnung sind, hat sich von seinen Resultaten noch nie beeindrucken lassen.

Wie sehr die Entscheidung für Otto III. als Zentralfigur der Ausstellung zum aktuellen Bedürfnis nach Herrschaft deutscher Machart paßt, enthüllen last but not least die Hymnen, die man auf jenen Kaiser singt. Zur Vergötzung personaler Herrschaft und imperialer Pracht kommt noch das atemlose Staunen über die ungebrochene Einheit von weltlicher und geistlicher Herrschaft hinzu: »Ungeheures, Unerhörtes geschah im Osten. Neue Königreiche stiegen auf, ein Kaiser krönte die Häupter, ein Kaiser errichtete Bistümer, taufte Völker und Länder, benamte sie. Ein Kaiser errichtete Throne und Altäre, bestückte sie mit wertvollen Reliquien, Preziosen der Frömmigkeit, Zimelien der spirituellen Macht. Ein Kaiser, der Umgang mit späteren Märtyrern pflegte, der im Mantel mit apokalyptischen Bildern sich krönen ließ, der auf Siegelbildern auf der Weltkugel stand wie ein Gott, der thronte und dem Beschauer sein Antlitz zuwandte. Ein Kaiser an den Grenzen des Reiches und weit darüber hinaus, Mehrer der Kirche, ein Büßer, fast ein Mönch. Ein politischer und spiritueller Führer zugleich. Wie das Neue fassen, wie es in Worte gießen? Welche Begriffe taugten, welche Geschichte sollte man erzählen? Welche Formel war geeignet, welche traf das Geschehen?« Es ist die Aussicht auf einen Weltfaschismus, die dem Verfasser dieser Sätze, Johannes Fried, schier die Sprache verschlägt.

Für die Zukunft einer um nahöstliche Hilfsvölker erweiterten EU läßt dieser Beitrag zur deutschen Leitkultur also kaum Gutes erwarten, und das nicht nur, weil das Lob der Christianisierung, das heißt der Ausrottung heidnischer Slawen, die sich der (mit der Aufnahme in die EU parallelisierten!) Taufe verweigerten, so verräterisch auf den Krieg gegen die Serben paßt. Die Hilfsvölker selbst, die sich offenkundig nach nichts mehr sehnen, als den Deutschen wieder so hörig wie ihre mystifizierten Gründerväter zu sein, werden auf die Belohnung für ihr loyales Verhalten vergebens warten. Doch schlimmer noch als die von Panik vor dem ökonomischen Ruin diktierte Flucht in die EU dürfte der Haß beim Ausbleiben der erhofften materiellen Gratifikationen sein. Beten und arbeiten für Gotteslohn, Leitbild christlicher Idioten, kann darüber nicht trösten, für den materiellen Verzicht schadlos halten wird man sich an anderen.

Künftige Stationen der Ausstellung sind: Mannheim, Reiss-Museum: 7.10.01 – 27.1.02; Prag, Prager Burg: 3.3.02 – 2.6.02; Bratislava, Nationalmuseum: 7.7.02 – 29.9.02; Krakau, Nationalmuseum: Winter 2002/2003

Tina Heinz ist Redakteurin der Zeitschrift »Bahamas«

Konkret 10/01, S. 44

Jürgen Roth

Teissier total

Schwer zu sagen, wen man beglückwünschen soll – die fernseh- und horoskopkolumnenerprobte Elizabeth Teissier, der die Pariser Wahrheitsschmiede Sorbonne wegen einer 900seitigen Dissertation namens Die epistemologische Situation der Astrologie, dargestellt an Hand der Ambivalenz Faszination/Ablehnung in den postmodernen Gesellschaften jetzt endlich den verdienten Doktortitel der Soziologie an den Federhut geheftet hat? Oder doch lieber die Soziologie, die speziell französische, die von Foucault, Baudrillard und dem omnidementen Neostrukturalismus zum nun sternenklaren Höhepunkt einer partiellen Adelung der seit dreihundert Jahren als unseriös gebrandmarkten Himmelskunde gelangt ist? Oder die westliche Wissenschaft in toto, unter deren Dach schlicht jeder »noch so große Unfug« (»Le Monde diplomatique« 8/01) gedeiht und abgewedelt, ja durchgewinkt wird, bis irgendein Traktat oder Titel für die Medienquatschwelt herausspringt? Weil sie, die Akademie oder Soziologie oder Ex-Gesellschaftswissenschaft, sonst den Ruhestand antreten könnte?

»Die Disziplin in ihren Grundfesten erschüttert« habe die recht schöne Affäre, meldete die »Zeit« (36/01) und berichtete über Proteste, die diverse Soziologen gegen das »in keinem Moment und in keiner Weise« den Ansprüchen »einer soziologischen Doktorarbeit« Genüge leistende Schmierstück vorbrächten. Andere Vertreter des ehrwürdigen Faches begrüßten Teissiers den »Kampf gegen den Szientismus« (»Zeit«) anfachende »Lebensbeschreibung«, die, so »Le Monde diplomatique«, nicht viel mehr biete denn breiteste Schilderungen des haarsträubenden Narrenwerdegangs der TV-Schote und früheren Mitterand-Beraterin.

»Le Monde diplomatique« liegt gewiß nicht falsch, wenn sie anläßlich des »Falles Teissier« eine totale »Rationalitäts- und Wissenschaftsfeindlichkeit« diagnostiziert, die der Dominanz solcher Wursttheorien anzulasten sei, welche nimmermüd' proklamieren, »jede Unterscheidung zwischen Wissenschaft und Pseudowissenschaft gehe auf einen bloßen ›Machteffekt‹ zurück«. Foucaults omnilateralen Triumph dokumentiert eine Konjunktur der Denkfaulheit, deren Macht auf dem Effekt basiert, den die Dummbeutelhaftigkeit der Konkurrenzmenschen des High-end-Kapitalismus i. S. Luhmanns quasi naturgesetzlich-selbstreferentiell erzeugt und innerhalb des Systems des relativistischen Pluralismus zum holistischen Hokuspokus »aufbläst« (R. Scharping). Beziehungsweise etwas einfacher und unzeitgemäßer ausgedrückt: die Welt als Wille zum Stuß, that's it.

Konkret 10/01, S. 45

Peter Köhler

Klassiker der komischen Konfusion

Aus Anlaß seines 60. Geburtstags ist eine CD-Rom mit Materialien zum Werk des Vielfachkünstlers Eckhard Henscheid erschienen

Skeptisch, vielleicht argwöhnisch und jedenfalls ernst, gar abweisend blickt der inzwischen 60jährige Eckhard Henscheid aus schmalen, zugekniffenen Augen vom Cover der CD-Rom zur Kaiserslauterer und Frankfurter Ausstellung, gewissermaßen seinen Abstand zur »Blödwelt« sinnfällig markierend und zugleich jenen Mißverständnissen, die sein Bild in der Öffentlichkeit in früheren Jahren prägten, wehrend: dem Fehlurteil der Rezensenten, er sei ein Nonsensautor und Klamaukschriftsteller, ja eine »Ulknudel« (Joachim Kaiser). Ebenso widersetzt sich sein Blick jenem Irrtum des Publikums, das ihn als Szeneautor vereinnahmte, ohne die – in der Komik ausgedrückte – Distanz zur Szene richtig einzuschätzen, und ihn schlicht als einen der ihren sich zurechnete, obwohl er eher ein linksradikaler Konservativer ist, wie schon die Liste der von ihm belieferten Druckmedien anzeigt, die von »pardon«, »Titanic« und KONKRET bis »Playboy«, »FAZ« und »Capital« reicht. Diesen Erzähler, Satiriker, Polemiker, Essayisten, Musik-, Sprach-, Literatur-, Fernseh- und summa summarum Zeitkritiker, diesen ein bißchen auch als Lyriker und in der Tat gelegentlich sogar als Nonsensautor reüssierenden Vielfachkünstler, der nämlich auch Ölbilder malt und »dazu außerdem noch Klavierspieler, Schach- und Fußballexperte« ist (Henscheid über Henscheid), auf einen Begriff zu bringen fällt schwer.

Seine Sprachkunst reicht von exzessiven Rüpeleien wie der Böll-Beschimpfung bis zur minuziösen, feinsten Seelenregungen nachspürenden Charakterstudie, wie sie gleich mehrfach der Erzählband *Die drei Müllerssöhne* präsentiert. Als Romancier begründete er in der *Trilogie des laufenden Schwachsinns*, die den hinreißend banalen Alltag in Großstadt und Provinz einfing, eine Tradition des komischen Realismus, an die junge Erzähltalente wie der Schweizer Wolfgang Bortlik anknüpfen. Überhaupt ist Henscheid von den Autoren der Neuen Frankfurter Schule vielleicht der erfolgreichste und gewiß der einflußreichste, stilbildend und meinungsprägend für die nachgerückte, vor allem von Gerhard Henschel und Jürgen Roth repräsentierte Generation. Ihr wies der Polemiker und Essayist Henscheid neue Wege, als er nicht nur im Lager der Rechten, sondern just auf seiten der Progressiven, die doch scheinbar das Gute und Richtige gepachtet hatten, Dünkel, Dummheit und Unfähigkeit entdeckte und die falschen Idole wie Ideologien der konformierenden Linken angriff: Gerhard Zwerenz, Hanns Dieter Hüsch, Björn Engholm, Heinrich Böll, Jürgen Habermas und besonders Luise Rinser sowie die Mitscherlichsche »Trauerarbeit« – eine verdienstvolle Aufklärungsarbeit, die, weil Henscheid manches Haßobjekt jahrelang traktierte und attackierte, allerdings auch seine längst aufgeklärte Leserschaft strapazierte.

Eine andere Zielscheibe ist die Kirche, wo es unter anderen den Theologen Hans Küng, Bischof Karl-Josef Kuschel, Papst Johannes Paul II. und in toto das als kulturgeschichtliches »Mißverständnis« erkannte Christentum traf. Religiöse Motive ziehen sich durch das gesamte Schaffen dieses katholisch aufgewachsenen, in seiner Kindheit als Meßdiener aktiven Autors. Er rang der Endlichkeit aller Dinge »Kleine Poesien« ab, fragte, »welche Tiere und warum das Himmelreich erlangen können«, dichtete eine »Marien-Trilogie«, brachte immer einmal die Sehnsucht nach der »unio mystica«, der geheimnisvollen Vereinigung mit Gott, ins Spiel, spürte ausdrücklich dem Allerhöchsten nach (»Wie Gott einmal den längeren zog«) oder bemühte dessen säkularisiertes Walten in Gestalt von Hegels Weltgeist.

Religion soll die Furcht vor dem Nichts bekämpfen, dem Dasein Ordnung einstanzen und allem einen Sinn unterschieben: Henscheid schreibt von dieser dreifachen Unmöglichkeit. Er findet vielmehr, als Erzähler wie als Kritiker, allenthalben ein »Nachkriegs-Topwirrwarr« vor und bringt »Sinnverflüchtigungen« zu Papier; dafür sorgte schon das Personal der frühen Romane, das unentwegt durcheinanderredet, meint, kommentiert und nichtsnutziges Zeug treibt. Immer wieder geht Henscheid die vermeintliche Struktur und Bedeutung des Seins durch »forcierte Konfusionierung« in einer »Großen Zerwirrnis« flöten, sei's vordergründig, wie im Reisebericht »Poschiavo – Graz einfach«, als Irrfahrt durch die Alpenregion oder, wie in der Erzählung »10:9 für Stroh«, als Odyssee durch die abendländische Geistesgeschichte; ähnlich werden in einem Beitrag über »Kolumbus in der Medizin« auch Isaac Newton, der Mystiker Jakob Böhme und der Porzellanerfinder Johann Friedrich Böttger untergemixt; endlich sorgen auch »Geschlechtsbarkeit und Pflöckeln«, »Mauseln« und »Zwurgeln« und der ganze unchristliche Irrgarten der Sexualität für Unordnung in Henscheids Werkkosmos.

Während der Katholizismus einen göttlichen Sinn hinter den Erscheinungen mutmaßt, stößt Henscheid auf »Unfug«, auf Unsinn. Von Anfang an prägte diese komisch-realistische »Neigung nach Null« sein Schaffen. »Sieben Tage lang ereignet sich bewegtes Nichts«, faßte er auf ihrem Buchrückendeckel die *Vollidioten* zusammen. »Viel Umpf!« entdeckte er bei Engholm und ähnlich zuvor schon bei H. Kohl, »dem biologischen Typ des Umpf«.

Inhaltlich traten Henscheids Romane, je später desto wortreicher, auf der Stelle. Werden die *Vollidioten* noch von Nichtigkeiten in Atem gehalten, so verlangsamt sich die Handlung in *Geht in Ordnung – sowieso – – genau – – –* , kommt mählich zum Stillstand in der *Mätresse des Bischofs* und gar nicht erst in Gang in *Dolce Madonna Bionda*; schon sein Jugendroman von 1967 drehte sich titelgemäß *Im Kreis*. Bewegter, voller, ja fülliger wurde dagegen, in den Romanen wie

in der Publizistik, die Sprache: Es ist, als hüllte sich Henscheid in einen Sprachpanzer ein, wider das bedrohlich gehaltlose Nichts außerhalb.

Seine bis zur Manieriertheit gesteigerte komische Wortgewalt weist Henscheid als Nachfahren Jean Pauls und Johann Fischarts aus, mit denen er übrigens – »Auch Vor-Nomen est omen« – seinen Taufnamen teilt, Hans Eckhard Henscheid; eine Ahnenreihe, die freilich befürchten läßt, daß Henscheid ihr Schicksal teilen könnte, nämlich gerade wegen seiner Sprachkunst immer schwerer lesbar zu werden.

Künftige Geschlechter werden es besser wissen. Für die heutige Henscheid-Gemeinde hat der Sammler Ivo Wessel eine CD-Rom bestückt mit Werkmaterialien aus des Meisters eigener Hand, unveröffentlichten Juvenilia und leider auch viel archivarischem Spezialkram. Immerhin eine Huldigung an einen »lebenden Klassiker«, die jedoch nur Henscheid-Jünger ansprechen dürfte – die aber hätten sich auch über Beispiele für Henscheids Malerei und sein Klavierspiel gefreut. Können sie aber nicht, weil beides fehlt.

Geht in Ordnung – sowieso – – genau – – – Der Schriftsteller Eckhard Henscheid. CD-Rom-Katalog zur Ausstellung, die noch vom 8.10. bis Anfang Dezember 01 im Karmeliter Kloster, Frankfurt a. M., zu sehen ist. Hrsg. und hergestellt von Ivo Wessel. 948 Seiten PC Windows 95 bzw. Mac OS 7.5. Zweitausendeins, Frankfurt a. M. 2001, 25 Mark

---

Peter Köhler beschäftigt sich in Literatur Konkret 2001 mit Surfpoeten und Suffpoeten

Konkret 10/01, S. 46

Ludwig Seyfarth

Haltbarkeit, Lebenszeit

Bemerkungen zur zeitgenössischen Kunst anläßlich der 49. Biennale in Venedig

Auf der Biennale in Venedig braucht man Zeit. Zum einen, weil es unendlich viel zu sehen gibt. Wer alles, auch die über die Stadt verteilten »Außenstellen«, abwandert, ist mindestens eine Woche lang unterwegs. Zum anderen ist Wartezeit nötig. Vor dem deutschen und dem kanadischen Pavillon, in die nur wenige Besucher gleichzeitig hineindürfen, verbringt man weit mehr Zeit als drinnen. Während der überfüllten Eröffnungstage geriet auch der lange Parcours durch das »Plateau der Menschheit«, die von Harald Szeemann kuratierte große Sonderausstellung, zur Parade der Warteschlangen. Mühsam drängelte sich nach vorn, wer in den zahlreichen verdunkelten Räumen und abgeteilten Boxen einen Blick auf das eine oder andere Video erhaschen wollte.

Vor allem aber ist es die Kunst selbst, die Zeit erfordert. Die bildende Kunst als Raumkunst kategorisch von den Zeitkünsten zu unterscheiden, ist spätestens im Zeitalter der sogenannten »Medienkunst« obsolet. Wenn Videos, Performances oder Internetkunst in Ausstellungen genauso üblich sind wie Gemälde oder Skulpturen, wird das statische Bild oder Objekt zu einer Möglichkeit unter anderen. Wird die traditionelle Raumkunst inzwischen zuwenig berücksichtigt? Der amerikanische Bildhauer Richard Serra, auf der Biennale für sein Lebenswerk geehrt, äußerte leicht despektierlich, jüngere Künstler würden nur noch zugelassen, wenn sie mit Fotos oder Videos aufträten.

Wahrscheinlich hat Serra sich nur über Bestrebungen geärgert, bestimmte Medien zum alleinigen Maßstab für die Zeiterfahrung zu machen. Sein eigener Biennalebeitrag ist das beste Argument dagegen. Die beiden gigantischen Stahlskulpturen sind beeindruckend in den Hafenanlagen am Ende des historischen Arsenale-Geländes plaziert, was allerdings nicht der ursprünglich vorgesehene Ort ist. Dort hätte der Boden die tonnenschweren Objekte nicht tragen können – ein Problem, das eine Serra-Präsentation in den Hamburger Deichtorhallen einmal ganz verhinderte. Seine Biennaleskulpturen »Four« und »Left/Right« bestehen aus einem wenige Zentimeter dicken rohen Stahl, der jeweils zu zwei elliptisch nach innen laufenden Spiralen gebogen ist, durch die man links- bzw. rechtsherum hindurchgehen kann. Wer die Skulpturen nur von außen betrachtet, ahnt kaum, wie lang der Weg ist, der nach innen führt – mehr als zehn Meter, die zudem länger erscheinen, als sie sind. Die fast kompakte Geschlossenheit, die trotz der für Serra typischen, Labilität suggerierenden Schräglage zunächst zum Ausdruck kommt, verwandelt sich in ein zeitbezogenes Spiel aus Offenheit und Geschlossenheit. Daß man, in einem Freiraum im Inneren angekommen, Fußspuren auf den Stahlwänden sieht, die bis in Kopfhöhe reichen, bestätigt die physische Herausforderung, die Serra der visuellen Wahrnehmung auferlegt.

Eine gegenläufige Erfahrung vermittelt das Werk eines jungen italienischen Künstlers, das im Szeemann-Teil des italienischen Pavillons steht. Die Wände von Loris Cecchinis lebensgroßer Gummizelle »Breathless« bewegen sich, als ob sie atmen würde. Wir sehen nicht, was drinnen ist. Ist jemand eingesperrt, der hinaus will? Oder geht’s da, wie in Gregor Schneiders Installation im deutschen Pavillon, in ein Labyrinth von Zimmern und Kellerräumen? Wir können noch so lange Schlange stehen, die Tür der Zelle öffnet sich nicht.

Physische Objekte sind also neben Fotos und Videos stark vertreten, auch wenn häufig, vor allem in einigen gleich nach der Eröffnung erschienenen und zwangsläufig auf dem ersten Eindruck basierenden Besprechungen, die Biennale fast nur aus anstrengenden, zeitraubenden Videokabinen zu bestehen schien. Szeemann selbst behauptete, er habe keine bestimmten Medien bevorzugt. »Das Medium selbst«, sagte er in einem Interview im »Kunstforum« (Bd. 156), »ist mir schnuppe, denn die Intensität wählt sich mit der Zeit sowohl ihr eigenes Medium als auch ihr Material.« Eine völlig untergeordnete Rolle spielt in Venedig denn auch eine grundsätzliche, die Eigenschaften des Mediums selbst thematisierende Haltung, wie sie für die konzeptuelle Kunst der sechziger und siebziger Jahre im Umgang mit Fotografie, Video, Film, aber auch mit Materialien kennzeichnend war. Heute geht man mit den nicht mehr so neuen Medien längst gelassener um. Sie werden benutzt, um etwas mitzuteilen, um zu tun, was in der Kunst lange verpönt war: zu erzählen.

So sehen wir auf der Biennale viele Fotos, die mit typischer »Kunstfotografie« wenig gemein haben, die ihren eigenen Status als Bilder nicht thematisieren, sondern einfach etwas »zeigen«. Anibal Asdrubal Lopez Juarez aus Guatemala, der sich wie mit militärischem Decknamen »A1-53167« nennt, zeigt Fotos seiner Protestaktion während einer offiziellen Parade. Die Soldaten marschieren über auf der Straße ausgestreute Asche und vollziehen damit unwissentlich eine Performance des Künstlers. Er will auf die Asche aufmerksam machen, die die gefürchteten Todesschwadrone in dem mittelamerikanischen Land seit Jahren hinterlassen. Die Kunstaktion war mit einem hohen Risiko verbunden. Riskant ist es auch, nach dem Atomunglück in der Region Tschernobyl zu leben. Viele Menschen tun es dennoch, und Victor Maruscenko aus Kiew hat sie auf eindringlichen Schwarzweißbildern porträtiert. Wenn auf den Fotos weiße Flecken wie Fehlbelichtungen erscheinen, sind das Spuren, die die Radioaktivität auf dem Filmmaterial hinterlassen hat.

In Nepal lebt man, wie man jüngst durch die Nachrichten erfuhr, vor allem als König gefährlich. Die Schulkinder oder Mönche, die der Finne Tuomo Manninen in Katmandu porträtiert hat, tragen unaffektiert ihr Alltagsleben zur Schau. Daß die nepalesischen Gruppenbilder sich erstaunlich wenig von denen unterscheiden, die Manninen in Helsinki gemacht hat, liegt in der Absicht des Künstlers, Klischeevorstellungen von der Dritten Welt zu durchbrechen. Vielleicht schwingt auch ein wenig Kritik an dem auf wenige Zentren fokussierten Kunstestablishment mit, das auch Finnland vielleicht noch für eine Art Entwicklungsland hält. Szeemann tut das nicht, denn finnische Künstler sind auf der dieser Biennale so prominent vertreten, wie bei der letzten die Chinesen.

Was die Präsenz nichteuropäischer und nichtnordamerikanischer Regionen betrifft, geht Szeemanns Schau deutlich weiter als Catherine Davids sehr politische documenta 1997 und könnte so noch den dezidiert global orientierten documenta-11-Organisator Okwui Enwezor unter Zugzwang setzen. Zahlreiche Werke konfrontieren uns mit einer spezifischen Zeitstruktur, die nach wie vor die Grunderfahrung vieler Länder bildet: das Verhältnis zwischen Kolonialherrschaft und der Zeit danach. Die in Indonesien geborene, in Amsterdam lebende Fiona Tan befaßt sich in ihren historisches Material verwendenden Videos ebenso mit dem »kolonialen« Blick wie die italienischen Filmemacher Yervant Gianikian und Angela Ricci Lucci. Ihr »marcia dell'uomo« führt historische Zusammenhänge vor Augen zwischen den frühen Bewegungsfotografien von Marey oder Muybridge und dem entwürdigenden Blick auf Angehörige »exotischer« Kulturen, die auf den Weltausstellungen des neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhunderts zur Schau gestellt wurden.

Auch eine vehemente malerische Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus gibt es auf der Biennale zu sehen, allerdings nicht in Szeemanns Schau, sondern im belgischen Pavillon. Luc Tuymans hat sich mit der Geschichte Patrice Lumumbas, des ersten Präsidenten des 1960 von Belgien unabhängig gewordenen Kongo, beschäftigt. Lumumba wurde am 17. August 1961 umgebracht. Die genauen Umstände wurden nie aufgeklärt, die Verwicklung der belgischen Kolonialmacht in die Tat sofort vertuscht. Tuymans' Bilder klären nicht auf, sind aber ein Versuch, Geschichte malerisch präzise zu kommentieren. Der Künstler hat historische Fotos nicht bestätigend abgepinselt, sondern die Vorlagen auf Andeutungen und Valeurs reduziert, zu einem ästhetischen Kommentar über verblassende Erinnerung und bewußte Vertuschung. Ästhetisch überzeugt das; ob es gelungene politische Kunst ist, mag man diskutieren. Zumindest hat Tuymans bewiesen, daß auch Malerei noch provozieren kann. Der belgische König sagte seine Teilnahme an der Ausstellungseröffnung ab, und die Presse diskutiert Tuymans' Biennalebeitrag lebhafter und kontroverser als das meiste andere. In der »FAZ« rühmte Thomas Wagner: »Wie subtil Tuymans die Malerei als Mittel der Evokation einsetzt, sie mittels Ausschnitten und fast filmisch wirkenden, gewaltsam extrahierten Szenen skeptisch, aber nicht stumm werden läßt, das hat in Venedig nicht seinesgleichen.« Silke Müller war in »art« hingegen gar nicht begeistert. Tuymans habe sich am Thema übernommen: »Statt der für ihn typischen minimalistischen Gemälde, die ein Maximum an Bedeutungen in sich tragen, wird Tuymans zum raunenden Illustrator.«

Abseits der Pros und Contras bleibt die Erkenntnis, daß Tuymans' »negative« Historienmalerei an überkommene philosophische Vorstellungen rührt, nämlich daran, daß Bilder, im Gegensatz zur Sprache, nicht verneinen können. Den Versuch einer ganz direkten bildlichen Verneinung führt der Bulgare Nedko Solakov in einem Raum des italienischen Pavillons vor. Zwei Maler streichen im Uhrzeigersinn die Wände immer wieder neu an, der eine schwarz, der andere weiß, jeweils der eine über den Anstrich des anderen, bis zum Ende der Ausstellung. Auch darin kommt ein spezifisches Zeitverhältnis zum Ausdruck: ein Leerlauf, bei dem es kein Vorwärtskommen gibt.

Auf den Kreislauf des Lebens bezogen, suggeriert Leerlauf den Tod. Ene Liis Semper wurde mit düster-radikalen Performances zu einer Kultfigur der Kunstszene Estlands. In einem eindringlichen Schwarzweißvideo spielt sie eine Selbstmörderin. Indem der Suizid in verschiedenen technischen Ausführungen immer wieder vorgeführt wird, läuft die Endgültigkeit des Todes in einer Zeitschleife leer, was absurd und beklemmend zugleich wirkt. Lucinda Devlins Fotoserie »The Omega Suites« zeigt Todeszellen amerikanischer Gefängnisse. Wir sehen Räume mit elektrischen Stühlen und Zellen, in denen Todesspritzen den Verurteilten injiziert werden, oder andere Orte der Hinrichtungstrakte wie das »Büro« des Vollstreckers oder den Raum, in dem die Hinrichtungszeugen Platz nehmen. Die strenge, unemotionale Kühle der Fotos erinnert an die »Sachlichkeit« deutscher Fotografen wie August Sander oder Bernd und Hilla Becher. Die Kälte des Blicks entspricht der klinischen Aseptik der Räume. Daß Gefängnisse und Hinrichtungsstätten wie Krankenhäuser aussehen, entspricht dem verdrängenden Umgang mit dem Tod. Er ist hier gleichsam doppelt unsichtbar: Delinquent und Tötungsakt sind auf den Fotos nicht zu sehen; die Räume, die zu sehen sind, sind es normalerweise auch nicht. Der Öffentlichkeit bleiben sie verschlossen.

Welchen Todes einige chinesische Frauen und Männer gestorben sind, wird nicht mitgeteilt. Zu sehen sind sie auf Souvenirfotos, wie sie zur Zeit der Kulturrevolution in fast allen Wohnungen hingen. Rund dreißig Jahre nach diesen Fotos stellt Hai Bo die Bilder an denselben Orten nach – mit den Personen, die noch am Leben sind. Von fünf Soldaten ist es nur noch einer, und da dieser seine Invalidität mühsam zu verbergen trachtet, dürften alle anderen bei Kriegshandlungen gefallen sein. Eine Gruppe junger Mädchen hingegen sehen wir vollständig wieder als Frauen in den Vierzigern. Ein Zweifel, daß uns Hai Bo angemogelt und die Fotos mit anderen Personen nachinszeniert haben könnte, kommt gar nicht erst auf. Zu deutlich erkennt man die jungen Gesichter in den gealterten. Daß chinesische Physiognomien für uns Europäer

genauso lesbar sind wie »westliche«, ist ein ebenso subtiler wie präziser Kommentar zur Einheit der Family of Man, die Harald Szeemann mit seinem Wort vom Menschheitsplateau doch ein wenig raunend und pompös beschwört. Beliebigkeit und Hang zum Pathos haben ihm viele Kritiken vorgeworfen.

Aber vielleicht verrennt sich die Kritik an der angeblichen Konzeptlosigkeit des Kurators in ihren eigenen Aporien: Sie nimmt den Ausstellungsmacher wichtiger als die ausgestellte Kunst. Einen Leitfaden kann ja jede/r selbst »mitbringen« und ihm in der Biennale folgen. Ich schlage ein Buch des italienischen Schriftstellers Italo Calvino vor, in dem es um das vielleicht wichtigste Zeitverhältnis der Kunst geht, das zur Zukunft. Im festen Glauben, daß die Literatur auch weiterhin Großes vollbringen werde, machte Calvino 1985 sechs Vorschläge für das nächste Jahrtausend, die für die Kunst nützlich sein könnten: Leichtigkeit, Schnelligkeit, Genauigkeit, Anschaulichkeit, Vielschichtigkeit. Die Anmerkungen zur »Haltbarkeit« hat er leider keinem haltbaren Medium mehr anvertrauen können. Vor der Niederschrift des letzten Vortrags einer Reihe, die er an der Harvard University halten wollte, starb Calvino.

Aber auch ohne seine Einführung ist Haltbarkeit ein guter Leitfaden durch die Biennale. Zum Beispiel für Wände: Manche sind tonnenschwer und vertragen jeden Fußtritt, andere werden ständig übermalt, andere bewegen sich, andere existieren nur, wenn der Videobeamer eingeschaltet ist: so bei dem computergenerierten »Exit«, dem der Schwede Magnus Wallin körperbehinderte Kreaturen an anonymen Häuserwänden entlang um ihr Leben entgegenhumpeln läßt (Schnelligkeit). Sind es überhaupt Häuser, oder nicht vielmehr gigantische perforierte Preßholzplatten (Genauigkeit, Anschaulichkeit)? Die Frage des Materials stellt sich auch bei immateriellen Bits (Leichtigkeit). Und schon sehen wir, daß Wallins auf den ersten Blick wie ein simples Computerspiel wirkendes Video ein Kriterium erfüllt, das alle gültige Kunst auszeichnet: Vielschichtigkeit.

Ludwig Seyfarth schrieb in KONKRET 9/01 über Neuerscheinungen zur Geschichte der modernen Kunst

Konkret 10/01, S. 49

Hartwig Vens

□ Ihr kleinen Nazis□

Wie verträgt sich das antirassistische Engagement migrantischer Rapper mit dem deutschen HipHop-Boom?

Im April dieses Jahres zirkulierte ein Bericht durch die Mailboxen der Republik, der Furore auch außerhalb des einschlägigen Interessentenkreises machte. Die Verfasserin hatte für die Musikagentur Lärm die HipHop-Konzerttour »Die Leude woll'n, daß was passiert« geleitet, die im Rahmen der »Stern«-Aktion »Mut gegen rechte Gewalt« unter anderen von der Internet-Musikvideoplattform Eyedoo, den Promotionsbüros Lärm und Four Artists sowie der Amadeu-Antonio-Stiftung organisiert worden war. Stationen waren Brennpunkte des neuen Naziterrors wie Eberswalde, Dessau und Wurzen. Für Bestürzung sorgte die plastische Schilderung der Situation im sächsischen Wurzen: Die Bedrohung der Musiker, Graffiti-Sprayer, Pressevertreter und sonstigen Beteiligten durch Nazirotten, vor allem jedoch die offensichtliche Kumpanei der örtlichen Polizei mit ihnen garantierten, daß auch diejenigen ein realistisches Bild von der Situation im Land der national befreiten Zonen erhielten, die den rechten Terror sonst aus der Distanz des politisch desinteressierten Hedonisten wahrnahmen.

Einer der Stars dieser Tour, die mittlerweile zum Medienstar avancierte Hamburger Rapperin Nina, schrieb aufgrund der Erfahrungen dieser Tour den Song »Hitlers langer Arm«, der in Kürze als Single erscheinen wird. Sonst eher mit den typischen HipHop-Interna sowie unpolitischen Musikthemen beschäftigt und gerngesehener Gast bei Schmidt und Raab, setzt die Tochter eines Afghanen explizite antifaschistische Akzente. Nicht zuletzt auf ihrer im Tagebuchstil formulierten Website, wo sie zwischen deutlich auf die Zielgruppe der Zehn- bis Dreißigjährigen fokussierten Alltagsimpressionen die neofaschistischen Verhältnisse anspricht.

Solche Aussagen bedeuten zunächst nicht viel, denn insbesondere im HipHop gehört die antirassistische Attitüde nach wie vor zum Codex. Auffällig ist allerdings ihre neuerliche Explizität. Wie Hannes Loh kürzlich feststellte, war eine derartige Haltung Anfang der Neunziger noch durchaus üblich, verschwand jedoch mit dem Siegeszug von »Deutschrap« und der parallelen Zurückdrängung migrantischer Aktivisten aus der Szene. Jetzt häufen sich die Stimmen gegen die rechte Normalität erneut, und sie werden unangenehmer. Die Gleichzeitigkeit, mit der im HipHop, der Boombranche der deutschen Musikindustrie, bei ungebrochenem Trend zu Professionalisierung und Massenvermarktung seit einigen Monaten auf den grassierenden Rechtsradikalismus aufmerksam gemacht wird, ist trotz aller »Bravo«-Kompatibilität ein bemerkenswertes Phänomen.

Denn noch vor Jahresfrist hatte die Presse angesichts des atemberaubenden Aufstiegs ehemaliger Undergroundkünstler zu Platinplatten und »Top-of-the-Pops«-Präsenz ebenso staunend wie frohlockend festgestellt, HipHop habe die deutsche Jugend mit ihrer Sprache versöhnt. Was gerapt wurde, war meist gut gelaunt und höchst unterhaltsam: Alltagsimpressionen, Wortakrobatik, mehr oder weniger witzige Kalauer. Eher leise waren die Stimmen, die forderten, nach der Optimierung von Sprachgebrauch und technischen Fertigkeiten müßten nun auch die Inhalte der wortmächtigsten Gegenwartskultur wieder stärkeres Gewicht erhalten.

Plakativstes Beispiel für die gegenwärtige antirassistische Politisierung des HipHop in Deutschland ist das Projekt »Brothers Keepers«. Unter diesem Titel haben sich einige der bekanntesten hiesigen HipHop-, Soul- und Reggae-Musiker (u.a. Bantu, Xavier Naidoo, Torch, Samy Deluxe, D-Flame, Denyo 77) versammelt und zum Jahrestag der Ermordung von Alberto Adriano durch einen Nazitrupp die Single »Adriano (Letzte Warnung)« veröffentlicht. Der musikalisch wie politisch gleichermaßen grimmige Track stieg, unterstützt durch ein Video im bedrohlichen Großstadtlabyrinthstil, auf Platz fünf der Media-Control-Charts ein. Ein Erfolg, der einem ähnlich gelagerten Projekt der Organisation »Kanak Attak« nicht beschieden war. Deren HipHop-Track »Dieser Song gehört uns« featurt ebenfalls Musiker verschiedener Genres, die im Unterschied zu Brothers Keepers jedoch aus unterschiedlichen migrantischen Backgrounds kommen.

Beide Musikprojekte sind an politische Assoziationen gebunden. Im Falle von Brothers Keepers ist dies der gleichnamige Verein, der den Transfer der aus dem Erlös der Musikprojekte geflossenen Gelder an die Hinterbliebenen rassistischer Gewalttaten regelt und antirassistische Strukturen unterstützt. Das Programm des mittlerweile einschlägig bekannten und durch eine Vielzahl unkonventioneller Aktionen aufgefallenen Bündnisses Kanak Attak ist weitaus umfangreicher und politisch dezidierter. Nach wie vor gültig ist das 1998 proklamierte Manifest »Kanak Attak und Basta!«, das ein »Ende der Dialogkultur« und damit die Verabschiedung von den rassistischen Lügen des Konzepts Multikulturalismus bekanntgab.

Kanak Attak und Brothers Keepers ist die Aufkündigung einer auf Integration zielenden Mitbürgerposition gemeinsam. Die von migrantischen HipHop-Vertretern wie Advanced Chemistry, Main Concept oder Boulevard Bou noch Anfang der neunziger Jahre artikulierte Forderung nach Gleichheit als deutsche Staatsbürger ist, angesichts der Beteiligung der deutschen Politik an rassistischen Kampagnen und der Untätigkeit gegenüber Alltagsrassismus und Mord, einem ohnmächtigen Haß gewichen. Man formierte sich in migrantischen Gruppen, um die direkte Aktion gegen Neofaschisten selbst in die Hand zu nehmen.

Den Mechanismen des Unterhaltungs- und Medienbetriebs entkommt das Anliegen der obengenannten Gruppen jedoch kaum undeformiert. Der Erfolg einer Single wie »Adriano (Letzte Warnung)« resultiert auch aus der eindeutig auf sogenannte afro-deutsche Männer aus dem HipHop-Umkreis reduzierte Protagonistengruppe. Nina MC* benennt das Problem: »Ich habe einen Freund, der sich früher die Haare schwarz gefärbt hat, weil er unbedingt ein Schwarzer sein wollte. Ich finde Zusammenschlüsse wie Brothers Keepers problematisch, weil dabei so viele Leute ausgeschlossen werden.« Der Topos des »weißen Negers« als Identifikationsobjekt des faktisch oder vermeintlich deklassierten Weißen findet sich in der Pop- ebenso wie in der Literaturgeschichte von Norman Mailer bis Ingmar Ambjornsson. Im übrigen haben »Afro-Deutsche« als Symbolfiguren eines attraktiven urbanen Lifestyles derzeit gute Karten im visuell geleiteten Massenbewußtsein, wobei sich ihr Einsatzgebiet selbstverständlich weitgehend auf Sport und Entertainment beschränkt.

Auf seinen Begriff bringt diesen Umstand einer, der als Inkarnation des »afro-deutschen« Mediencharakters gelten kann: Ausgerechnet der smarte Rapper, Schauspieler, Businessman und Exmoderator der Viva-HipHop-Sendung »Wordcup«, Tyron Rickets, brachte Anfang September den mit Rap unterlegten Kurzfilm »Afro-Deutsch« in die Kinos. Erstaunlich ist die Produktion vor allem aufgrund des Ausmaßes, in dem Rickets seine Rolle als Vorzeige-»Schwarzer« reflektiert. Film und Rap schildern Rickets' Lebensgeschichte, sein Aufwachsen in einer österreichischen Kleinstadt, den alltäglichen Rassismus, seine Karriere als Model, Moderator, Produzent und Chef einer Agentur für »schwarze Kultur«. Ganz deutlich wird hier der Mechanismus des Erfolgs beschrieben: »16 Jahre Beschuß / Dann der Mut zu dem Entschluß / Und das Problem verwandelt sich zur Lösung: / (und ist) Positivrassismus«. Die Lösung erweist sich jedoch als scheinbare, denn der Positivrassismus, der zum Aufstieg verhalf, wird im Zugabteil oder beim potentiellen Schwiegervater schnell wieder zur ganz normalen »Neger«-Verachtung. So genau Rickets den Kern seiner Situation begreift, so gewagt scheint seine These, Deutschland werde sich durch die Präsenz von Migranten in den Medien »ganz sicherlich« verändern. In seiner Konsequenz bleibt Rickets dann auch eher vage, sein Motto »Bewußtsein ohne Verurteilung« zielt, trotz all der rassistischen Belege, auf konstruktive Zusammenarbeit.

Diese Geduld haben nicht alle. Jüngst bat das »SZ«-Jugendmagazin »Jetzt« den Fußballspieler Gerald Asamoah (Schalke 04) und den Stuttgarter HipHop-MC Afrob zum Gespräch über Starsituation und »afro-deutschen« Alltag. Typisch ist zunächst der Ort der Veröffentlichung: eine Entertainment- und Lifestyle-orientierte Publikation, deren Zielgruppe noch mit idealistischen Flausen im Kopf und dem Glauben an die Verwirklichung demokratischer Werte herumläuft – in der »SZ« selbst hätte man sich die Story wohl kaum vorstellen können. Im Text aber macht insbesondere der Rapper Afrob schnell klar, daß er nicht angetreten ist, seinen Stolz als Schwarzer, der »es geschafft hat«, zu repräsentieren. Polemisch und vehement nutzt er jede Gelegenheit, um die in Deutschland ignorierten Minimalanforderungen in Sachen Zivilisation anzusprechen: »Ich will keinen Ärger, ich will nur, daß Leute wie wir auch in den Osten gehen können, ohne Angst haben zu müssen zu sterben. Da braucht sich Otto Schily auch nicht zu wundern, daß seine Politik gegen den Rassismus von der EU kritisiert wird. Er soll lieber mal die Augen aufmachen, statt dessen ist er beleidigt wie ein kleines Kind.«

Durch seine im Juni 2001 veröffentlichte Platte »Made in Germany« zieht sich Afrobs Enttäuschung über das allgemeine Desinteresse am gesellschaftlichen wie am staatsoffiziellen Rassismus wie ein roter Faden. Beeindruckend durch die Wucht der Produktion und Afrobs harten Rap finden sich in fast jedem der 15 Tracks Zeilen wie die erste: »Es ist zu offensichtlich, daß ihr einen Neger brechen wollt / Seid ihr euch da sicher, daß ihr alle so viel blechen wollt.« An anderer Stelle heißt es: »Wir kamen in das Land und wir baten um Asyl / Wir durften sogar bleiben nur geduldet das war das Kalkül / Hier spricht die unterste soziale Schicht / Wir schliefen in Baracken als Kanaken ohne Licht.« Afrob beansprucht nicht die Position des Teachers oder Predigers, genausowenig verfolgt er ein durchdachtes politisches Konzept. Seine Verse sind Ausdruck einer unmittelbaren Erfahrung, so disparat wie direkt, so fragmentarisch wie undifferenziert. Die Aussage »HipHop war immer schon ein faschistoides Ding« (»Intro Online«, 29.6.2001) veranlaßt ihn ebensowenig dazu, als MC abzutreten, wie eine verbale Umarmung Jürgen Trittins »bei dem ist alles cool und underground. Wenn Trittin Musik machen würde, wäre er HipHopper« (»Spiegel Online«, 1.8.2001) ihn etwa zum rappenden Werber für die neue Einwanderungsgesetzgebung machen würde. Afrob fixiert den Status Quo: »Noch immer sterben meine Leute auf den deutschen Straßen / Wir sind unerwünscht wie in 'nem Körper Metastasen.« Afrob schießt auch mal gegen die eigene Geschäftsgrundlage, wenn er seinen Duett-Partner D-Flame fragt: »Flame, wieviel HipHop kann das Land denn noch vertragen? / Es ist so weit gekommen daß sogar Weiße ›Nigger‹ sagen«, und markiert die Grenze der Zusammengehörigkeit: »Ihr kleinen deutschen HipHop-Nazis Rap ist aus Amerika / Ihr seid ein Teil der Kultur nicht mehr und nicht weniger / Hab' oft das Gefühl, daß man seine Herkunft leugnet / Verurteil' die Signale die man in der Szene deutet.«

Wie ist die massive antirassistische Artikulation, die vor allem von Migranten in den letzten Monaten zu vernehmen war, zu erklären? Verantwortlich für die Zunahme derartiger Aussagen auch im Charts-relevanten HipHop dürfte zunächst die ungebrochene rassistische Wirklichkeit der deutschen Verhältnisse sein, die das Beschnattern der eigenen Spaßkultur unerträglich machte. Der Erfolg gerade des deutschen HipHop war vordem nur durch Texte möglich, die das Vergnügen nicht mit unangenehmen Wahrheiten störten. Auch die migrantischen Rapper, die sich jetzt zum Beispiel bei Brothers Keepers wiederfinden, wie Samy Deluxe oder Denyo 77 von den Absoluten Beginnern, hatten jahrelang wenig Lust, sich

als Angehörige einer Betroffenheitsgruppe zu definieren und quasi als natürliche Anwälte des Antirassismus zu agieren. Durch den ungebrochenen deutschen Rassismus sieht man sich nun gezwungen, neben der Position des Rappers unter Gleichen auf seine Merkmale als Fremder, als »Kanake« hinzuweisen und den eigenen künstlerischen Massenerfolg gegen die deutsche Normalität aufzubieten. Bei allem Bedacht ist dabei die mediale Deformation, die Sortierung und Zurechtformung zum Stereotyp des zornigen dunklen Mannes, der diese Position quasinatürlich und ghettoromantisch einnimt, nicht zu vermeiden.

Die mediale Deformation aber sollte ebensowenig dazu führen, die Bedeutung eines Projekts wie Brothers Keepers in Abrede zu stellen, wie die Tatsache, daß die Präsenz antirassistischer Statements wie migrantischer Gesichter nicht zum geringsten Teil aus dem Novitätsdruck des Business resultiert (der Medienhype um Nina erklärt sich ebensowenig allein aus ihrem durchaus vorhandenen Talent wie die Top-Ten-Plazierung der Brothers-Keepers-Single). Denn um die Massen zu erreichen, gibt es zur Massenkommunikation keine Alternative. Ein heterogenerer Zusammenschluß mit dezidierten, die Komplexität der eigenen Position reflektierenden Texten wie Kanak Attak ist zweifellos schwieriger zu greifen, muß deshalb aber auch auf die große Öffentlichkeit eines Projekts wie Brothers Keepers verzichten. Murat G., Initiator des Kanak-Attak-Songs, weiß, »daß wer mit dem Teufel Pudding ißt, Löffel mit langen Stielen braucht. Deshalb ist die Verankerung bei den Kanaken auf der Straße sowie die Arbeit innerhalb der Linken in diesem Land für Kanak Attak absolut notwendig« (»Junge Welt«, 20.7.). Der Falle des Identitätszwangs entkommt keiner.

Es bleibt abzuwarten, wie lang die Welle antirassistischer Inhalte tatsächlich ist und was passiert, wenn der popkulturelle Markt neues Futter fordert. Die »letzte Warnung« und der »Rückschlag« , der »längst in Planung« sei, sind ebenso Ausdruck eines neuen »kanakischen« Selbstbewußtseins wie Effekte einer verzweifelten Defensive und teilweise hilflosen Wut angesichts der Duldung des mörderischen Rassismus in Deutschland. Es scheint sich innerhalb der HipHop-Szene die Einsicht durchzusetzen, daß es mit diesem deutschen Staat keine »Normalität« als Staatsbürger mit migrantischem Hintergrund geben kann. Der Verzicht auf das Konzept Integration und eine Positionierung jenseits von »Deutschland« sind die wichtigsten Botschaften, die der HipHop deutscher Herkunft gegenwärtig zu überbringen hat.

Afrob: Made in Germany; Sonymusic/Columbia

Brothers Keepers: Adriano (Letzte Warnung); Nitty Gritty/Wea

Kanak Attak: Dieser Song gehört uns; 3 Finger Records/Efa

Hartwig Vens rezensierte in KONKRET 4/01 Burkhard Schröders Buch »Nazis sind Pop«

Konkret 10/01, S. 50

Holm Friebe

Links & Rights

Als der erste selbsternannte Totalkünstler Timm Ulrichs 1993 in der Städtischen Galerie Iserlohn seine Ausstellung »Kunst und Leben« eröffnete, sprach noch niemand vom Internet, und die Suchfunktionen waren noch mehr als bescheiden. In mühsamer Kleinarbeit mußte Ulrichs 2.000 Pornokataloge und Schmuddelhefte durchblättern, um auf die Exponate für »Kunst und Leben« zu stoßen: Reproduktionen klassischer Kunstwerke, die im Hintergrund des anzüglichen Geschehens hängen oder stehen. Ulrichs wählte die Bildausschnitte so, daß die Werke in den Mittelpunkt rückten und nur an den Rändern ein Bein, ein Arm oder ein Genital ins Bild lappte. Die Titel wurden an die Deklarationen der klassischen Œuvres angelehnt, so daß der ein oder andere tatsächlich noch etwas hätte lernen können. Dennoch war die Ausstellung für einen mittleren Provinzskandal gut, wurde mit Stellwänden vom sonstigen Museumsbetrieb abgeschieden und für Besucher unter achtzehn Jahren gesperrt. Aber das mag auch an Iserlohn gelegen haben.

Iserlohn ist nicht Internet. Dort ist pornographisches Bildmaterial selbst für Minderjährige leicht in großen Mengen und digitaler Form zu beschaffen. Mancher mag die freie Verfügbarkeit von abstoßendem Material als anstößig empfinden – übersehen wurde dabei bisher meist, daß sich über die oft amateurhaft inszenierten Fotostrecken ein völlig neues Feld der ethnographischen Forschung erschließt. Dabei ist das Spannende und Abstoßende nicht unbedingt im Vordergrund des Bildes zu suchen, sondern – siehe »Kunst und Leben« – an den Rändern und im Interieur. Diesem Gedanken folgend haben zwei junge kunst- und geschmackssinnige Amerikaner eine Website aufgesetzt, die sich einer Kritik genau dieser Ränder widmet. Auf www.justinspace.com kommentieren Julian J., seines Zeichens »Smartass Designer«, und Mary B., Art Direktorin, im Plauderton und inzwischen in der zweiten Folge die Inneneinrichtungen, die im Zweifel eine größere ästhetische Herausforderung darstellen als das ewiggleiche Posieren und Kopulieren. Die Akteure sind grau ausgespart und nur noch schemenhaft zu erahnen, denn um sie geht es ja nicht. Die dialogischen Kommentare aber sind bisweilen richtig komisch, etwa so: »Ich weiß, daß er die Farbe auf dem Schwarzmarkt gekauft hat. Wie jeder Inneneinrichter weiß, wird Sinclair 5768 ›Extrem Orchidee‹ nur an lizensierte Designer ausgegeben. Andererseits könnte es ein Testpolaroid für eine David-LaChappele-Fotosession sein – dann wiederum wäre es großartig!« – »Verbrenn die Tagesdecke, ich würde sie, wenn, dann in Anthrazit bevorzugen. Im übrigen hoffe ich, daß das ein geschmackloser Hut ist und nicht ein langweiliges Seidenblumen-Arrangement an der Wand.« Nachdem man eine Serie vollständig durchgeklickt hat, weiß man, daß eine Kritik der Pornographie heutzutage, wenn überhaupt, an den Interieurs anzusetzen hätte – dann kann sie großartig sein.

Konkret 10/01, S. 52

Jens Hoffmann

Melodie & Rhythmus

Björk: Vespertine. One Little Indian Records/Polydor

Tonfolgen wie aus einer Kinderzimmerspieluhr, Chöre und Streicher bauen an kathedralischen Räumen, Liebende zanken oder kämpfen nicht mehr, sondern umarmen sich innig. Ungestört produziert eine Harfe schwebende Glasfäden. Im Unterschied zu den Studio-LPs »Debut«, »Post« und »Homogenic« – Björks Soundtrack zu Pfarrer Lars von Triers Passionsspielchen »Dancer in the dark« soll hier nicht weiter interessieren – sind auf »Vespertine« ausschließlich Songs zu hören, die nur noch in Innenräumen klingen wollen. Keine tänzelnd-aggressiven Beats purzeln durch Bars oder Straßen, weder der Außenwelt noch irgendwelchen feigen Liebhabern wird mit zornigem Knurren gedroht. Die Türen knallende, nach Luft schnappende, sympathisch überdrehte Befreierin der Menschheit trinkt jetzt sechs Gläser Wasser und schickt sich mit einem auch musikalisch gräßlichen »It's not up to you« in den Tag. Das programmierte Kammerkonzert von »Vespertine« soll nicht mehr durch Maschinenlärm oder beunruhigende Schreie – wie noch im großartigen Godzilla-Track »Pluto« von »Homogenic« – gestört werden. Liebes- und Lieblosslieder werden jetzt ohne Frequenzchaos oder Soundsabotage produziert. Die Musikerin setzt nicht mehr kurzentschlossen die Welt unter Strom, sondern registriert »too much pressure« da draußen und tüftelt deshalb lieber am unverwechselbaren Werk.

»Vespertine« wäre als bloßes, gut 55 Minuten dauerndes Bekenntnis zu bürgerlich-grusliger Intimität und Heimeligkeit zu bewerten, wenn es nicht jene Sounds und Mikrobeats gäbe, die die geatmeten und gesungenen Emotionen auf charmante Weise technifizieren. Durch rhythmisierte Laptop-Geräusche, die möglicherweise namenlos sind, aber trotzdem prima klopfen, schaben, pochen, zirpen, kratzen, blubbern, krabbeln, pulsieren, harken oder zischeln können, wird die wallende Innerlichkeit der ihre Liebe bekennenden Sängerin geerdet. Auf diese Weise wirkt das »He/She is the one I love«-Geturtel der Stücke »Cocoon« und »Unison« etwas weniger nervensägend. Sehr schön allerdings ist der in »Heirloom« erzählte Traum von Leuten, die ohne Stimme aufwachen.

»Vespertine« macht die den Lüsten zugeneigten vokalen und elektronischen »Seufzer der bedrängten Kreatur« (K. Marx) auf eine Weise hörbar, die auch hartgesottene Feinde des gänzlich artifiziellen Björklandes nicht unberührt lassen dürfte. Nach dem Anhören der Platte ist als Kontrastprogramm der Besuch eines Sozialamtes oder Altenheimes zu empfehlen.

Konkret 10/01, S. 52

René Martens

Melodie & Rhythmus

Die Goldenen Zitronen: Schafott zum Fahrstuhl. Buback/Efa

Vor elf Jahren veröffentlichten Die Goldenen Zitronen die Single »Alles was ich will (Nur die Regierung stürzen)«. Auf dem neuen Album findet sich nun ein überraschendes Remake im T.-Rex-Stil: »Von den Schwierigkeiten, die Regierung stürzen zu wollen«. Die zweite Coverversion überrascht weniger: Die sechs Hamburger spielen den FSK-Klassiker »Blue Yodel für Herbert Wehner«, der 1984, im Gründungsjahr der Zitronen, erschienen war und jetzt sozusagen wahr geworden ist. FSK hatten seinerzeit mit Zeilen wie »Junge, wer mit 20 kein Anarchist gewesen ist / Aus dem wird nie ein guter Demokrat« die Karriere Joschka Fischers antizipiert.

Beide Stücke stehen für einen gelassenen, teilweise humorvollen Umgang mit der eigenen Geschichte. »Alles was ich will, ist nur ein paar Köpfe kürzen« – 1990, als es noch andere Köpfe zu kürzen galt, fanden einige RAF-Unterstützer, die damals wegen Lappalien Bewährungsstrafen bekommen hatten, solche Zeilen gewagt, wie Ted Gaier, Gründungsmitglied der Band, sich erinnert. Das zeige nur, »daß Pop schon damals mehr durfte als Politik«.

Auch musikalisch beziehen sich die Zitronen auf viele Phasen ihrer Laufbahn. »Schafott zum Fahrstuhl« ist geprägt von ihrem spezifischen Verständnis von Rock und Elektronik. Und nicht zuletzt von dem Willen, eine offene Bandstruktur zu schaffen: Die Instrumente werden rege getauscht – am Schlagzeug sitzen fünf verschiedene Musiker – , und hinzu kommen noch Gäste aus diversen Mikrokosmen, etwa der Punk-Poet Jens Rachut.

Sind all die Bezüge zur eigenen Geschichte zu verstehen als Reaktion auf die unter Linken und Ex-Linken verbreitete Haltung, die ihre zu verleugnen oder auf groteske Weise umzudeuten? Könnte man so interpretieren, sagt die Band, falsch sei es aber dennoch, zumal die Selbstreferentialität »kein Resultat konzeptioneller Überlegungen« gewesen sei.

Die Texte haben gute Chancen, wieder mit dem Etikett »linker Puritanismus« belegt zu werden, was man ja als Lob verstehen sollte – auch wenn »Spex« das vor drei Jahren ganz anders gemeint hat. Die besten Fragen werden in »Flimmern« gestellt: »Wer soll eigentlich wo raus? Raus aus wo oder rein wohin? ... Wat solln die Nazis raus aus Deutschland, wat hätt denn des für a Sinn – die Nazis könne doch net naus, denn hier gehörn se hin.«

Konkret 10/01, S. 52

Klaus Smit

Melodie & Rhythmus

Pole: R. Scape/Efa

Pole ist Stefan Betke, ein in Berlin ansässiger Produzent, Musiker und Vinyl-Cutter des Studios Dubplate & Mastering und somit verantwortlich für so einige der tiefsten Sounds der Label Basic Channel und Chain Reaction. Scape ist hingegen die Plattenfirma, die dem Mann selbst gehört, und der Name Pole stammt von einem defekten 4-Pole-Filter der Firma Waldorf. »R« wiederum ist das vierte Album nach den Platten »1«, »2« und (manch einer hat das wahrscheinlich schon vermutet) »3« und enthält insgesamt zehn Stücke: »Raum 1«, »Raum 2«, »Raum 3« und »Raum 4« sowie jeweils drei Bearbeitungen der ersten beiden. Soviel zu den Fakten, die addiert evtl. folgendes Bild ergeben: umtriebiger Mann, tief in der Musik-Szene verankert, wenig originell, was die Titel betrifft.

So, wie letztgenannte aber gerade durch die Beschränkung einen großen Interpretationsspielraum lassen, verhält es sich auch mit der Musik. Aus der ganzen Reduktion (noch ein R), die auch auf den bisherigen Veröffentlichungen beherrschendes Mittel war, schälen sich auf der neuen Pole-Platte immer wieder insektengroße, eingesponnene Melodien heraus, die in den weiten Klangräumen die Marker setzen. Verschwammen auf den alten Alben in langsam malenden Strömen noch die Pole – hochfrequentes, nicht vorhersehbares, nicht lineares und kaum repetitives Knacken und Surren auf der einen, elendig tiefe, fühlbare Bass-Sounds auf der anderen Seite – nähert sich Betke vor allem mit den Bearbeitungen der Stücke »Raum 1« und »Raum 2«, die bereits 1996 aufgenommen und zwei Jahre später auf dem Label DIN veröffentlicht wurden und hier auch im Original vorliegen, einer anderen Form von Musikalität. Diese eröffnet etwa in Form der ungemein weit hinten liegenden und kaum hörbaren Einarbeitungen einer Gitarre, gespielt von D. Meteo, eine mögliche andere Betrachtungsweise: Der große Strom mag zwar wie Magma kaum aufzuhalten sein, aber durch kleine, gezielte Akzente ein ums andere Mal ins Stocken geraten. Und warum sollte das nicht auch einmal ganz kippen, nicht wieder in Gang kommen und Raum (!) für etwas Neues schaffen? Schade ist dann wieder nur, daß die Bearbeitungen von Kit Clayton und Burnt Friedman dem Ganzen nicht wirklich weitere Perspektiven hinzufügen, sondern beim Altbekannten verharren.

Konkret 10/01, S. 53

Günter Amendt

Platte des Monats

Bob Dylan: Love and Theft. Columbia/Sonymusic

Der Medienrummel in den Tagen und Wochen um Dylans sechzigsten Geburtstag zeigt erste Wirkungen. Vom Nordkap, *watching the midsummer sun,* bis Taomina, *watching the lava river flow*, waren die Konzerte der europäischen Sommertour 2001 ausverkauft. Dylans Publikum hat sich fast verdoppelt. Wenn sich das Publikum eines sechzigjährigen Rockstars verdoppelt, kann das nur heißen, es hat sich verjüngt. Das hat Konsequenzen. Die veränderte Zusammensetzung des Publikums bleibt nicht ohne Auswirkungen auf sein Verhalten und den Konzertverlauf. Es wird wieder viel gesabbelt bei den leisen Tönen, denn die jugendlichen Newcomer geraten erst dann voll in Fahrt, wenn Dylan vom sanften Country-Sound zum harten City-Rock übergeht. Und Dylan gibt ihnen, was sie brauchen. Nie war seine Musik so tanzbar wie heute. *Song- and danceman,* diese Selbstbeschreibung hat er immer ernst gemeint. Sein neues Album »Love and Theft« ist dafür ein beeindruckender Beleg.

Dylan werde, so hatte ich vermutet, seinen Geburtstag »auf irgendeiner Bühne dieser Welt« verbringen. Damit lag ich daneben, wenn auch nur knapp. Er war in einem New Yorker Studio und hat – diesmal ohne die Hilfe eines Soundmasters wie Daniel Lanois – ein neues Album produziert, das ihn, kaum ist der Geburtstagsrummel vorüber, erneut ins Zentrum der internationalen Musiköffentlichkeit rücken wird.

Gefragt, welche Musik er höre und auf welche Traditionen er sich stütze, hat Dylan in vielen Statements und Interviews immer wieder auf die Musik der pre-war-, pre-rock'n'roll-era verwiesen. »Early American music« steht auf der setlist eines jeden Dylan-Konzerts – Songs aus den Apalachen, Blues from Chicago und aus dem Delta, Westernballaden. Mit »Good as I Been to You« (1992) und »World Gone Wrong« (1993) brachte er innerhalb eines Jahres zwei Alben heraus, auf denen er ausschließlich Coverversionen früher amerikanischer Lieder einspielte. Das Faszinierende an diesen Einspielungen: Kaum hat er sich das fremde Material angeeignet, klingt es auch schon wie ein typischer Dylansong. Diesmal geht er noch weiter. Er hat selbst Songs im Stile der Vorkriegszeit geschrieben, komponiert und sie so arrangiert, daß der Hörer sich in einem Sonntagsnachmittagsradioprogramm der fünfziger Jahre wiederfindet, nicht auf Rias oder beim Bayerischen Rundfunk, sondern auf AFN, dem Sender der amerikanischen Besatzungstruppen; oder aber uptown New York in der Bar eines Hotels zu Beginn der dreißiger Jahre.

»Love and Theft« ist kein Konzeptalbum, wenn man die Vielfalt der Stile und den Wechsel der Rhythmen nicht zum Konzept erheben will. Bei aller Vielfalt des Materials sieht Dylan selbst einen gemeinsamen Nenner: »All the songs are variations on the 12-bar theme and blues-based melodies.«

»Love and Theft« kommt beim ersten Hören leichter und lichter daher als sein düsterer Vorgänger »Time out of Mind«. Bei wiederholtem Hören allerdings und nach erster Sichtung der Lyrics sind neben dem swinging Rhythmus der neuen Songs die schweren Bluestöne nicht zu überhören: »Well, today has been a sad and lonesome day«, ächzt und stöhnt da ein von Gott und der Welt verlassener Mann, in dessen Haut man nicht stecken möchte. Vater tot, Bruder tot, im Krieg gefallen, die Schwester von zu Hause abgehauen. Ein starker Rockblues, die Stimme des Sängers rauchig und ungeschliffen, so als habe Tom Waits den Gesangspart übernommen.

Viele Figuren des neuen Albums kommen aus ziemlich chaotischen Familienverhältnissen. Ein Typ hängt rum mit seiner Tante Sally, »but you know, she not really my aunt«, und ein anderer, dessen Vater fahrender Händler war, den er nie zu sehen bekam, rühmt den Onkel, der ihn nach dem Tod der Mutter aufgenommen hatte und »did a lot of nice things for me«, was immer das auch gewesen sein mag.

Völlig undurchschaubar und reichlich verworren sind auch die Familienverhältnisse bei Tweedle Dee und Tweedle Dum, Gestalten aus dem märchenhaften Wunderland des Lewis Carroll. Beide »are living in a happy harmony«, bis sie sich plötzlich und unerwartet mit der schlichten Begründung trennen: »›I've had too much of your company,‹« / said Tweedle Dum to Tweedle Dee.« Musikalisch ist »Tweedle Dee and Tweedle Dum« ein höchst gelungenes Eingangsstatement. Stil: Rockabilly. Rhythmus: Mitreißend. Mehr davon, denkt sich der Hörer, denkt sich die Hörerin.

Es folgt »Mississippi«, ein erster Höhepunkt dieses Albums. Doch der Höhepunkt kommt zu früh. Der Song ist falsch plaziert. Aus dramaturgischen Gründen hätte es, um den Swing des Anfangs nicht gleich wieder abzuwürgen, mit »Summer Days«, einem weiteren Rockabilly-Song, weitergehen müssen. Dylan nimmt hier einen Ton auf, den er in Münster 2000 zum erstenmal anschlug, als er die konzertante Uraufführung von »If Dogs Run Free« brachte. Gitarrenspiel im Stil eines Django Reinhard.

Der Song, der einen Bogen von »Oh Mercy« über »Time out of Mind« zu »Love and Theft« spannt, hat alles, was einen Dylan-Klassiker ausmacht: great singing, great lyrics, great song. Noch so ein vom Leben gebeutelter Typ, der, kaum vom

Land in die Stadt gezogen, auch schon in Schwierigkeiten geriet: »I been in trouble ever since I set my suitcase down.« Ob er die Lady, der er die Geschichte seines verpfuschten Lebens erzählt, am Ende zurückgewinnt – »you can always come back, but you can't come back all the way« – , bleibt offen. Ist auch nicht so wichtig. Wichtig ist, daß der Typ sich nicht unterkriegen läßt, auch wenn »his ship is sinking fast«. Fazit: »Only one thing I did wrong / Stayed in Mississipi a day too long.« Wer das von sich am Ende einer langen Reise sagen kann, hat so falsch nicht gelebt, mag er auch heute *the emptiness* als *endless* empfinden. (Das Lied ist im übrigen nicht ganz neu. Ursprünglich war es für »Time out of Mind« vorgesehen, fiel jedoch bei der Endauswahl durch und wurde an Sheryl Crow weitergereicht. Dazu nur so viel: Dylans jetzt veröffentlichte Version hat mit der von Sheryl Crow nichts, aber auch gar nichts zu tun.)

Mal abgesehen vom üblichen Vorbehalt der Bühnentauglichkeit, reichen die bisher vorgestellten Hörproben nicht aus, um alle Songs gebührend zu würdigen. Das braucht Zeit. »High Water«, im Stile eines alten Country Blues, ist mit Sicherheit ein Song, der seinen Weg in die Liste von Dylans live-set nehmen wird. »It's tough« und »rough« und »bad out there, highwater everywhere«, man spürt die Bedrohung und hört der verweifelten Stimme des Sängers an, daß ihm das Wasser bis zum Halse steht. Großartiger Gesang wie auch bei »Sugar Baby«, der letzten (akustischen) Nummer des neuen Albums, einem Lied, das in Fankreisen wahrscheinlich als »best song« gekürt werden wird.

Dylans Ausflug in die musikalische Welt der Vorkriegszeit hat sich gelohnt, sein Projekt, Songs im Stile der dreißiger und frühen vierziger Jahre unter Einbeziehung von Vorgängern und Vorbildern wie Charly Patton, Hank Williams, Muddy Waters, Robert Johnson, Bo Diddley, Django Reinhard, Elvis Presley and others zu schreiben, ist gelungen. Und wieder einmal hat das erstaunte Publikum Gelegenheit, *Another Side of Bob Dylan* kennenzulernen.

Konkret 10/01, S. 54

Carsten Otte

»Sehr schön hier!«

Zehn Jahre lang war Gerard Mortier künstlerischer Direktor der Salzburger Festspiele. Das Salzburger Publikum konnte mit seinen Versuchen, die Veranstaltung zu modernisieren, wenig anfangen und wünschte sich je länger je mehr den guten, alten Festspielglanz zurück

Mortiers Stimme wurde etwas leiser, als wollte er etwas Verbotenes sagen auf dieser Pressekonferenz am Ende seiner Amtszeit: »Ich gebe das gerne zu, ich habe mich völlig abgewandt von dem ursprünglichen Gedanken Hofmannsthals.« Schweigen im Saal. Hofmannsthals Vision einer sakralen Kunst und seine Idee vom Theater als festliche Anstalt habe er negieren wollen, fuhr Mortier fort, und da wurde dann doch getuschelt. In Salzburg gelten andere Maßstäbe.

Wie stark die Sehnsüchte des Publikums noch immer mit Hofmannsthals Vorstellungen verknüpft sind, hatte Mortier unter anderem vor zwei Jahren erlebt, als der österreichische Bundespräsident Klestil in seiner Festspielansprache von den Idealen der Anfangszeit schwärmte. Klestil sprach von der Weihe des Schönen und mokierte sich über das Gewöhnliche. Die präsidialen Auslassungen konnte man auch als Antwort auf eine Rede interpretieren, die Nikolaus Harnoncourt zum fünfundsiebzigsten Jubiläum der Salzburger Festspiele gehalten hatte. Harnoncourt beschrieb den Künstler als einen »Seismographen der geistigen Situation seiner Zeit«, der sich nicht zu fein sein sollte, auch die Niederungen des Alltags, gar das Häßliche abzubilden. Was der Festredner vornehm ausdrückte, lehnte die konservative österreichische Kulturpresse mit drastischen Worten ab. Ein Wiener Kritiker meinte beispielsweise, allein der Name des unter Mortier eingerichteten »Zeitfluß«-Programms erinnere ihn an eine Geschlechtskrankheit. »Zeitfluß« präsentierte Musik des zwanzigsten Jahrhunderts, vor allem Nono, Cage, Feldman, Zimmermann.

Keine Sensation, für die Schmöcke aus Wien aber immer noch sensationell genug, um die Festspielstadt in den neunziger Jahren zu einem musikalischen Unort zu machen. In Salzburg feierte keineswegs das Häßliche oder das Allzugewöhnliche fröhliche Urständ'. Der neue Intendant holte eben nur nach, was unter Karajan versäumt worden war. Mortier sorgte für siebzehn österreichische Erstaufführungen und drei Uraufführungen im Opernbereich. Das war die Minimalausbeute. Erstaunlich wenig, wenn man bedenkt, daß er angekündigt hatte, sich vor allem um das zeitgenössische Musiktheater kümmern zu wollen. Der Klüngel rund um die Festspielpräsidentin Helga Rabl-Stadler ließ offenbar nicht mehr zu, und der Milliardär und Opernfanatiker Alberto Vilar, der im europäischen Festspielbetrieb eine immer wichtigere Rolle spielt, wollte sein Geld lieber für Altbekanntes ausgeben. Umstrittene Vorstellungen wie Lachenmanns Schwefelhölzchen-Stück wurden (aus welchen Gründen auch immer) so rechtzeitig abgesagt, daß sie die Gemüter und Ohren der Festspielbesucher erst gar nicht beunruhigen beziehungsweise übermäßig reizen konnten. Denen wurde ja eh schon einiges zugemutet: Statt wie bisher die Wiener Klassik in den Mittelpunkt zu stellen, setzte Mortier neben Werken der klassischen Moderne auch einen »Saint François d'Assise« von Messiaen, »Le grand Macabre« von Ligeti oder Kaija Saariahos »L'amour de loin« auf den Opernspielplan.

Zwangsläufig mußten Mozart und Strauß vernachlässigt werden. Und wenn sie denn gespielt wurden, führte das oft zu wilden Protesten. Die Konservativen haben es Mortier nicht verziehen, daß er Regisseure wie Luc Bondy, Peter Sellars, Hans Neuenfels, Christoph Marthaler oder sogar Kraftästheten wie die katalanische Produktionsgemeinschaft La Fura dels Baus auf die Musik des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts losließ. Wenn gutgelaunte Festspielgäste mit Marthalers melancholischem Theater der Langsamkeit überfordert waren, wenn sich ebendiese Gäste in Amüsierstimmung vom, nun ja, Kritiktheater eines Neuenfels die Laune verderben ließen, sich etwa über dessen diesjährige Inszenierung der »Fledermaus« beschwerten, waren das sogenannte Skandale. Dabei war natürlich nur eines skandalös: wie borniert sich das Bürgertum in Salzburg präsentierte, wie wenig beim Publikum ankam von dem Konzept Mortiers, das zuweilen selbst einem merkwürdig altmodischen Begriff von Liberalität, einer fast naiven Vorstellung humanistisch gebildeter Bürgerlichkeit nachhing: »Ich habe«, sagte er, »immer für eine große Offenheit, für eine Internationalität der Festspiele plädiert. Ich habe gemeint, daß Mozart, daß Strauß nicht einer bestimmten Kaste gehören. Ich habe das nie vergessen, als das Los Angeles Philharmonic Orchestra nach Salzburg kam und freundlicherweise, um einen Gruß an Österreich zu bringen, ein Konzert mit dem Kaiserwalzer von Johann Strauß eröffnete. Damals wurde das ausgebuht. Das war der Ausdruck bestimmter Leute, die glauben, daß der Strauß ihnen gehören würde. Aber ich sage, er gehört uns allen. Der Mozart und der Strauß gehören uns allen.«

Mortier holte, auch dies eigentlich eine Selbstverständlichkeit für ein internationales Festival, immer wieder neue Orchester nach Salzburg, doch damit schienen in Österreich alte Besitzstände in Gefahr. Angetrieben von der »Kronen Zeitung«, kamen Teile des österreichischen Publikums lediglich zum Frustentladen ins große Festspielhaus. Und alle Empörung nur, weil die Wiener Philharmoniker den exklusiven Zugriff auf bestimmte Komponisten verloren hatten. Mortier und seine Mitstreiter hatten ein merkwürdiges Kapitel von Nationalkultur in Frage gestellt.

Es ist wohl dem diplomatischen Geschick Hans Landesmanns zuzuschreiben, daß die Wiener Philharmoniker sich nicht gänzlich aus dem Salzburger Festspielbetrieb zurückgezogen haben. Landesmann, der in der Mortier-Ära fürs

Konzertprogramm verantwortlich war, versorgte die Wiener vornehmlich mit Renommierstücken, während die neuere Musik, die allmählich ins Blickfeld der Öffentlichkeit rückte, woanders spielte. Zum Beispiel im Rahmen der seit 1996 jährlich durchgeführten Reihe »next generation«, die neben dem schon erwähnten und eigenständigen »Zeitfluß«-Programm zu einer Art kreativer Keimzelle der Festspiele avancierte. Im Gegensatz zum »Zeitfluß«, das thematisch orientiert war (»Luigi Nono und die Ästhetik des Widerstandes«, »Gesänge von der Notwendigkeit des Überlebens«, »Endspiel«, »Theater der Klänge«), wurden bei »next generation« zeitgenössische Komponisten damit beauftragt, Konzertprogramme zusammenzustellen. Was mal besser und mal schlechter gelang. Die aus Graz stammende Komponistin Olga Neuwirth etwa organisierte neben ihrer eigenen Arbeit ein gigantomanisches Konzert mit Stücken von Lachenmann, Xennakis und Nono. Das war, obwohl sehr sympathisch, im wahrsten Sinne des Wortes zuviel des Guten. Neuwirth tauchte später auch im Hauptprogramm auf, was dann nicht nur ein musikalisches Erlebnis war. In der Auftragskomposition für die Salzburger Festspiele, die Neuwirth mit »Clinamen/Nodus« betitelte, war dem Streichorchester ein Schlagzeugensemble gegenübergestellt, wobei es der Komponistin darum ging, zwei musikalische Extrempositionen auszuloten: chaotische Klangkatastrophen auf der einen und beklemmende Stillstände auf der anderen Seite. Zwischen den eruptiven Ausbrüchen waren scheinbar sich wiederholende Rhythmus- und Tonmuster gezogen; ein Auf und Ab von Geräuschterror und zerbrechenden Tönen. Angela Merkel saß unter den Zuhörern, und ich werde nie vergessen, wie die Ratlosigkeit über die Neuwirthschen Klangverwirrungen der CDU-Vorsitzenden ins Gesicht geschrieben stand.

Es gehört zu den Paradoxien der Salzburger Festspiele unter Mortier, daß die Vorstellungen von »Zeitfluß« und »next generation« einerseits zum musikalischen Aushängeschild und zum Publikumsmagneten wurden, daß am Ende von Mortiers Amtszeit selbst die Wiener Philharmoniker, die sich in die leidige Schönklangecke manövriert hatten, neidisch bemerkten, wie sie in den Rezensionen immer seltener erwähnt wurden – daß andererseits diese Entwicklungen auch die Vorurteile aus der Vorvergangenheit aktiviert haben.

Zum Dank, daß man ihn zum Nachfolger Mortiers auserkoren hatte, verkündete der Musikverwalter (und Komponist) Peter Ruzicka dann auch zum Abschluß der diesjährigen Saison, er werde die Salzburger Festspiele wieder »zu ihren Wurzeln« zurückführen, künftig solle das »Werk als Instanz« gegenüber dem »regiebetonten Theater« wieder an Bedeutung gewinnen. Er plane große Zyklen mit Werken von Mozart und Richard Strauss. Operettenverulkung, wie sie heuer mit der »Fledermaus« von Johann Strauß zu erleben war, könne er sich nicht vorstellen. Dabei war die Besetzung des Prinzen Orlofsky mit dem Stimmkünstler David Moss, der nicht sang, sondern krächzte, grunzte und fiepte, der einzige Geniestreich in diesem Jahr.

Wer zu lange am Muff schnuppert, müffelt bekanntlich irgendwann selbst, und doch wird jeder, der die Salzburger Festspiele, eine Institution des gehobenen Kulturmuffs, eine Dekade lang beobachtet hat, viele gelungene Aufführungen nennen können. Unter den herausragenden Janacek-Produktionen – »Aus einem Totenhaus« am Anfang der Ära Mortier, »Jenufa« zum Abschluß – ragte die »Katja Kabanova« heraus: *Schön hier, sehr schön hier!* So lauten die ersten Worte der Oper, und bei den Salzburger Festspielen 1998 wußte man sofort, daß zwar die Landschaft an der Wolga, die dort besungen wird, durchaus ihre Reize haben mag, daß aber die Verhältnisse in dem Wolgastädtchen, wo Katja Kabanova lebt, an Enge und Ödnis kaum zu überbieten sind. Regisseur Christoph Marthaler ließ die Sänger bewegungslos herumstehen oder gelangweilt aus kaputten Fenstern glotzen. Anna Viebrock hatte die Bühne gebaut, einen verrotteten Hinterhof, Mörtel blätterte von den Wänden, in der Mitte des Raumes eine verrostete Brunnenanlage. Marthalers Regie paßte optimal zu der sich aufbäumenden, dann wieder alle Motive abbrechenden Musik von Janacek. Und Angela Denoke sang die Kabanova, als stürbe sie auf der Bühne – ein überzeugendes Zusammenspiel aller beteiligten Künstler.

Ganz anders eine Aufführung bei den Festspielen 1997: Claudio Abbado dirigierte Alban Bergs Oper »Wozzeck«, und während der Chef der Berliner Philharmoniker mit den Wienern den Leiden des Protagonisten nachspürte, ästhetisierte Regisseur Peter Stein den sozialen Konflikt zwischen Marie und Wozzeck und machte damit das Bergsche Klanggeflecht unplausibel. Stein verabschiedete sich mit dieser Vorstellung auch als Schauspielchef von den Festspielen. Es kamen Ivan Nagel und später Frank Baumbauer, die unter anderen Frank Castorf nach Salzburg holten, Luk Perceval, Franz Wittenbrink oder Thomas Ostermeier. Die Vielbeschäftigten auf dem Theatermarkt eben. Die für Salzburg offenbar krasse Veränderung im Schauspielbereich führte dazu, daß sich die Sehnsucht des Salzburger Publikums nach vermeintlichen Skandalen wieder voll entfalten konnte. Die letzte öffentliche Empörung gab’s bei Calixto Beitos freier Shakespeare-Interpretation von »Macbeth« in diesem Jahr. Der Spanier verlegte die Tyrannensaga in das Schrebergartenmilieu von Großstadtproleten. Da wurde getrunken, vergewaltigt und gemordet. Weil auch Kinder auf der Bühne waren, sprach ein etwas nervöser Feuilletonist der »Süddeutschen Zeitung« (C. Bernd Sucher) von Kindesmißbrauch.

Damit die Österreicher Mortier nicht allzubald vergessen (was sie gleichwohl tun werden), hat er eine Dokumentation über seine Amtszeit herausgebracht: *Das Neue, Ungesagte* heißt das zweibändige Werk. Der Titel ist Schönbergs Diktum entlehnt, daß in der Kunst eben nur dieses Neue, Ungesagte überhaupt sagenswert sei. Man mag bezweifeln, ob es in Salzburg unter Mortier viel zu hören und zu sehen gab, was dem Kriterium vom Neuen, Ungesagten standhält. Frei nach Harnoncourt könnte man vielleicht behaupten, die Salzburger Festspiele seien weniger ein künstlerischer als ein politischer Seismograph für den geistigen Zustand Europas. Nach Haiders Wahlerfolgen forderte Mortier kurzerhand, die FPÖ zu

verbieten. Da hatte der Kosmopolit aber schon resigniert. Nichts wurde verboten, Mortier machte weiter wie zuvor, und in der FPÖ lachte man hinter vorgehaltener Hand über den Kulturmanager aus Belgien genauso wie über die Drohgebärden der Europäischen Union.

Diese Niederlage wird in der Dokumentation über Mortiers Festspielzeit übrigens nur am Rande erwähnt, und so wurde eine Quintessenz der österreichischen Nachkriegszeit, der Rechtsradikalismus als erfolgreiche Volksbewegung, im Kontext der Salzburger Festspiele mehr oder weniger verschwiegen. Mortiers abfällige Kommentare über den österreichischen Klerus, die Wiener Pressemeute, den luxuriös-stumpfsinnigen Unterhaltungsbetrieb und die rechtsnationalen Lokal- und Bundespolitiker erschienen mehr als Ornament im bunten Festspielreigen und gehörten schließlich zum Salzburger Intrigantenstadl dazu wie die Trachten aus der Boutique der Festspielpräsidentin und die Mozartkugeln der Konditorei Fürst.

Mortier ist froh, Salzburg verlassen und im deutschen Ruhrpott mit einer Triennale ganz anderen Staub aufwirbeln zu können. Die Lokalmatadore des rheinischen Kulturbetriebs jedenfalls meckern schon, bevor Mortier überhaupt eingetroffen ist. Sie befürchten (wahrscheinlich nicht ohne Grund), daß prominent besetzte Ruhrfestspiele vielleicht jene Gelder einstreichen könnten, die sie selbst bislang ausgegeben haben. Mortier hat angekündigt, er wolle auf die vorhandenen Strukturen zurückgreifen. Fraglich nur, ob dies auch der Geldgeber will. Denn die Kohle kommt unter anderem von einem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, und so einer macht keine halben Sachen.

Nach zehnjähriger Amtszeit hat Mortier das Durchschnittsalter der Festspielbesucher in Salzburg um fast zehn Jahre gesenkt. Die Kartenpreise sind konstant hoch geblieben, und die Zuschauerzahlen sind im Verlauf seiner Intendanz deutlich gestiegen. Als er anfing, befürchteten die Salzburger Hoteliers, Händler und Taxifahrer drastische Umsatzeinbußen. Die Krämer haben sich längst beruhigt, die Kassen sind voller denn je.

Die zweibändige Dokumentation *Das Neue, Ungesagte* über die Salzburger Festspiele von 1992 bis 2001 ist im Wiener Zsolnay Verlag erschienen und kostet 95 Mark

---

Carsten Otte schrieb in KONKRET 8/98 über Herbert Marcuse

Konkret 10/01, S. 56

Ewgeniy Kasakow

Am Blut- und Bodensee

Der Deutsch-Leistungskurs einer Bremer Schule zu Besuch bei Martin Walser. Ein Schüler berichtet

»Ich bin voller politischer Geräusche, die in mich hineingestrahlt werden und mich provozieren.«

Martin Walser

»Diese Deutschen haben sich mit furchtbaren Mitteln ein Gedächtnis gemacht, um über ihre pöbelhaften Grund-Instinkte und deren brutale Plumpheit Herr zu werden.«

Friedrich Nietzsche

»Valser classic. Natürliches Mineralwasser mit Kohlensäure versetzt, enteisent. Ohne Pfand.« Nußdorf. 12. Juni 2001, 18.30 Uhr, Kamera läuft. Unser Gastgeber hat Sinn für Humor. Das schweizerische Mineralwasser, das er uns einschenkt, heißt fast so wie er. Der Deutsch-Leistungskurs der zwölften Klasse sitzt in Schriftstellers Garten. Es rauscht der Bodensee. Die hochschwangere Lehrerin für Englisch, Deutsch und Darstellendes Spiel stellt ein Diktiergerät auf den Tisch. Der kursleitende Deutschlehrer holt seine Unterlagen raus. Ein Geschichtslehrer richtet eine Kamera auf den Dichter, der, weißgekleidet, Beine übereinandergeschlagen, im Sessel sitzt.

Die einwöchige Studienfahrt zum Bodensee hat ihren Höhepunkt. Besuch bei einem lebenden Klassiker. Von allen tapferen deutschen Schriftstellern der tapferste und der deutscheste. Einer, der »es« endlich sagt. Wir haben uns auf ihn vorbereitet. »Erarbeiten der Friedenspreisrede« hieß die Aufgabe. Meine Mitschüler gaben dem Preisträger in allem recht oder schwiegen. Die Belege für mein Urteil, Walser sei Antisemit und seine Rede eine Ansammlung alter nationalistischer Platitüden, seien aus dem Kontext gerissen (»Wo steht da was gegen Juden?«) und polarisierend.

Ich entdeckte, daß es ein Paralleluniversum gibt, in dem mein Lehrer und meine Mitschüler leben und von dem ich keinen Schimmer habe. In diesem Universum gehen sonderbare Dinge vor. Dort wird Deutschland bedroht, von innen wie von außen. Weil sie überall als Nazis beschimpft werden, trauen die Deutschen sich kaum aus dem Lande. Doch auch zu Hause kann das deutsche Volk nicht in Frieden leben. Es ist ihm verboten, die Wahrheit zu sagen, schon im Kindesalter wird es mit bösen Bildern traumatisiert. Unser Kameramann weist in seinen Geschichts- und Politikkursen auf weiterführende Literatur hin (Finkelstein) und klärt darüber auf, daß die Deutschen zum Nahostkonflikt nichts sagen dürfen. Wer Worte wie »Täterkollektiv« und »Täternachkommen« gebraucht, wird von den Kameraden »Rassist« genannt. Ein Mitschüler war für ein Jahr in den USA. »Dort haben wir im Unterricht einen Film über den Holocaust gesehen, und danach haben die mich alle angestarrt.« Unser Lehrer lacht: »Na, hoffentlich hast du einen schuldbewußten Gesichtsausdruck gemacht!«

Und nun sitzen wir vor dem Dichter und lauschen. Nach einer halben Stunde kommen wir auf seine Rede in der Paulskirche. Walser fragt, ob wir uns wirklich gern mit dem Holocaust in der Schule beschäftigen oder ob das eher eine Last für uns sei. Es kann losgehen.

Es geht nicht los. Alle schweigen. Walser übernimmt die Antwort: »Von Ihnen wird erwartet, daß Sie sich zur Vergangenheit verhalten. Ihr habt die Vergangenheit nicht erlebt. Das muß für euch wie Französische Revolution sein.« Ein Schüler sagt, es werde immer vorgegeben, daß man dagegen sein muß. »Was heißt, gegen die Vergangenheit zu sein?« fragt der Gastgeber, »es gibt keinen, der dafür ist, es ist überflüssig, dagegen zu sein! Abgesehen von einigen zu kurz gekommenen, unentwickelten, unpolitischen, halbgaren ...« Walser sagt, was er überall sagt. Es klingt wie in dem Lied der »Ärzte«, wo die Gewalt ostdeutscher Arbeitsloser »ein stummer Schrei nach Liebe« ist und also ein Hakenkreuz auf einem jüdischen Grabstein kein Zeichen von Judenhaß.

Ich wende ein, daß Edmund Stoiber, der ein »rassisch homogenes Volk« will, weder zu kurz gekommen noch unpolitisch sei. Walser ist empört. »Ich nehme an, Sie sind lange nicht mehr in Bayern gewesen.« Vor einem Jahr – aber was hat das damit zu tun, daß Stoiber ein Rassist ist? »Stoiber hat doch mit Neonazis nichts zu tun!« und die Neonazis haben »nichts mehr mit Hitler zu tun«. Und überhaupt ist »Italien das Geburtsland des Faschismus, und dort sind jetzt die ehemaligen Neofaschisten in der Regierung«.

Man müsse zwischen Nazis von gestern und denen von heute differenzieren. Differenzieren ist alles. Walser will die Zwölftkläßler zum Sprechen bringen. »Ich will wissen, ob ihr vitales Interesse an diesem Thema habt.« Ja, doch, sagt einer schüchtern. »Aber wäre für Sie ein Sportbericht genauso interessant, wie ein Dokumentarfilm über Auschwitz? Interessiert es euch von alleine? Würdet ihr euch damit freiwillig auseinandersetzen? Ich habe es schon so oft gehört, ich kann es nicht mehr hören!« Die Schüler auch nicht. Sie klagen über die Leute im Ausland, die uns alle als Nazis behandeln, über die

Moralisten, die sich für was Besseres halten. In der Runde wächst Verständnis für einander. Man teilt die gleichen Sorgen. Deutsche Sorgen.

»Der Faschismus ist unter dem Boden«, verkündet Walser. Keiner sagt was, es entsteht eine peinliche Pause. »Wieso so still?« fragt Walser. »Weil man zu schnell das Falsche sagen kann«, antwortet ein Schüler. Wer kann da helfen? Wer, wenn nicht der Gastgeber, der Erlöser, der »vor Kühnheit zitternde« Kämpfer für deutsche Meinungsfreiheit. Seine Meinung ist: »Man behandelt Deutschland, wie einen auf Bewährung entlassenen Gefangenen.« Und: »Nichts ist so sicher, als daß sich Faschismus nicht wiederholt!«

Ich zitiere Statistiken, Wahlergebnisse, Sprüche, Erlebnisse. Walser wirkt gereizt. Er muß sich wiederholen: Rechtsextremisten sind unpolitisch, Ausländerfeindlichkeit hat »mit Antisemitismus von damals nichts zu tun!« Auch die Lehrer scheinen genervt, wollen das Thema wechseln. Mein Geschichtslehrer hat von Studien gehört, die belegen, daß die Behandlung von Holocaust und Antisemitismus im Schulunterricht die judenfeindliche Stimmung eher wachsen ließe. Ob man vielleicht besser die Hunde nicht wecken solle? »Antisemitismus«, sagt Walser, »gehört zu den Pathologien. Wenn Sie Sexualität unterrichten würden, würden Sie nicht nur über Geschlechtskrankheiten erzählen.« Es gebe doch so viel mehr »in der Geschichte der deutsch-jüdischen Beziehungen«. Heines Besuch bei Goethe zum Beispiel – der »wird nie zum Unterrichtsgegenstand«. Scham wegen Hitler ist individuell und Privatsache, Stolz auf Goethe ist öffentlich und Bürgerpflicht. Goethe hat aber doch judenfeindliche Gesetze in die Wege geleitet!? Walser: »Goethe war nur zum Teil ein Antisemit, nur als Verwaltungsmensch!«

Auf zum letzten Gefecht. »Herr Walser«, sage ich, »jetzt folgt ein sehr unfairer Vergleich, aber Adolf Eichmann war auch nur ein Verwaltungsmensch.« Aus. Vorbei. Der Höhepunkt der Kursfahrt geht den Bach runter. Der Gastgeber verschüttet die Reste des Mineralwassers. Seine buschigen Augenbrauen bewegen sich. Gastgeber und Lehrer erzählen mir im Chor, was ich eben selbst gesagt habe: Der Vergleich war unfair.

Die Nerven liegen inzwischen blank. Wir streiten uns, ob Antisemitismus und Rassismus nicht vielleicht doch in Deutschland alltäglich sind. Ich zitiere Ignatz Bubis. Der Gastgeber ist beleidigt. »Bubis hat erklärt, daß jeder dritte Deutsche latent antisemitisch sei. Das ist eine Unterstellung. Woher hat er die Statistiken?« Könnte er es aus eigener Erfahrung haben? Walser: »Bubis hat mit solchen Aussagen die Atmosphäre vergiftet.« Die Lehrer nicken. »Ich bin gegen Antisemitismusforschung«, sagt Walser. »Da muß ich Ihnen recht geben«, sagt unser Deutschlehrer, eine solche Forschung führe nur zu »selbsterfüllender Prophezeiung«. Bubis, sagt Walser, sei selbst gar nicht direkt von Ausländerfeindlichkeit betroffen gewesen, er sei »jeden Tag in zwei Schulen aufgetreten«. Die Augen und die Lippen sind schmaler geworden. »Subsumieren ist anscheinend ihre Lieblingssoziotechnik«, sagt der Dichter zu mir.

Es ist Zeit zu gehen. Vielen Dank, Herr Walser. Kamera und Diktiergerät werden ausgeschaltet. Geschenke werden gereicht. Hände werden geschüttelt. Das Gartentor wird geöffnet und geschlossen. Wie sagt der Lieblingsphilosoph unseres Gastgebers (in *Fröhliche Wissenschaft*): »Die Deutschen als Künstler – wenn der Deutsche einmal wirklich in Leidenschaft gerät (und nicht nur, wie gewöhnlich, in den guten Willen zur Leidenschaft!), so benimmt er sich dann in derselben, wie er eben muß, und denkt nicht weiter an sein Benehmen. Die Wahrheit aber ist, daß er sich dann sehr ungeschickt und häßlich und wie ohne Takt und Melodie benimmt, so daß die Zuschauer ihre Pein oder ihre Rührung dabei haben, und nicht mehr ...«

Konkret 10/01, S. 57

Marit Hofmann

Also sprach Heiner

Von wem ist hier die Rede? »... ein Mann, der Nachkriegsgeschichte geschrieben hat. Seine Visionen, sein Ehrgeiz und sein Mut ..., sein Kampf um die deutsche Wiedervereinigung und sein Bemühen um Aussöhnung gegenüber den Juden« - Willy Brandt? Falsch, ganz, falsch: - »seine militante Haltung den 68ern gegenüber -auch seine Lust am Leben, seine Frauen ... « Genug! Die Rede ist von Axel Caesar Springer. Weil sein Leben »noch heute ... Emotionen wachruft und auf bemerkenswerte Weise polarisiert« - also »zweifellos Filmqualität besitzt«, so die verantwortliche Redakteurin-, hat der NDR den TV-Zweiteiler »Der Verleger« in Auftrag gegeben.

Das Ergebnis, das Sie sich -wenn Sie unbedingt wollen - am 9. und 10. Oktober um 20.15 Uhr im Ersten ansehen können, polarisiert eher wenig. Zu meinen Lieblingsstellen gehört die Szene, in der »der größte Verleger Europas«, kongenial gegeben von Heiner Lauterbach, den Duft seiner ersten Lieferung Druckerschwärze inhaliert, als handele es sich umfrische Kaffebohnen. Oder wie er, nach einer Liebesnacht noch im Morgenmantel, einer seiner vielen »Visionen« Leben einhaucht: Mit dem Lippenstift seiner Geliebten (oder war's die vierte Frau?) entwirft er -jetzt vergegenwärtige man sich die bombastische Fanfare aus Richard Strauss'»Also sprach Zarathustra« - das Emblem von »Bild«. Die Geburtsstunde jener Zeitung, mit der er, Autor und Regisseur Bernd Böhlich scheint es ihm tatsächlich zu glauben, »dem Mann auf der Straße eine Stimme geben will«.

Immer wieder allerdings macht unser Verleger nicht nur zum Sprechen den Mund auf. Wenn Lauterbach singen und tanzen oder auch nur schauspielern könnte, könnte man wohl Musicaleinlage nennen, was da zum Beispiel zur Melodie von »Singin'in the rain« zu sehen und zu hören ist. Ja, er war schon eine »vielschichtige Person« (NDR), der Verleger.

Die erste Drehbuchfassung hatten Michael Jürgs, auf dessen Biographie Der Fall Axel Springer der Film basiert, und die Produzentin Regina Ziegler noch als »zu einseitig« abgelehnt: »Die reaktionären Figuren an Springers Seite« seien »zu stark betont« gewesen. Alles in allem scheint Herr Springer nämlich -gleiches gilt für seinen Berater, den Nazi-Kollaborateur und späteren »Welt«-Chef Hans Zehrer - ein nicht unsympathischer Mann gewesen zu sein, den der Haß der wild gewordenen 68er freilich ganz kaputt gemacht hat.

»Der Verleger« bildet den Auftakt zur Reihe »Die großen Deutschen«. Der Film über Willy Brandt, einen anderen lebenslustigen Frauenhelden, folgt 2002.

Konkret 10/01, S. 58

Gerd Fittkau

Buch & Deckel

Volker Ullrich: Der ruhelose Rebell. Karl Plättner 1893-1945. Eine Biographie. C.H. Beck, München 2000, 265 Seiten, 42 Mark

Tausende begeisterte Sympathisanten feierten Karl Plättner, als er aufgrund eines Amnestiegesetzes 1928 freikam. Der linkskommunistische Wanderredner wurde in der Weimarer Republik zur Angstfigur der Bourgeoisie. 1921 schrieb er als Organisator des nur kurzzeitig existenten Obersten Aktionsrates der KAPD die Broschüre *Der organisierte rote Schrecken* und schritt zur Tat. Er praktizierte die individuelle Expropriation der Expropriateure und begleitete die Überfälle seiner Bande auf Werkkassen und Banken mit erklärenden Flugschriften. Das an Johann Most anschließende Konzept des revolutionären Bandenkriegs war seine Reaktion auf die Niederlagen der revolutionären Arbeiterbewegung.

Was Volker Ullrich, Ressortleiter Politisches Buch der »Zeit«, trieb, dieses unzeitgemäße Werk vom Stapel zu lassen, wird selbst im Vorwort nicht ersichtlich. Kalt und distanziert erklärt Ullrich Plättner zum radikalen Psychopathen, der seine Therapie im Knast Moabit abgesessen und ein Stück seiner Realitätsverschiebung dort selbst erkannt hätte. Plättners Versuch, als Avantgarde einer kommenden sozialistischen Revolution die bürgerliche Ordnung mit gewaltsamen Mitteln zu delegitimieren und für einen Umsturz reif zu machen, sei wahnhaft gewesen, obwohl noch von Respekt für das Menschenleben getragen. Dagegen wäre die aus der akademischen Mittelschicht kommende Baader-Meinhof-Gruppe nicht mal für die eigene Klasse angetreten.

Leider zeichnet das Buch die Auseinandersetzungen um Plättners Weg nicht detailliert nach, sondern liefert nur das Ergebnis: Die KAPD war zur Zeit von Plättners Haftentlassung von 80.000 auf 100 Mitglieder geschrumpft, und die KPD war bereit, »den politischen Wirrkopf« aufgrund seiner Beliebtheit wieder zu integrieren.

Plättner bestritt bis zur »braunen Revolution« als Wanderredner der »Roten Hilfe« seinen Lebensunterhalt. Trotz politischer Enthaltsamkeit und Errichtung einer bürgerlichen Existenz als Brennholzhändler wur-de er von der Gestapo tyranni-siert und schließlich ins KZ gesteckt. Vier Wochen nach seiner Selbstbefreiung am 6. Mai 1945 starb er an den Folgen der Schikanen.

Konkret 10/01, S. 58

Gunnar Schubert

Buch & Deckel

Norbert Robers: Joachim Gauck. Biographie einer Institution. Henschel, Berlin 2000, 239 Seiten, 38 Mark

Vor einigen Monaten saß ich mit einer freundlichen Bekannten namens Lis in der subproletarischen Gastronomie Erlenklause. Dort tafelten wir reichlich, und reichlich fettig. Nächtens drückte der Alb: Mir träumte, ein frisch exkommuniziertes Putzgruppenteufelchen zu sein, dem eine Wesenheit an seinem Astralöhrchen knabbert. Du mußt, hauchte das Ding, um der ewigen Verdammnis zu entkommen, dir keinen Pflock durchs Herz treiben lassen, sondern lediglich den Pfarrer Gauck im öffentlichen Fernsehen um Vergebung bitten. Weil es weniger schmerzlich schien, kam es so. Als der Jockel Gauck dann aber so dasaß, bewehrt mit Blitz, Donner und Heiliger Aktenabschrift, nahm ich, das frisch exkommunizierte Putzgruppenteufelchen, einmal in meinem schäbigen Dasein Kleinhirn, Mut und Selbstachtung zusammen und schmetterte in Richtung des garstigen Mannes: Achim, halt□s Maul ...

Träume sind doch nur Schäume, lachte adornitisch verschmitzt die feine Lis, als sie die Geschichte hörte. Dabei blätterte sie in einem Buch, welches der wahre Grund des Unbehagens war. Auf einmal krachte es. Üble Dämpfe stiegen auf. Und der

Kopf von Lis, die mit dem

Rücken zu mir am Schreibtisch saß, drehte sich um 180 Grad.

Die Haare waren Natterngezücht, das Gesicht spiegelte die Unterwelt in blaugrün. Und dann die- se Augen, es waren Augen gleich denen von Linda Blair als Re- gan MacNeil in »Der Exorzist«. Und aus dem Mund, der jetzt

das Eingangstor zur Hölle war, drangen dumpfe Laute: »Ich

sehe Stimmen. Ich sehe Stimmen.«

Heute lebe ich in einer orthodoxen Bruderschaft, der Morseapparat ist die einzige Verbindung zur Welt da draußen. Von Lis erfuhr ich neulich, daß sie sich einer strengen Endzeitgruppierung angeschlossen hat, die die Apokalypse durch Eierlikörtrinken aufhalten will.

Doch er ist immer noch unter uns ...

Konkret 10/01, S. 58

Connie Uschtrin

Buch & Deckel

Gaby Weber: Die Verschwundenen von Mercedes-Benz. Assoziation A, Berlin 2001, 122 Seiten, 19,80 Mark

Mindestens vierzehn Betriebsräte eines argentinischen Mercedes-Werks in der Provinz von Buenos Aires sind in den Jahren 1976 und 1977 verschleppt, mißhandelt und ermordet worden. Dabei hat offenbar die Mercedes-Geschäftsführung mit der Militärdiktatur, die sich im März 1976 an die Macht geputscht hatte, zusammengearbeitet. Bis zum Jahr 1983 ließen die Generäle an die 30.000 Regimegegner »verschwinden«, das heißt foltern, mißhandeln und ermorden. Amnestiegesetze verhindern in Argentinien noch heute die Verurteilung der damaligen Peiniger.

Die Journalistin Gaby Weber hat in den vergangenen zwei Jahren die dunkle Vergangenheit von Daimler in Argentinien recherchiert. Ihre Ergebnisse, die auf zahlreichen Zeugenaussagen sowie Straf- und Gerichtsakten basieren, hat sie nun in einem Buch zusammengefaßt. Bei der chronologischen Schilderung ihrer Rechercheschritte geht sie mitunter zu sehr ins Detail. Das hartnäckig investigativ erarbeitete Material ist aber so bemerkenswert, daß das Buch sich stellenweise wie ein Krimi liest. Gaby Webers Recherchen waren wesentlich dafür verantwortlich, daß seit September 1999 in Argentinien gegen den heutigen DaimlerChrysler-Konzern und den damaligen Mercedes-Werksleiter Tasselkraut wegen Beihilfe zum Mord ermittelt wird.

Im Juli diesen Jahres haben nun Weber und zwei Arbeiter, die die Verschleppungen überlebten, vor dem sogenannten Wahrheitstribunal in La Plata ausgesagt. Hector Anbal Ratto als einer der Betroffenen bezeugt, daß Juan Tasselkraut, 1977 Mitglied der Geschäftsleitung des Mercedes-Werks von Gonzáles Catán (wo er auch heute noch ein Werk leitet), ihn als Mitglied des Betriebsrats an die Militärs ausgeliefert hat. Ratto wurde nach 19 Monaten schwerer Folter offenbar nur entlassen, weil zu viele Zeugen bei seiner Entführung anwesend gewesen waren. An die Witwen der verschwundenen Gewerkschafter zahlte der Konzern zehn Jahre lang die Löhne weiter, was in mancher Hinsicht als Schuldeingeständnis gewertet werden muß, da die Firma dabei genau zu unterscheiden wußte: Sie zahlte nur an diejenigen, deren Männer ermordet worden waren, nicht an die Untergetauchten. Allem Anschein nach erkaufte der Konzern sich damit das Schweigen der Angehörigen.

Dubios ist auch das Verhalten des Konzerns bei der Entführung des Mercedes-Produktionsleiters Heinrich Metz im Oktober 1975. Mercedes-Manager Pablo Ruben Cuevas nahm sie zum Anlaß, eine Liste linker Betriebsräte an die Militärpolizei auszuhändigen. Unklar ist in diesem Zusammenhang die Höhe der Lösegeldzahlungen an die Erpresser. Da Lösegeld als Betriebsausgabe in Deutschland steuerlich absetzbar ist, könnte Mercedes-Benz durch falsche Angaben am Ende von der Entführung finanziell profitiert haben.

Nachdem die meisten der linken Betriebsräte liquidiert waren, stellte Mercedes-Benz im Jahr 1978 Rubén Luis Lavallén als Leiter des Werkschutzes ein – einen bei den Arbeitern gefürchteten »represor«, der mit den Folterern der Militärpolizei eng in Verbindung stand.

Konkret 10/01, S. 59

Marc Fabian Erdl

Buch des Monats

P. G. Wodehouse: Onkel Dynamit. Edition Epoca, Zürich 2001, 303 Seiten, 39 Mark

P.G. Wodehouse (1881-1975) war – mit Abstand – der Größte. Er schrieb mehr als neunzig Bücher in zirka siebzig Jahren – mehr als fünfzig Jahre auf höchstem Niveau. Zugegeben, sein Wirkungsfeld, die Farce, ist arg begrenzt. Aber er konnte aus lächerlichen Plots mit dem armseligsten nur denkbaren Personal – Adlige, Hochstapler etc. – artistische Funken schlagen wie keiner sonst. Autoren wie Douglas Adams, Joe Keenan oder Stephen Fry verdanken ihm nahezu alles.

Der Roman *Onkel Dynamit* hat einen Plot wie ein Schlag auf den Hinterkopf: Zwei Männer fahren im Zug durch die englische Provinz. Der junge Bill Oakshott ist, nach einer langen Brasilienexpedition, auf dem Weg zu seinem Onkel, der nach dem Tod von Bills Eltern die Vormundschaft über ihn hatte und seitdem die Finger auf dem Erbe hält. Erschwerend kommt hinzu, daß Bill unglücklich in die Tochter seines Vormunds verliebt ist. Der andere Reisende ist Fred, Graf von Ickenham, Onkel eines jungen Langweilers, der mit Oakshott zur Schule ging und der, was der Heimkehrer von diesem lebenslustigen alten Aristokraten erfahren muß, ausgerechnet mit Bills großer Liebe verlobt ist – sehr zum Unwillen von Lord Ickenham, der lieber eine andere Frau an der Seite seines Neffen gesehen hätte. Kurzum, es herrscht Handlungsbedarf. Zum Glück ist Onkel Freds dominante Ehefrau auf einer Auslandsreise, und der von ihr meist gebändigte Bonvivant hat somit freie Hand, »Freude und Sonnenschein« zu verbreiten und die Paare zusammenzuführen, die seiner Meinung nach zusammengehören. Wehe dem, der sich ihm in den Weg stellt.

Die bemerkenswerte Belanglosigkeit der Handlung dürfte sowohl aufrechte 24/7-Politaktivisten als auch fallhöhengestählte Bildungsbürger irritieren. Der Autor entwickelt aus der trivialen Ausgangssituation jedoch ein hochkomplexes Arrangement, dessen Auflösung hin zum unvermeidlichen Happy-End man mit staunenden Augen verfolgt. Wodehouse war ein exzellenter Handwerker mit einem unnachahmlichen Gespür für Timing und Tumult, und dieser Roman läuft wie eine gut geölte Maschine.

Jenseits der virtuosen Verwicklung und Auflösung zahlreicher Handlungsstränge beginnen die Besonderheiten: sein einzigartiges Sprachgefühl, das Wissen um das *mot juste*, das ihm selbst beliebig zur Verfügung stand und das er wiederum seinen Protagonisten nur allzuoft verweigerte. Wodehouse, dem die *Encyclopaedia Britannica* »a scholar's command of the English sentence« konzediert, verfügte außerdem über ein enormes Repertoire an Redewendungen aus der antiken und englischen Literatur, die er benutzte wie einen Steinbruch. Was er der englischen Sprache entnommen hat, hat er ihr zurückgegeben: Sentenzen von Wodehouse gehören zum idiomatischen Wortschatz des Englischen wie hierzulande Redewendungen von Erika Fuchs oder der Neuen Frankfurter Schule.

In seiner sinnverweigernden Haltung war er von beachtlicher Konsequenz. Seine Literatur ist »Eskapismus reinsten Wassers« (Fritz Senn), ahistorisch und anachronistisch zugleich. Anders als viele Humoristen, die nach lauter munteren Jahren auf ihre alten Tage plötzlich religiös werden und ernstelnde Werke über Tod und Verklärung verfassen, um sich schließlich doch noch vom seriösen Literaturbetrieb umarmen zu lassen, hat Wodehouse noch auf dem Sterbebett an seinem letzten Roman gefeilt – das Fragment deutet an, daß es derselbe Blödsinn wie all die anderen geworden wäre. Wer Literatur ausschließlich dann genießen kann, wenn sie hintergründig aufklärerisch oder vordergründig didaktisch daherkommt, und wer es braucht, daß das Kunstwerk den Rezipienten vorgaukelt, wie schlau sie doch sind und wie sublim der eigene Geschmack, wird an Wodehouse wenig Freude haben.

Der in der englischsprachigen Welt und im zivilisierten Europa bis heute beliebte Wodehouse (Gesamtauflage ca. zwei Fantastillionen) hat in Deutschland eine unglückliche Publikationsgeschichte. Bei Goldmann und Heyne wurde er mit Nichtsnutzen wie Mary Scott (»Großmeisterin des internationalen Humors«), Jo Hanns Rösler (»Meister des Humors«) oder Robert Gilbert (genau: »Im weißen Rössl«) in gemeinsame Programme gepfercht. Die Übersetzungen waren meist bestürzend: *Ice in the Bedroom* erschien – ungelogen – als *Das hält man doch im Kopf nicht aus*. Erbärmliche Umschlagzeichnungen hielten vernünftige Menschen vom Kauf ab. Selbst ambitionierte Ausgaben bei dtv oder zuletzt bei Rowohlt sind wieder vom Markt verschwunden. Die Vermarktung als billiges Taschenbuch, außerhalb Deutschlands ohne Schaden für den Autor möglich, hat der Rezeption hierzulande eher geschadet.

Der Schweizer Verlag Edition Epoca geht einen anderen, vielversprechenden Weg. Vor Jahresfrist hatte man dort den Roman *Jetzt oder Nie!* in Erstübersetzung vorgelegt, und zwar in einer traumhaft schönen, ja dekadenten Ausgabe (kleinformatig, geblümtes (!) Vorsatzpaper, schlichter Umschlag mit Prägedruck). Das war eine mutige Entscheidung, denn der Roman gehört keineswegs zu seinen bekannteren, auch wenn Wodehouse ihn für seinen besten hielt. Das ist er nicht, aber eine Entdeckung allemal. *Onkel Dynamit* allerdings ist bei weitem flotter und ebenfalls schön gestaltet, mit einem der Hauptfigur angemessenen sonnenscheingelben Umschlag.

Nicht nur die außerordentlich hübschen Ausgaben machen die Verlagspolitik so einleuchtend. Mit Thomas Schlachter hat man möglicherweise den Übersetzer gefunden, der eine Etablierung am Rande eines verblendeten Literaturbetriebs ermöglicht, in dem kaum jemand zwischen Komik und Ramsch zu unterscheiden weiß. Die Übersetzung ist hell und schnell, schnörkellos und prägnant. Schlachter hat die Todsünde vermieden, die deutschsprachige Humorübersetzer so oft kennzeichnet, nämlich lustiger sein zu wollen als das Original. Allein dafür sei er gepriesen.

Letztes Jahr übrigens hat der Londoner Verlag Everyman begonnen, das gesamte erzählerische Werk von Wodehouse neu zu veröffentlichen. Bisher sind mehr als zehn Bände erschienen, einer besser als der andere und ebenso wie die Zürcher Bände exzellent ausgestattet. Edition Epoca plant auch schon weiter: Nächstes Jahr soll eine Neuübersetzung von *Joy in the Morning* folgen. Es ist eine Lust zu leben.

Konkret 10/01, S. 60

André Thiele

Durchs wilde Kommunistan 3

Von einer unbedachten Handbewegung aus seiner gewohnten Welt gerissen, durchleidet der Autor auf der Suche nach einer politischen Heimstatt eine Reise der Mühsal und der Qualen durch Länder und Reiche, in denen Vernunft und Kommunismus sich hart im Raume stoßen. Teil III seines Berichts

Weiße Bohnensuppe, Bohnen mit Chilli; Bohnen mit Speck

Wer ist dieser?

Name: Tec Dian

Wohnort: Merseburg, Deutschland

Beruf: Diplom-Physiker

Kinder: Kira, Erik

Sprachen: Deutsch, Englisch

Fremdsprachen: Russisch, Spanisch (A)

Mitgliedschaften: Kommunistische Programmpartei Deutsche Physikalische Gesellschaft

Funktionen: Prikoordinator der Generalorganisation der KPP

Und wer dann diese?

Name: Ki-Heij Gi

Wohnort: Merseburg, Deutschland

Beruf: Diplom-Physiker

Kinder: Kira, Erik

ICQ: Habe ich auch, aber gerade nicht im Kopf ... Aber mit ki-heij@akilet.de findest Du mich schon, stimmts?

Einen ICQ würde ich auch haben mögen, aber nicht sehr gern im Kopf, da fängt man sich zu schnell einen … ein. Wo wir gerade von Kopf … reden, hoffentlich plaudere ich kein Geheimnis aus, wenn ich Ki-Heij Gis Selbstkatalog ergänze:

Funktionen: Sekkoordinator der Generalorganisation der KPP

Immer sind es die Worte, die mein einsames Herz wider alle Vernunft zum Verweilen reizen. *Prikoordinator*. *Sekkoordinator*. *Ki-Heij Gi*. *Tec Dian*. Greift Nordkorea an? Versprengte Tschetschenen in Merseburg? Ist Rettung? Soll man sich mit ihnen gutstellen? Soll ich in der Kommunistischen Programmpartei Deckung suchen? Soll ich Mitglied werden?

Die Mitgliedschaft in der Kommunistischen Programmpartei ist möglich als Schüler, Freund, Adept, Meister.

Freund klingt unkompliziert.

Freund der Kommunistischen Programmpartei kann jeder Mensch sein, der das 16. Lebensjahr vollendet hat, der sich als Freund der Kommunistischen Programmpartei fühlt, der von der Kommunistischen Programmpartei als Freund akzeptiert wird.

Bekommt man zur Begrüßung einen ProSekko gereicht? Das hätte Stil. Leider aber klingt alles nüchtern:

Die Mitgliedschaft als Freund der Kommunistischen Programmpartei beginnt durch einseitige Beitrittserklärung und endet durch Formänderung, Austritt, Ausschluss oder Tod.

Einseitig was erklären tu' ich eh laufend, was aber, wenn meine Form sich ändert? Man durchlebt schließlich auch schlechte Tage. Bin ich dann raus? Lohnt sich der Aufwand? Vielleicht besser gleich Adept werden. Dann muß ich leisten: *ständige Weiterbildung im Kommunismus* – kein Ding, aber heißt es nicht richtig »in Kommunismus«?; *klarer und konsequent vertretener Standpunkt* – liegt vor; *ehrliche und vernünftige Arbeitsmoral* – anwesend; *aktive kommunistische Einwirkung auf die Gesellschaft* – vorhanden (geht das zu beschränken auf die gute Gesellschaft?, nein?, na, macht nichts); *selbständiges Handeln bei kommunistischem Handlungsbedarf* – ich will ganz Handlungsdiener sein; aber dies: *Verständnis und Hilfe für die Sorgen und die Probleme der Menschen* – gleich aller?, und wie helfe ich den Sorgen und den Problemen?, etwa durch *Ablehnung von Befehlen, außer bei bewusster Einsicht in die Notwendigkeit oder bei elementarem Zwang*? Da ist man schnell in Konflikte geraten und greift zur Flasche, was nicht gut ist, denn es wird *Drogengebrauch, einschließlich Nicotin, Alkohol und Kulturdrogen, auf ein Maß beschränkt, das die Gesellschaft nicht belästigt oder gefährdet und die Selbstkontrolle nicht zerstört*. Saufen ja, Grölen nein, von wegen Kommunismus, bitte schön.

Die Meister sind noch ärmer dran. Die dürfen rein gar nichts mehr, da heißt es *Verzicht auf Drogengebrauch und -vertrieb, einschließlich Nicotin, Alkohol und Kulturdrogen*. Wie der sich wohl finanzieren mag, so ein Meister der KomProPa? Wenn ihm zu dealen schon nicht mehr freigestellt ist, ist ihm denn wenigstens freigestellt, mal einem gepflegt eine reinhauen? Leider nein!, denn für ihn heißt es: *Verzicht auf Hass gegen Menschen*. Da wird es für mich eng. Auch andere Rauschmittel sind knapp: *Verzicht auf Nationalität*. Keine Fahne mehr, nicht mal mehr die Fahne hoch, schrecklich, bleib' ich halt Adept.

Die Anforderungen sind streng, und erst die Pflichten!, die Pflichten!, sag' ich Ihnen. Pflicht des Adepten ist zum Beispiel:

gegen Verletzungen des Manifests, des Programms, des Statuts und andere Beschlüsse der Kommunistischen Programmpartei, gegen Korruption, Amtsmissbrauch, Bürokratie, Inkompetenz, Verletzung der Gemeinschaftlichkeit und Bewusstheit und Missstände jeder Art, innerhalb und außerhalb der Kommunistischen Programmpartei, zu kämpfen

Da hat man zu tun. Vielleicht konzentriere ich mich zunächst auf die Inkompetenz innerhalb, schließlich ist Adepten aufgegeben:

ihre Fähigkeiten der Kommunistischen Programmpartei zur Verfügung zu stellen, aber auch, wenn dem so ist, mangelnde Kompetenz beziehungsweise Fähigkeiten für bestimmte Aufgaben einzugestehen.

So was aber auch, wenn dem so ist, ich gestünde ein, leichtherzig sogar, schließlich stünde mir offen, *als Adept der Kommunistischen Programmpartei auszuscheiden, wenn keine Übereinstimmung mit der ideologischen Grundposition der Kommunistischen Programmpartei mehr vorhanden ist*. Das immerhin wäre eine Möglichkeit. Wo der Pflichten derart viele sind, hat es da auch Rechte?

Die Adepten der Kommunistischen Programmpartei haben das Recht, ihre Pflichten im Sinne von Rechten wahrzunehmen,

Im engeren Sinne erfreulich ist das nicht.

beliebige Hinweise, Vorschläge, Kritiken, Anfragen und Anträge bei allen Parteiorganisationen einzureichen und hinreichend Antwort zu erhalten

Ich zum Beispiel formuliere gleich für alle Parteiorganisationen die Anfrage nach alternativen Aufstiegsmöglichkeiten, wo doch Meister ich nicht werden mag. Prompter Erhalt hinreichender Antwort, die Adepten hätten das Recht, *entsprechend dem Gamahiriyaprinzip in Organe der Kommunistischen Programmpartei entsandt zu werden*.

Gamahiriyaprinzip! Das Abenteuer mach' ich mit. Was aber ist es? Ob es steht in den Beschlüssen der Generalorganisation, z. B. in *GO-12/96: Kennzeichnung von Postsendungen. Alle verschlossenen Postsendungen der Kommunistischen Programmpartei werden mit der Kennzeichnung ›Darf vom Verfassungsschutz geöffnet werden‹ versehen. Damit unterstellt sich die Kommunistischen Programmpartei entsprechend ihres Statuts der staatlichen als Teil der gesellschaftlichen Kontrolle der Bundesrepublik Deutschland und demonstriert, dass sie keinerlei gesetzeswidrige, speziell grundgesetzwidrige Handlungen beabsichtigt*? Nein, hier, glaube ich, steht es nicht.

Hier vielleicht?, in: *GO-6/96: Strukturierung der territorialen Koordinierungsräte und des Generalkoordinierungsrates. Die Kommunistischen Programmpartei empfiehlt die Bildung von territorialen Koordinierungsräten und einem Generalkoordinierungsrat mit 32 Sachaufgabenbereichen*?

Unter den 32 Sachaufgabenbereichen, von denen jeder einen Koordinator braucht, sind, nur mal auszugsweise: *2. Theorie* und konsequent *3. Praxis*. Es folgen: *4. Politik, 5.Administration, 6. Organisation, 7.Kommunikation, 8. Interrogation, 9.Publikation, 10. Kontrolle, 11. Justiz, 12.Ökonomie, 13. Produktion, 14. Distribution, 15. Zirkulation, 16. Konsumtion* – also, ich prophezeie Ihnen, 32 Sachaufgabenbereiche nebeneinander, das wird ein Gehacke geben. Die Produktion schreitet planmäßig voran, was aber, wenn die Distribution wütend wird und »Ohne mich!« ruft, das ließe die Konsumtion natürlich blaß aussehen, während die Zirkulation intern völlig zerstritten ist, ob sie sich von »circa« herleitet oder von »Zirkus«. Spricht dann die Ökonomie ein Machtwort, oder gehören Machtworte in den Bereich *7.Kommunikation*? Leider darf man das nicht fragen, denn das darf nur *8. Interrogation* fragen. Schade, obwohl: Am Ende erfährt es eh' keiner, denn der Sachaufgabenbereich *10.Kontrolle* wird vom Schwager des Chefs der *2. Theorie* koordiniert, und der hat einen Haß auf *9. Publikation* vom letzten sachaufgabenbereichsübergreifenden Betriebsfest her, wo *6. Organisation* die *4. Politik* unter den Tisch gesoffen hat und anschließend mit *5. Administration* unzüchtige Lieder sang. *3. Praxis* hält sich wie gewohnt aus allem raus, die Justiz sitzt wegen übermäßigen Kulturdrogenkonsums in Untersuchungshaft, was die anderen so treiben, ist unbeschreiblich, allein der Schabernack der *24. Psychohygiene*, *25. Solidarität* und *26. Emanzipation* geht über meine Kräfte; kurz, es rächt sich schnell, daß das *Gamahiriyaprinzip* doch nicht allen vollständig klargeworden ist. Ärgerlich. Und die Kunst?

22. Kunst. Der Koordinator für Kunst koordiniert die passive und aktive künstlerische Betätigung der Mitglieder der Parteiorganisation. Er koordiniert die Verbreitung und Propagierung von kommunistischer Kunst.

Wer wird das machen wollen? Angenommen Prikoordinator Tec Dian selbst täte es, was bekäme man geboten?

kulturelle Hauptinteressen

· Science Fiction und Fantasy (Iain Banks, die Strugatzkis, Stanislaw Lem, Margaret Weis und Tracy Hickmann, Terry Pratchett, ...);

· Pilze, Kochen und Backen;

· Musik (Sibelius, Mike Oldfield, Chris de Burgh);

· Rollenspiele (Das Schwarze Auge);

· Computerspiele (Rollenspiele, Adventures, Logik).

Und das, heiliger Gott!, sind nur die Hauptinteressen. Ich persönlich tät' lieber tausend Teufel küssen, als nur einem einzigen Strugatzki in die Hände zu fallen, aber was weiß ich schon. Dem Tec Dian seine »Lady in Red«, was die Ki-Heij Gi ist, hat ähnliches im Kopf …, wenn sie verrät: *Auch an* **L***ive***A***ction***R***ole***P***lay's nehme ich gern als Magierin Imenia teil. Meine Aggressionen baue ich am liebsten im BattleNet ab. Dort mache ich gelegentlich Jagd auf Diablo und seine Monsterhorden. Wenn Du Lust hast, können wir es ja gemeinsam versuchen. Suche einfach mit /whois nach Imenia, Ki-Heij, Helikor oder .Haplo*. Diablo und seine Monsterhorden sind mir bestens bekannt, sie gründen einen Kommunismus nach dem anderen, summen immerzu »Don't pay the Ferryman«, stinken nach abgestandenem Pilzauflauf und verwandeln mein beschauliches Dasein in ein **L**ive**A**ction**R**ole**P**lay. Bei jedem Kopf …, der fällt, rufe ich ».Haplo«. Das sind so die Spielregeln. – Tec Dian, der Chris de Merseburgh des Kommunismus, hat nicht nur Hauptinteressen, er mag auch manches nicht:

Was ich nicht mag!

...

· Gewaltverbrecher – und zwar besonders die, die es auch noch als ungerecht empfinden, wenn ihr Opfer sich wehrt;

Jetzt werd' mal nicht persönlich, mein Lieber! Erst sich ins BattleNet begeben und dann jeden, der dir auf Das Schwarze Auge gibt, gleich einen Gewaltverbrecher nennen. Ist das eine Art? Wo soll ich denn hin mit meinen Aggressionen? Und jetzt hör' schon auf, rumzuzappeln –

· Was ich mag!

· !!!Kira und Erik!!!

· Schottland;

· Weiße Bohnensuppe, Bohnen mit Chilli; Bohnen mit Speck;

· Pilze sammeln.

Finger weg von wilden Schwammerln, rate ich. Wer *Imenia* nicht von *Ki-Heij*, *Helikor* nicht von *.Haplo* unterscheiden kann, sollte sich am Unterschied zwischen Ziegelrotem Rißling und Riesenrötling nicht versuchen. Ob doch eine Frühlorchel mit ins Omelette gerutscht ist? Wie sonst erklärte sich dieses?:

Ich bin Kommunist, aber weder Marxist, noch Leninist, Stalinist oder gar Maoist. Mein Verständnis des Kommunismus leitet sich nach wissenschaftlichen Methoden von den beiden historischen Grundwerten des Kommunismus ab:

!!!Kira und Erik!!! etwa? Nein? Dann *Science Fiction und Fantasy*! Auch nicht? Och Mönsch. Aber hier: *Margaret Weis und Tracy Hickmann*! Daneben? Sapperment! Was denn nun?

Gemeinschaftlichkeit und Bewusstheit. Daher werde ich oft von Leninisten als Revisionist beschimpft, von Reformsozialisten dagegen als Hardliner.

Und von manchem obendrein als Volltrottel. *Gamahiriyaprinzip*, eben komme ich dahinter, das ist nach Diktat falsch geschrieben und heißt eigentlich: Geh'ma, Hirni, ja?-Prinzip. – In der Theorie beginnen die unerkannt gegessenen Samtfußkremplinge zu wirken:

Die Kommunistische Programmpartei begrüßt auch alle Angehörigen des Kleinbürgertums einschließlich der Bauernschaft und sogar diejenigen Angehörigen der Ausbeuterklassen, die ihre Klassenmoral überwinden können und sich theoretisch und praktisch mit dem Ziel des Kommunismus identifizieren.

Krupp und Krause in einer Partei unter dem Banner des Kommunismus, geleitet von einer Speiselorchel mit eingeschränktem Küchenplan. Kann das gutgehen? Und was wäre die Aufgabe?

Die Kommunistische Programmpartei hat die Aufgabe, den Kommunismus als Wissenschaft, Überzeugung und Lebensweise zu verbreiten und zu vertiefen und die Revolutionierung der gesellschaftlichen Verhältnisse zur Befreiung von Ausbeutung zu

vertiefen und zu verbreiten? Oh nein, die Aalglätte deutet es an, man hat Wortschatz:

fördern und zu betreiben, um so den Kommunismus auch als Gesellschaftssystem zu realisieren.

Diese Blödheit kommt gewandt daher. Und wo ließ sie schneidern? Eben, genau, im Land der unendlichen Menschengüte, der marxistisch-leninistischen Herzensliebe, des unerschütterlichen Vertrauens auch in die niedersten Kretinszustände, der Staat gewordenen ewigen Zweiten Chance:

· ***1966****: in Merseburg, DDR geboren*

· ***1972****: Einschulung und Mitglied der Jungen Pioniere*

· ***1979****: Mitglied der FDJ*

· ***1979****: FDJ-Funktionär für Agitation und Propaganda*

· ***1981****: Absetzung als FDJ-Funktionär für Agitation und Propaganda wegen kritischer Äußerungen zum DDR-Wahlsystem*

· ***1981****: Bewährungsmöglichkeit im VEB Leuna, Brigade Fischmehl und Altfrittenfett*

· Sie ahnen es, der letzte Punkt ist von mir taggeträumt. Statt dessen, wie Sie zu Recht befürchten:

· ***1982****: FDJ-Funktionär für Agitation und Propaganda*

· ***1984****: Kandidat der SED*

· ***1985****: Mitglied der SED*

· ***1987****: GO-Leitungsmitglied der FDJ*

· ***1988****: Rücktritt aus der GO-Leitung der FDJ und wieder Bewährungsmöglichkeit im VEB Leuna, diesmal Brigade Gallenröhrling, Aufgabenbereich: Reinigung der Schlauchpilze*

Haben Sie’s gemerkt? Der Teilsatz nach *und wieder*! Statt dessen, wie Sie zu Recht befürchten:

und wieder FDJ-Funktionär für Agitation und Propaganda

· ***1989****: Ausschluss aus der SED wegen politischer Tätigkeit und der Weigerung, Spitzeldienste zu leisten*

Aus der SED geflogen wegen politischer Tätigkeit, das ist bitter. Immerhin, eine Restvernunft scheint 1989 in der SED gewaltet zu haben. Aber nun:

· ***1990****: Stellvertretender Vorsitzender der KPD (Wiedergründung in der DDR)*

Gemeint ist die ehrenwerte KPD (Rote Fahne). Ich garantiere Ihnen, darüber, daß dieser hier erster Stellvertretender Vorsitzender nach der Gründung war, ärgern die sich noch in hundert Jahren. Strafe muß sein. Prikoordinator Tec Dian wieder revolutioniert alle Verhältnisse, und tut schon 1990, was der Systematik zufolge erst 1991 fällig gewesen wäre:

Austritt aus der KPD, weil sich dort stalinistische Tendenzen und Betrug breit machten

· ***1990****: Austritt aus der FDJ wegen deren Abkehr vom Kommunismus*

Was aber treibt er in den Wochen des Jahres, in denen die Pilze nicht florieren und gerade keine fortschrittliche Partei kaputtgemacht zu werden willens ist?

Ich arbeite an der Programmierung und Zusammenstellung eines universellen elektronischen Wörterbuches. Der Schwerpunkt liegt dabei natürlich auf Deutsch und Englisch – aber ich sammle Sprachen und Wörter wie andere Leute Briefmarken.

Ein geistiger Fehldruck wird lustig. Hier ist ein Mann, der aus jedem Verein geflogen ist, dem er sich in den Weg stellte, der Deutsch und Englisch für Sprachen, Russisch und Spanisch (A) dagegen für Fremdsprachen erklärt, ein Mann, dessen Verstandeswiese von blattgrünfreien Thalluspflanzen und Bohnenkraut bewachsen wird, der glaubt, er sammle Sprachen und Wörter, und der doch nur Trouvaille ist in der Sammlung menschlichen Wahnsinns, die die Sprache sich zum Vergnügen anlegt, ein solcher, getrieben von dem Nicht-wahrhaben-Wollen der Erkenntnis, verpfuscht zu sein; und was meint er, warum er an der Zusammenstellung eines elektronischen Lexikons arbeitet, obwohl doch das eine oder andere davon bereits verfügbar wäre?

Vor allem ist es natürlich die Freude am Entdecken und Sammeln, die mich dazu bringt.

Es freut ihn, bitteschön, nimmt denn die Welt Schaden daran?

Aber es hat auch einen ernsthaften Hintergrund. Schließlich spiegeln die gebräuchlichen Lexika nicht meinen wissenschaftlichen Kenntnisstand wieder

Das glaub' ich gerne. Einen ganzen Staat haben diese Sauberles in den Dreck gestampft, aber bei den Lexika spiegelt es nicht genug wider. Wenn ihn einer auf den »Faust« bringt, der schreibt ihn um. Goethe, schließlich, Diplom-Physiker war er keiner. Es dräut schon:

Nach Fertigstellung einer streng wissenschaftlichen Theorie der kommunistischen Gesellschaft

Sie ahnen gar nicht, wie viel ich Ihnen erspart habe.

arbeite ich an einer komplexen Theorie der menschlichen Gesellschaft.

Die Theorie ist gelogen, die Gesellschaft ist gelogen, das Arbeiten ist gelogen, die Menschlichkeit ist gelogen; einzig den Komplex glaubt man ihm auf Anhieb.

Bisher wichtigstes Ergebnis ist die Systematisierung der menschlichen Gesellschaftstypen und die Entdeckung des Manipulismus als neuer Typ der Ausbeutergesellschaft nach dem Kapitalismus.

Ein Rotpustelpilz entdeckt den Mist, auf dem er wächst, und nennt es eine Entdeckung. Herr Tec Dian in seinem Verhältnis zur Welt erinnert stark an jenen Fladen, der aus der Kuh fiel und dabei »Hab' dich!« rief. – Was ist zu halten vom Manipulismus?

Mit solchen künstlichen Begriffen ist es eigenartig – man mag sie nicht! Nur Dummköpfe erfinden gern neue, möglichst kompliziert klingende Begriffe, die niemand außer ihnen versteht.

Sagt Tec Dian, der Prikoordinator des Gamahiriyaprinzips. Ich wieder sag' nix. Eigenartig, was?!

Und deshalb versucht man jedes Mal, wenn man einen solchen Begriff verwenden muss,

und muß und muß,

sich mit wortreichen Erklärungen dafür zu entschuldigen. Doch um etwas erklären zu können, muss man darüber nachdenken.

Was aber tut dieser, der muß und nicht kann?

Deshalb suche ich nach einem Weg in eine andere Zukunft. Es muss einen geben...

und muß und muß, doch ich sag' Ihnen: Für manch einen wird's eine Enttäuschung damit. Manch einer gerät auf die Zukunft und entdeckt zu spät, daß er nicht gemeint war. Manch einer rutscht ins Paradies und findet, daß er nicht mal zum Faulobst unterm Baum der Erkenntnis taugt. Keiner läßt sich von ihm die Sporen geben, sehr im Gegenteil. Selbst die Stelle als Grünblättriger Schwefelkopf ist schon besetzt. Statt Narrenzwetschgenpilz und Schwarzrotschäumling wächst überall die Hundsrute. Und dann, wohin? Etwa wieder in die SED? Pustekuchen, die wird ja auch nicht blöder.

Also nein, die allgemeine Schulpflicht, das ist ein wackliges Konzept. Dieser Tec Dian hat alles bravourös gemacht, Oberschule mit Auszeichnung, Abitur mit Auszeichnung, Lehre mit Auszeichnung, Physik-Diplom mit einer Eins; und wem soll das nützen? Herausgekommen ist ein Ultrarevisionist mit SED-Parteibuch, ein argumentierender Speitäubling, die Wort gewordene Pilzvergiftung, eine nicht enden wollende Blähung nach übermäßigem Verzehr von Bohnensuppe, eine Weißwurst mit Rotschmierschimmel als Folge ausschweifender sozialistischer Nächstenliebe.

Ich geh' jetzt Pol Pot lesen.

Die kursiven Texte unter http://kpp.aksios.de. Einzig die sparsamen Sperrungen sind von mir.

André Thiele schrieb in KONKRET 8/2001 über die »Kommunistische Einheit Deutschlands«

Konkret 10/01, S. 63

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches tagebuch

Frau Irma Holder, Schlagerdichterin

71116 Gärtringen, Fax 07034/21410

Sehr geehrte Frau Holder! Im August 1995 fragte ich Sie, die Autorin des nach dem Verbleib der Zigeuner fahndenden Schlagers:

Ist Ihnen nicht bekannt, daß die Sinti und Roma durch das »Blutschutzgesetz« von 1935 den Juden als »Artfremde« gleichgestellt und aus der deutscharischen Volksgemeinschaft ausgegrenzt wurden?

Ist Ihnen nicht bekannt, daß damals, mit noch verhohlenem Blick auf die systematische Ausrottung, die »Rassenhygienische Forschungsstelle« den Auftrag erhielt, Sinti und Roma administrativ zu erfassen?

Ist Ihnen nicht bekannt, daß noch vor 1939 Tausende Sinti und Roma in die Konzentrationslager Dachau und Buchenwald deportiert wurden?

Ist Ihnen nicht bekannt, daß die Verfolgung der Sinti und Roma durch das deutsche NS-Regime im Zweiten Weltkrieg zum Genozid wurde?

Ist Ihnen nicht bekannt, daß in Auschwitz und den anderen Vernichtungslagern eine halbe Million Sinti und Roma von der SS ermordet wurden?

Ist Ihnen nicht bekannt, daß die überlebenden Sinti und Roma nach 1945 durch die Bank unentschädigt blieben, dafür aber fortdauernder Diskriminierung ausgesetzt waren?

Ist Ihnen nicht bekannt, daß die von den anderen Bundesländern übernommene »Bayrische Landfahrerordnung« von 1953 erst siebzehn Jahre später ihrer Grundgesetzwidrigkeit wegen kassiert wurde?

Ist Ihnen nicht bekannt, daß zum Beispiel in der Polizeifachschrift »Die neue Polizei« der Kriminalsekretär Rudolf Uschold in einem Aufsatz »Das Zigeunerproblem« an die »allgemein bekannte Tatsache (erinnerte), daß zigeunerische Personen weitgehend kriminell und asozial sind und daher oft mit dem Gesetz ... (durch) Betteln, Diebstahl, Betrug, Urkundenfälschung und Wahrsagerei in Konflikt geraten«?

Ist Ihnen schließlich nicht bekannt, daß, in Erinnerung der faktischen Glut der deutschen Verbrennungsöfen, in denen eine halbe Million Sinti und Roma geblieben sind, deutschen ZigeunerschlagerfuzzInnen so ungeheuerliche Zeilen wie »Mit der Glut von ihrem Feuer / starb der Rest von Abenteuer / um den wir (wir, Himmlers Enkel) heute ärmer sind« so lange um die Ohren gehauen gehören, bis sie glühen?

Sie haben trotz mehrerer Mahnungen meinerseits nicht reagiert. Noch immer trägt Angela Wiedl diese von Ralph Siegel musifizierte Schweinerei bei folkloren Zusammenrottungen vor, noch immer geht diese ganz spezifische Auschwitzlüge über die Sender, noch immer machen Sie, die Wiedl und der Siegel Geld mit diesem Dreck, vor dem der Dreck sich graut. Was sind Sie doch bloß für eine perfekt verdorbene Person!

Herrn Intendanten des Mitteldeutschen Rundfunks Leipzig

Fax 0341/5544

Sehr geehrter Herr Professor Dr. Udo Reiter!

In der von Ihnen geleiteten Anstalt wird die Sendereihe »Zauberhafte Heimat« produziert. In einer der Folgen trat die Sängerin Angela Wiedl auf mit dem das Schicksal der Sinti und Roma unter dem NS-Regime sentimentalisch verhöhnenden Lied »Wo sind die Zigeuner geblieben«. Obendrein gefiel sich der moderierende Bassist Gunther Emmerlich in der ungeheuerlichen Bemerkung, daß die »Zigeuner« möglicherweise »nur schlafen gegangen« seien. Ich bitte Sie dafür Sorge zu tragen, daß das »Zigeuner«-Lied von Ihrer Anstalt nicht mehr ausgestrahlt wird. Auch erwarte ich von Ihnen, daß Sie Herrn Emmerlich eindringlich abmahnen. Den Vorsitzenden des MDR-Rundfunkrates, Herrn Horst Saage, habe ich mit gleicher Post informiert.

Wo sind die Zigeuner geblieben

(Jupiter Records: CD 147846-2, CD 131678-2; Ariola: CD 131747-2)

Sie kamen jedes Jahr in unser Dorf
Und holten bei uns Heu für ihre Pferde
Ein wunderschönes Mädchen war dabei
Farbenbunt war ihr Gewand
Und sie las mir aus der Hand
Daß ich irgendwann im Leben glücklich werde

Refr.:
Wo sind die Zigeuner geblieben
Ihre Pferde ihre Wagen
Ihre Lieder singt der Wind
Wo sind die Zigeuner geblieben
Mit der Glut von ihrem Feuer
Starb der Rest von Abenteuer
Um den wir heute ärmer sind

Der alte Primas lebt heut in der Stadt
Er wohnt in einer grauen Mietskaserne
Manchmal nimmt er die Geige aus dem Schrank
Und spielt für sein Enkelkind
Spielt von Freiheit und vom Wind
Und sein Blick geht dabei traurig in die Ferne
Die Bilder einer farbenbunten Welt
Sind wie ein Licht in seinen trüben Tagen
Ein Kind hört ihm mit großen Augen zu
Wenn er sagt: Spiel du mein Lied
Wenn es mich einst nicht mehr gibt
Und vergiß nicht du sollst immer wieder fragen

Refr.:
Wo sind die Zigeuner geblieben
Ihre Pferde ihre Wagen
Ihre Lieder singt der Wind
Wo sind die Zigeuner geblieben
Mit der Glut von ihrem Feuer
Starb der Rest von Abenteuer
Um den wir heute ärmer sind

Herrn Gunther Emmerlich
über Sächsische Konzert- und Künstleragentur Gunther Grebler, Dresden
Fax 0351/412 14 74

Sehr geehrter Herr Emmerlich! In der vom MDR produzierten, am 31. August 01 auf WDR III wiederholt ausgestrahlten Folge der Sendereihe »Zauberhafte Heimat« glaubten Sie, nachdem Angela Wiedls »Wo sind die Zigeuner geblieben«

verklungen war, als Moderator deutlich sichtbar launig bemerken zu dürfen: »Na, vielleicht sind sie auch nur schlafen gegangen.« Ich frage Sie als mit begnadeter Geburtsurkunde, »Bambi« und Bundesverdienstkreuz dreifach wattierten deutschen Bassist und Moderator der »Zauberhaften Heimat«: Was meinen Sie mit »nur schlafen gegangen«? Welchen historischen Erkenntnissen verdankt sich dieser zauberhafte Flaps? Daß die »Zigeuner« im »Dritten Reich« ebenso wie die Juden in den Nächtigungsherbergen der Nazis derart intensiv schlummerten, daß sie vor lauter süßer Träumerei in deutschen Kaminen gar nicht mehr aufwachen wollten? Seien Sie um eine Exegese Ihrer Zigeunerverbleibssottise nicht verlegen, rücken Sie Ihre geistige Verfaßtheit stante pede sowie rücksichtslos raus! Die zauberhafte Heimat wartet darauf!

Konkret 10/01, S. 64

Marit Hofmann

FilmTheater

America□s Sweethearts
Bread and Roses

America’s Sweethearts

Regie: Joe Roth; mit Julia Roberts, John Cusack; USA 2001 (Senator); 102 Minuten; ab 4.10. im Kino

Wenn Studioboß Joe Roth, ehemals Chef von 20th Century Fox und Disney, selbst Regie bei einer Satire auf das Filmbusiness führt, kann man sich, einerseits, einen Insider-Blick hinter die Kulissen erhoffen. Andererseits ist klar, daß auch die Hollywoodsatire ein Hollywoodprodukt bleibt und nicht allzu böse ausfallen kann.

Der Studioboß im Film (Stanley Tucci) ist hypernervös wie ein Louis de Funès in Hochform. Mit allen Mitteln versucht er, seinen Job zu retten. Roth hat Tucci »ständig angespornt, noch sprunghafter und emotionaler zu sein. Denn so sind wir in Wirklichkeit.« Der neue Film mit dem Hollywood-Traumpaar – man darf hier an Tom Cruise und Nicole Kidman denken, nur: John Cusack und Catherine Zeta-Jones sind witziger – droht zu floppen, wenn an die Öffentlichkeit dringt, daß die kriselnde Ehe endgültig am Ende ist. Hinzu kommt, daß sich der exzentrische Regisseur weigert, sein Werk vor dem großen Presse-Meeting von den Studioleitern abnehmen zu lassen. Um ein Desaster zu verhindern, soll Billy Crystal als PR-Profi die Aufmerksamkeit der Weltpresse auf die vermeintliche Versöhnung lenken.

Nachdem das PR-Team diverse Eifersuchtsszenen, Schlägereien und Romantikeinlagen inszeniert hat (»Soll ich auch noch einen Selbstmord einbauen?« fragt der Eventmanager seinen Boß), kommt es bei der Filmvorführung zum Showdown. Der eigenbrötlerische Regisseur, der propagiert, die Kunst müsse »das echte Leben« zeigen, hat die verpatzten Drehs und die Zänkereien des Paars hinter den Kulissen zusammengeschnitten und die Drehbuchhandlung konsequent ignoriert.

Im Gegensatz zum Regisseur des Films im Film ist Roth weit entfernt davon, der Dogma-Philosophie zu huldigen. Sein Film endet als moderne Aschenputtelversion: Die unscheinbare Schwester des launischen Stars Zeta-Jones (zum allgemeinen Vergnügen gespielt von Julia Roberts) landet – nach einer erfolgreichen Diät – in den Armen John Cusacks.

Während Cusack den Film als »Best of der schlimmsten Hollywood-Erfahrungen« versteht, sprechen die Produzenten die Sprache der Traumfabrik: »Die Menschen haben genügend Sorgen in ihrem Leben. Da gibt es nichts, als sich eine kleine Zeitlang hinzusetzen und zu lachen.« Gegen »The Player«, Robert Altmans böse Polemik gegen das Filmgeschäft, ist »America’s Sweethearts« nur ein zuckersüßes Märchen.

Bread and Roses

Regie: Ken Loach; mit Pilar Padilla, Adrien Brody; GB/

Spanien/BRD 2000 (Neue Visionen); 110 Minuten; ab 4.10. im Kino

Für wen macht Ken Loach eigentlich seine Filme? Die schlecht bezahlten Reinigungskräfte und illegal in die USA geschleusten Flüchtlinge, von denen »Bread and Roses« erzählt, werden ebenso wenig zu seinem Stammpublikum zählen wie sein übriges Filmpersonal: Alkoholiker, Bauarbeiter, alleinerziehende Sozialhilfeempfängerinnen. Und daß er die höhergestellten Feinde seiner Schützlinge, die Bauherren, Sozialamtsvorsteher, Ausländerbehördenleiter und Bürobesitzer bekehrt, ist eher unwahrscheinlich. Denn wer außer denen, die Loachs Haltung ohnehin schon Sympathie entgegenbringen, guckt sich einen Film über den Arbeitskampf von Reinigungskräften in den USA an?

Ich habe den Film durchaus gern gesehen, aber auch für mich ist er nicht gemacht: Zu sehr identifiziert sich der Regisseur mit seinem Protagonisten Sam, dem Gewerkschaftsführer. Wie Sam versucht, mit eindringlichen Parolen und Schaubildern die Reinigungskräfte zum Streik zu mobilisieren, so vereinfacht auch Ken die Zusammenhänge seiner auf einem authentischen Fall beruhenden Geschichte, als wolle oder könne er das Massenpublikum eines Hollywoodfilms erreichen: Der Leiter der Reinigungsfirma, die ihre Arbeiter zu Hungerlöhnen und ohne Krankenversicherung schuften läßt, ist auch menschlich ein Schwein, die Putzfrauen und -männer sind – auch wenn die Laiendarsteller alles andere als schemenhaft agieren – sämtlich das Gute in Person.

Und während Sam eine VIP-Party zweckentfremdet, um ein Plädoyer für die Gerechtigkeit zu halten, nutzt Loach die Pressekonferenz in Cannes dafür, Solidarität mit Immigranten einzufordern. Sams wie Kens naiver Wille zum Enthusiasmus, ihre Sympathie für die Entrechteten geraten manchmal so penetrant wie eine mit Marschrhythmen unterlegte Gewerkschaftsdemo.

Schade eigentlich, denn natürlich gibt es Loachs Feinde wirklich. Während der Dreharbeiten versuchten benachbarte Firmen, das Filmteam zu vertreiben. Und wenn Loach berichtet, dem Geschäftsführer, der sein Büro als Drehort zur Verfügung stellte, sei gedroht worden, »daß er nur sehr schwer einen neuen Job finden würde«, dann klingt das wie eine Selbstbestätigung.

Konkret 10/01, S. 64

Connie Uschtrin

FilmTheater

Die Klavierspielerin

Regie: Michael Haneke; mit Isabelle Huppert, Benoît Magimel; F 2001 (Concorde); 130 Minuten; ab 1.10. im Kino

Die Texte von Elfriede Jelinek machen Leserschaft und Publikum zu Voyeuren. Sie zeigen das Obszöne, Widerwärtige, Grausige und zwingen zum Hingucken. Dabei wird wie durch ein Vergrößerungsglas das Unerhörte fokussiert. Dort, wo der Roman brutal draufhält – die Klavierspielerin setzt sich zwischen den Beinen mit der Rasierklinge einen Schnitt – wählt Regisseur Michael Haneke, der Jelineks Roman nun verfilmt hat, die distanzierte Kameraeinstellung. Angesichts der filmischen Umsetzung besagter Szene neigt man dazu, der Protagonistin Autoaggression, vielleicht Selbsthaß zu attestieren, während sie im Buch Schmerz durchaus vermeiden möchte: Sie hat einen forschenden Blick, will »in den Körper hineinsehen« – es geht um den zum Scheitern verurteilten Versuch, das Rätsel ihres Körpers zu lösen. Nichts davon bleibt in der Verfilmung übrig.

Der Film ist auf den Plot einer zwanghaften, verkorksten Mutterbeziehung und die leicht von der Norm abweichenden Sadomaso-Phantasien der Protagonistin reduziert. Isabelle Huppert, die den gesamten Film über kaum eine Miene verzieht, spielt die gestrenge Klavierlehrerin. Den begabten jungen Schüler Klemmer, der sie umwirbt, hält sie auf Distanz. Als sie dann doch etwas Nähe zuläßt, will sie die Spielregeln diktieren. Klemmer reagiert gewalttätig. Das Groteske dieser Figuren zu transportieren gelingt dem Film kaum. Wo Jelinek mit »kaltem Blick« seziert, hat der Regisseur alle Beteiligten geschont und das pornographisch Antipornographische des Romans ausgeblendet.

Die Verfilmung hat außerdem eine wichtige Spur des Romans ignoriert: die Reflexion der eigenen Technik. Im Filmischen hätte sich die Thematik der Medien- und Bilderwelt in einer bruchhafteren, verstörenden Form niederschlagen müssen – Kamera und Schnittechnik entsprechen aber konventionellem Kino.

Denen, die das Buch nicht kennen, könnte der Film, der bereits in Cannes gut ankam, gefallen – das gilt auch für die, die sich eine besser verdaulichere Variante des Romans gewünscht haben.

Konkret 10/01, S. 65

Gert Ockert

Film des Monats

A. I. – Künstliche Intelligenz

Regie:Steven Spielberg. Mit Jude Law, Haley Joel Osment; USA2001 (Warner); 145 Minuten; seit 13.9. im Kino

Film des Monats? Na ja ... Jedenfalls der eigenartigste Film des Monats, wenn nicht des Jahres, und ganz sicher das obskurste Werk im ansonsten gar nicht so undurchsichtigen Schaffen von Steven Spielberg – das immerhin kann man sagen über »A. I.«. Und natürlich noch mehr.

Das Stück wurde erfunden von Stanley Kubrick, der aber nie damit zu Rande kam, darüber starb und es seinem Freund und durchaus verehrten Kollegen Spielberg als eine Art Auftrag hinterließ. So stellen es zumindest die Erben Kubricks und der Kollege dar. Wenn es stimmt, daß Kubrick Design und Drama von »A. I.« in Tausenden Storyboard-Skizzen und Vorstudien aufgezeichnet und Steven Spielberg die Sache nur ausgemalt hat – mit seinen Farben freilich – , dann kriegt der Bewunderer sowohl des einen wie des anderen Genies schon eine Ahnung davon, wie der Film bereits in seiner Anlage zum Scheitern verurteilt war.

Denn natürlich paßt das nie und nimmer zusammen: die Misanthropie Kubricks und die Konzilianz Spielbergs. Man dreht nicht »Amistad« oder »Hook« und verwandelt sich dann in einen, der »Uhrwerk Orange« oder »Full Metal Jacket« hätte inszenieren können, sofern die Umstände es erlaubt hätten. Niemand weiß das besser als Spielberg. »A. I.« ist kein Experiment, das blind in die Sackgasse rumpelt. Der Regisseur will einfach nicht, daß die Angelegenheit gelingt, und darum macht er die Aussichtslosigkeit des Unternehmens zur Meta-Geschichte des Films.

Die nacherzählbare geht so: Gegen Ende des 21. Jahrhunderts sind die Polkappen abgeschmolzen, die bewohnbaren Flecken der Erde rar und Ressourcen kostbar. Der Rest der Menschheit unterwirft sich einer rigiden Bevölkerungspolitik, läßt sich das Leben jedoch versüßen durch die »Mechas«, humanoide Robotersklaven, die auf Prostitution und andere Drecksarbeit programmiert sind. Der Welt führender Kybernetiker, Professor Hobby (William Hurt), sinnt nun darauf, Androiden zu bauen, die Gefühle haben, denn »wozu hätte Adam erschaffen werden sollen, wenn nicht dafür, Gott zu lieben«.

Zwanzig Monate später. Aus Hobbys Labor wird der erste Roboter der neuen Generation entlassen. Er sieht aus wie ein elfjähriger Junge, heißt David und wird von Haley Joel Osment genau so famos gespielt, wie Sie es in jeder Kritik des Films nachlesen können. Nein, famoser. David kommt in die Obhut von Monica (Frances O'Connor) und Henry Swinton (Sam Robards), deren einziges Kind eingefroren ist, bis man gegen seine Krankheit ein Mittel gefunden hat. Der Emotionsprozessor des Roboters ist vorläufig inaktiv. Erst wenn Monica eine vorgeschriebene Beschwörungsformel spricht, wird der Chip angeknipst und David »geprägt«, nämlich mit einer unendlichen Liebe zu ihr, seiner angenommenen Mutter.

Monica, anfangs entsetzt über die synthetische Jungenhaftigkeit Davids, erliegt schließlich ihrer Sehnsucht nach einem Kind, das nicht im Kühlfach liegt, und initiiert den kleinen Roboter zum Knaben mit Gefühl. Der nennt sie fortan Mami und meint es auch so. Das kann natürlich nicht gut gehen. Der wahre Sohn der Familie wird plötzlich geheilt, kehrt zurück ins Heim der Swintons, und nach einigen häßlichen Zwischenfällen beschließt Henry, daß David zurück muß ins Labor, zum Verschrotten. Monica aber bringt es nicht übers Herz, den kybernetischen Sohn an Professor Hobby und seine Erzengel auszuliefern. Sie setzt David im Wald aus. Der Roboterjunge ahnt, weshalb sie ihm das antut: Er ist kein Mensch, auch wenn er fühlt wie einer, und darum muß er schleunigst einer werden, will er je zu Mami zurückkehren können. Und weil David die Geschichte von Pinocchio kennt, macht er sich auf die Suche nach der Blauen Fee, die aus künstlichen Wesen richtige Knaben zaubert.

Soweit der erste, ziemlich kammerspielartige Akt von »A. I.«. Im zweiten dreht Spielberg die Lautstärkeregler hoch und läßt seine Special-effects-Zauberer von der Kette. Es scheppert und feuerwerkt, daß es eine Art hat, als David auf seiner Odyssee havarierten Androiden begegnet, zum »Fleischmarkt« verschleppt wird – wo man Roboter ohne Herrchen vor johlendem Publikum zerschrotet – und mit seinem neuen Freund, der Gigolo-Maschine Joe (Jude Law), nach Rouge City entkommt, dem Las Vegas dieser recht trostlosen Zukunft.

Der dritte Akt, eingefärbt vom Blau der Fee, spielt im halb überfluteten New York City. Dort trifft David seinen Schöpfer, Professor Hobby, und in einer durchaus traumatischen Szene findet der künstliche Knabe heraus, daß er nichts weiter ist als eine Serienanfertigung. Hier müßte der Film enden, wäre er von Stanley Kubrick inszeniert worden. Aber er endet noch lange nicht. Wie Spielberg es fertig bringt, »A. I.« in seinem Sinne zu beschließen, können Sie sich gerne mal ansehen – die Computertricks sind umwerfend! – , doch mehr wird hier nicht verraten.

Außer einem: Das hemmungslos Sentimentale und Harmoniesüchtige, das alle Spielfilme Spielbergs beherrscht, die Besessenheit von der utopischen Kleinfamilie, die den Künstler nicht losläßt, ob er sich nun unter die Dinosaurier begibt oder Ledernacken durch die Normandie jagt, verdirbt »A. I.« und hat das Stück zugleich erst möglich gemacht. So unerträglich die Schlußsequenz des Films auch wirkt, so falsch und an den Haaren herbeigezogen – so konsequent und kohärent ist sie im Gesamtwerk Spielbergs. Wer bisher nicht begriffen hat, worum es in seinen Filmen hinter allem Spektakel tatsächlich geht, der kriegt's in »A. I.« deutlicher serviert denn je.

Die Unmöglichkeit, mit seinen Mitteln und seiner Philosophie einen Kubrick-Film zu realisieren, hat, wie gesagt, Spielberg am besten erkannt. Darum pfropft er der Geschichte einen Schluß auf, der ihr steht wie ein Hut einem Kopflosen. Deshalb beschleunigt er die Erzählung, wo Kubrick seine berühmten, endlosen Retardationen gesetzt, und zieht sie in die Länge, wo der Meister einen brutalen Schnitt gemacht hätte. Daher zitiert er aus Kubricks Werk in jeder Einstellung – und setzt sogleich ein Zitat aus dem eigenen Schaffen daneben. »It has mastered the artificial, but not the intelligence«, schreibt der amerikanische Großkritiker Roger Ebert über »A. I.«, und er hat damit sehr recht. Leider entgeht ihm, daß Spielberg sich gar nichts anderes vornimmt.

»A. I.« ist ein Film, den man sich auch sparen kann, den Spielberg sich hätte sparen müssen, aber da er nun mal einen Auftrag hatte, brachte er ihn zu Ende. »A. I.« gesteht zweieinviertel Stunden lang sein Scheitern ein – die Story selbst ist eine Riesenmetapher auf das Desaster, in das Steven Spielberg sehend hineinstolperte. Denn so wie kleine Roboterjungen vergeblich davon träumen, jemals Menschen zu werden, so hofft »A. I« mit aller Inbrunst und gleichfalls vergebens, ein Film von Stanley Kubrick zu sein. Doch nicht einmal Steven Spielberg glaubt an die Blaue Fee. Und wenn Sie an einem virtuosen Zeugnis freiwilliger Schizophrenie mehr Interesse haben als an einer Geschichte, in der er es knirscht wie in einer alten Androidenhydraulik, dann könnten Sie vielleicht doch Ihren Spaß haben mit »A. I.«, dem eigenartigsten Film nicht nur des Monats.

Konkret 10/01, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Freiheit der Presse, dargestellt von der größten Zeitung der westlichen Welt. Schlagzeile: »Schickt Castro Hai-Guevaras nach USA?« Vorspann, gefettet: »Die Hai-Attacken an Floridas Stränden – sind sie ein listig-grausamer Feldzug von Fidel Castro (75) gegen Amerika?«

Viele Amerikaner glauben, daß Kubas Diktator die Freßmaschinen als eine Art Guerilla unter Wasser benutzt. An den Stränden werden sie als »Hai-Guevaras« gefürchtet (Che Guevara war Castros bester Freund, ein Amerika-Hasser).

»Bild« klärt auf: Links ein Hai, in der Mitte das Corpus delicti: eine von einem Hai angefallene Surferin, rechts, unverkennbar, Fidel Castro. Das ist der Beweis. Man kann darüber lachen. Man kann, man muß aber nicht, nicht immer. Man kann dieses Geschäft auch einmal den kriminellen Scheißdreck nennen, der es ist, und fragen, wie man den Erfinder dieses kriminellen Scheißdrecks, den Axel Springer, die Verlegerin dieses kriminellen Scheißdrecks, die Witwe Springer, und all die Damen und Herren nennen soll, die sich den Produzenten dieses kriminellen Scheißdrecks mit ihren Beiträgen und Interviews andienen, die Schröders, Trittins, Lafontaines, Gauweilers, Schilys, Schwarzers, Gysis, Schröder-Köpfs. Doch, das kann man mal fragen.

In einer vom »Literaturforum im Brecht-Haus Berlin« herausgegebenen Schrift über die »inoffizielle Literaturszene der DDR nach 1990«, also nach dem inoffiziellen Ende der DDR, heißt es:

Im Gegensatz zu Papenfuß entdeckt Rathenow zusätzliche Textmärkte. Er profiliert sich als Kinderbuchautor und veranstaltet zusätzlich Schreibseminare.

Titel der Veranstaltung: Wolle lern schreib?

Die »Wissenschaftliche Buchgesellschaft« preist das Werk *Promenade in Jalta und andere Städtebilder* eines Karl Schlögel an:

Königsberg und Czernowitz, Lemberg und Odessa, die großen Flüsse und die weiten Räume – Karl Schlögel hat ein faszinierendes Buch über die für die meisten Deutschen noch weitgehend unentdeckte Welt im Osten und ihre Geschichte mit den unauslöschlichen deutschen Spuren geschrieben.

Wer über unauslöschliche deutsche Spuren im Osten schreiben und dabei jauchzen kann, dem ist nichts unmöglich. Man kann auch sagen: Der ist zu allem fähig. Aber von nichts kommt nichts. Auch Schlögel hat es gelernt, nicht bei ODESSA, der Organisation der ehemaligen SS-Angehörigen, sondern im naheliegenden »Zentralkomitee der KPD/AO«.

Ob sie wissen, was sie tun, oder nicht – was wäre fürchterlicher? Das »Hamburger Abendblatt« schreibt:

Fischer sollte ruhig Arafats überraschende Anregung für einen Gipfelort aufgreifen: Die Symbolkraft des ehemals geteilten Berlins für den Willen zum friedlichen Zusammenleben ist weltweit unübertroffen.

Die Symbolkraft Berlins für den Willen zum friedlichen Zusammenleben ist sozusagen über alles in der Welt.

Thomas Schmid, der sich am eigenen Haarausfall aus dem Sumpf der Sympathisanten (RAF) in den der Redakteure (»FAZ«) hinaufgezogen hat, verdient seinen täglichen Keks als Denunziant seiner alten abgebrannten Freunde und als Lobredner seiner flüssigen neuen:

Man hat sehen können, daß die Demokratie vielerorts vorankommt und daß die Ausbreitung der Marktwirtschaft das beste bekannte Mittel ist, den Armen auf die Beine zu helfen.

Daß es den Armen wenig nützt, wenn man ihnen auf die Beine hilft, weil die meisten vom Hunger zu geschwächt sind, um der Ausbreitung der Marktwirtschaft davonzulaufen, und also leider von dem leben müssen, was die ökologische Mülltrennung noch auf die Deponien geraten läßt, ist Schmids Schuld nicht. Noch heute würde er mit den Schild »Bürger, runter vom Balkon, helft den Armen auf die Beine!« durch Bockenheim ziehen, wenn mit Protest überhaupt etwas zu gewinnen wäre. Aber das war es schon nicht, als Schmid ihn noch erhob:

Dieser Protest hat mißachtete Anliegen in die Öffentlichkeit getragen, hat auf viele Mißstände hingewiesen. Es ist ihm aber nicht gelungen, sich in den Alltag einzufädeln.

Hinten hat die Bourgeoisie kein Nadelöhr. Wer einmal dabei war, wenn eine Kuh kalbt, kann sich eine Vorstellung machen. Bei Schmid war es komplizierter. Er wollte, erstens, durchs engere Loch und, zweitens: rein.

Sieben Millionen Freiwillige könne er aufbieten, um Jerusalem von den Juden zu befreien, sagt der Staatschef Saddam Hussein. Aus seinem Land berichtet ein deutscher Journalist:

Ohne es zu ahnen, haben die Amerikaner den gigantischsten Versuch der Weltgeschichte gestartet: Was passiert, wenn man ein normal entwickeltes Land dauerhaft und vollständig vom Rest der Welt isoliert?

Wenn man ein normal entwickeltes Land ganz ohne Giftgas und Plutonium läßt? Dann, sagt der Bernd Feuchtner, geschehen Zeichen und Wunder:

Ungewollt wird demonstriert, daß der American Way of Life nicht derjenige ist, der glücklich macht. Ich fühle mich tatsächlich wie der Prinz, der sich zu Dornröschen durchgeschlagen hat, nur daß der Dornwald zur Wüste geworden ist. Die Schöne hat im Schlaf alle Verunstaltungen der westlichen Zivilisation abgestreift. Die Menschen sind bei sich, und das macht ihre Seelen schön. Es sind kluge, wache Leute. Sie haben Form, weil sie sich selbst schätzen. Sie haben Balance im Umgang mit anderen,

wenn es nicht gerade Juden sind,

weil sie selbst in Balance sind. Sie kommunizieren ohne den hektischen Ton des Westlers ...

undsoweiter. Völkische Beobachtungen, die in Ermangelung eines Völkischen Beobachters, der erst wieder erscheinen könnte, wenn Deutschland, die Schöne, alle Verunstaltungen der westlichen Zivilisation abgestreift hätte, ersatzweise in der von den Besatzern lizensierten »Frankfurter Rundschau« haben stehen müssen.

Aus der Welt des Postkommunismus:

Der Tod kam am Muttertag – Eine kleinbürgerliche Revolutionärin: Vor 25 Jahren beging Ulrike Meinhof Selbstmord. Dick sein ist schön: ein paar Anregungen zum »Anti-Diät-Tag«. Netze raus und los: Die Krabben kommen.

So geht die Ankündigung einer Wochenendbeilage des »Kölner Stadt-Anzeigers«, der schon vor 25 Jahren etwas gegen Revolution hatte, wenn auch noch nichts gegen Kleinbürger, nämlich seine Leser und Redakteure. Heute, nach der großen Wende, ist es umgekehrt, da liebt der »Stadt-Anzeiger« die Revolution und verachtet die Kleinbürger. Die Perestrojka an den Rhein gebracht hat der neue Chefredakteur, der schon in gleicher Funktion bei den »Roten Blättern« des Marxistischen Studentenbundes Spartakus jeden, der die revolutionären Leitartikel der Parteipresse zu wörtlich nehmen wollte, als kleinbürgerlichen Revoluzzer in Stalins Strafeckchen gestellt hat: Franz Sommerfeld, der damals noch Hutzfeld hieß. Aber da hieß die Anregung zum »Anti-Diät-Tag« auch noch Sättigungsbeilage.

In der »Welt am Sonntag« rügt die Kulturfrau Dana Horakova:

Die meisten deutschen Kinoschaffenden drücken sich ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende noch immer um dieses Thema herum.

Ich dachte, der letzte deutsche Krieg sei gerade mal zwei Jahre her. Wie doch die Zeit verfliegt!